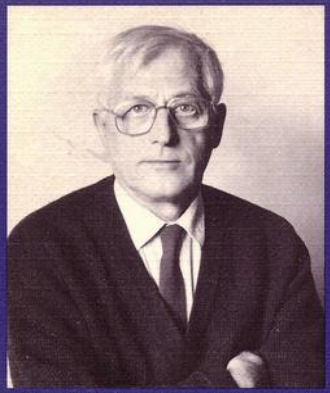
Hans-Dietrich Sander

Der nationale Imperativ

Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands

HEITZ & HÖFFKES



Hans-Dietrich Sander, 1928 in Mecklenburg geboren, geriet 1948-1952 während des Studiums in West-Berlin (Theologie, Theaterwissenschaft, Germanistik und Philosophie) unter den Einfluß Bertolt Brechts. 1952 Bruch mit der Freien Universität, Wechsel nach Ost-Berlin; 1952-1956 Dramaturg beim Bühnenvertrieb des Henschelverlages, 1957 Regieassistent, im selben Jahr Flucht in den Westen. 1958-1962 Journalist bei der Zeitung „Die Welt" in Hamburg, 1963-1965 Forschungstätigkeit in Zürich und in Berlin, 1965-1967 Journalist bei der „Welt" in Berlin, 1969 Promotion bei Hans-Joachim Schoeps in Erlangen (Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie, Tübingen 1970, 2. Aufl. 1975). Seit 1970 freie wissenschaftliche und publizistische Tätigkeiten u.a.: „Geschichte der schönen Literatur in der DDR" (1972 vergriffen), 1975-1976 Lehrauftrag an der TU Hannover, 1978-1979 Gastdozent an der FU Berlin.

Die vorliegenden Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands sind die Frucht einer jahrelangen Beschäftigung mit der deutschen Frage, ihren Voraussetzungen, augenblicklichen Gegebenheiten und künftigen Lösungsmöglichkeiten. Die Ergebnisse seiner Bestandsaufnahme denkt der Autor ohne Rücksicht auf liebgewordene Konjunktive und Vorbehalte zu Ende. Mit guten Gründen und überzeugenden Herleitungen erläutert Sander den politischen Imperativ, der die herrschende Ziellosigkeit ablösen muß. Deutschlands Politik muß sich an den deutschen Interessen orientieren, Interessen, die Sander klar benennt. Nur solche Politik dient der Wohlfahrt Deutschlands und Europas. Derjenige der deutschen Teilstaaten, der diese Interessen zuerst erkennt und vertritt, wird das Schicksal und das Aussehen Mitteleuropas am Ende des Jahrhunderts alleine bestimmen.

Es sind immer noch
nur Waldgänge
möglich

Herbert Taege
in Kampfesfreundschaft

München, 22. 11. 90
Hans-Dietrich Sander

Hans-Dietrich Sander

Der Nationale Imperativ

Ideengänge und Werkstücke
zur Wiederherstellung Deutschlands

VERLAG HEITZ & HÖFFKES

Hans Zehrer in continuitationem

2. bearbeitete und ergänzte Auflage
© 1990 by Verlag Heitz & Höffkes
Gedruckt in Deutschland
Alle Rechte vorbehalten
ISBN: 3-926650-30-1
Gesamtherstellung: Heitz & Höffkes, Essen

INHALT

Vorwort zur 2. Auflage 9

Intrada 19

Kritik der liberalen Restauration 31
- Ein garstig Lied 31
- Sumpfvermessung I 33
- Systematischer Kurs 38
- Schelskys Dilemma 44
- Sumpfvermessung II 51
- Am habsburgischen Zopf? 56
- Auskehr 58

Revue der Mesalliancen 66
- Entspannung: Bild und Begriff 69
- Annäherung durch Unterwerfung 80
- Europäische Antipolitik 89
- Zwänge zur Autarkie 96
- Die nationalbolschewistische Sackgasse 102

Von der geistigen Knechtschaft der Deutschen und ihrer möglichen Aufhebung 112
- Die Aktualität Fichtes 114
- Ein hundertjähriger Krieg 123
- Der Troeltsch-Affekt 128
- Die Aktualität Valérys 136
- Der absurde Friedensvertrag 140
- Post orationem 143

Propädeutische Überlegungen zum Vierten Reich 144
Die Identitätsfrage 145
Die Ressourcenfrage 151
Die Restitutionsfrage 156
Die Freund-Feind-Frage 172
Die Militärfrage 179
Die Konstitutionsfrage 190

Nachwort zur Person 195

Ein Jahrzehnt davor:
Anerkennung ohne Präjudizierung 201

Ein Jahrzehnt danach:
Rede auf der Wartburg 231

Nachweise mit Hinweisen 237

Vorwort zur 2. Auflage

Als er im Herbst 1980 ein Pilotexemplar des "nationalen Imperativs" gelesen hatte, herrschte mich Günter Zehm am Telefon mit sächsischem Grimm an: "Was haben Sie da wieder für Mist gemacht! Ihr Nachwort zur Person war ein kolossaler Fehler. Sie haben einen Schlag lang Ihr Herz gezeigt. Das werden Sie büßen müssen! Mein Gott, kennen Sie die Reptilien nicht? Die werden Sie jetzt packen, durch den Dreck zerren, für weinerlich erklären. Ausgerechnet Sie, einen unserer ganz harten, kalten... Nicht zu fassen! Hätte ich das bloß vorher gelesen." Damit hatte ich nicht gerechnet - obwohl vor dreißig Jahren auch Carl Schmitt, der härter und kälter dachte als ich, nach "Ex Captivitate Salus" verhöhnt worden war[1].

Ich schwieg eine Schrecksekunde und erinnerte mich. Im Herbst 1972 hatte mich Hennig Frank vom Deutschlandfunk nach der Lektüre meiner "Geschichte der schönen Literatur in der DDR" angerufen und auch gesagt: "Das werden Sie büßen müssen!" Und ich mußte das auch - wegen Erkenntnissen, die eine nach der anderen von der Entwicklung bekräftigt werden sollten: ich büßte das in einem Grade, daß nicht einer meiner Feinde, die sich mit demselben Opportunismus, aus dem sie einst meine Ansichten bekämpft, diese später sich aneigneten, jemals auf mich zurückgekommen wäre. Ich wappnete mich also.

Aber ich wappnete mich vergebens. Der Spott sollte nach dem "nationalen Imperativ" ausbleiben. Es blieben auch die entgeisterte Wut und das kritische Toben der Präzeptoren des Finis Germaniae aus, auf die ich gefaßt gewesen, weil alles aufgeboten war, eine Wiedergeburt deutschen Denkens im Keim zu ersticken. Politik und Medien (mit Aus-

[1] Carl Schmitt, Ex Captivitate Salus - Erfahrungen der Zeit 1945/47, Köln 1950

nahme der "Welt", die Zehm zu verdanken war, der damals noch ihrem Führungsstab angehörte) reagierten mit eiserner Problemignoranz, wie sie just zu dieser Zeit der Leipziger Schriftsteller Gert Neumann den Behörden in der DDR vorgeworfen hatte.[2)]

Um jeden Zweifel auszuräumen: das Nachwort zur Person war keine Klage und ich hatte auch keinen Grund zur Klage. Ich war schon lange vom erkenntnisfördernden Charakter der Dissidenz überzeugt. Fortschritte in der Erkenntnis waren in der konkreten Lage des fremdbestimmten Nachkriegsdeutschland ohne Schmälerung von Spielraum und Existenzbasis nicht zu haben. Der bewegende Druck der Verhältnisse dringt offenbar schwer in abgesicherte Distanzen, und das logische Verstehen eines Satzes enthüllt selten schon die Tiefe seiner Rechtmäßigkeit und Wirkungskraft - sieht man einmal ab von Temperamenten, die es nicht nur im Fühlen sondern auch im Denken gibt, wie wir seit Platon wissen. Es gibt kein schöpferisches Denken, in dem nicht die Spuren prägender Erlebnisse eingekerbt wären. In angepaßten Zeiten zieht es freilich den Haß der Unterwürfigen auf sich, die in der öffentlichen Meinung den Ton bestimmen. So ist es Rousseau passiert, dem Voltaire und Baron Grimm nicht verziehen, daß er ursprünglicher dachte als sie. Ihre Verleumdungen verdunkeln noch heute sein Bild in der Geistesgeschichte. Der arme Jean-Jacques war sich nur nicht darüber im Klaren, was da geschah...

Mit der Problemignoranz hatte ich nicht gerechnet, weil die Prämisse meines Entwurfs, die Tatsache, daß der Status quo zerbröckelte, schon das allgemeine Bewußtsein bewegte. Zwei Jahre zuvor hatte David Calleo, Direktor an der Johns-Hopkins-School of Advanced Studies in Washington Anregungen über eine künftige Rolle Deutschlands in einer "auseinanderfallenden Weltordung" vorgetragen. Und gleichzeitig mit dem "nationalen Imperativ" erschienen

[2)] Gert Neumann in einem Offenen Brief, zit. nach Reuter in: "Süddeutsche Zeitung", 13.12.1981

"suchende Gedanken aus Washington", mit denen Gottfried Dietze, Ordinarius für vergleichende Herrschaftslehre an der Johns-Hopkins-University, fand, daß wir bei dem Auseinanderdriften von Europa und Amerika durchaus nicht unter sowjetrussische Hegemonie zu fallen bräuchten, sondern uns dagegen auf die alten Reichstraditionen besinnen könnten. Der damalige US-Korrespondent der "Welt", Thomas Kielinger, konnte sich auf einer Reise durch Deutschland mit Recht darüber wundern, daß in der Bonner Republik keine nationale Debatte entbrannte[3)]. Der Grund für die Problemignoranz war der ohnmächtige Schrecken vor den Dingen, deren heraklitischen Fluß mit lauter Festschreibungen angehalten zu haben man sich eingebildet und angemaßt hatte: er donnerte heran wie der Komtur im "Don Giovanni".

Jakob Taubes hat versucht, die Debatte über zwei exponierte Schaltstationen anzukurbeln: über Peter Glotz, damals noch Berliner Kultussenator, aber schon "thinktank" der Baracke, und Horst Mahler, den Ex-Terroristen, der nach der Haft einen Weg zurück finden wollte. Beide erhielten ihr Exemplar Ende Oktober 1980.

Anfang Dezember schrieb mir Taubes: "Glotz brütet über den `nationalen Imperativ´, er sei `erschrocken´, daß solches im Kommen sei, wenn es im Kommen ist, aber `dankbar´, auf den `Ernst´ der Lage hingewiesen worden zu sein. Warum ist Sander nicht `Professor´ - versuchte zu erklären, daß das Münchener juste milieu nicht gerade freundlich gesinnt und gestimmt sei. Was ihn wunderte. Er versteht also doch nicht, daß Sie weder für Görresgesellschaften noch für Marxassociationen sic rebus stantibus in Frage kommen." Wenig später hörte ich von Taubes, Glotz habe

[3)] David Calleo, The German Problem Reconsidered - Germany and the World Order, 1870 to the Present. Cambridge University Press 1978. Die deutsche Ausgabe im Keil Verlag Bonn, 1980, erschien mit dem unterwürfigen Titel "Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr". Gottfried Dietze hat seinem Buch "Deutschland - wo bist du? Suchende Gedanken aus Washington", Olzog Verlag, München 1980, dessen Titel vom Verlag stammt, mit der Titelfrage "Kehrt die Bundesrepublik heim ins Reich?" überschreiben wollen.

abschließend zum "nationalen Imperativ" gesagt, das sei ja alles schrecklich und müßte in jedem Fall verhindert werden. Er schickte sich dann an, das mit dem Ideologiesurrogat "kollektive Identität" zu unternehmen. Taubes schrieb ihm darüber am 6. November: "Wenn die Formel `kollektive Identität´ nicht leer bleiben soll, so werden Sie es nicht umgehen können, das heiße Eisen der nationalen Frage anfassen zu müssen. Denn eine der fundamentalen Weisen kollektiver Identität ist nun mal die Nation. Denk´ ich an das Problem der Deutschen Nation in der Nacht, so werde ich um den Schlaf gebracht! Ich hoffe, es ist Ihnen klar, daß ich mich nicht dränge, Ihnen hier ein Memorandum zu schreiben. Bei dieser Frage trete ich ganz zurück. Deshalb kann ich aber auch unbefangen sagen, wer die Formel von der kollektiven Identität in den Ring der Diskussion wirft, sich um die nationale Frage nicht wird herummogeln können." Taubes schickte mir die Kopie dieses Briefes, an deren Rand er kritzelte: "An sich irre, daß ein Jude einen Berliner Senator auf die deutsche Frage aufmerksam macht - im Jahre 1980! Irgend was stimmt da nicht." Dabei blieb es[4].

Mahler erhielt den "nationalen Imperativ" mit einem Brief von Taubes, in dem es hieß: "Sie erinnern sich, daß ich einige Male in unseren Gesprächen Sie auf Sander verwies, einen der unabhängigsten Köpfe in der Bundesrepublik. Sander war auch im ersten Gang der Planung des Hobbes-Colloquium beteiligt. Wenn ich den Impetus hatte, über die Grenzen des juste milieu hierzulande hinauszugehen, so ist dieser Impetus nicht wenig von Sander bestimmt. Mit dem Schema: rechts/links läßt sich schlechthin nichts Vernünftiges über seine Position aussagen. Die Linken bemerken ihn kaum und für die Rechten ist er ein `Gott-sei-bei-uns.´ Ich wünschte, Sie würden mit ihm ins Gespräch kommen. Wie wär´s, wenn Sie in unseren Blättern, in unseren Rundfunkanstalten auf diesen seltenen Vogel hinwiesen. Es

[4] Jakob Taubes hatte Peter Glotz wirklich unter Druck gesetzt; er schrieb mir am 11. Dezember aus Paris, daß er ihm vor der Abreise noch Hans-Joachim Arndts Rezension in der "Welt" vom 29. November "in den Rachen geworfen" habe. "Wer hat, dem wird gegeben, heißt es im NT."

stünde auch Augstein gut zu Gesicht, mal mit ernster Miene sich der nationalen Frage anzunehmen, die, wenn ihr nicht Aug in Aug geschaut wird, die Deutschen von hinterrücks überfallen wird. Das sage ich als einer, der mit Distanz von der Nähe aus beobachtet." Daraus folgte nichts. Mir wurde jedenfalls nichts bekannt. Jakob Taubes wußte wohl nicht, daß der miles gloriosus im Begriffe stand, sich mit dem juste milieu ins Benehmen zu setzen: mit der Industrie und Günter Rohrmoser, dem nie bedankten Kapuzinerhofprediger von Franz Josef Strauß.

Die brieflichen Einwände von Christoph v. Thienen und Günter Maschke, es gäbe die politischen Kräfte nicht für einen solchen Entwurf, hatten an sich Recht. Ich dachte auch nicht an die yesterday men der liberalen Restauration; diesen schwankenden Gestalten sollte allein aus Gründen des Taktes keine neue Orientierung mehr zugemutet werden. Ich wandte mich an eine noch unformierte Elite, die sich den Herausforderungen der Wechsellage stellt und ihren Aufgaben gewachsen ist. Ich hoffte, eine geistig-politische Opposition auf den Plan zu rufen, die mit einer Renitenz begabt ist, wie sie das Reaktionsjahrzehnt des 19. Jahrhunderts erleuchtete.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Das Jahrzehnt danach ist bis an sein abruptes Ende im November 1989 von jener Problemignoranz beherrscht worden, deren Instrumentarium alles ausgrenzte, was im Volk zu massenhaften Anfechtungen hätte führen können. Die liberale Restauration lief auf vollen endzeitlich repressiven Touren. Sie verhinderte, daß eine nationale Debatte auf breiter Ebene geführt werden konnte, wie es aus verschiedenen Gründen Jakob Taubes und ich wollten. Unsere pikareske Zusammenarbeit, vor der diese Schranken dahingefallen wären, wurde leider durch die schwere Erkrankung zunichte, der Taubes 1988 erlag. Ich konnte die Ansätze publizistisch nur auf einer diskriminierbaren Position konkretisieren und ausbauen: 1983 - 1986 mit den "Deutschen Monatsheften" im Visier des Verfassungsschutzes, was die revolutionierende Ausschöpfung der vorhandenen Kräfte ausschloß; als die

Leserzahl eine relevante Ziffer erreichte, katapultierte man mich hinaus. Die Problemignoranz wurde auch durchgehalten, als der kleine Kreis nationaler Denker etablierten Zuwachs erhielt. Erst als der ephemere Populismus der "Republikaner" Franz Schönhubers in die Pfründenregion von Abgeordnetensitzen einbrach, stellte sich der sozialdemokratische "thinktank" dem "nationalen Imperativ".

In seiner Streitschrift "Die deutsche Rechte" verfocht Peter Glotz mit zehnjähriger Verspätung die These, der neue deutsche Nationalismus habe ein Niveau erreicht, auf dem administrative Maßnahmen nicht mehr ausreichten, auf dem man sich mit ihm wirksamer argumentativ auseinandersetzen müßte. Er tat es mit Henning Eichberg, Robert Hepp und mir. In den Partien über den "nationalen Imperativ" zitterte noch immer der alte Schrecken nach, der ihn ergriffen, als Jakob Taubes ihm ein Exemplar in die Hand gedrückt hatte, gepaart mit einer frischen Verblüffung über die Verifizierungen, die der Text inzwischen durch die Zeitläufte erhalten hatte. Peter Glotz schrieb also im Sommer 1989 nun:

"Sanders Buch ist hochmütig, aggressiv, in vielen Passagen auch ganz und gar verantwortungslos; der Mann formuliert zwar nicht wie ein Nazi, aber wie ein Alldeutscher im Jahre 1915, der die deutschen Kriegsziele memoriert. Aber auch hier (wie bei Eichberg und Hepp - d. Vf.) finden sich eine seltsame Nüchternheit in der Beurteilung machtpolitischer Gegebenheiten - zum Beispiel in der Sowjetunion, die er 1980 so beschrieb, wie viele Ostexperten sie heute beschreiben würden - und auch eine bei der alten Rechten ganz unbekannte Sensibilität. Sander nimmt die Umwelt, in der er lebt, wahr; auch Leute, die anders sind als er. Wie er Rudi Dutschke oder den Filmregisseur Hans-Jürgen Syberberg in Anspruch nimmt, zeigt, daß er weiß, daß man `Berührungsflächen´ schaffen muß... Auch hier der Versuch (wie bei Hepp und Eichberg - d. Vf.), Gefühle, die derzeit auf der Linken vagabundieren, zu binden. Gleichzeitig allerdings zelebriert Sander seinen Carl Schmitt und dessen Idee, Politik entstehe aus der Unterscheidung von

Freund und Feind, mit einer Radikalität, die jeden, der die europäische Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts in sich aufgenommen hat, erschauern lassen muß. Sander empfiehlt, `fesselnde Verträge´ zu brechen, und konzipiert ein `Viertes Reich´, als befände er sich am Kabinettstisch eines deutschen Mittelstaates vor dem Jahr 1870. Die Tonart, in der er über die `Remigranten´ Brandt und Wehner spricht, ist von der hundsföttischen Art, die nur ein Renegat über sich bringt. Man könnte über diesen `nationalen Dissidenten´ achselzuckend hinweggehen, wenn nicht ein bestimmter Ton aufmerksam machen würde - ein Ton, der junge Deutsche in der Geschichte immer wieder beeindruckt hat. Konsequent, hochmütig und rücksichtslos - der Kompromiß wird der Verachtung preisgegeben. Mit den `feigen fetten Fritzen der Wohlstandsgesellschaft´ will Sander nichts zu tun haben. Das bringt ihn Gott sei Dank in einen unversöhnlichen Gegensatz zur großen Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Was verhütet werden muß, ist, daß diese stilisierte Einsamkeit, diese Kleistsche Radikalität wieder Anhänger findet. Schon ein paar Tausend wären zuviel für die zivile, parlamentarische Bundesrepublik."[5]

Allein, die Debatte blieb auch danach aus. Die Problemignoranz, die Glotz selbst mitherangezüchtet hatte, funktionierte so prächtig, daß die Rezensenten des Buches die Aufforderung zur Auseinandersetzung beflissen ausgrenzten. Dann beendete im November 1989 der Fall der Mauer dieses schlimme Jahrzehnt, das mit der unappetitlichen Pointe versank, daß dank seines repressiven Charakters für die neuen deutschen Aufgaben keine andere politische Klasse vorhanden ist, als jene der yesterday men der liberalen Restauration, die sich den unhaltbaren Zuständen annähernd unterworfen hatten.

"Der nationale Imperativ" erschien in seiner ersten Auflage 1980, als das Sowjetimperium auf dem Gipfel seiner Macht stand, aber in seiner hypertrophen Erstarrung deutli-

[5] Peter Glotz, Die deutsche Rechte - Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, S. 141 - 144

che Niedergangssymptome zeigte; es schien aber noch so stark, daß Henry Kissinger annehmen konnte, ganz Europa werde in zehn Jahren marxistisch sein.

Die zweite Auflage des "nationalen Imperativs" erscheint nach genau zehn Jahren, zu einem Zeitpunkt, an dem im Gegenteil offenbar ist, daß nichts von diesem System übrigbleibt; es fällt vor aller Augen heillos auseinander. Es hat in der DDR eine deutsche Revolution gegeben, die wider die Interessen der Siegermächte und ihres Anhangs die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt hat. Würde sie in weiteren revolutionären Schritten durchgeführt, hätte der "nationale Imperativ" seine Aktualität verloren. Niemand wäre darüber glücklicher als ich. Er bleibt leider aktuell, weil die Vereinigung zwischen der DDR und der BRD nur zu einer vergrößerten Bundesrepublik führt, in der die behandelte Problematik nicht aufgehoben, sondern potenziert wird. Das Gespenst der liberalen Restauration belebt sich am sterbenden Kommunismus mit der Dämonie eines Vampirs. Die konkrete Zielrichtung der 2. Auflage liegt deshalb in der Perspektive, daß der Vereinigungsprozeß die Krise in einer Weise verschärfen wird, daß an ihrem Ende die Wiederherstellung des Deutschen Reiches erzwungen werden dürfte. Ich bin sicher, dazu noch mit nun einer eigenen Zeitschrift, den "Staatsbriefen", die seit Januar 1990 erscheinen, beitragen zu können, obwohl ich inzwischen die Schwelle der 60 überschritten habe. Wenn Paul Valérys Betrachtungen über den deutschen Wirtschaftsgeist von 1890 noch gelten, ist die Restitution eines neuen Reiches kein Kunststück.

Die Bearbeitung der 2. Auflage ging unter dieser Perspektive vonstatten. Ich strich einen Ballast von überholten Aktualitäten und Alternativen weg, die den Blick auf das Hier und Heute versperren könnten. Der Text ist in diesem Sinne nicht verändert sondern entschlackt worden. Ich habe ihn einer fortgeltenden Historisierung unterzogen. Hinzugekommen sind ein alter Text, der zehn Jahre vor, und ein neuer, der zehn Jahre nach dem "nationalen Imperativ" entstand, um die gewaltige Zeitspanne zu skizzieren, die wir

zurückgelegt haben. Der Blick auf diese Wegstrecke soll die Erkenntnis fördern, daß wir nun wirklich neue Kräfte brauchen.

Am Text der 1. Auflage ist von nationalen Lesern oft die Stilisierung Adenauers zu einer nationalpolitischen Figur kritisiert worden. Ich halte trotz Literaturbergen, die Wühlmäuse aufgeworfen haben, an diesem Bilde fest. Carl Schmitt, der Anfang der 20er Jahre zu Adenauers Beratern in Köln gehörte, hat mir versichert, daß die separatistische Politik Adenauers nach dem Ersten Weltkrieg Legende war. Und was seine Bereitschaft zur Preisgabe der Saar in den 50er Jahren angeht, so liest sie sich nach den posthumen Strauß-Memoiren in einem entgegengesetzten Licht, in welchem die zehn Millionen hervortreten, mit denen Adenauer die Politik seines angeblichen Kontrahenten an der Saar aus einem Reptilienfond finanzierte[6]. Im übrigen ist es nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems nicht mehr länger möglich, Adenauers Vorstellungen von einer Vereinigung über eine Politik der Stärke einen stringenten Verdacht zu unterstellen[7]. Wenn etwas falsch war, war es die Politik der Schwäche, der alle seine Nachfolger frönten.

Es ist mir damals auch die schroffe Ablehnung der nationalbolschewistischen Alternative vorgeworfen worden. Ich sehe mich darin heute von der Unfähigkeit Gorbatschows, die deutsche Karte konstruktiv zu spielen, mehr als bestätigt. Eine neue Politik zwischen Deutschland und Rußland hat immer den Horizont des Bolschewismus überstiegen. Wenn die letzten Reste dieser Ära ins Kremlmuseum gewandert sind, wird von den Interessen der Völker her das neue Kapitel eröffnet.

Dagegen scheint meine optimistische Einschätzung des deutsch-französischen Verhältnisses durch die Intransigenz

[6] Franz Josef Strauß, Erinnerungen, Berlin 1989, S. 212 - 219

[7] In der Rezension der ZDF-Sendereihe "Die deutsche Einheit" schrieb Volker Zastrow in der "Frankfurter Allgemeinen" vom 24.7.1990: "Vincere scis, Adenauer! Kaum je in der Vergangenheit gab es Gelegenheit, sich so von Person und Politik dieses Mannes beeindrucken zu lassen."

widerlegt zu sein, mit der sich Präsident Mitterand in den Vereinigungsprozeß einschaltete. Wenn ich die Politiker im Auge gehabt hätte, müßte ich mich korrigieren. Ich hatte dabei aber die Völker im Blick, die in fast allen europäischen Ländern anders denken als ihre politischen Repräsentanten, deren Hörigkeit gegenüber der maroden amerikanischen Supermacht das stärkste Hindernis für eine europäische Remedur darstellt.

In diesem Problem kündigt sich eine weitere Aufgabe für die Zukunft an: diese Regime müssen von ihren Völkern gestürzt werden, wie die osteuropäischen Völker die moskauhörigen Satrapen entmachteten. Der nationale Imperativ ist eine Formel, die nicht nur für die Deutschen in ihrer doppelten Fremdbestimmung aktuell ist. Der nationale Imperativ ist das Ferment zur Dekomposition der Weltordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Rahmen für die russisch-amerikanische Weltherrschaft errichtet worden ist.

München, 26. Juni 1990 *Hans-Dietrich Sander*

Intrada

Es ist wieder an der Zeit, den Furor teutonicus zu wecken. Er hat keinen langen, aber einen sehr tiefen Schlaf getan. Sein schlummerndes Bewußtsein schien aller Welt entschlummert - ins "Unentdeckte Land", wie Hamlet den Tod umschreibt, "von des Bezirk kein Wandrer wiederkehrt." Die Deutschen selbst wähnten, es sei mit ihrem Zorn eine Todsünde eingeschlafen.

Der Furor teutonicus hat gleich bei seinem ersten Ausbruch in der Schlacht vom Teutoburger Wald Furcht und Schrecken verbreitet. Er ist freilich keine primäre, seit Hermann dem Cherusker eingeborene, deutsche Regung. Es ist auch nicht einfach die Kehrseite von Knechtseligkeit, die in ihrer Tücke sich endlich nicht mehr selbst erträgt.[1] Er ist mehr eine Folge von Langmut und Gutmütigkeit, von Gesetzestreue und Arglosigkeit, mit denen die Deutschen Meere fremder Plagen über sich ergehen lassen. Es bedarf oft verstärkter Ausdrücke, um sie aus einer Seinsvergessenheit aufzurütteln, die blindlings in Seinsverlorenheit umschlägt. Daran hatte Heinrich von Kleist nach dem Ende des Ersten Reichs die dramatische Strategie seiner "Herrmannsschlacht" orientiert. Daran hatte auch seine bedingungslos klingende Maxime wider den Feind "Schlagt ihn tot, das Weltgericht fragt euch nach Gründen nicht" ihre Raison. Der Furor teutonicus hat in glücklichen Zeiten Politiker aufgerufen, rechtzeitig in den Lauf der Dinge einzugreifen. Das war nach dem Dreißigjährigen Krieg mit dem Aufstieg Preußens vom Großen Kurfürsten bis Friedrich dem Großen, nach 1806 mit der Erneuerung Preußens durch seine Reformer, und 1871 mit der Gründung des Zweiten Reiches durch Bismarck und Moltke geschehen. Ähnliches wäre auch heute zu wünschen.

[1] Max Scheler hat es so in seinem Aufsatz "Von zwei deutschen Krankheiten", in: "Der Leuchter, hrsg. v. H. Graf Keyserling, Bd. 1, Darmstadt 1919, sehen wollen und auf den Nenner "beides ist Sklavenart" (S. 162) gebracht.

Ein Blick in der Runde fällt hier und jetzt freilich kaum noch auf Seinsverlorenheit, sondern mehr nur auf Seinsvergessenheit. Der Einmischungsdrang der Nachbarn, zu dem die europäische Mittellage Deutschlands immer ermuntert hat, scheint nach dem Untergang des Dritten Reiches den Willen zur Selbstbehauptung endgültig gebrochen zu haben. Der Furor teutonicus hat sich nach 1945 noch maßvoll in Konrad Adenauer aufgebäumt, der den westlichen Besatzungsmächten verblüffende Zugeständnisse abzwang, ihren Hohen Kommissaren rasch wie ein Gleicher Gleichen entgegentrat und schon bei seinem ersten Besuch in den USA auf dem amerikanischen Heldenfriedhof in Arlington einen Kranz für die Toten beider Völker unter den Klängen der deutschen Nationalhymne niederlegte. Wenn auch über die Wege und das Ausmaß des Erreichbaren gestritten wurde, so gab es doch damals kaum einen Zweifel, daß es in der deutschen Politik um eine Wiederherstellung Deutschlands ging. Der Franzose André François-Poncet nannte in dieser Zeit seinem amerikanischen Kollegen John McCloy gegenüber den Sitz der Hohen Kommissare auf dem Petersberg einen Parnaß, weil ihr Einfluß auf die Deutschen doch nur rein poetischer Natur sei.

Diesen Eindruck haben die Nachfolger Adenauers auf Heller und Pfennig verspielt. Ludwig Erhard lud das Ausland wieder zu verstärktem Druck ein, indem er gute Politik mit gutem Willen verwechselte. Kurt Georg Kiesinger, der gute Politik mit schöner Rede verwechselte, brachte die Formel von Deutschland als einer kritischen Größe auf, die orientiert werden müßte an dem, was den Nachbarn zuzumuten sei. Als zumutbare Größe erschien 1967 noch ein wiedervereinigtes Deutschland aus BRD und DDR; der deutsche Osten stand schon nicht mehr zur Debatte. Ohne diese atmosphärische Verschiebung hätte dann Willy Brandt nicht wagen können, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges als sogenannte Realitäten für die Verlierer festzuschreiben. Der deutsche Michel dachte wohl: bis hierher und nicht weiter. Aber es ging weiter. 1980 redeten sozialdemokratische Politiker offen davon, daß auch eine Wiedervereinigung mit der DDR den Nachbarn Deutschlands nicht mehr zuzumuten sei.

Das alles hat sich sacht und widerstandslos zugetragen. In der Sozialdemokratie, deren erster Nachkriegsführer Kurt Schumacher noch gesagt hatte, wir würden keinen Fuß deutschen Bodens preisgeben, waren keine nationalen Emotionen zu spüren. Die oppositionelle CDU/CSU sagte zu den Ostverträgen "Ja, aber so nicht". Der liberale Außenminister der Koalition, Walter Scheel, äußerte im Bundestag mit herablassendem Hohn, gegen die Ostverträge könnten nur heimatlose Nationalisten stimmen. Links und rechts von dem Juste-milieu dieses parteipolitischen Establishments war keine nennenswerte Gegenwehr zu sehen. Die Linken, die auf der ganzen Welt für nationale Befreiungsbewegungen eintreten, fanden ihre eigenen Landsleute noch nicht genug unterworfen. Die Rechten waren wenigstens zu hören, aber sie setzten nur fort, was sie nach 1945 immer schon taten: sie jammerten mehr oder weniger nuanciert. Es ist nur eine Teilwahrheit, die Erosion deutscher Interessen dem Sozialliberalismus zuzuschreiben, gegen den die Christdemokraten keine glaubwürdige Front aufziehen konnten, weil sie als Partei nie etwas anderes als dessen rechter Flügel gewesen sind. Mißt man die Konservativen und Rechten an ihrem Selbstverständnis, so muß man ihnen an dem Niedergang des Nationalbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland den Löwenanteil zusprechen.

Der Attentismus der deutschen Rechten nach 1945 führt ohne Umschweife in das Zentrum der Flaute, in der die deutsche Frage erschlaffte. Die politischen Bildungen der Rechten litten gewiß unter jenem persönlichen Hader, dem Gruppen im Abseits leicht verfallen. es ist auch vom In- und Ausland viel getan worden, um sie zu desorganisieren und zu zerschlagen. Am meisten standen sie sich jedoch selbst im Wege. Indem sie neutralistischen Ammenmärchen nachliefen, brachten sie sich um die Chance, im gegebenen Moment die Einbindung in den Westen, der die BRD ihren hohen Standard in der modernen Waffentechnik verdankt, national zu dynamisieren. Was sie dabei verpaßten, zeigt

das Negativ der Sozialdemokraten, die nach dem Wiederaufflackern ihrer erbärmlichen vaterlandslosen Tradition den Deutschen über ihre Bündnisverpflichtungen die letzten vaterländischen Regungen austrieben.[2] In der geistigen Auseinandersetzung verdankte sich der rechte Attentismus gewiß der Dominanz, die sympathisierenden ausländischen Konservativen, die bei allem Verständnis für uns letztlich doch ihren Antrieben folgten, aus taktischen Gründen eingeräumt wurde. Die merkwürdige Ereignislosigkeit rührte indessen mehr von der Morbidezza und der Desinvolture her, die Carl Schmitt, Ernst Forsthoff, Gottfried Benn, Ernst Jünger, Martin Heidegger, Arnold Gehlen oder Friedrich Sieburg nach 1945 in deutschen Belangen mit wenigen Ausbrüchen exerziert haben. Hans Zehrers Entsetzen über das "Sanduhrbuch", das Jünger dem "Waldgang" und dem "gordischen Knoten" folgen ließ, hatte einen tiefen aktuellen Grund (der nichts gegen den literarischen Rang des Werkes besagte). In der Benn´schen Perspektive des "Dunkeln, Altern, Aprèslude" verschmolz bei diesen Geistern hermetisch persönliches und nationales Schicksal. Der Hamburger Historiker Otto Westphal kann als der Nostradamus der postfaschistischen deutschen Intelligenz gelten. Er hat offen ausgesprochen, was sie alle heimlich bannte: den Glauben, daß Deutschland von der Geschichte widerlegt worden war. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges schien Tocquevilles Vision von der Weltherrschaft Amerikas und Rußlands besiegelt zu haben. Danach könnte Deutschland nur noch die Funktion einer Brücke zwischen West und Ost beanspruchen. Westphal hat in der 1953 posthum erschienenen "Weltgeschichte der Neuzeit", die Forsthoff seinen Kindern zur Pflichtlektüre verordnete, den

[2] Als Zeichen dieser Zeit sei hier die Studie "Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904 - 1913" von Helmut Bley angeführt, der unter der Obhut seines Lehrers Fritz Fischer und unter dem Schirm des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, Göttingen 1975, die skandalösen Kontakte Bebels zum britischen Geheimddienst friedensforscherisch würdigte. Es entsteht freilich bei nichtsympathetischen Lesern ein umgekehrter Effekt: die Aufwertung dieser ehrenrührigen Beziehungen mit dem Vokabular der heutigen Friedenspolitik schürt nur den Verdacht, daß auch ihr ehrenrührige Prämisssen zugrundeliegen.

schrecklichen Vorsatz ausgesprochen, "ein `Viertes Reich´, das nur eine reaktionäre Auflage des Dritten sein könnte, im Mutterleib des Gedankens zu töten, um eine Entwicklung zu verhüten, welcher das `Finis Germaniae´ nicht nur in dem erlebten politischen, sondern auch im physischen Sinne gewiß wäre." Benn schlug 1955, ein Jahr von seinem Tod, alles was von der deutschen Vergangenheit übrig war, dem Müll zu und sagte: "Ich sehe keinen Weg mehr..."[3] Eine solche Sicht gab nichts mehr für eine Konzeption her, die Deutschland als ein politisches Subjekt wiederherstellen wollte. Sie hielt Deutschland nur noch als ein Objekt internationaler Ordnungen für existenzfähig. Es war nur folgerichtig, wenn Schlauberger, die im Gefolge dieser Geister vorgaben, deutsche Positionen zu zimmern, eine Annäherung an geneigtere Nachbarn predigten: zunächst an Frankreich; nach dem Tode de Gaulles ist dann der Kreml mehr und mehr in diese romantischen Spekulationen eingetreten.

So neu ist das alles freilich nicht gewesen. So ist nicht nur einmal, sondern schon mehrmals gedacht worden, wenn Deutschland "unter der Gewalt seiner Feinde" war, wie das der Tübinger Historiker Adolf Rapp formulierte, als er nach dem unglücklichen Ausgang des Ersten Weltkrieges den abendländischen Untergangsstimmungen eine Monographie des "deutschen Gedankens" entgegenstellte. "Man sagt uns", hieß es hier 1920, "wie zu Napoleons Zeiten, wir hätten unseren Beruf abseits von äußerer Macht zu suchen. Abgesehen davon, daß diese Zumutung gegen allen Stolz geht: wer klar in die Welt sieht, weiß, daß ein großes Volk nur dann etwas bedeuten und schaffen kann, wenn es Macht hat. Vollends wir in unserer Lage in Europa brauchen stärkste Macht, um frei zu sein. Es ist eine Schande, wenn wir hierüber nicht einig sind. Gewiß wollen wir einen Beruf darin finden, mit der Innigkeit und Kraft unserer Vorfahren

[3] Otto Westphal, Weltgeschichte der Neuzeit 1750 - 1950. Stuttgart 1953, S. 11; L. L. Matthias, Erinnerungen an Gottfried Benn, Merkur, 16. Jg., S. 435 - 446. - Es mag mit dem Trauma der postfaschistischen Intelligenz zusammenhängen, daß Carl Schmitt nach Erscheinen des "nationalen Imperativs" seinen jahrelangen Gedankenaustausch mit mir abbrach.

die geistigen Güter zu pflegen und eine tüchtige soziale Ordnung zu schaffen. Und zwar wollen wir das auf unsere Weise tun. Es sieht freilich in der Öffentlichkeit nicht sonderlich hoffnungsvoll damit aus."[4]

Die Ursache dieser wiederholten Anwandlungen war ein eingeredetes und eingebildetes Machtsyndrom. Es hat nach 1806 trotz Fichte, Kleist, Görres, Arndt die Zeiten Napoleons so lange überdauert, daß Bismarck es noch am Vorabend des deutsch-dänischen Krieges für nötig hielt, dem Gesandten in Paris, Grafen Robert von der Goltz, zu schreiben: "Ich gebe Ihnen die Betrachtung vollständig zurück, daß eine `an sich höchst einfache Frage preußischer Politik´ durch den Staub, den die dänische Sache aufrührt, durch die Nebelbilder, welche sich an dieselbe knüpfen, verdunkelt wird. Die Frage ist, ob wir eine Großmacht sind oder ein deutscher Bundesstaat, und ob wir, der ersten Eigenschaft entsprechend, monarchisch oder, wie es in der zweiten Eigenschaft allerdings zulässig ist, durch Professoren, Kreisrichter und kleinstädtische Schwätzer zu regieren sind. Die Jagd hinter dem Phantom der Popularität `in Deutschland´, die wir seit den vierziger Jahren betrieben, hat uns unsre Stellung in Deutschland und in Europa gekostet, und wir werden sie dadurch nicht wiedergewinnen, daß wir uns vom Strome treiben lassen in der Meinung, ihn zu lenken, sondern nur dadurch, daß wir fest auf eigenen Füßen stehen und zuerst Großmacht, dann Bundesstaat sind."[5]

Bismarck und Moltke haben das Syndrom mit Schwertstreichen und Federstrichen getilgt. Sein Wiederausbruch nach 1918 war der tiefste Grund für den Untergang der Weimarer Republik. Der einzige politische Vertreter dieses Systems, der begriff, daß nach Versailles Punkt 1 der Tagesordnung die "Wiederaufrichtung Deutschlands als Machtstaat" sein mußte, war der Generaloberst Hans von Seeckt.[6] Wie weit Bonn schon auf Weimar zutrieb oder

[4] Adolf Rapp, Der deutsche Gedanke - seine Entwicklung im politischen und geistigen Leben seit dem 18. Jahrhundert, Bonn und Leipzig 1920, S. 5

[5] Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1898, S. 2 f.

es überholte, mögen zwei Äußerungen vom Mai 1980 offenlegen. Hans-Dietrich Genscher sagte in einem Interview des ersten Fernsehens, ohne zu erröten und Widerspruch zu finden: "Wer nicht schießen will, muß verhandeln", und Helmut Schmidt sagte zu den vielfältigen Erwartungen in eine stärkere Rolle Bonns auf der weltpolitischen Arena bei einer sozialdemokratischen Versammlung in Essen schlappschwänzig: "Wir können uns keine Gesten der Stärke leisten und keine markigen Zeichen der Unerschütterlichkeit. Wir haben die Schnauze voll davon." Die Bonner Republik wurde 1980, um mit hierzulande ungewohnter ostelbischer Deutlichkeit fortzufahren, von einem Außenminister, der mit dem Herzen in der Hose zu jeder Verhandlung bereit ist, und von einem Bundeskanzler regiert, der die Weltpolitik aus dem Gesichtswinkel des Stoppelhopsers betrachtet, dem allerdings nach einem mörderischen Tagesmarsch wohl ansteht, zu sagen, er habe die Schnauze voll davon.

Das scheint nun alle "würdelose Kriecherei der Deutschen" zu überbieten, gegen die sich Bismarck durchsetzen mußte.[7] Und doch ist es so schlimm, wenn nicht noch schlimmer, auch schon gewesen. Fälle dieser Art gab es nach dem Dreißigjährigen Krieg zuhauf. Die Eigenheiten, die Heinrich von Treitschke von "Deutschland nach dem Westfälischen Frieden" zusammenfaßte, lesen sich heute in beinahe jeder Einzelheit wie eine Sondierung bundesrepublikanischer Zustände, ohne eines Kommentars bedürftig zu sein.

Treitschke sah wohl, daß Deutschland in dieser Zeit allein durch die lebendige politische Kraft des Partikularismus überlebte, weil das deutsche Volk nur in den Territorien Recht, Wohlstand und Bildung finden konnte. Die treufleißige Kurfürstenpolitik blieb indessen jedes großen Gedankens bar, schreckte ängstlich zurück vor den ge-

[6] Hans von Seeckt, Die Zukunft des Reiches - Urteile und Forderungen, Berlin 1929, S. 157

[7] Erich Marcks, Bei Bismarck 1893, in : Männer und Zeiten, 6. Aufl., Leipzig 1922, Bd. 2, S. 153

schwinden Händeln der europäischen Politik. Die zusammengewürfelten Ländertrümmer verwuchsen zu einer kümmerlichen politischen Gemeinschaft, der das Vaterland zu einer Sage wurde. "Ein dichter Nebel von Phrasen und Lügen lag über den gotischen Zinken und Zacken des alten Reichsbaus; in keinem Staate der modernen Welt ist so beharrlich und feierlich von Amts wegen gelogen worden." Der alte deutsche Stolz kam auf ein zages Philisterium herab. "Die deutsche Geduld ließ sich´s nicht nehmen, selbst den Aberwitz dieser Reichsverfassung wissenschaftlich zu erklären und zu rechtfertigen." Die zünftige Rechtsgelehrtheit pflegte sich in untertäniger Ruheseligkeit. "Selbst ein Leibniz vermochte dem Bannkreis dieser wissenschaftlichen Traumwelt nicht zu entfliehen." Allein Pufendorf sah das Reich, wie es war, zu dem es geworden: als ein politisches Monstrum.

Die außenpolitischen Parallelen waren noch verblüffender. Ließen die Entsprechungen bei den inneren Zuständen sich aus einigen Seiten leicht zusammenziehen, so attackieren uns die Ähnlichkeiten in den äußeren Beziehungen im Karree: "Die Reichsverfassung erscheint wie ein wohldurchdachtes System, ersonnen um die gewaltigen Kräfte des waffenfrohesten der Völker künstlich niederzudrükken. In der Tat wurde der unnatürliche Zustand nur durch die Wachsamkeit des gesamten Weltteils aufrechterhalten. Das Heilige Reich blieb durch seine Schwäche, wie einst durch seine Stärke, der Mittelpunkt und die Grundlage des europäischen Staatenssystems. Auf der Ohnmacht Deutschlands und Italiens ruhte die neue Machtstellung von Österreich und Frankreich, von Schweden, Dänemark und Polen, wie die Seeherrschaft der Briten und die Unabhängigkeit der Schweiz und der Niederlande. Eine stille Verschwörung des gesamten Auslandes hielt die Mitte des Festlandes gebunden. Die Fremden lachten der querelles allemandes und der misère allemande; der Franzose Bouhours stellte die höhnische Frage: ob es möglich sei, daß ein Deutscher Geist haben könne. Niemals früher war die Nation von den Nachbarn so tief verachtet worden; nur den

alten Ruhm deutscher Waffentüchtigkeit wagte man nicht zu bestreiten. Der politische Zustand aber, der dies schmähliche Sinken des deutschen Ansehens verschuldete, ward überall in der Welt als die feste Bürgschaft des europäischen Friedens gepriesen; und dies Volk, das vormals durch seinen Hochmut so übel berüchtigt gewesen wie heute die Briten, sprach gelehrig nach, was die Eifersucht der Nachbarn erfand, gewöhnte sich das Vaterland mit den Augen der Fremden zu betrachten. Die deutsche Staatswissenschaft des achtzehnten Jahrhunderts bereichert die alten Wahnbegriffe von deutscher Freiheit noch durch das neue Schlagwort von der Freiheit Europas. Alle unsere Publizisten bis herab auf Pütter und Johannes Müller warnen die friedliebende Welt vor der verderblichen Macht der deutschen Einheit und schließen das Lob des Heiligen Reichs mit der inbrünstigen Mahnung: Wehe der Freiheit des Weltteils, wenn die Hunderttausende deutscher Bajonette jemals einem Herrscher gehorchten."[8]

Die Wiederholungszwänge in der deutschen Geschichte sind phantastisch; sie besteht allerdings nicht nur aus solchen Mustern. Ein Land, das immer wieder glanzvoll wie ein Phönix aus der Asche aufsteigen kann, braucht als unentbehrliche Startbedingung offensichtlich jedesmal eine Unmenge geistiger Asche. Die Parallelen zwischen der Zeit nach 1648 und unserer Gegenwart enden jedoch in dieser Asche. Nach dem Dreißigjährigen Krieg bedurfte es in der stabilen Staatenwelt, die Frankreich und Rußland, England, die Niederlande und Schweden rings um Deutschland bildeten, des langsamen und zähen Aufstiegs einer Territorialmacht, Brandenburgs, um den Neubau eines deutschen Gesamtstaates zu begründen. Nach dem Zweiten Weltkrieg aber verlor die Welt rings um die deutschen Teilländer überraschend schnell ihre Stabilität. Die Großmächte in West und Ost, zwischen denen Deutschland nur noch eine Brücke sein sollte, überschritten alsbald ihren Zenit und gingen, die USA in eine fließende, die UdSSR in

[8] Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, zit. nach der Ausgabe Leipzig 1927, Bd. 1, S. 16 - 21

eine starre Fäulnis über. Die internationalen Institutionen, die nach 1945 eine universale Ordnung garantieren sollten, bestehen nur noch aus Planken, an die sich die Schiffbrüchigen klammern. Das trifft auf die UNO zu, wo sich 1980 die Amerikaner, die einst durch sie herrschen wollten, wie Kaninchen verhielten, die sich im Hagel hinhocken und alles einstecken.[9] Das trifft auf die NATO zu, deren schon von de Gaulle geforderte Reorganisation ängstlich von Jahr zu Jahr verschleppt wurde. Die EG kann jederzeit von ihren unlösbaren Wiedersprüchen verschlungen werden; spätestens, wenn auch Bonn sie nicht mehr finanzieren kann. Warschauer Pakt und Comecon können anläßlich der nächsten Krise im Kreml auseinanderfliegen. Die Deutschen haben nicht die Zeit, sich zu präparieren, wie sie ihnen nach 1648 beschieden war. Das Neue an der heutigen Lage ist, daß sich die Deutschen aus dem Stand erheben müssen, um sich vor den niederbrechenden Fassaden und Strukturen einer surrogaten Universalität in nationale Dissidenz zu retten.

Es gibt in der Geschichte kleine und große Wechsellagen. Die ersteren hängen von schnellen persönlichen Zugriffen ab. Sie bieten sich nicht wieder, wenn man sie verpaßt. Das ist der Fall, wenn sie auf unfähige oder willenschwache politische Klassen treffen. Das betroffenen Volk merkt die versäumte Gelegenheit oft erst hinterher. Große Wechsellagen fordern ein Volk stärker und tiefer heraus. Sie können Energien in etablierten Kräften, denen man es nicht zutrauen würde, oder in aufsteigenden Kräften entfesseln, von denen man bis dahin nichts wußte. Die Voraussetzung ist, daß ein Volk noch regenerierbar ist. Wer die zerfallende globale Ordnung betrachtet, muß die Vorstellung vom Ausgang des Zweiten Weltkrieges als einem säkularen Einschnitt preisgeben. Denn mit jener Voraussetzung verhält es sich bei den Verlierern günstiger als bei den Siegern.

[9] Der ehemalige amerikanische UNO-Botschafter Patrick Daniel Moynihan, der diesen Vergleich wählte, hütete sich in seinem kritischen Bericht "Einspruch", Berlin 1980, gleichwohl zu überlegen, ob es diesen Zuständen nicht angemessen wäre, die UNO mittels Streichung ihrer amerikanischen Subventionen aufzulösen.

Das ist der Fall, wenn auch der Zustand der politischen Klassen, wie sie sich in Deutschland und Japan präsentieren, kaum besser als miserabel ist. Die Reserven, über die als Völker die Deutschen und die Japaner noch immer gebieten, sucht man bei ihren Feinden vergebens.

Die Erhebung aus dem Stand ist aber kein Pfingstwunder. Die Herausforderung durch eine große Wechsellage muß wahrgenommen und angenommen werden. Das vollbrachte Preußen nach 1806 auf exemplarische Weise. "Nie hat sich ein Staat", schrieb Johann Gustav Droysen, "aus tiefem Sturz schneller und stolzer erhoben als Preußen nach den Tagen von Jena. Auch fernliegende Verhältnisse, die Wechsel der allgemeinen Weltlage haben mitgewirkt. Aber das Wesentliche war, daß man sich innerlich aufraffte, daß der alten Kraft und Treue des Preußentums neue Formen und Ziele zu schaffen sich ein Kreis von Männern um den Thron scharte, wie die Zeit ihrer bedurfte..."[10] Das sind allgemeine Richtlinien, die auch heute noch gelten können.Die Deutschen brauchen sich nur innerlich aufzuraffen, um sich der brüchigen alten Zustände der Innen- und Außenpolitik zu entledigen, wieder auf die überlieferten, immer noch wirkenden Tugenden zu setzen und neue Formen und Ziele zu wagen, die in Richtung auf einen neuen Machtstaat, eine neue Großmacht drängen, die den Nachbarn durchaus zuzumuten wäre, weil durch nichts sonst das schutzbedürftige Europa noch gerettet werden kann. Es gilt also, sich auf das vorzubereiten, was nicht nur der Exfaschist Otto Westphal im Mutterleib des Gedankens töten wollte, sondern auch der Antifaschist André Malraux, der die gaullistische Haltung zur deutschen Frage um die gleiche Zeit auf die Formel gebracht hat: "Kein viertes Reich!"[11]

Die folgenden Ideengänge zur Wiederherstellung Deutschlands wollen den entschlummerten Furor teutonicus wekken, um den Deutschen ihren bewährten Kampfgeist und

[10] Johann Gustav Droysen, Das Leben des Feldmarschalls Grafen York von Wartenburg, 4. Aufl., Leipzig 1863, Bd. 1, S. 3

[11] The Case for De Gaulle - A dialogue - Between André Malraux and James Burnham. New York 1948, S. 50

ihren berechtigten Stolz zurückzugeben, die sie beim Bau eines neuen Reiches brauchen.

Für die Modulation, die in diesen Zweck einstimmen soll, mag wieder gelten, was einst Treitschke in der Widmung der 1. Auflage seiner "Historischen und politischen Aufsätze" (1864) an Gustav Freytag schrieb: "Ich habe dabei rücksichtsloser gesprochen, als unsere Staatsgelehrten pflegen. Noch ist die deutsche Staatswissenschaft nur allzureich an Halbwahrheiten, die Jeder nachspricht und Keiner glaubt. Mir schien es weder ehrenvoll noch nützlich, die erste, die selbstverständlichste aller Pflichten des politischen Schriftstellers zu verabsäumen und da versteckte Winke zu geben, wo nur unumwundene Offenheit der Rede frommen kann."

Kritik der liberalen Restauration

Das System der Bonner Republik ist, seiner Apologie zufolge, nicht allein der Gipfel, zu dem die ganze deutsche Geschichte per aspera ad astra, in der letzten Etappe mit fremder Hilfe, emporgestiegen ist. Es ist, laut Lobrednern, die reife Frucht aller verfassungspolitischen Entwicklungen. Was sind Solon und Lykurg, was sind Platon und Aristoteles gegen die Väter des Grundgesetzes, zu dessen 25. Jahrestag die noch Lebenden unter ihnen, Carlo Schmid und Adolf Süsterhenn, die seitdem auch schon das Zeitliche segnete, sich rühmten, im Wesentlichen alles richtig gemacht zu haben? Müßte nicht unbändiger Stolz, unnachgiebiger Verteidigungswille das Herz der Kinder solcher Weisen schwellen lassen? Das ist, wie jeder Zeitgenosse weiß, nicht der Fall.

Ein garstig Lied

Im Lande geht, von vielen bemerkt, von wenigen wahrgenommen, eine wachsende politische Apathie um. Was noch vor einigen Jahren als das Lebensgefühl moribunder Konservativer galt, die sich hoffnungslos an den Rand der Geschehnisse abgedrängt sahen, ergreift Kreise um Kreise als Objekte spontaner Demokratisierung. Der Snobismus, der Mühen nur noch gestatte, wenn sie dazu dienten, den eigenen Lebensstandard bis zum nahen Ende zu erhalten, hat alle Exklusivität verloren. Das geflügelte Wort aus Auerbachs Keller, "politisch Lied, ein garstig Lied", klingt heute wie ein aktueller Gemeinplatz. Nicht, weil die Zahl

der Philister wieder zunähme. So einfach ist es auch zu Goethes Zeiten nicht gewesen. Das Politische galt den wackeren Leipziger Zechern als garstig, weil am Horizont der deutschen Kleinstaaterei kein Platz war für eine weitere Perspektive, in der Tatendurst einen Sinn gehabt hätte.

Karl Marx hatte in seiner Zeit unter einem ähnlichen Desinteresse gelitten. Um seinem Ingrimm Luft zu verschaffen, prangerte er die "ekelhaften Laster der Passivität" an, schimpfte das Volk, das, "ganz vom Staatsleben abgewendet", teils in politischem Aberglauben, teils in politischem Unglauben versinkt, "Privatpöbel"[1]. Was blieb dem Volk allerdings übrig als Privatpöbel zu sein - in jener Restaurationsperiode, von der man sich heute im Zeitalter der "mündigen Bürger" so himmelweit entfernt vorkommt, obwohl doch jeder weiß, daß die mündigen Bürger "schweigende Mehrheiten" bilden.

Es gehört in der Bundesrepublik Deutschland längst zu den bedrückenden Erfahrungen des Alltags, daß der einzelne Bürger gegen Zustände, die ihm veränderungswürdig erscheinen, nichts Wesentliches ausrichten kann. Der enge Horizont dieses Gebildes verweigerte sich überdies sinnstiftenden Bindungen, für die der Bürger im Vollzug seiner Identifikation Opfer bringt oder stirbt. Die Prozeduren des öffentlichen Lebens sind so eingefahren, daß sich ein persönliches Engagement nur noch mit einer politischen Karriere verträgt, wenn sich dabei das Persönliche reduziert. Die Ohnmacht des Einzelnen hat einen Hang zum Opportunismus ausgebrütet, der Widersetzliche von vorneherein ins Unrecht setzt; was zu beschreiben wiederum als kraß, emotional, wenn nicht - zu landläufigem Schrecken - als extremistisch gilt.

Das war nicht immer so. Die Dinge haben unbesehen ihren Charakter gewechselt. Es fehlte an Warnern nicht. Aber es konnten sich in den florierenden fünfziger Jahren neben Adenauer nur die "unhappy few" vorstellen, daß nach

[1] Das ist so in den "Debatten über die Preßfreiheit" nachzulesen, die Marx 1842 in der "Rheinischen Zeitung" kommentierte. In: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff. Bd. 1, S. 64

der totalitären Diktatur im Dritten Reich unter dem Dach der wiederhergestellten parlamentarischen Demokratie so viele Bestandteile der neuen Ordnung ihr Gegenteil hervorbringen würden. Die lähmende Situation von 1980 lag jenseits allgemeiner Vorstellung. Man tummelte sich in einer Stimmung, die allerdings nicht allein Lust an jener persönlichen Freiheit ausdrückte, die damals ungeheuer groß geschrieben wurde; sie verriet, wie Friedrich Sieburg schon 1954 bemerkte, eine heimliche "Lust am Untergang". Im selben Jahr sah Winfried Martini auch das "Ende aller Sicherheit" und 1960 bereits die "Freiheit auf Abruf". Man schlug alle Warnungen in den Wind und betäubte sich mit der magischen Formel "Bonn ist nicht Weimar", um einen anderen geflügelten Buchtitel dieser Jahre zu nennen. Danach begann blanke Angst um sich zu greifen. Der Boden sackte ein wie Sumpf.

Sumpfvermessung I

Tatsächlich lastet heute die öffentliche Meinung über unserem Gemeinwesen wie ein geschlossener Alptraum. Die Herrschaft des bekannten Meinungsmonopols ist so unangefochten, daß es ausscherende Organe immer wieder unter jenen Alibizwang setzt, aus dem sie nicht die volle Wahrheit wagen oder sich unbequemer Mitarbeiter entledigen.[2] Im Zuge dieser Entwicklung hat es so zahlreiche Faits accomplis gegeben, daß der Wunsch in Parteien und Gewerkschaften nur zu verständlich wurde, der normativen Kraft dieses Faktischen endlich auch die Weihe des Gesetzes zu geben. Das war der Hintergrund für die Debatten um redaktionelle Mitbestimmung und um Überführung privater Unternehmen dieses Sektors in öffentlich-rechtliche Anstalten, bei welch letzteren sich auf der Höhe des Tages

[2] Die sozialliberalen Preßbengel, die in einemfort den Springer-Konzern angriffen, hielten tunlichst den verzwickten Einfluß geheim, den sie mitunter auf die Personalpolitik dieses Pools ausübten.

der "bürgerliche" Publizistikprofessor Fritz Eberhardt als wissenschaftlicher Promoter empfahl. Es wäre ungerecht, diese Tendenzen aus der Aura der sozialliberalen Koalition allein abzuleiten, in der Presseschelte schnell zur Gewohnheit geworden ist. Die christlich-demokratischen Parteiführer Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf riefen wohl nach Freiheit statt Sozialismus, aber was sollte man von dieser Parole halten, wenn man erfuhr, daß sie sich in praxi nicht scheuten, publizistische Unternehmungen wegen Kritik an ihrer Partei und ihrer Person mit Pressionen einzuschüchtern? Franz-Josef Strauß ist das im Fall der "Zeitbühne", freilich erst mit dem Tod ihres tapferen Begründers Schlamm vollauf gelungen. So etwas wie Mannesstolz vor Königsthronen ist den Parteiführern unseres freiheitlichen Rechtsstaates anscheinend unerträglich[3]. Niemand kann es ein Wunder nennen, wenn unter solchen Verhältnissen die Zahl der Bürger wuchs, die zwischen einer privaten und einer beruflichen politischen Meinung tunlichst unterschieden.

Ein zweiter Sektor, auf dem der Abruf der Freiheit praktisch vollzogen ist, ist das Erziehungswesen, und zwar von den Grund- bis zu den Hochschulen. Die Studentenrevolten waren die Spitze eines kolossalen Eisberges, der Stück um Stück auftauchte, als man, zunächst noch amüsiert bis wütend, je nach Ort mehr oder weniger vor den radikalen

[3] Als Gustav Freytag seine Erinnerungsblätter "Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone", Leipzig 1889, herausgab, hätte er es nicht nötig gehabt, sich in der Vorbemerkung zu verteidigen: "Der Verfasser entnahm die folgenden kurzen Mitteilungen, welche den Kronprinzen betreffen, aus den Aufzeichnungen, die er sich im Feldlager gemacht hatte, und aus Briefen, die er von dort an einen Freund schrieb. Wenn er hier auch über die Persönlichkeit des späteren Kaisers Friedrich, wie sie ihm erschienen ist, geurteilt hat, ehrlich und mit einem Herzen voll Pietät, so hält er dies als geborener Preuße für sein Recht; er hat durch ein langes Leben treu an dem Geschlechte der Hohenzollern gehangen und ist Toten und Lebenden für manchen Huldbeweis verpflichtet, aber er ist nicht im Stande, vor der höchsten Erdenhoheit sein Urteil gefangen zu geben, und er ist der Meinung, daß den Gebietern unseres Staates besser gedeihen muß über solche zu herrschen, welche eine selbständige Auffassung bewahren, als über die, welche Nacken und Meinung gefügig beugen." Er hat damit Eulen nach Athen getragen. Es charakterisierte diesen berüchtigten "Untertanenstaat", daß er in seinen großen Zeiten über solche Männer mit selbstständigen Auffassungen geherrscht hatte.

Forderungen zurückwich, um die traditionelle deutsche Universität preiszugeben, die einmal dem Ausland als ein nacheifernswertes Muster erschienen war. Die Zeit war um 1967 bereits reif für die Demontage. Die Revolten wären verebbt, hätte eine beträchtliche Zahl von Hochschullehrern für die Revoltierenden nicht Partei ergriffen und eine noch beträchtlichere Zahl dem wachsenden Terror nicht einfach nachgegeben. Der Opportunismus, den Helmut Schelsky an seinen Kollegen hervorgehoben hat, war aber auch nur ein Symptom. Es läßt sich nicht einmal sagen, man sei in die Malaise hineingerutscht, weil die Träger der politischen Mandate sich nicht genügend um die Erziehung der Erzieher gekümmert hätten. Die Revolten sind mitten aus der bundesrepublikanischen Bildungspolitik hervorgegangen. Zu den ersten, die zum Sturm auf die Ordinarienuniversitäten bliesen, zählten, noch ehe die Studenten daran dachten, schließlich christlich-demokratische Kultusminister wie Wilhelm Hahn oder Paul Mikat, und als Bundesforschungsminister genierte sich der Sozialdemokrat Hans Matthöfer nicht, die Zerstörung der deutschen Universität als ein Muster für geglückte gesellschaftliche Reformen aufzustellen. Dem Druck von unten ging die Inspiration von oben voraus. Die Folgen hatte man sich vermutlich anders vorgestellt, aber man fand sich eben damit ab, daß das Ausbildungsniveau sank und die Indoktrinierung stieg. Lehrer hetzten ungehindert Kinder gegen die private und öffentliche Ordnung auf. Es gab bald Studenten der Literaturwissenschaft, die in höheren Semestern noch nie etwas von Dante gehört hatten, und Studenten der Politologie, die es für riskant hielten, in Examensarbeiten Kritik an der kommunistischen Bewegung zu äußern, weil sie fürchteten, es könnte ihnen einmal in zehn Jahren vergolten werden. Es dürfte bereits einige Jahrgänge geben, die für die Erhaltung, geschweige für die Mehrung des Erreichten majoritiv ausfallen, weil sie unfähig oder unwillens sind, ihren Beitrag für die tägliche Reproduktion des Gemeinwesens zu leisten. Wenn die Jugend die Zukunft eines Volkes ist, so stehen die Deutschen vor der Gefahr, in ihrer Jugend unterzugehen.

Die Kirchen, deren Vertreter von den Liberalen im Bundestag der ersten Legislaturperioden mit dem rhetorischen Grimm des 19. Jahrhunderts als "Schwarze" attackiert werden konnten, paßten sich so hurtig an, daß sie von heute aus gesehen mehr Führer als Verführte scheinen. Trotz der Erfahrungen mit dem "Deutschen Christentum" im Dritten Reich machte man der "Theologie der Revolution", samt dem unvermeidlichen "Prinzip Hoffnung" das Tor und die Tür so hoch, daß die Kirchen sich in dem Maße, wie sie sich politisierten, auch entchristlichten. So gesellte sich den Motiven der prosperierenden Kirchenaustritte ein neuer Grund: Christen treten aus ihren Kirchen aus, um an ihrem Glauben nicht irre zu werden. Es ist nicht bekannt, daß die Kirchenleitungen sich bisher diesem beschämenden Vorgang gestellt hätten. Fragen nach der massenhaften Dissidenz werden meistens mokant mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Gesichtspunkte beantwortet, wobei der geheiligte Materialismus plötzlich verblüffend abgewertet wird, statt daß man sich fragt, ob hinter den steuerlichen Erwägungen nicht eine tiefere Bedeutung stecken könnte, nämlich der um sich greifende Zweifel, ob Steuern und Spenden, die den Kirchen zufließen, nicht Umtrieben zugute kommen, die sich selbst unter eine extensive Auslegung der mildtätigen Komponente des Priesteramtes nicht subsumieren lassen. Als diese Zustände von protestantischer Seite zum Entsetzen der Landeskirchen angeprangert wurden, konnte als Titel "Rotbuch Kirche" für charakteristisch gelten. Das Aufatmen, mit dem nicht bloß katholische Christen die Wahl des Bischofs von Krakau zum Papst Johannes Paul II. quittierten, weil er mit eigenem Geist und Leib erfahren haben mußte, wovon andere salbaderten, geriet schnell ins Stocken. Die Theologie der Revolution ging weiter[4].

[4] Zu diesem Schluß gelangten von entgegengesetzten Positionen der lefèvristische Philosoph Reinhard Lauth in seinem Vortrag "Für Alle und für Euch - Das Programm Johannes Pauls II." im Winter 1979/80 in München und der sozialdemokratische Jurist Ernst-Wolfgang Böckenförde in seiner Analyse der Enzyklika "Redemptor Hominis" in der "Neuen Züricher Zeitung", vom 25.1.1980 unter dem Titel "Das neue Engagement der Kirche - Die politische Theologie Pauls II."

Im Wirtschaftsleben ist den Gewerkschaften mehr und mehr ihre bewährte Vernunft abhanden gekommen. Hans Böckler würde heute über den DGB so entsetzt sein wie Kardinal Faulhaber über die katholische oder Bischof Dibelius über die protestantische Kirche. Er würde den Gewerkschaften die Mitschuld an Inflation und Arbeitslosigkeit vorrechnen und ihre politischen Ambitionen als präsumtive Staatsstreichmentalität bezeichnen. Freilich haben auch die Industriellen zu wenig Standfestigkeit bewiesen, um solchen Anfängen wehren zu können. Statt die Mitbestimmung als das, was sie ist, abzulehnen, als ideologische Kuratel für Unternehmensführungen, ließ man sich auf Kompromisse ein, die eine Entwicklung begünstigen, an deren Ende die Wirtschaftsordnung aus den Angeln gehoben werden konnte. Die Industrie brauchte wahrlich ihr Licht nicht unter diverse Scheffel zu stellen, wo Hans Domizlaff, der sie geistig hätte repräsentieren können, ein öffentlich unbeachtetes Dasein mit Privatdrucken fristete. Sie hat den Wohlstand geschaffen, um den uns die Welt beneidet. Allein ihre Selbstdarstellung war so verheerend, daß eine irrationale Sympathie für den Sozialismus aufsteigen konnte, der in der Praxis bisher in jeder Couleur zu Mißwirtschaft geführt hat. Die Industrie hat schließlich auch der galoppierenden Staatsverschuldung zu wenig Halt geboten, die 1980 unter einer beschwichtigenden sozialliberalen Bundesregierung und einer "Haltet den Dieb" schreienden christdemokratischen Bundesratsmehrheit eine schwindelhafte Höhe erreichte.

Die Verwaltung hat ihren Charakter gewechselt, seitdem das Undenkbare, das Streikrecht für Beamte, diskutabel wurde. Sie ist heute so kommerzialisiert, daß auch der Begriff der Provision, zumal in seiner hochgezüchteten, bis zur Unkenntlichkeit sublimierten Form, übertragbar erscheint. Wer wollte vor solchen Feinheiten der hochindustrialisierten Gesellschaft, mit ihren unüberschaubaren Strukturen und Relationen, den terrible simplificateur spielen und von Korruption sprechen? Die Polizei zeigt heute in vielen Fällen, in denen sie zum Schutz des Bürgers virulent

werden müßte, eine Nachsicht von einer Bandbreite, die von Gutmütigkeit bis Feigheit reicht. Es entsteht der Eindruck, daß sie gegen die läßliche Parksünde wie gegen ein Kapitalverbrechen vorgeht, um den Rest von Selbstachtung nicht zu verlieren. Sie ist von den Politikern allerdings handlungsunfähig gemacht und von den Massenmedien unter eine Aufsicht gestellt worden, die im Zweifelsfalle für den Verbrecher optiert, falls diese Bezeichnung überhaupt noch erlaubt ist. Im Justizwesen hat sich eine Richtung durchgesetzt, nach deren Gusto die Anstalten des Strafvollzugs nach dem Muster von Kindergärten umgewandelt werden sollten. Verantwortungsbewußte Juristen beklagen schon seit geraumer Zeit eine zunehmende Verunsicherung der Rechtsprechung, wobei die Demontage der richterlichen Autorität gleichzeitig "von oben" und "von unten" erfolgte: als die Terroristen dazu übergingen, während ihrer Prozesse die Richter durch Happenings und Provokationen lächerlich zu machen, bereitete man sich im Justizministerium darauf vor, die traditionellen Dienstbezeichnungen der Richter zu nivellieren. Trotzdem ist das Quantum Rechtsstaatlichkeit noch beträchtlich, aber auch für diesen Bereich gilt, daß Institutionen nicht allein kraft ihrer Normativität existieren: sie hängen in nicht unerheblicherem Grade von den Personen ab, von denen sie besetzt sind und damit auch von Kräften, die sie manipulieren, umfunktionieren können. Die steigende Gesetzesflut und der Schwund des Verantwortungsbereiches der Verwaltung bereiteten den Boden für diese Umtriebe der Legalität. Die Heerschar kritischer Juristen, die von Semester zu Semester stärker wurde, lechzte danach, ein Instrumentarium nach dem anderen an sich zu reißen. "Eine kleine Beschleunigung im Tempo der Bewegung", schrieb Carl Schmitt, "und das Gesetz als Mittel der Reform wird zum Gesetz als Mittel der Revolution."[5]

Betrachtet man die Parteien, die Träger dessen sind, was noch immer Staat heißt, vor dem Funktionswandel, der sich

[5] Carl Schmitt, Vorwort zur italienischen Ausgabe von "Legalität und Legitimität", 1971; zit. nach einem Durchschlag des Verfassers

in verschiedenen Bereichen vollzogen hat, so kann nur schwerlich behauptet werden, sie hätten diesen Entwicklungen widerstanden. Sie sind, nach Maßgabe ihrer Profile, meistens mit dem Strom geschwommen. Das hatte auch Folgen für sie selbst. Sie bilden heutzutage Heere mausgrauer Funktionäre, die , Verhältnisse im sozialistischen Lager beschwörend, Apparatschiks genannt wurden. Alte Parlamentarier wie Herrmann Höcherl bestätigten diesen Befund, wenn sie klagten, es gäbe im Bundestag im Gegensatz zu den ersten Legislaturperioden keine Individualisten mehr. Doch selbst die Betroffenen können nicht mehr umhin, das zuzugeben: sie tun es, wenn sich die Parteien mit vollem Recht gegenseitig beschuldigen, bloß noch Mittelmäßigkeiten zu fördern. Aufmerksame Beobachter haben gefolgert, es gäbe keine Classe politique mehr. Das ist sicher ein Kurzschluß, entstanden durch die Verwendung eines Begriffs, der Quantitäten benennt, bei der Messung von Qualitäten. Jene unscheinbaren Parteifunktionäre bilden die politische Klasse von heute, von neuem Typus zwar, aber eine politische Klasse immerhin, die sich instinktsicher präsentiert und nach einem strikten Ausleseprozeß bildet, der nach den Merkmalen anpassungswillig, kompromißfähig und clever die Spreu privilegiert. Sie haben auch Vorstellungen, denen es viele freilich nicht ansehen, daß ihnen danach das Fell über die Ohren gezogen werden soll[6].

Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Parteien in dieser Besetzung die skizzierten Fehlentwicklungen aufhalten können, um neue Fundamente zu legen; die Umkehr setzt Substanzen voraus, die sich nicht ad hoc einstellen, sie müssen schon in der Anlage vorhanden gewesen sein. Die politische Apathie breitet sich unter den Bürgern aus, weil sich kein Schimmer von politischen Begabungen bemerkbar macht, die in solchen Situationen gebraucht werden.

[6] Allein diese Erscheinung rechtfertigt es, eine so übel beleumundete Systemkritik aus der Weimarer Republik wie Edgar Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen, Berlin 1927, wieder zur Hand zu nehmen; Gottfried Benn nannte die Weimarer Politiker "geschäftige Nullen" (L. L. Matthias, a.a.o., S. 439)

Sonst konnte vor 1980 nicht der innenpolitische Eindruck vorherrschen, daß der Sozialismus doch nicht mehr abwendbar ist. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, um dessen Haupt manche ein Wetterleuchten erspähen wollten, erhielt schon im Juli 1976 von der John Hopkins Universität in Baltimore einen Ehrendoktorhut mit dem Testat, er habe "praktischen Sozialismus mit einem Sinn für die konservative Weltanschauung des deutschen Volkes" verbunden. Gleich unabwendbar erschien außenpolitisch die sowjetrussische Hegemonie, bei der man sich nur noch erhoffte, daß ihre rechtzeitige Würdigung die Kausalketten von Konsequenzen erleichtern möchte. Wenn Kohl und Biedenkopf als christdemokratische Parteifunktionäre die umstrittene Verkündigung Schmidts vom Wirtschaftsboykott, mit dem der Westen auf eine kommunistische Regierungsbeteiligung in Italien reagieren würde, mit dem Argument kritisierten, er habe der Einigung Europas schweren Schaden zugefügt, so kehrten sie doch nur hervor, daß ihnen der Defaitismus womöglich noch tiefer in den Knochen steckte als der sozialliberalen Koalition, die sie mit dem Schlachtruf "Freiheit statt Sozialismus" abzulösen trachteten[7].

Systematischer Kurs

Die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland war um 1980 ein Gemenge aus anarchistischen und halbtotalitären Elementen, überwölbt von einer parakollektivistischen Aura. Das widersprach der Verfassungsinauguration von 1948/1949 so kraß, daß man sich fragen mußte: was ist falsch gewesen? Richtig ist, daß alles in der Absicht bestimmt und ausgeführt wurde, dem Individuum den größtmöglichen Spielraum zu gewähren. In dieser Absicht sind auch die Reste staatlicher Elemente abgebaut worden, die uns noch verblieben waren. Damit hat man allerdings dann den Raum angetastet, den das Individuum zu seiner Entfaltung braucht.

Es ist eine der wesentlichen Ursachen für den politischen Niedergang, daß man sich angewöhnt hatte, Individuum und Staat als etwas Entgegengesetztes zu betrachten. Das Individuum, das die Historiker nicht ohne Grund das neuzeitliche Individuum genannt haben (und an seinem Ende verächtlich als das bürgerliche Individuum abschoben), hat sich seit der Renaissance mit der politischen Organisationsform der Neuzeit, mit dem Staat, herausgebildet. Der Staat ist exakt sogar die Voraussetzung des Individuationsprozesses gewesen; indem er den mittelalterlichen Verbandskollektivismus auflöste, befreite er die Bürger von den stereotypen Prägungen der Feudalzeit - indem er die Bürger in einen größeren Zusammenhang einordnete, forderte er ihre persönlichen Anlagen heraus. Das Verhältnis ist reziprok gewesen. So wie der Staat die Menschen als Individuen brauchte, um in der allgemeinen Expansion der Kräfte mit ihren Eroberungen, Erfindungen und Leistungen nicht zu versagen, hatten die Individuen den Staat als eine starke politische Einheit nötig, der ihre Eigenarten honorierte und garantierte. In dem Maße, wie das Individuum sich gegen den Staat ausspielen ließ, bereitete es seinen eigenen Untergang vor. Es geriet nach der Demontage des Staates unter die Herrschaft der Verbände, die seinen Spielraum sehr viel enger zogen, und zerfiel vor dem Druck eines neuen Verbandskollektivismus, dem es sich fügte, weil der einzelne Mensch in der Gesellschaft nicht ohne Schutz existieren kann. Der Pluralismus, als Höhepunkt politischer Zivilisation gepriesen, repristinierte mittelalterliche Stukturen, freilich ohne Aussicht auf die Wiedergeburt der Civitas Christiana, in der die partikularen Gebilde als in einer gewissermaßen internationalen politischen Einheit sinnvoll aufgingen. Was sich bisher als eine neue politische Einheit anzeigte, war die totalitäre Diktatur, in der die pluralisti-

[7] In Criticón 51 (1979) habe ich Helmut Schmidt unter dem Titel "Der Kanzler des Als-ob" einer näheren Betrachtung unterzogen - in dem Bewußtsein, daß ihre Schlüsse auch auf Franz Josef Strauß zuträfen. Meine Glosse zum Antritt der Kanzlerkandidatur von Strauß "Warum ich glaube, daß die CDU/CSU die Wahl verliert" in Criticón 57 (1980) kann deshalb als eine Nachschrift zu dem Schmidt-Porträt ad personam Strauß gelten.

schen Komponenten keineswegs sinnvoll aufgingen, sondern unterjocht wurden, wie das nur geschehen kann, wenn Teile unter die Herrschaft eines Teils geraten, der falschen Bewußtseins von sich behauptet, das Ganze zu sein.

Der sozialdemokratische Kanzler Schmidt drückte seinerzeit den Status quo adäquat aus, als er am 23. Mai 1976 vor der Katholischen Akademie in Hamburg erklärte: "Im demokratischen Staat, im Prozeß der demokratischen Willensbildung, der auf Mehrheitsentscheidungen angewiesen ist, muß Rechtsetzung immer auf vorhandenes gesellschaftliches Ethos gestützt sein. Der Staat des Grundgesetzes kann als Staat nicht Träger eines eigenen Ethos sein - das will und soll er auch nicht. Nur das, was in der Gesellschaft an ethischen Grundhaltungen tatsächlich vorhanden ist, kann in den Rechtsetzungsprozeß eingehen, kann als Recht ausgeformt werden." Das war der Staat als Betrieb, den Max Weber im Zuge der Rationalisierung zwiespältig kommen sah, den Harold Laski in buchstäblicher Emphase als Betrieb neben anderen Betrieben einer Gesellschaft feierte, bevor er in "offener Gesellschaft" bei Karl Popper verschwand, der immerhin noch "Feinde" sah. In der Formel Helmut Schmidts, der wähnte, ein Schüler Poppers zu sein, war für Feinde kein Platz. Denn der Staat, der kein eigenes Ethos hat, sondern sich an den in der Gesellschaft vorhandenen Grundhaltungen und ihrem Wandel, wie Schmidt an einer anderen Stelle der Rede hervorhob, orientiert, kann die Bewegungen in der Gesellschaft nur beobachten; wandelt sich das vorhandene Ethos unter dem Einfluß einer dieser Bewegungen, hat sich der Staat ihr anzupassen. Aus diesem Grunde stellte Schmidt auch nicht die entscheidende Frage nach dem jeweiligen Subjekt, das die ethischen Grundhaltungen bestimmt. Solange ein innerer Feind in der Minorität ist, gilt er in dieser Sicht als ein Konkurrent im Wettbewerb des Wandels, hat er die Majorität, so hat er die Präzeptorenschaft über die Gesellschaft, der sich der Staat unterwerfen muß, selbst wenn zu befürchten steht, daß die Präzeptorenschaft dann nicht mehr Gegenstand eines Wandels sein sollte.

Nach dieser Formel trat man den Weg zur Exekution wenigstens ohne Augenbinde an. Kohls Replik vor der Katholischen Akademie in Hamburg am 13. Juni 1976 ließ vermuten, daß der christdemokratische Politiker, wenn der Untergang während seiner Kanzlerschaft eintreten würde mit Worten ringen müßte, um zu sagen, wie es dazu kommen konnte. Er berief sich auf die 1948/49 formulierten Grundwerte, ohne Rechenschaft darüber abzulegen, ob es noch einen tragenden Konsensus über diese Grundwerte gab. Die Posten der persönlichen Freiheit zogen nun einmal nicht mehr so wie in der Gründerzeit dieser Republik. Der Wandel ist auch nicht so einfach zu erklären, daß das, was man hat, durch Besitz an Wert verlöre. Das wäre durch Erziehung korrigierbar. Die Posten der persönlichen Freiheit wurden von der Jugend gering geschätzt, weil es nach den gehabten gesellschaftlichen Transformationen riskant geworden ist, sein persönliches Leben an ihnen zu orientieren. Weil der Staat die Einzelnen nicht mehr wirksam schützen konnte, suchten sie ihr Heil in den Kollektiven. Wäre der Staat von seinen tragenden Parteien nicht so emsig abgebaut worden, hätten die Grundwerte ihre Anziehungskraft vielleicht bewahrt. Helmut Kohl wäre noch ein Illusionist, wenn er sie durch eine Rekonstruktion des Staates restaurieren wollte. Er mobilisierte jedoch weiterhin Affekte gegen den Staat, dessen Abbau die Grundwerte außer Kurs gesetzt hat. Daß er dabei nur noch gegen einen Popanz kämpfte, merkte er so wenig, wie er die Frage stellte, von wem denn nun die Grundwerte in ihrer alten Bedeutung wieder eingesetzt werden sollen. Daß er dabei den Bereich der Verwaltung offensichtlich mit dem staatlichen verwechselte, wie Biedenkopf die vielberufene Demokratisierung für eine neue Form der Verstaatlichung hielt, zeigte, wie tief die Konfusion war, die sich anschickte, die Zeit, die aus den Fugen ging, wieder einzurichten.

Schelskys Dilemma

Wer im Zeitalter der "mündigen Bürger" eine anerkannte Autorität braucht, um diese Ausführungen nicht für Dramatisierungen zu halten, lasse sich von dem Soziologen Helmut Schelsky belehren, der schon 1973 feststellte, es sei höchste Zeit für eine neue Besinnung. Da hieß es: "Es schwindet das Bewußtsein, gegen was man sich in der Politik gemeinsam zu wehren hat, also militärisch gesprochen, das `Feindbild´ unserer freiheitlichen Politik, und es zerschleißen sich die Formeln der gemeinsamen Zielsetzungen aller demokratisch-freiheitlichen Parteien, sie werden zu blinden Begriffen." Er sah in der neuen Besinnung deshalb eine ähnliche Aufgabe, wie sie "in den Jahren zwischen 1945 und 1949 geleistet worden ist." Er verkannte auch nicht, daß "die kollektiven Denk- und Formulierungsergebnisse von theoretischen Besinnungen in Parteien, wie überall anderswo, kaum ermutigend und überzeugend" ausfallen. Helmut Schelsky hätte das auch nach den programmatischen Erklärungen von Helmut Schmidt und Helmut Kohl von Frühjahr 1976 kaum anders formuliert. Er sprach 1975 ausdrücklich von der "Illusion des starken Staates, die tatsächlich nur noch rhetorischer Schaum ist."[8] Die deutsche Rechtswissenschaft tendierte schon lange dahin, den Staat als einen konkreten Begriff zu verwenden, der an eine geschichtliche Epoche gebunden war, um eine bekannte Formel von Carl Schmitt aus dem Jahre 1941 zu gebrauchen[9].

Der Soziologe Schelsky sah ebenso die einzelnen Mißstände. Im selben Atemzug, in dem er Erwartungen, die in den Staat gesetzt werden, als Illusionen bezeichnete, zählte er auf, was er für die Stärkung des dahinsiechenden Gemeinwesens als unumgänglich einschätzte: "Mehr Arbeit, kaum reale Einkommenssteigerungen, weniger Konsum, mehr Steuern, weniger öffentliche Bürokratie, keine Steigerung der sozialen Sicherung und Wohlfahrt, Sparkommissare statt Reformminister, Abbau der Vormundschaft der heilsgläubig-sozialperfektionistischen Intellektuellen usw." Dann aber setzte es plötzlich bei ihm aus. Wenn er im Kontext die Ansicht vertrat: "Wer für ein solches Programm der `Härte´als gesellschaftlich-wirtschaftliche Selbsteinschränkung heute die Mehrheit der Wähler gewinnen könnte, der wäre ein `starker´ Mann oder eine `starke´Partei", so hing er einem Wunsch nach, dessen Erfüllung einem Wunder gliche. Der folgende Satz verriet auch die Blässe des Zweifels, von der dieser Gedanke angekränkelt war. Es ist der Stoßseufzer: "Das wagt aber die Opposition nicht und schon gar nicht die Regierungsparteien." Die Erfüllung des Wunsches wäre ein Wunder, weil keine Partei mit einem solchen Programm eine Wahl gewinnen könnte. Schelsky wäre selbst zu diesem Schluß gelangt, wenn er überlegt hätte, warum das keine Partei tatsächlich wagt.

Was hier aussetzte, war natürlich nicht der Verstand. Hier war ein weiterer Gedankenschritt nicht mehr möglich, weil die Reflexion den Verfasser an einen Rubikon geführt hätte, den er scheute. Denn selbst wenn das Wunder einträte, wäre gar nichts gewonnen. Der "`starke´Mann" oder die "`starke´Partei" müßten die Gesetze ändern, um die Punkte des Programms erfüllen zu können; überdies wäre dafür Sorge zu tragen, daß sie von den Gruppen, die an der Erfüllung dieser Aufgaben wenig Interesse haben, nicht wieder gestürzt werden. Um es ganz genau zu sagen, was Schelsky vorschwebte, wäre nur mittels einer Institution zu erreichen, für die von der Staatsrechtswissenschaft der Begriff der "souveränen Diktatur" herausgearbeitet worden ist. Sie ist in der Geschichte von verschiedenen politischen Organisationsformen mit Erfolg angewendet worden; zuletzt sehr kurzfristig, weil sehr wirkungsvoll auf dem Höhepunkt der französischen Krise von 1959, als General de Gaulle die vierte durch die fünfte Republik ersetzte. Statt

[8] Helmut Schelsky, Der selbstständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare. Stuttgart 1976, S. 49 ff. und 145 ff.

[9] Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924 - 1954. Berlin 1958, S. 375.

zu durchdenken, ob Schritte in diese Richtung auch der Bundesrepublik Deutschland nützen würden, kehrte Helmut Schelsky in dem Moment um, da sich eine solche Möglichkeit als Gedanke abzeichnen könnte: selbst um den Preis der Glaubwürdigkeit, der nun einmal gezahlt werden muß, wenn jemand zu einer grundsätzlichen Neubesinnung aufruft und am Ende nichts anderes zu bieten hat als die überholten Mittel, die Ideen von 1949, die nicht aktueller werden, wenn man sie, worauf es bei Schelsky hinauslief, umformulierte und nicht universeller, wenn man sie dabei auf Adam Smith zurückführte, dessen Wirkung eine Gesellschaft voraussetzt, von der der Soziologe Schelsky genau wußte, daß sie nicht mehr existierte.

Das Dilemma, das beim Rückzug in dieser gedanklichen Exkursion hervortrat, ist für das bundesrepublikanische Denken so charakteristisch, daß man es das Schelsky-Dilemma nennen könnte, wenn es nicht so oft schon vorher mit der gleichen Prägnanz bei anderen auch aufgetreten wäre. Man kann es bei Werner Weber finden, der schon 1951 in seiner Schrift "Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem" die spätere Fehlentwicklung verblüffend detailliert vorausgesehen hat. Das Buch erweckte den Anschein, als sei es der Auftakt zu einer scharfsinnigen und tiefschürfenden Literatur just von dem Rang, der das Schrifttum auszeichnet, mit dem die Rechtswissenschaftler den Gang der Weimarer Republik kommentiert hatten. Es wurde kein Auftakt. Im Gegenteil: der Verfasser war bemüht, mit den neuen Stücken, durch die er die folgenden Auflagen ergänzte, die Prägnanz seiner Erkenntnisse abzuschwächen; in dem Maße, in dem es bergab ging, schien es für ihn paradoxerweise bergauf zu gehen. Die Kautele, mit der er die Ausgabe des Werkes von 1970 abschloß, verrät, daß er sich dabei wenigstens selbst nichts vorgemacht hatte. Es heißt da: "Trotz vieler Unzulänglichkeiten ist es nicht das Grundgesetz, dem die Widersprüchlichkeit und innere Schwäche der Bundesrepublik anzulasten ist. Es wird vielmehr auch weiter seine Dienste tun, wenn es als positive Grundordnung des politischen Gemeinwesens der Deutschen und nicht als Einlaß zur permanenten Infragestellung und Demontage des Staates begriffen wird." Das klingt so feierlich wie ein frommer Wunsch, der es bleiben wird, da die permanente Infragestellung und Demontage des Staates in erbarmungsloser Logik aus den "Spannungen und Kräften" selbst hervorgegangen ist, die Werner Weber so anschaulich beschrieb. Dasselbe bei Ernst Forsthoff, der in den sechziger Jahren in einer Reihe von Aufsätzen zur Realanalyse der Bundesrepublik Deutschland den staatlichen Zerfall minutiös beschrieben hatte[10]. Er kam auch in seinem letzten Buch "Der Staat der Industriegesellschaft", 1971, zu keinem anderen Ergebnis, gleichwohl wollte er am Ende keinen Zweifel in die Stabilität des Staates der Bundesrepublik aufkommen lassen. Er leitete sie aus der Struktur der Industriegesellschaft ab, auf die sich vom Staat her das Schwergewicht der politischen Gesamtordnung verlagert hätte[11].

Die Reihe Schelskys, Weber, Forsthoff läßt sich beliebig fortsetzen. Mit Walter Hildebrand zum Beispiel, von dessen Buch "Das nachliberale Zeitalter", 1973, der Text weniger aussagte als der Titel. Oder mit Heinz-Dietrich Ortlieb, der in einem fulminanten Aufsatz, "Vergangenheit und ihr Gegenteil - Zur Pathologie der Bundesrepublik Deutschland" mutig die Fronten benannte, die das Gemeinwesen aufreißen, doch darauf bestand, Denken und Handeln in Freund-Feind-Situationen irrationale Kurzschlüsse zu nennen[12].

[10] Ernst Forsthoff, Rechtsstaat im Wandel - Verfassungsrechtliche Abhandlungen 1950 - 1964. Stuttgart 1964

[11] Ernst Forsthoff suchte am Ende seines letzten Werkes eine erstaunliche Zuflucht bei zwischenstaatlichen Organisationen vom Schlage des Völkerbundes und der UNO, die ins Lot brächten, was einzelne Industrie-Gesellschaften nicht vermöchten - Institutionen also, von denen anzunehmen war, daß der Verfasser sie immer dahin gewünscht haben müßte, wo der Pfeffer wächst. Vgl. meine Rezension in "Neue Deutsche Hefte" 137 (1973), bei deren Niederschrift mir noch nicht bekannt war, daß Forsthoff nach 1945 im Banne von Otto Westphal gestanden hatte, der (vgl. oben: Intrada) eine Zukunft Deutschlands nur noch innerhalb von internationalen Verflechtungen sah. Von hier aus ist die aberwitzige Zuflucht gedanklich nicht inkonsequent gewesen.

[12] Criticón 35 (1976)

Das Dilemma geht quer durch die deutsche Geistesgeschichte nach 1945. Wer es vom hundertsten bis zum tausendsten Fall verfolgt, könnte vor dem wahrscheinlichen Befund, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein konsequentes Durchdenken der Lage auf etablierter Ebene offensichtlich nicht möglich ist, leicht schnöde Beweggründe vermuten. Bei allem Opportunismus, der bei einer solchen Unzahl von Fällen gewiß seine Rolle spielt, darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Wege zu stichhaltigen politischen Analysen mit Totems und Tabus gepflastert sind. Es hat für sie bisher in keiner Phase jener heute schon legendäre Spielraum der Freiheit existiert, der, mit welcher Berechtigung auch immer, den Grund für die Raison d'être der neuen Ordnung nach 1945 abgegeben hatte. Das gehört zu den Folgen der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im letzten Krieg, von deren Hypotheken die Schuldfrage noch heute in einer Höhe notiert wird, die untilgbar erscheint. Unter ihrer Fuchtel entstand das Dogma von der mutwilligen Zerstörung der Weimarer Republik durch antidemokratisches Denken. So wurde alles, was die strukturellen Schwächen des Systems hervorgehoben hatte, an denen es schließlich zugrundegegangen ist, nachträglich mit dem Odium behaftet, der nationalsozialistischen Diktatur Schrittmacherdienste geleistet zu haben, und alles, was ähnliche Defekte der Bonner Republik bloßlegen würde, von vorneherein verdächtigt, neofaschistische Tendenzen begünstigen zu wollen. Das sind die Prämissen, nach denen sich die politische Literatur in ihren verschiedenen Strömungen entwickelte.

Ernst Jünger hat seine Erfahrungen in der Nachkriegszeit auf die spöttische Formel gebracht: nach dem Sturm schlägt man auf die Barometer ein. Die politische Literatur, die von dem Dilemma bestimmt ist, kurz vor der Schwelle dessen, was gesagt werden müßte, umzukehren, ist in diesem Sinne von einem Barometer-Komplex gezeichnet. Die meisten der älteren Gelehrten und Publizisten gehörten selbst einmal zu den Barometern; sie befürchteten, daß jederzeit wieder die Meute auf sie losgelassen werden könnte. Die

intelligentesten und integersten Figuren unter ihren Schülern übernahmen diese Verhaltensmuster; da es bei ihnen biographisch nicht gedeckt ist, geht von den Peripetien ihrer gedanklichen Exkursionen freilich nicht die ergreifende Ohnmacht aus, die den sensiblen Leser hin und wieder bei den Schriften der Lehrer anrührt. Daneben gibt es in stupender Menge eine konformistische Literatur, die in zwei Haupttonlagen vorgetragen wird: die eine ist anklägerisch, die andere bigott. Die erste wird von Verfassern artikuliert, die ihre Karriere mit der Einschüchterung der Barometer begannen; sie stehen unter dem Zugzwang, immerfort neue Feinde finden zu müssen, obwohl sie in der Theorie das Freund-Feind-Denken als intellektuelle Todsünde verketzern. Die zweite wird von schlichten Gläubigen angestimmt, die im Grundgesetz einen Ewigkeitswert erblicken; sie sind stets pressiert, alles, was in ihrer Rechnung nicht aufgeht, herunterzuspielen und zu verdrängen. Was es daneben noch an politischer Literatur gibt, dürfte es eigentlich gar nicht geben oder hätte wenigstens nicht erscheinen sollen.

Diese stickige Atmosphäre, die immer schon schwer erträglich war, legt sich mehr und mehr lähmend auf alle öffentlichen Organe. Auf der einen Seite hat die Kanonisierung der politischen Lehre, nach der sich die Bundesrepublik formierte, gar nichts genützt. Die Quittung war der Linksdrall an den Universitäten als Reaktion auf die Brüchigkeit, beziehungsweise Unaufrichtigkeit der Argumente. Er war eine legitime Möglichkeit des Widerspruchs, weil links wenigstens als antifaschistisch ausgegeben werden konnte. So wurden die Systemveränderer von den Konformisten in den Sattel gehoben, von dem aus sie alles niederritten, was vor die Hufe ihrer Karrieregäule kam, Konformisten eingeschlossen[13]. Auf der anderen Seite ist die politische Diskussion in den westlichen Siegerländern, die der

[13] Die Herrschaft der beiden Richtungen kann heute nicht mehr unbestritten gelten. Hans-Joachim Arndt hat sie mit seiner Politologie-Geschichte "Die Besiegten von 1945", Berlin 1978, auf ihrem eigenen Gebiet genealogisch, hermeneutisch und tabellarisch schwer erschüttert.

endlichen Bekehrung der Deutschen so große Bedeutung zumaßen, durchaus nach dem Motto "Quod licet Iovi, non licet bovi" abgelaufen. Es hat dort die Kontinuität einer wirklich kritischen Literatur nie aufgehört, die wenn sie sich bisher auch politisch nur wenig durchsetzte, was an der Tiefe der politischen Krise des Westens liegt, immerhin die Krise benennen und Gedanken zu ihrer Lösung veröffentlichen konnte. Nur weniges davon ist übersetzt worden, wie James Burnhams Buch "Begeht der Westen Selbstmord?", das, den Liberalen guten Willens gewidmet, den Liberalismus als die Krankheit zum Tode diagnostiziert, von der wir heimgesucht sind, oder wie Raymond Arons Untersuchung "Demokratie und Totalitarismus", die in der nüchternen These endet, die Legitimität eines Regimes bestünde einzig und allein darin, was es für ein bestimmtes Ganzes in einer bestimmten Zeit leistet. Beide Bücher sind in der Bundesrepublik 1965 erschienen und wohlweislich nicht diskutiert wurden; dabei hätten die Ausführungen Burnhams die außenpolitischen Illusionen dämpfen und Arons Analyse den Verfassungsfetischismus zersetzen können, der die geschichtliche Erfahrung, daß ein Volk in seiner Laufbahn verschiedene Verfassungen braucht, um seine Identität zu bewahren, durch die fixe Idee ersetzt hat, daß Völker nur dazu da sind, die Demokratie zu verwirklichen, woraus folgt, daß sie mit Recht zugrundegehen, wenn sie dieses Ziel verfehlen. Anderes ist gar nicht erst übersetzt worden, wie die Bücher des Chicagoer Politologen Theodore J. Lowi, "The End of Liberalism", 1969, und "The Politics of Disordre", 1972, deren Kritik des amerikanischen Systems jeden Satz der berüchtigten deutschen Pluralismus-Kritik aus der Weimarer Republik bestätigt.

Die Krise, in der die westliche Welt steckt, ist schließlich nicht neu; nach dem Intermezzo des Kreuzzugs der Demokratien gegen den Faschismus, das sie zeitweilig in den Hintergrund drängte,ist sie heute politisch akuter denn je. Gerade die Deutschen hätten dazu manches zu sagen. Nicht nur vieles, was in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts gegen die Weimarer Republik eingewendet

wurde, ist unvermindert gültig. Auch die noch weiter zurückliegende Kritik an der französischen Revolution und ihren Folgen, die der deutschen Philosophie, Rechtswissenschaft und Historiographie seit Hegel, Savigny und Ranke als eine Art Erbsünde vorgehalten wurde, hat, von heute aus gesehen, in ihren Grundpositionen Recht behalten. Das wird nicht zuletzt durch die relativ geordnete Idylle bestätigt, die die Bonner Republik im Vergleich zu anderen Ländern noch immer ist. Sie hat die Krise, deren Keime zusammen mit der 1949 auferlegten politischen Ordnung eingeführt worden sind, nicht deswegen so kurz halten können, weil sie, der politischen Bigotterie ihrer Selbstdarstellung zufolge, die demokratische Lektion besonders gut gelernt hätte. Sie müßte es im Gegenteil den vielen Restbeständen gutschreiben, die sich vom alten Deutschland verdeckt erhalten haben und nach einer Würdigung drängen, die auch den westlichen Nachbarn zugute käme. Würde allerdings der unselige Prozeß der Demokratisierung fortschreiten, so könnten diese Bestände sehr schnell spurlos verschwinden, auch die Tugenden der Tüchtigkeit und der Disziplin, die Niccolo Macchiavelli so gerühmt hatte, weil sie ihm die Deutschen für die damals aufsteigende politische Organisationsform, den Staat, als besonders geeignet erscheinen ließen.

Sumpfvermessung II

Die Bundesrepublik Deutschland ist das Produkt einer liberalen Restauration. Sie hat diesen Charakter, was immer die Antriebe und Auflagen ihrer Gründung bezweckten, geschichtlich gesehen im Ablauf der politischen Systeme seit 1848. Sie verdankt diesem Charakter ihre wohltuenden Seiten, denn Restaurationen zeichnen sich dadurch aus, daß sie niedergetretene Rechte wiederaufrichten. Sie bezieht daher allerdings den höheren Grad ihrer Anfälligkeit und Gefährdung, denn Restaurationen sind infolge ihres primär

reagierenden, korrigierenden Wesens nie von langer Dauer. Für diese Bestimmung der gegenwärtigen Gestalt unseres Gemeinwesens sprechen verschiedene Erscheinungen, die ohne sie schwer erklärbar wären. Von ihnen sind im folgenden zehn in experimentellen Thesen zur Diskussion gestellt:

1. Wäre die Bundesrepublik aus einer ursprünglichen politischen Schöpfung hervorgegangen, würde es, bei aller zugestandenen Flexibilität vor den Forderungen des Tages, nicht nötig geworden sein, sie unablässig Reformen zu unterwerfen. Es gibt nicht einen einzigen bestallten Politiker mehr, der es wagte, in der Öffentlichkeit gegen eine Reform grundsätzlich aufzutreten, und sich ihr nicht mit dem Kotau eines Kompromisses anzunähern. So sind die Verhältnisse, obwohl schon einiges, die deutsche Universität zum Beispiel, zu Tode reformiert worden ist.

2. Wäre das Grundgesetz wirklich auf der Höhe der Epoche entstanden, hätte das Bundesverfassungsgericht es nicht Jahr um Jahr in Permanenz modifizieren, korrigieren und ergänzen müssen. Ernst Forsthoff sagte jedem, der hören wollte, niemand in der Bundesrepublik habe so oft gegen das Grundgesetz verstoßen wie das Bundesverfassungsgericht. Es begünstigte jedenfalls jenes umfunktionierende Interpretationsverfahren, das einen schleichenden Verfassungswandel herbeigeführt hat, unter dem die Systemveränderer wie Gott in Frankreich leben.

3. In der Wirtschaft galt es lange als unfein, den Begriff der "politischen Ökonomie" zu verwenden. Wäre das "freie Spiel der Kräfte", das sich schon im bukolischen Zeitalter der Physiokraten mehr im Reich des Scheins als des Seins erging, so dominant gewesen, wie die Sprachregelung will, hätte es ganz aus sich heraus zu einem rapiden Anwachsen des Kartellwesens geführt; zu seiner Eindämmung konnte kein Argument ideologisch genug sein, um die Hilfe der politischen Ordnung herbeizurufen. Ohne fortgesetzte protektionistische und subventionistische Eingriffe wären erkleckliche Wirtschaftszweige längst verdorrt und das ökonomische Gesamtgefüge in Unordnung geraten. Das am

Ganzen orientierte Verhalten der Gewerkschaften, ohne das die Deutschen ihren Wohlstand nicht hätten, gehörte auch nie zu den Kräften jenes freien Spiels; es wurde in dem Maße wirtschaftsfeindlich, in dem die politische Ordnung ihre Risse hervorkehrte. Einer Wirtschaft, die in ihrer Eigenart und ihrer Leistungskraft politisch nicht ausreichend geschützt wird, bleibt nichts anderes übrig, als ihr Heil in der Anpasssung an sozialistische Tendenzen zu suchen, bis sie ihren spezifischen Geist aufgibt.

4. In der Publizistik und in der politischen Wissenschaft wird unter dem Strich unangetasteter allgemeiner Grundsätze durchaus zugegeben, daß die Wirklichkeit oft anders aussieht. Da verwandelt sich der mündige Bürger plötzlich in den überfragten Wähler, der unverantwortlich handelt, weil er im Zuge der Spezialisierungen, Differenzierungen und Komplizierungen der modernen Industriegesellschaft nicht in der Lage ist, sich die Folgen seiner Stimmabgabe vorzustellen. Das geht nicht soweit, dem überfragten Wähler den überfragten Politiker zu gesellen, den es in einer so erschreckenden Menge und Befindlichkeit gibt, daß der Eid der Bundeskanzler, Schaden vom Gemeinwesen abzuwenden, zu einem absurden Ritual geworden ist. Immerhin ist unter dem Strich bekannt geworden, daß im Parlament die Opposition die Regierung allein aus Informationsgründen nicht mehr so kontrollieren kann, wie es ihrer Funktion entspräche; daß die Parlamentsausschüsse die Arbeit der Legislative hinter verschlossene Türen verlegen, die es eigentlich nicht geben dürfte; daß der Fraktionszwang die Debatten im Plenum entsachlicht und die Repräsentationspflicht der einzelnen Abgeordneten ihren Wählern gegenüber aushöhlt; daß die Parteienstruktur eine denkbar schlechte politische Auslese hervortreibt und vieles andere mehr, was nicht in das Bild paßt, das offiziell immer noch für einen Spiegel ausgegeben wird.

5. Der "freiheitliche Staat" der Bonner Republik, der in der deutschen Geschichte seinesgleichen nicht haben soll, enthüllte seinen wahren Charakter, als er auf höchster Warte unbedenklich als Betrieb bezeichnet wurde. Wäre er

so lebensfähig gewesen, wie er immer noch sein soll, wäre es nicht möglich gewesen, in geschichtlich kurzer Zeit seine hoheitlichen und hierarchischen Elemente so weit abzubauen, daß gegen seine Definition als Betrieb heute jedes Argument versagt. Allerdings fragt sich niemand, was das bedeutet. Ein Staat, der ein Betrieb neben anderen Betrieben ist, kann nicht erwarten, daß sich Betriebsfremde, also der große Rest des Volkes, für ihn sonderlich engagieren.

6. Was die Grundsätze der "freiheitlich-demokratischen Politik" nebst Pluralismus, Marktwirtschaft etc. angeht, so erstarrten sie im Laufe der Jahre zu einer Ideologie, deren Leerformeln sich der Aussagekraft des "Marxismus-Leninismus" in der DDR annäherte[14]. Natürlich gibt es Unterschiede. Aber unter ihnen, die in ihrer Mehrzahl von jedem sofort aufgezählt werden können, gab es die vertrackte Differenz, daß der ungleich verstocktere Marxismus-Leninismus in der DDR lange als Herrschaftsideologie funktionierte, während die freiheitlich-demokratische Politik in der BRD das Gebälk ihres Systems wurmstichig machte und die Ratten zum Tanz auf der Tenne einlud. Einen gerüttelten Scheffel Schuld daran hat die Kommunismus- bzw. Faschismus-Kritik der neoliberalen Schule, die mit ihrer Fehleinschätzung der totalitären Diktatur als totalitären Staat Elemente in Verruf brachte, ohne die keine politische Ordnung existieren kann.

7. Die schweigende Mehrheit der "mündigen Bürger" ist

[14] Diese Bezeichnung, die bei der ersten Veröffentlichung manchem Leser als zu polemisch erschien, liest sich nach dem "Besiegten von 1945", in denen Hans-Joachim Arndt, aaO, den Politologen vorgerechnet hat, zugunsten repressiver Abstraktion die konkreten Lageanalysen verfehlt zu haben, nur noch wie eine aparte Pointe. Es sei hier noch ergänzend nachzutragen, daß die Politologen en gros durchaus wußten, was sie taten. Es finden sich mitunter in einzelnen Reden und Aufsätzen verstreute Gesichtspunkte, die einer Realanalyse ziemlich nahekamen, jedoch in zusammenhängenden Darstellungen von den Verfassern verdrängt wurden; man vergleiche als Beispiele den Vortrag "Der Weg von der Repräsentativen zur modernen Demokratie", den Kurt Sontheimer im April 1976 bei einer Konferenz des Europa-Rates in Straßburg gehalten, und das Buch "Die verunsicherte Republik - Die Bundesrepublik nach 30 Jahren", das Kurt Sontheimer 1979 in München veröffentlicht hat. Divergenzen dieser Art waren für die Wissenschaften im Bereich des Marxismus-Leninismus seit langem an der Tagesordnung.

eine euphemistische Umschreibung für das wachsende Desinteresse an den öffentlichen Angelegenheiten. Wodurch sollen sich denn auch die Einzelnen an Parlament und Regierung in Bonn gebunden fühlen? Eine gegenwärtige, plebiszitäre Bindung ist, wenn überhaupt, nur indirekt gegeben. Eine geschichtliche, traditionelle, gibt es nicht; was hier versucht worden sein mag, ist längst von der allerorts geförderten Geschichtslosigkeit verschlungen. Die Bezeichnung "Privatpöbel" wäre heute so angebracht wie in der Restaurationsphase, die den jungen Marx prägte, aber gleichermaßen ungerecht, weil die formenden Anforderungen fehlen.

8. In der Jugend ging in den 70er Jahren eine Stimmung von Vormärz um. Da sie nicht mit den schillernden Zweideutigkeiten der Nachkriegszeit herangewachsen ist, spürte sie das Unaufrichtige und Brüchige unvermittelt. Wie die Hüter der öffentliche Ordnung das Objekt ihrer Befassung selbst einschätzten ging aus den peinlichen Anbiederungsversuchen hervor, mit denen sie die aufmuckenden Knaben und Mädchen zu beschwichtigen trachteten. Sollte dieses Establishment sich eines Tages zur Gegenwehr aufraffen, ist es sicher zu spät. Man könnte dann nur noch mit Repressalien antworten, die den Untergang nicht aufhalten, sondern beschleunigen. Um den Anfängen zu wehren, hat es fast an allem gefehlt, an Mut gewiß nicht mehr als an Überzeugung. Eine politische Ordnung, die keine Argumente mehr hat, wird von ihren Kindern verschlungen.

9. Es klappte im Grunde nur in den Legislaturperioden, in denen Adenauer an der Spitze der Legislative stand. Der Grund war nicht der, daß der erste Bundeskanzler ein besserer Demokrat in Verantwortung und Gesinnung war, wie das später seine politischen Enkel wahrhaben wollten. Der Grund war, daß sein Regierungsstil verdeckt autoritär gewesen ist. Es ging zu Tal, als seine Nachfolger die Grundsätze der "freiheitlich-demokratischen Politik" wörtlich nahmen.

10 Warum wurden alle, die für Recht und Ordnung eintraten, dem Vorwurf ausgesetzt, Reaktionäre oder Fa-

schisten zu sein? Hielt man nichts mehr von der Bonner Republik, von der diese so Verfemten das Beste erhalten wollten?

*

Es gehört zum Wesen restaurativer Perioden, daß ihre politische Ordnung nicht mehr adäquat ist. Es widerstrebt der Natur ihrer Vertreter, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Sie pflegen lieber den Status quo mit Begriffsheuchelei und administrativem Wunderglauben, bis er in Katastrophen untergeht. Was wir heute brauchen, wären Politiker wie Talleyrand oder Fouché, die über verschiedene Systeme hinaus für ein Ganzes denken und handeln können.

Am habsburgischen Zopf?

Führt man die Reden der Wahlkämpfe auf den Boden der Tatsachen zurück, entsteht der Eindruck: die Bonner Politiker huldigen insgesamt der berühmten Maxime "Dann wurschteln mer halt so weiter", mit der sich die Habsburger Monarchie immer wieder an einem Zopf aus dem Sumpf gezogen hat. Das braucht nicht bedenklich zu sein, solange man dabei von den Aufgaben ausgeht, die gelöst werden müssen. Ist aber der Stil, in dem das geschehen soll, wichtiger, vor allem, wenn es sich um einen mürben handelt, reißt der Zopf eines Tages unweigerlich ab und das Ganze stürzt ins Bodenlose. Gerade das steht in der Bundesrepublik Deutschland leider zu befürchten.

Da hatte man sich den Extremistenerlaß ausgedacht, um die galoppierenden Auflösungserscheinungen abzubremsen. Das Geschrei, das er im In- und Ausland hervorrief, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß, in welcher Form, ob verwässert oder nicht, er auch immer exekutabel wurde, in der Praxis nichts Wesentliches auszurichten vermochte.

Bonn reagierte mit ihm auf eine politische Herausforderung administrativ. Es reagierte damit wie jede Restauration, aber in einer Haltung, die auch ursprünglichere Ordnungen nicht retten kann.

Der Extremistenerlaß zielte im Konkreten auch an den tatsächlichen Gefahren vorbei. Seine Urheber und Verfechter wähnten, es ginge immer noch um Umsturz und Aufruhr, weswegen man radikale Elemente vom öffentlichen Dienst fernhalten sollte. Wir haben es jedoch mit dem Phänomen der legalen Revolution zu tun, der wir nicht so hilflos gegenüberstünden, wenn man Carl Schmitt aufmerksam gelesen hätte, statt ihn als einen John Dillinger der Rechtswissenschaft abzustempeln. Die legale Revolution marschierte 1933 vor dem Zittern der morschen Knochen mit festem Schritt und Tritt. Heute kommt sie eher auf Taubenfüßen im Gefieder des Reformismus. Es dürfte an legalen Revolutionären schon mehr als genug in den Institutionen geben, in die sie, manches morbide Gebein beiseite schiebend, unbehelligt einrückten. In ihren Händen könnte der Extremistenerlaß der Bonner Republik den Todesstoß versetzen. Das wird der Fall sein, wenn diese wirklichen Radikalen alle diejenigen, die geeignete Maßnahmen erwägen, die Gefahren abzuwenden, mit Hilfe des Erlasses als Radikale ausschalten. Sie haben es ohne Erlaß schon so erfolgreich probiert, daß eine perfekte Säuberung zu erwarten ist.

Dagegen wäre die habsburgische Maxime empfehlenswert, wenn man sie praktizistisch im Sinne der ebenfalls berühmten britischen Parole des "to muddle through" verstünde. Wer weiß in Zeiten des Übergangs schon, zu welchen Ufern die Fahrt geht. Die Entwicklung der Staatstheorie von Dante bis Bodin zeigt, welchen Zickzack-Kurs eine solche Route einschlagen kann. Neue politische Formen sind überdies noch nie am grünen Tisch entstanden; sie haben sich erst allmählich in oft langwierigen Prozeduren herausgeschält. Daß der liberale Staat am Ende ist, wissen wir seit Jahrzehnten. Aber wir wissen seitdem schon mehr: nämlich, daß eine totalitäre Diktatur keine Lösung ist. Das

wußte man nicht 1917 und auch noch nicht 1933. Das ist ein nicht unerheblicher Posten, der freilich erst eingesetzt werden kann, wenn man sich über die geläufigen Vorurteile erhebt, mit denen die politische Geschichte der letzten fünfzig Jahre durchweg betrachtet worden ist.

Um das aktuelle Material nicht zu übersteigen: es sollte überlegt werden, wie die Aufgaben gelöst, und, wenn sich herausstellt, daß es auf den vorgezeichneten normativistischen Wegen nicht geht, die Lösungen dezisionistisch durchgesetzt werden können. Dazu bedarf es politischer Elemente, die verteufelt worden sind. Wenn jedoch in einer politischen Ordnung der Normativismus bis zur Selbstknebelung entartet ist, gibt es andere Auswege nicht. Befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in einem solchen Stadium - nichts spricht dafür, daß es nicht so wäre - ist die Wahl zwischen Normativismus und Dezisionismus nur noch eine Wahl zwischen dem sicheren Ende und einer Chance, davonzukommen, die so fatal gar nicht ist, weil man, angesichts der dramatischen Irrwege in eine solche Zukunft nicht blind hineintaumeln würde. Wir taumeln blind in die Zukunft, wenn die zweite deutsche Republik weiterhin das Bild einer Gesellschaft bietet, die ihre Feinde nicht mehr sieht und vergessen hat, was zu ihrer eigenen Reproduktion notwendig ist.

Auskehr

Die Frage nach der Demokratie hat in Deutschland ihren eigenen Drall. Dieser Satz dürfte sich allgemeiner Anerkennung erfreuen. Dafür dürfen die folgenden Sätze um so mehr Widerspruch erregen - wenn sich die Emotionen um den Gegenstand, die sich gewöhnlich mit repressivem Unbehagen Luft verschaffen, überhaupt auf eine begriffliche Höhe erheben können.

Die Problematik der Demokratie in Deutschland entstammt nicht jenem heute überall geltenden dunklen Grund,

daß der Deutsche als der ewige Untertan (natürlich nicht im Sinne des geschichtlichen Begriffs, sondern frei nach Heinrich Manns Sottise) zu dieser Herrschaftsweise kein positives Verhältnis habe; weswegen er unentwegt danach trachte, sich ihrer zu entledigen, wann immer sich eine Gelegenheit dazu böte.

Das ist das Feld, von dem die bestellten und selbsternannten Denunzianten mehrmals im Jahr ihre Ernten in die Scheuer fahren. Diesem Grund zufolge wird die Frage nach der Demokratie in Deutschland als eine Gretchenfrage gestellt, bei der, wie im "Faust", stets als Unterton die Angst vor dem Straucheln mitschwingt, die ausbricht, wenn die Antwort nicht klipp und klar gesinnungstreu ausfällt. Dabei war nicht einmal das große Straucheln 1933 eine ureigene Verfehlung. Was da fehlte, fehlte nach einem Gesetz, das über Deutschland Gewalt gewann, ohne jemals zu seinen hervorragenden politischen Passionen gehört zu haben. Würde sich das Straucheln wiederholen, hätte man es heute auch mit einem fremden Gesetz zu tun, gegen das man sich vergehen müßte.

So genau liest man es freilich bei den vorsichtigen Juristen unserer Tage nicht. Ernst Forsthoff kam sich in seinem letzten Buch vor seinem Tode, in "Der Staat der Industriegesellschaft", schon kühn vor, als er zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland auf Kosten der Präzision anmerkte: "Das Grundgesetz ist nicht das Ergebnis einer politischen Entscheidung, sondern das Produkt einer Lage" - im Gegensatz zum Ursprung der Weimarer Reichsverfassung, die "wirklich eine politische Entscheidung" gewesen ist, die "im wahren Sinne des Wortes erkämpft wurde." Es war da schon ein beträchtlicher Fortschritt in der Rückgewinnung einer einst besessenen Erkenntnis, wenn Ernst Rudolf Huber im 5. Band seiner "Deutschen Verfassungsgeschichte", der sich von 1914 bis 1919 erstreckt, den Ursprung der Weimarer Reichsverfassung so nicht mehr sehen wollte, sondern ihn mit der These verknüpfte: "Die Staatsverfassung, d. h. die politische Grundordnung, in der ein Volk lebt und handelt, ist keine bloße Erscheinung des

inneren Staatsdaseins. Vielmehr steht die innere Staatsordnung in vielfältiger Abhängigkeit vom äußeren Staatsdasein."

Der schlichte Fall nach 1919 wie nach 1945 war, daß die Demokratie in der politischen Form einer parlamentarischen Republik in Deutschland eingeführt worden ist - als Auflage von den Siegern der beiden Weltkriege. Der eigene Drall der Demokratie in Deutschland erklärt seinen Ansatz erst, wenn man von dieser Konstellation ausgeht. Deutschland wäre ohne die aufgenötigten Importe nach dem ersten Weltkrieg eine Monarchie geblieben und nach dem Zweiten eine autoritäre Republik geworden. Die dominierende Stellung des Präsidenten, die Max Weber noch für die Weimarer Reichsverfassung als Monarchie-Ersatz durchsetzen konnte, war für die Entstehung des Bonner Grundgesetzes ein verhängtes Tabu, obwohl sie mit den Vorstellungen der Blutzeugen des 20. Juli hätte legitimiert werden können. Nach beiden verlorenen Kriegen hätte es nicht zu einer Demokratie kommen können, wenn es nach dem politischen Willen der Deutschen gegangen wäre. Ich wußte 1945 gar nicht, in welchem Traditionszusammenhang ich dachte, als ich, ein sechzehnjähriger mecklenburgischer Landjunge, mit einem alten Lehrer über die politische Zukunft sprach: "Was kommt jetzt?" fragte ich. "Die Demokratie", sagte er. "Was ist das?" fragte ich. "Das ist fabelhaft. In der Demokratie kann jeder machen, was er will", sagte er. "Das finde ich aber bedenklich", sagte ich.

Die offiziellen Darstellungen führen selbstverständlich eine andere Sprache. Es ist die Sprache der Camouflage, die den konstituierenden Makel der deutschen Republiken verdecken soll. Es lebt sich angenehmer, wenn man sich einredet, daß mit den Eingriffen der Sieger nur ureigenem Bestreben, bisher mit Macht und Mühe niedergehalten, zum Durchbruch verholfen wurde. Das Leben verliert allerdings seine angenehmen Seiten, wenn der Import versagt.

Das *Jus publicum europaeum*[15], das den Krieg in einer

[15] Zu seiner Geschichte: Carl Schmitt, Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum. Köln 1950

Weise hegte, die es vor ihm nicht gab und nach ihm lange nicht mehr geben wird, kannte Eingriffe, mit denen die Sieger den Besiegten ihr politisches System aufzwangen, wohlweislich nicht. In Europa ist schon seit Dante die Erkenntnis durchweg geachtet worden, daß politische Formen nicht ohne weiteres übertragbar sind, daß sie mit ihren Völkern wachsen. Das Prinzip der Souveränität wurde dieses Aspektes wegen kodifiziert, der weit über bloß dynastische Interessen hinausging. Diese Ära ist mit dem Ersten Weltkrieg zu Ende gegangen. Die Praktiken, die seitdem einrissen, rechtfertigen alle Hemmungen, die man früher pflegte. In keinem einzigen Falle konnte bisher ein auferlegtes System Wurzeln schlagen. Wurde es nicht durch Besetzung oder feste Einbindung in einen politischen Block künstlich aufrechterhalten, verfiel es sukzessiv: zum Schaden der Völker, denen es nicht auf den Leib geschnitten war. Der Impetus der Weltbürgerkriege, die die beiden Weltkriege gewesen sind, hat mit dem Willen, das eigene System ubiquitär zu setzen, bisher nur Katastrophen hervorgetrieben.

Der Import eines Systems ist an sich schon schlimm genug. Der eigene Drall der Demokratie in Deutschland enthüllt seine vertrackten Windungen jedoch erst, wenn man bedenkt, daß die parlamentarische Republik schon am Ende des Ersten Weltkrieges geschichtlich überholt gewesen ist. Diese Tendenz trat schon bei der Revolution 1848/49 in Frankreich hervor, wurde aber nur von wenigen, zum Beispiel von Donoso Cortés, wahrgenommen. Diese Revolution war nicht der Frühling, sondern der Herbst des Liberalismus. Um die Jahrhundertwende häuften sich die Stimmen, die ausdrückten, was sich von Jahr zu Jahr immer mehr abzeichnete. Gaetano Mosca sah, daß eine konsequente Anwendung des Egalitätsprinzipes zum unweigerlichen Untergang der europäischen Zivilisation führen müßte. Vilfredo Pareto fand den Kreislauf der Eliten unheilvoll blockiert. Georges Sorel bemerkte, daß eine Fülle von drängenden Fragen nur noch mit einer Gewalt zu lösen ist, über die keine liberale Demokratie mehr verfügte. Und

Robert Michels beschrieb die aktive Zerstörung der Demokratie durch die Eigengesetzlichkeit der modernen Parteiapparate. Ihnen allen war klar, daß die aufsteigenden Massengesellschaften nach neuen politischen Formen drängten[16].

Die Politiker hingegen wollten in hellen Haufen den Geltungsbereich der überholten Form noch weiter ausdehnen. Es gab dafür am Ende des Ersten Weltkriegs immerhin noch die Entschuldigung, daß die kritischen Argumente von der politischen Praxis vielleicht noch nicht schlagend genug verifiziert seien. Das ist bald danach hinreichend und erschöpfend geschehen. Die Demokratiekritik bestand nicht nur jede Probe, jede Überprüfung: sie wurde der eskalierenden Praxis entsprechend noch vertieft, verschärft und systematisiert - in der Philosophie von Ortega y Gasset, Giovanni Gentile, Martin Heidegger, in der Jurisprudenz von Santi Romano, Maurice Hauriou, Carl Schmitt, aber auch von Erich Kaufmann und Rudolf Smend. Es kann deshalb für die wiederholten Neuauflagen der alten politischen Form nach dem Zweiten Weltkrieg, diesmal nicht nur in Europa, sondern groteskerweise auch in Asien und Afrika, nicht die geringste Entschuldigung geben. Man kann sogar eine gewisse historische Gerechtigkeit darin sehen, daß die überholte politische Form bei den Siegermächten noch rapider verfiel (sieht man einmal ab von Asien und Afrika, wo dergleichen gänzlich auf Sand gebaut, in den Sand gesetzt worden ist).

Es ist aber noch nicht die ganze Wahrheit, wenn man sagt, daß in Deutschland die Demokratie in geschichtlich überholtem Zustand eingeführt worden ist. Man muß hinzufügen, daß alles, was damit heraufbeschworen worden ist, in Deutschland schon lange vorausgesehen worden war. Die

[16] James Burnham, der 1964 mit seinem Menetekel "Begeht der Westen Selbstmord?" bei den angesprochenen "alten Liberalen guten Willens" so wenig Gehör fand, war in Amerika schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg auf taube Ohren gestoßen, als er mit seinen "Machiavellisten" Mosca, Pareto, Sorel und Michels popularisieren wollte.

vorgreifende Kritik von Mosca, Pareto, Sorel und Michels wurde zu ihrer Zeit in Deutschland nicht als sensationell empfunden. Das lag nicht an der Weltfremdheit deutscher Gelehrter, sondern daran, daß ihnen diese Demokratiekritik nur wenig Neues sagen konnte. Bevor die umstrittene politische Form überholt wurde, ist sie in Deutschland schon widerlegt worden - in einer schöpferischen Auseinandersetzung mit den Ideen von 1789, die sich in einer Kontinuität ohnegleichen von den ersten Eruptionen der Französischen Revolution bis in den Ersten Weltkrieg hinein erstreckte. Man erinnerte sich daran später gelegentlich (im Dritten Reich nicht ohne ideologische Verzerrungen). Heute ist diese Tradition gänzlich getilgt (ihre Schatten und Spuren werden noch gewaltsamer umgedeutet als im Dritten Reich).

Dieser Schutt kann nur mit zahlreichen monographischen Abhandlungen wieder abgeräumt werden. Hier sind nur abbreviatorische Hinweise möglich; vielleicht reizen sie in dem gegenwärtigen Marasmus zu einer Renaissance.

Der deutschen Philosophie von Kant bis zu Hegel ist nach 1945 vorgeworfen worden, sich dem Fortschritt in den Weg gestellt zu haben. Es ist dann versucht worden, sie zu rehabilitieren, indem man ihre Geistesverwandtschaft mit der französischen Aufklärung und Revolution hervorhob. Die Wahrheit ist gewesen, daß die deutschen Philosophen diese Strömungen bis zur Aufhebung und Widerlegung durchquert haben; nicht etwa blind, sondern mit überlegener Erkenntnis und Einsicht. Sie haben die Philosophie, von der Diderot gefordert hatte, sie müsse das Staunen aufgeben, wieder in ihre alten Rechte und Pflichten eingesetzt.

Den deutschen Historikern von Ranke bis zu Treitschke wird heute noch vorgeworfen, sie hätten nur den Legitimitätsbedürfnissen ihrer Zeit gedient. Sie haben in Wirklichkeit die Illusionen des politischen Liberalismus in allen Spielarten und Facetten widerlegt. Daß die Illusionen des ökonomischen Liberalismus von dem deutschen Juden Karl Marx zerstört worden sind, wird neuerdings eingestanden (wenn auch nur ungern zugegeben wird, daß dies um den

Preis neuer, sozialistischer Illusionen geschah). Die positive Widerlegung des Manchestertums, die deutsche Nationalökonomen von Friedrich List bis zu Gustav Schmoller leisteten, ist unter die Räder des Neoliberalismus geraten, dem das geschichtlich diskreditierte Manchestertum als gar nicht so schlimm erschien.

Im deutschen Staatsdenken haben Philosophen und Juristen von Hegel, Savigny, Lorenz von Stein bis zu Eduard von Hartmann und Friedrich Nietzsche sich mit der Bändigung der gesellschaftlichen Gewalten befaßt, die unter der Flagge der Emanzipation Vermassung und Nivellierung fördern. Die deutschen Soziologen haben von Lorenz von Stein bis zu Max Weber die Soziologie vom Sozialismus abzugrenzen versucht, wenn sie jene nicht diesem entgegensetzten[17].

Diese geistigen Strömungen fanden durchaus ihre Entsprechung in der deutschen Politik. Im Laufe des 19. Jahrhunderts stellt sich heraus, daß der preußische Verwaltungsstaat dem westeuropäischen Verfassungsstaat in der Bewältigung aller Probleme überlegen war, die mit der Industrialisierung zusammenhingen. Das so grimmig als reaktionär bekämpfte Deutschland Bismarcks war in Wirklichkeit der erste moderne Sozialstaat. Wenn heute in der Bundesrepublik die eingeführte, überholte und widerlegte parlamentarische Republik im Gegensatz zu England und den USA noch relativ stabil scheint, so verdankt sie das diesen Grundsteinen, die damals gelegt wurden.

So ist alles, was in Deutschland von 1789 bis 1914 gedacht und getan worden, überraschend aktuell. Es wartet geradezu darauf, ausgeschöpft zu werden. Diese Tradition

[17] Die aktuelle Diskussion ging an diesen Dingen vorbei. Vgl., mit Ausnahme des Beitrags von Hans-Joachim Arndt, den Sammelband "Staat und Gesellschaft - Studien über Lorenz von Stein", hrsg. v. Roman Schnur, Berlin 1978; dazu meine Rezension "Um Lorenz von Stein herum" in: Criticón 54. Entsprechend fehlt in der Bibliographie die wegweisende, Marx und Stein vergleichende, Dissertation: Hans Freund, Soziologie und Sozialismus - Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Sozialtheorie um 1842, Würzburg 1932.

ist mit der zweiten Einfuhr des Überholten und Widerlegten freilich so gründlich verketzert worden, daß man fürchten muß, die Zeit könnte dazu nicht ausreichen. Die Gleichgültigkeit der Deutschen ist kein unüberwindliches Hindernis. Eine solche Gemütslage hat es in Deutschland schon oft gegeben. Wie verzweifelt waren Heinrich von Kleist und Jean Paul nach 1806 - und wie anders sah es schon wenige Jahre später aus? Es ist eine Zeitfrage.

Revue der Mesalliancen

Adenauers größte politische Sorge galt der Wiederannäherung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml. Er verstand zu viel von Politik, um nicht vorauszusehen, daß eine solche Konjunktion allgemein zu Lasten Europas und insbesondere zu Lasten Deutschlands gehen würde. Er ahnte vielleicht nicht, daß in einem solchen Falle die Amerikaner genau dies auch wollen würden. Der Gedanke jedenfalls, daß sie sich mit den Sowjetrussen über unsere Köpfe hinweg verständigen könnten, verfolgte ihn wie ein Alptraum bis in seinen Tod hinein. Er war der Grund für seine Annäherung an de Gaulle, der gleiche Befürchtungen hegte und mit dem Austritt Frankreichs aus der NATO eine Emanzipation der europäischen Verteidigung einleiten wollte. Sie blieb leider auf Frankreich beschränkt, weil die Nachfolger Adenauers bei einer fragwürdigen Weltfriedenspolitik Zuflucht nahmen. Der Zweite Weltkrieg war vergessen, an dessem Ende die Deutschen vergeblich auf ein Zerwürfnis zwischen der USA und der UdSSR gehofft hatten...

Die befürchtete Wiederannäherung trat ein, als die Entspannungspolitik begann. Mit dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 befestigten Washington und Moskau die Linie, die sie 1945 in Jalta gegen Europa aufgezogen hatten. Die Folge und die Voraussetzung für weitere Annäherungen im Stile des SALT war, daß die Bundesrepublik Deutschland sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abzufinden und den Status quo mit den Ostverträgen zu sanktionieren hatte. Es steht dahin, wie weit sich die Verantwortlichen auf der Seite Bonns darüber im Klaren waren, daß sie mit ihren Unterschriften eine zweite deutsche Kapitulation unterzeichneten und die Verantwortlichkeit der vier Siegermächte über Deutschland wiederherstellten. Sie haben jedenfalls die Warnungen, die ihnen zugingen, eisern

in den Wind geschlagen[1]. Es siegte, bis in das schließliche "Ja, aber so nicht" der Opposition, ganz offensichtlich die Raison, die Washington von Bonn gefordert hatte. Nach einer offiziösen Schönfärberei sah das so aus: "Unter der Präsidentschaft Kennedys und Johnsons (und Nixons, wie hinzuzufügen ist) mußte Deutschland die Erfahrung machen, daß Amerikas Außenpolitik nicht allein von den Interessen seiner europäischen Verbündeten bestimmt wurde, sondern auch von den Verpflichtungen einer globalen Supermacht[2]." Der einzige Bonner Politiker, der bisher den Mut hatte, wenigstens anzudeuten, was da in Wirklichkeit passiert war, ist Wilhelm Grewe gewesen, als er den Atomsperrvertrag eine politische und militärische "Herabstufung der Bundesrepublik" nannte[3].

Mit der globalen Verantwortung hat die amerikanische Supermacht ihre forcierte Fortsetzung jener unseligen Gleichgewichtspolitik getarnt, wie sie vormals England dem Kontinent gegenüber geführt hatte. Der Atomsperrvertrag samt Folgeverträgen beendete auf der einen Seite fürs erste das Aufsteigen einer neuen Weltmacht aus den Trümmern Europas und beschränkte auf der anderen Seite die

[1] Im Winter 1967/68 hatte ich durch Zufall die Gelegenheit, ein Papier zur Vorlage bei Herbert Wehner anzufertigen, das mit einer Ablehnung des Atomsperrvertrages und der Grenzziehungen nach 1945 eine Skizze nationaler Dissidenz verband, um die drohende Konjunktion zwischen Washington und Moskau zu Lasten Deutschlands mit einer Flucht nach vorn zu unterlaufen. Der Empfänger fegte es nach wenigem Blättern wütend vom Tisch; auch die Veröffentlichung im "Deutschland Archiv", 6/1968, unter dem Titel "Anerkennung ohne Präjudizierung" blieb ohne Resonanz. Selbst Marcel Hepp, der als Sekretär von Franz Josef Strauß einen unvergleichlich besseren Zugang zu Bonner Machthabern hatte, erreichte mit seinem analytischen Manifest "Der Atomsperrvertrag - Die Supermächte verteilen die Welt", das im Herbst 1968 erschien, buchstäblich nichts. Ohne jeden Einfluß blieb ebenfalls die Studie "Strategie der Entspannung", die der österreichische General Heinrich Jordis von Lohausen 1972 allen deutschen Bundestagsabgeordneten vor der Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge schickte. Selbstredend vermochte auch der wissenschaftliche Referent der christdemokratischen Bundestagsfraktion, Harald Rüddenklau mit seiner Kritik der Folgeverträge, z., B. in dem Aufsatz "Deutschland, Europa und die Flügelmächte" (Criticón 35, 1976) seine Arbeitgeber nicht zu beeindrucken.

[2] Handbuch der deutschen Außenpolitik. Hrsg. v. Hans-Peter Schwarz. München 1975, 245

[3] Wilhelm Grewe, Rückblenden 1976 - 1951. Berlin 1979, S. 689 ff.

ruinösen Folgen des Wettrüstens für die wirtschaftlich unterlegene Sowjetunion. Das hinter der globalen Verantwortung verborgene exakte Interesse Amerikas bestand darin, Europa mit einem gesicherten Fortbestand des Ostblocks in Schach zu halten und den Ostblock mit einem Europa in Schach zu halten, dessen amerikanischer Schutz die Amerikaner davor schützte, von den Europäern überflügelt zu werden.

Für die Bonner Republik bedeutete das eine Belastung, unter der das System der Bündnisse, in dem sie sich sicher eingebunden fühlte, zu einem Bündel von Mesalliancen denaturierte. Sie begann währenddes mit ihrer Ostpolitik zu der Stabilisierung von Machtverhältnissen beizutragen, die nicht in deutschem Interesse lagen, weil sie eine Wiedervereinigung der getrennten und eine Rückgewinnung der verlorenen Teile verschoben. Die Ostpolitik erwies sich nicht einmal bundesrepublikanischen Interessen als sonderlich dienlich. Während der Kreml sich von aller Friedenspolitik nicht stören ließ, seine militärische Macht zu verstärken und seine Einflußzonen zu erweitern, fiel im Weißen Haus das Präsidentenamt nach Ford, von dem Johnson gesagt hatte, er könnte gleichzeitig nicht zwei Dinge tun: gehen und Kaugummi kauen, mit Carter einem Mann in die Hand, der diese Supermacht nicht anders führte als jenes Pferd, das Domitian zum Konsul ernannte, das Imperium Romanum regiert haben würde, wenn Domitian es auch zu seinem Thronerben adoptiert hätte.

Der Zwang, von einer Weltmacht abzuhängen, die nur noch Hausmachtpolitik betrieb und selbst dazu spektakulär die Fähigkeit verlor, hat die Sprache und den Blick für das Politische weithin zutiefst korrumpiert. Was der Zeitgenosse heute vorfindet, ist mit Camouflagen und Euphemismen versiegelt. Es ist zum Gebot der Selbsterhaltung geworden, diese dichte Lackschicht ohne Rücksicht auf Empfindlichkeiten abzubeizen und abzuhobeln.

Entspannung: Bild und Begriff

Wir fassen die Welt, in die wir ausgesetzt sind, in Worte. Wir tun es, um sie zu verstehen, um in ihr uns zu behaupten. Es ist nicht die Welt, die uns die Worte liefert, einem Heiligen Geist vergleichbar, der in Zungen herabfährt. Wir begreifen sie nach den Eindrücken, die wir erhalten, kraft unseres Verstandes und unserer Erfahrungen. Es ist dabei, mindestens seit dem klassischen Altertum, immer selbstverständlich gewesen, daß der gefundene Begriff sich zu der bezeichneten Sache nicht nach der Formel einer kompletten semantischen Deckung oder gar einer faktischen Gleichung verhält. Ob eine Bezeichnung angemessen ist, mußte daher immer aufs neue an der Sache überprüft werden.

Das ist vor allem bei Sachen geboten, deren Charakter fließend ist. Besonders ist das der Fall in der politischen Geschichte, für die Heraklits Spruch "Alles fließt" eine lex perennis sein dürfte.

In unserem Zeitalter mit seiner tendenziellen Neigung zum Fetischismus ist das freilich nicht mehr die Regel. Wenn eine wachsende Anzahl Menschen das Wort für die Sache nimmt, wird es als unbequem, störend oder feindselig empfunden, auf die Prämissen menschlichen Erkennens und Urteilens zu verweisen. Geschichte richtet sich nicht nach unseren Vorstellungen. Selten haben sich große Entwürfe ihr gegenüber so ohnmächtig gezeigt. Der nagende Zahn der Zeit, früher als Metapher für ihre abnutzende Wirkung gebraucht, betätigt sich heute im Zeichen allgemeiner Beschleunigungen rascher. Kaum ausgesprochen, verwandeln sich die Verheißungen in Chimären. Nichts ist von der "formierten Gesellschaft" geblieben. Wer erinnert sich noch, welche Politiker die "new frontier" und die "grand society" ausgerufen haben? Die "participation" verrauchte schon beim Zünden. Die Politiker, die sich dieser Entwürfe bedienten, sind merkwürdigerweise allesamt gescheitert.

Ludwig Erhard wurde gestürzt, John F. Kennedy ermordet. Lyndon B. Johnson trat selbst von der Bühne ab. Charles de Gaulle entschwand wie in einer Wolke. Seitdem hat die Sucht nach ähnlichen Formeln, denen allen ein Hauch von Beschwörung anhaftete, nicht nachgelassen. Je unbedeutender die Protagonisten, umso haltbarer mußten die Beschwörungsformeln sein. Nur aus diesem Grund wird die Formel von der Entspannung noch heute verwendet.

Nach einer offiziösen Darstellung, unter Einschluß der Auslegung des französischen Wortes "détente", das noch de Gaulle ins Spiel gebracht hatte, ging man in der Inkubationszeit der Entspannungspolitik von drei möglichen Begriffsbestimmungen aus:

1. "Détente ist ein Zustand, der keine Konfliktstoffe in sich birgt. Sind Konfliktstoffe vorhanden, so gibt es keine Entspannung, es sei denn, die Konflikte würden aufgelöst und die Konfliktmöglichkeiten beseitigt. Aus dieser Definition folgt die von Henry A. Kissinger übernommene Feststellung, daß Entspannung nicht der Inhalt politischen Handelns an sich ist. Sie ist das Ergebnis gelöster Probleme oder Konflikte."

2. "Détente oder Entspannung ist ein Verhalten, das auf das Austragen von Streitpunkten im jeweilig gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet, in der Hoffnung, daß sich spätere Lösungsmöglichkeiten ergeben. Entspannung ist in dieser Hinsicht ein Handlungsmoratorium und als solches die Voraussetzung für eine spätere Entspanntheit. Eine Entspannung dieser Art setzt die Bereitschaft der Kontrahenten voraus, am gegenwärtigen `Status quo´ nichts gewaltsam zu ändern."

3. "Entspannung ist eine Aktion oder eine Reihe von Aktionen, die gegebene Konflikte mittelbar oder unmittelbar beseitigen will. Man hofft, daß eine solche auf Gegenseitigkeiten beruhende Aktion zu einem langsamen Annähern kontroverser Standpunkte führen könnte."[4]

Von diesen drei Definitionen der Entspannung eignete

[4] Rolf Geyer, Entspannung Sicherheit Neutralität. Reihe Texte und Thesen, Bd. 5. Osnabrück 1970

sich nur eine, die letzte, sollen Worte noch einen Sinn haben, zur Bestimmung von Entspannungspolitik. Die erste Definition, die Entspannung als Zustand beschreibt, in der die Probleme gelöst sind, lag jenseits der Politik, die zur Lösung der Probleme führt. Politische Probleme kann man überdies mit zu vielen Mitteln lösen, als daß man eine Politik, die Probleme löst, schon gleich Entspannungspolitik nennen kann. Die zweite Definition, die Entspannung als Verhalten beschreibt, als eine Art Abwarten, bis eine Lösung des Problems möglich ist, bewegte sich ebenso zu sehr innerhalb der klassischen Vorstellungen. Das Abwarten, bis eine Lage heranreift, in der das Problem gelöst werden kann, kann schon allein deshalb nicht als Entspannungspolitik bezeichnet werden, weil erst die Lösung des Problems Entspannung ist. Außerdem ist dieses Abwarten oft nur ein Lauern auf die Chance, das Problem mittels Gewalt lösen zu können, ohne dabei Rückschläge befürchten zu müssen.

Nach der dritten Definition, die Entspannung als eine Aktion oder als eine Reihe von Aktionen beschreibt, die Konflikte mittelbar oder unmittelbar beheben will, sollte Politik, die zur Entspannung führt, sich von Randproblemen, bei denen eine Verständigung möglich ist, Schritt um Schritt auf den Kern der Problematik zu bewegen lassen, von dem die Spannung ausgeht, die entspannt werden soll. Die Voraussetzung aber ist hierbei, daß die Gegenseite mitzieht und in diesem Prozeß eine beiderseitige Annäherung erfolgt. Daß dies automatisch geschieht oder auf eine Vorleistung eine Gegenleistung erfolgt, muß ausgeschlossen werden; denn sonst würde keine Spannung vorliegen, die so schwierig lösbar ist.

Diese Politik scheitert, wenn die Gegenseite die Annäherungen nur vortäuscht, um das entscheidende Übergewicht zu erlangen, durch das der Partner, der die Entspannung wirklich will, gezwungen wird, sich der Gegenseite anzunähern. Hier bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder man merkt es rechtzeitig und bricht diese Politik ab, oder man merkt es erst, wenn es zu spät ist und man sich aus den Schlingen der Gegenseite nicht mehr befreien kann. Es

kann natürlich auch sein, daß man selbst dabei über die Gegenseite triumphiert. Aber weder in diesem noch in jenem Fall kann man dann noch von Entspannungspolitik sprechen. Die Politik scheitert auch, wenn nach einigen Runden einer der Partner sich nicht weiter ändern will und sich auch nicht weiter ändern kann, ohne zu kapitulieren. Die Politik scheitert ebenfalls, wenn aus der Logik der Sache, über die verhandelt wird, ein Kompromiß nicht möglich ist.

Man sieht schon aus diesen rein formalen Überlegungen, bei denen nur ein Teil der Varianten und Prämissen durchgespielt werden konnte, wie verwickelt, wie schwer übersichtlich und wie riskant eine solche Politik in der Praxis sein mußte. Man könnte sogar daran zweifeln, ob eine Politik, die aus der dritten Definition der Entspannung folgte, nicht auch auf den Nenner der klassischen Politik zu bringen wäre.

Die ersten Schritte der Entspannungspolitik gingen in einem bedenklichen Tempo vonstatten. Die verdächtige Eile schien, von später gesehen, geradezu geboten - so, als hätten die Einpeitscher die Abkommen schnell unter Dach und Fach bringen wollen, weil sie wußten, daß ihnen die Folgen, die auch tatsächlich eingetreten sind, einen Strich durch diese politische Rechnung machen könnten. Zuallererst wurden bezeichnenderweise die deutschen Probleme entschärft. Der deutsch-sowjetrussische Vertrag wurde im August, der deutsch-polnische im Dezember 1970 jeweils in den Metropolen der neuen Partner unterzeichnet. Das Berlin-Abkommen der vier Mächte hatte seit September 1971 Rechtskraft; ihm schlossen sich rasch Ausfüllungsabkommen zwischen der BRD und der DDR an, die bis Ende 1971 paraphiert wurden. Erst nach dieser Flurbereinigung schloß Washington seine Verträge mit Peking im Februar 1972 und mit Moskau (SALT I) im Mai 1972 ebenfalls in den Metropolen der Partner ab. Diese Vertragswerke wurden gekrönt mit dem Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, dessen Unterzeichnung am 21. Dezember 1972 in der "Hauptstadt der DDR" stattfand, und mit dem

Waffenstillstandsabkommen über den Krieg in Vietnam 28. Januar 1973.

Es fällt schwer, sich heute noch in den grotesken Freudentaumel hineinzuversetzen, mit dem eine trunkene Weltöffentlichkeit auf diese Weltfriedenspolitik reagierte. Er ging bis zu makabren, wirklichkeitsfremden, kapitulantenhaften Bekundungen in pluraler Bandbreite. So berichtete am 16. Januar 1973 Willi Kinnigkeit in der "Süddeutschen Zeitung" über direkte Zugänge, die der Friedhofsverwaltung in West-Berlin, die Platzmangel an Grabstätten hat, zu zwei Friedhöfen eröffnet werden sollten, die am Rande der West-Berliner Grenze auf DDR-Gebiet liegen. Die Redaktion versah den Bericht mit der Überschrift: "Entspannung erleichtert die letzte Ruhe". So schlug Carola Stern in ihrer Dankesrede zur Verleihung der Carl-von Ossietzky-Medaille am 10. Dezember 1972 vor, daß die beiden deutschen Regierungen gemeinsam in den Vereinten Nationen für eine Übereinkunft plädieren sollten, die "die Folter zu einem Verbrechen gegen das Internationale Recht erklärt", wobei die DDR Druck "auf die UdSSR, die Bundesrepublik auf ihren NATO-Partner, die Türkei" ausüben sollten(!). Und so bezeichnete der britische Konservative Sir John Rodgers in Straßburg die deutsche Ostpolitik und die amerikanisch-sowjetische Annäherung als eine "historische Wende" und hielt es für angemessen, daß der Westen den Export seiner politischen Ansichten und Ideen abdrosseln solle.

Die Wirklichkeit schlug schnell zurück. Die Tinte war noch nicht trocken auf dem Papier über den Waffenstillstand in Vietnam, da zeterte die Weltpresse, die eben noch Washington in die Unterschrift hineingehetzt hatte: "Ein fragmentarischer Friede", "Ein brüchiger Friede", "Ein zynischer Friede." Diese Schlagzeilen waren Prophezeiungen. Die Amerikaner zogen ihre Truppen aus Südvietnam ab und im Handumdrehen wurde ganz Vietnam von den Kommunisten besetzt. Als nächstes Land fiel Kambodscha in kommunistische Hände, die sich an ihrem Volk mit dem Blut von Opfern besudelten, die in die Millionen gingen.

Das Bild, das die Entspannungspolitik von nun an bieten sollte, widerlegte überall ihre Begriffsbestimmungen. Die Entspannung löst kein einziges Problem, sie verschärft jedes einzelne.

Schon im August 1973 gab der US-Verteidigungsminister James Schlesinger bekannt, daß die UdSSR im Begriff war, durch neue Erfindungen auf dem Gebiet des Raketenantriebs und der atomaren Sprengköpfe SALT I zu unterlaufen. Ende 1973 zeichnete sich ab, daß die Amerikaner, die den Sowjetrussen eine quantitative Überlegenheit zugestanden hatten, auch qualitativ überrundet werden könnten. Jahr um Jahr sollten sich alarmierende Meldungen über Moskaus militärische Aufwendungen wiederholen, zu denen es mehr und mehr durch westliche Lieferungen instand gesetzt wurde. Nichtsdestotrotz setzte sich das Weiße Haus mit dem Kreml wieder an einen Tisch, um SALT II auszuhandeln.

Die Sowjetunion hatte hinter den Entspannungsnebeln nicht nur die eigene Aufrüstung beschleunigt. Als Ägypten und Syrien am 6. Oktober 1973 aus heiterem Himmel in hochgerüsteter Verfassung und mit einer operativen Brisanz, die ihnen niemand mehr zutrauen mochte, Israel überfielen, wurde klar, daß die Sowjetunion hinter amerikanischem Rücken auch die arabischen Länder aufgerüstet hatte. Noch am 23. Juni 1973 konnten die Amerikaner auf ihren Fernsehschirmen von Breschnew auf seiner amerikanischen Reise vernehmen: "Es gibt noch allzu viele, die es vorziehen, von militärischen Vorbereitungen und Wettrüsten zu reden, statt die Probleme der Entspannung in friedlichem Geist zu diskutieren." Jetzt ließ er die Charaktermaske eines Tartuffe fassen und goß Öl ins Feuer, indem er die arabische Welt dazu aufrief, Ägypten und Syrien beizuspringen. US-Außenminister Kissinger, den der Konsultationsmechanismus hin und her katapultierte, mußte sich am 25. Oktober 1973 von Botschafter Dobrynin sagen lassen, daß Moskau notfalls zu einem Alleingang bereit sei. Am selben Tag gab der ägyptische Präsident Sadat, dessen Kriegsglück sich neigte, bekannt, daß Breschnew ihm die

Entsendung russischer Truppen angeboten habe. Washington setzte damals noch ohne Zögern einen Teil seiner Streitkräfte, darunter drei Stützpunkte des Strategischen Bomberkommandos, in Alarmbereitschaft, und Moskau zog - wie immer, wenn es auf entschlossenen Gegendruck stieß - seine aggressiven Fühler ein.

Die USA vollbrachten dann noch das Bravourstück, Sadat auf ihre Seite zu ziehen, aber es war in diesem Ringen ihr letzter außenpolitischer Erfolg. Sie sahen tatenlos zu, wie die UdSSR in Afrika einen Stützpunkt nach dem anderen gewann, und ließen ihren Verbündeten, den Schah, im Stich, als in Persien ein antiwestliches Regime an die Macht drängte. Sie ließen sich von diesem Regime verhöhnen, als es im November 1979 in der amerikanischen Botschaft zu Teheran 53 Geiseln über 13 Monate in demütigender Haft hielt. Washington warnte zwar Moskau, als durchsickerte, die Sowjetarmee wolle in Afghanistan einfallen. Aber was konnte diese Warnung noch wert sein? Der Kreml schlug sie risikolos in den Wind und brachte Kabul in seine Gewalt. Auch danach passierte nichts. Das Weiße Haus boykottierte nur die nächsten Olympischen Spiele in Moskau, statt den Atomwaffensperrvertrag zu kündigen oder wenigstens SALT II von der Ratifizierung abzusetzen, was die einzige Sprache gewesen wäre, die man im Kreml verstanden hätte. Die USA stand nach einer Dekade Entspannungspolitik wie eine entnervte Supermacht da, im Begriff, auf ihren früheren Status als weltpolitische Provinz zurückzufallen.

Die Sowjetunion ist aus der Entspannungsdekade gestärkt hervorgegangen. Das Sowjetregime hatte entgegen der Entspannungsideologie, die versicherte, es werde sich von selbst reformieren, wenn man es nicht mehr anfechte, seine restaurativen Züge noch vertieft und die widerspenstige Intelligenz ins Ausland vertrieben. Die zehn Jahre Entspannung gaben dem Kreml auch die Zeit, sein sozialistisches Vorfeld, das 1968 in der Tschechoslowakei und 1970 in Polen gefährliche Risse gezeigt hatte, wieder auf Linie zu bringen.

Der Bonner Republik sind in der Entspannungsdekade

spektakuläre Ereignisse erspart geblieben. Dies ist gleichwohl kein Verdienst der Entspannung. Bonn hat sich in dieser relativen Stille gründlich gewandelt. Allein, daß es nach den Ostverträgen lernte, auch die Verantwortung der globalen Supermacht im Osten zu berücksichtigen, gab der europäischen Umwelt bald Anlaß zu ernsten Fragen, wie der Chefredakteur der "Neuen Züricher Zeitung", Fred Luchsinger, am 13. Januar 1974 nicht ohne Vorwurf bemerkte.

Wer freilich bedenkt, daß dieser selbe Kommentator noch am 30. Januar 1972 vor der Bundestagsdebatte über die Ratifizierung der Ostverträge die damals noch widerstrebende christdemokratische Opposition gewarnt hatte, "Emotionen" zu erwecken, die sie in eine "außenpolitische Isolierung" abtreiben müßte, weil niemand daran, "weder West noch Ost Wohlgefallen" finden könnte, durfte sich wohl fragen, ob es der europäischen Umwelt nicht besser bekommen wäre, sie hätte damals ihre Schocks über "die Deutschen" erlitten, statt später selbst in diesen Sog zu geraten, über den Kissinger sagte, in zehn Jahren würde ganz Europa marxistisch sein.

Die dringendste Aufgabe, bei einer solchen Entwicklung die Kontrolle im eigenen Lande zu behalten, ist der sozialliberalen Regierung durch zwei Übereinkünfte frühzeitig erschwert worden, die einflußreiche Politiker, die nicht der Regierung angehörten, mit den Sowjetrussen getroffen haben. Diese "Abkommen" wurden bezeichnenderweise am gleichen Ort kurz hintereinander vereinbart. Am 28. September 1973 gaben sich der deutsche Gewerkschaftsführer Heinz-Oskar Vetter und der russische Gewerkschaftsführer Alexander Scheljepin in Moskau durch ein Kommuniqué bekannt, daß sie gemeinsame Probleme sähen im Umweltschutz, in der Mitbestimmung und in der Abwendung "schädlicher Einflüsse auf die Lage der Arbeiterklasse", die von der fortschreitenden Wissenschaft ausgingen[5]. Am 1. Oktober 1973 erörterten in Moskau der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner und der ZK-Sekretär Boris Ponomarew "Fragen einer möglichen Zusammenarbeit im Interesse der deutschen Werktätigen". Sie stellten dabei fest, daß eine Zusammenarbeit infrage komme u. a. "gegen die internationalen Monopole und deren Offensive gegen den Lebensstandard der Werktätigen", "gegenüber den reaktionären und militärischen Kräften in der Bundesrepublik, die ihre Arbeit gegen die Ostverträge nach wie vor fortsetzen" und bei der Ausfüllung des deutsch-russischen Vertrags mit "realem Leben"[6]. Letzteres bekräftigte Wehner sogleich, indem er bei seinem Moskauer Aufenthalt die sozial-liberale Regierung in Bonn angriff, weil sie bei der Auslegung der Verträge, deren mangelnde Eindeutigkeit viele Risiken enthält, einen zu eigenwilligen Standpunkt einnähme, mit dem sie das vereinbarte Konto überzöge.

Welche jesuitischen Vorbehalte im Geist auch immer Vetter und Wehner in Moskau gehegt haben mochten - der entscheidende Punkt war, daß mit der Feststellung gemeinsamer Interessen zwischen den sowjetrussischen und bundesdeutschen Gewerkschaften, zwischen der KPdSU (speziell dem Sekretariat ihres ZK für die internationale kommunistische Bewegung) und der SPD eine Mitsprache der Sowjetunion im Bereich der Bundesrepublik legitimiert wurde. Die Bonner Regierung machte sich diese Vereinbarungen nicht zu eigen, desavouierte sie aber auch nicht. Das sowjetrussische Interesse in der BRD ist dadurch gewiß nicht legalisiert worden. Wie aber sollten die "mündigen Bürger" im Rahmen dieser Übereinkünfte noch die Grenzen erkennen, hinter denen früher eindeutig Landes- oder Hochverrat begann?

Es verstärkten sich jedenfalls in den bundesdeutschen Gewerkschaften Tendenzen, bei denen es schwerfällt, sie nicht im Lichte jener Übereinkünfte zu sehen. In dem Maße, wie die Gewerkschaften mit Gesellschaftspolitik und Außenpolitik ihre eigentlichen Befugnisse, die Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in der Tarifpolitik und am

[5] "Die Welt", 29.9.1973

[6] "Die Welt", 29.1.1974

Arbeitsplatz, überschritten, emanzipierten sie diese eigentlichen Befugnisse auch von jener Verantwortung für die Wirtschaft als Ganzes, welche den DGB lange als vorbildlich von den zügellosen, partikularen Interessen der westeuropäischen Gewerkschaften abgehoben hatte. Die deutschen Gewerkschaften begannen, in den Klassenkampf zurückzufallen. Sie stellten ungewohnte Lohnforderungen und äußerten Mitbestimmungswünsche, wie sie nur ein Funktionärsstaat erfüllen könnte. Wenn der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker sagen konnte: "Wir haben bisher nur befristet gestreikt, um dem Partner Gelegenheit zu geben, über die Machtverhältnisse nachzudenken", so stellte er damit das ausgewogene Verhältnis von rechts- und sozialstaatlichen Elementen im Grundgesetz zur Disposition. Daß es sich dabei nicht um einen der bewährten verbalen Einschüchterungsversuche handelte, sondern um die Bekundung eines aufsteigenden Willens, sich zwecks Durchsetzung sozialer Ziele über Gesetze hinwegzusetzen, bestätigte Wehner, der sekundierte, man müsse endlich einmal "aus den verknorpelten und deformierten Begriffen `soziale Marktwirtschaft´ und `Rechtsstaat´ herauskommen."[7] Es fällt auch schwer, diese Tendenzen nicht im Lichte der Strategie zu sehen, wie sie der belgische Trotzkist Ernest Mandel am 7. November 1965, als Westeuropa noch als krisenfest galt, für die westeuropäische Arbeiterbewegung vorgeschlagen hatte, die empfahl, den Kapitalismus durch steigende Lohnforderungen und ausufernde Mitbestimmung so zu schwächen, daß ihm nichts anderes übrig bliebe, als endlich dem Sozialismus zu weichen[8].

Andere verheerende Folgen der Entspannungspolitik waren eine zunehmende Gleichschaltung der Medien, eine Schwächung der Geheimdienste, ein steigender Wehrunwille bei der Jugend, ein umsichgreifender Linksruck an

[7] "Süddeutsche Zeitung", 30.1.1974; "Die neue Gesellschaft", 1/1974

[8] Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, Westeuropäische Arbeiterbewegung. Protokoll einer Tagung des Sozialistischen Bundes und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vom 6. und 7. November 1965 in Frankfurt am Main. Frankfurt 1966, S. 85 ff.

Schulen und Universitäten und ein gänzlicher Verfall des Nationalgefühls. Die Bundesrepublik war, allein gemessen an ihrem Lebenswillen, nicht wiederzuerkennen.

Die Entspannungsgeschichte, die den Entspannungsbegriff widerlegt, ist nun nicht einfach so zu verstehen, als sei sie aus lauter Fehlrechnungen hervorgegangen. Es ist deshalb nötig, die Gesichtspunkte zu finden, unter denen Entspannungspolitik betrieben wurde.

Für die USA war der Begriff partiell gültig. Sie hat tatsächlich abgerüstet und sich bereit gezeigt, Arrangements zur Eindämmung von Konflikten zu treffen. Sie verfolgte Entspannung nicht als globales Ziel. Nicht Wandel durch Annäherung war die Raison d'être ihrer Politik. Sie verfolgte mit der Entspannung eine neue Gleichgewichtspolitik, die Verständigung als Ergebnis von Entspannung ausschließt. Eigentlich müßte auch die partielle Gültigkeit des Begriffs mit einem Fragezeichen versehen werden. Denn was wie Entspannungspolitik aussah, folgte vielmehr jener klassischen amerikanischen Außenpolitik, die beständig zwischen Isolation und Intervention ausschlägt[9]. Um bei der Isolation zu verharren, hätten die USA eine Wirtschaft nötig, die es noch in der Zeit des Merkantilismus gegeben hatte, der unter amerikanischen Historikern nicht gerade hoch im Kurs steht. Und um die Intervention zum beherrschenden Prinzip zu machen, hätten die USA einer imperialen Struktur bedurft, die ihr Selbstverständnis nie zugelassen hat. Die Entspannungspolitik ist in den USA so schnell populär geworden, weil das Pendel schon zu lange Intervention angezeigt hatte.

Für die UdSSR war der Entspannungsbegriff, was ihre Politik betraf, nie in irgendeiner Weise gültig. Er diente nur zur Verschleierung der eigenen Politik und zur Schwächung der Politik der anderen. Für die UdSSR gab es nicht einen einzigen Tag Rüstungsstop und Subversionsstop. Sie zog sich auch nicht von Spannungsherden zurück oder

[9] Carl Schmitt, Der Nomos der Erde, aaO, S. 270 ff.; Moritz Julius Bonn, So macht man Geschichte, München 1958, Kapitel "Die Vereinigten Staaten als Weltmacht"

zeigte sich geneigt, Konflikte einzudämmen.

Für Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, war der Entspannungsbegriff gültig als Alternative zu der eigentlichen Aufgabe, vor der pendelnden US-Politik selbst eine Weltmacht mit entsprechenden konstitutionellen Änderungen und atomarer Rüstung zu werden. In dieser Weise bedeutete Entspannungspolitik für Westeuropa ein defensives Verhalten, dessen Erfolg von Entscheidungen abhängig war, die anderswo gefällt wurden.

War die Entspannungspolitik für die USA eine Camouflage für Gleichgewichtspolitik und für die UdSSR eine Charaktermaske der Weltrevolution, so war sie für Europa eine Lebenslüge, hinter der sich politische Dekadenz verbarg. Während die USA und die UdSSR den Begriff machiavellistisch anwandten, was die Gefahr dämpfte, hereingelegt zu werden, neigten die Westeuropäer zu einem illusionistischen Gebrauch, der sie als präsumtive Opfer empfahl.

Annäherung durch Unterwerfung

Die Parole "Annäherung durch Wandel" hat ganz allein in Bonn zu Buche geschlagen. Sie ist immer ergänzungsbedürftig gewesen. Sie war es schon, als sie embryonal in den Planspielen und Taschenspielereien der Konvergenztheoretiker schlummerte. Sie war es noch mehr, als Egon Bahr sie am 15. Juli 1963 in Tutzing vor den Kulissen der "Politik der kleinen Schritte" wie eine Hebamme ans Tageslicht zog. Die Tendenz war nicht klarer, als die Parole 1969, zu Beginn der Ära Brandt, Raison d'être der Ostpolitik wurde. Schon nach sieben mageren Jahren, als selbst Ostpolitiker keine sieben fetten auf biblische Weise erwarteten, wäre fällig gewesen: "Wandel durch Annäherung" durch "Annäherung durch Unterwerfung" zu ergänzen.

Um Egon Bahr hatte es Aufhebens gegeben, als er, mit den Ostverträgen in der Tasche, im Parlament zugab, man könne dem Volk nicht immer gleich die volle Wahrheit

sagen; man könne sie ihm erst zumuten, wenn es für sie reif geworden sei. Die parlamentarische Opposition konterfeite ihn als Lügner und Betrüger. Es fiel ihr nicht ein, daß auch Adenauer zuweilen so gehandelt hatte und auch gar nicht anders hatte handeln können. Situationen, in denen diese Maxime gilt, kommen in jedem politischen System vor. Hätte die Opposition nicht schon damals an progressiver politischer Paralyse gelitten, wäre es ihr aufgefallen, daß Bahrs Bemerkung nur eine der Methoden offenlegte, mit denen die Ostpolitik durchgepeitscht wurde. Ein anderes, viel raffinierteres Mittel war der Einsatz von Fermenten, die das Volk reif machen sollten.

Ein solches Ferment mußte pythisch genug klingen, um das "Prinzip Hoffnung" nicht abschlaffen zu lassen. Es mußte mehrdeutig sein, um vielen Meinungen zu schmeicheln, und sich gleichzeitig wie ein Patentrezept anhören, um den Wunderglauben der rationalisierten Welt zu stillen. Die schillernde Parole "Wandel durch Annäherung" erfüllte diese Anforderungen bis tief in die Reihen der Opposition hinein. Sie hat die Atmosphäre so verändert, daß die Ergänzung "Annäherung durch Unterwerfung" ausblieb.

Bundeskanzler Helmut Schmidt konnte es sich leisten, dem Bolschewikenführer Breschnew zum 70. Geburtstag am 19. Dezember 1976 einen Glückwunsch zu senden, der dem letzten Chefrepressor zwischen Stendal und Wladiwostok bescheinigte, er könne "an diesem Tage mit Befriedigung auf ein erfolgreiches Wirken zum Wohle seines Landes" zurückblicken. Diese Depesche hätte zur Zeit, als Bahr die Atmosphäre noch fütterte, zu einem umgehenden Kanzlersturz geführt. Jetzt löste sie bei der parlamentarischen Opposition Einsprüche von Fistelstärke aus. Auch die oppositionellen Blätter säuselten. Niemand wollte in der Öffentlichkeit eine satrapische Botschaft eine satrapische Botschaft nennen.

Was zu sagen war, schrieb Vera Piroschkow in einem offenen Brief. Allein, der Text erschien nur im "Münchner Merkur" und in der Würzburger "Deutschen Tagespost". Der Kanzler wurde gefragt, ob er "die kommunistische

Diktatur, den ständigen Hunger der Bauern, ständigen Mangel an Lebensmitteln, Unterbezahlung der Arbeiter und erst recht der Bauern, Konzentrationslager, Gefängnisse und psychiatrische Krankenhäuser für andersdenkende Intellektuelle und gläubige Christen für das "Wohl eines Volkes" halte. Schmidt wurde gefragt, ob er so ein Wohl auch seinem eigenen Volke wünsche; er solle es dann offen sagen, damit man wüßte, wohin er die Bundesrepublik führe. Die Verfasserin konzedierte dem Empfänger aber auch, ab und zu Mut zu haben, Fehler einzugestehen. Und so forderte sie ihn am Ende auf: "Zeigen sie auch jetzt Mut, geben Sie öffentlich zu, daß Sie weit überzogen haben, indem Sie so ein unwahres und kriecherisches Telegramm an einen der grausamsten Diktatoren unserer Zeit geschickt haben. Denken Sie an die Worte Bukowskijs, der, gefragt, wie viele politische Gefangene es in der UdSSR gebe, geantwortet hat: `250 Millionen, die ganze Bevölkerung'".

Der Kanzler reagierte nicht. Wie sollte er? Auch die Opposition sorgte dafür, daß ihm die Maske der Souveränität nicht verrutschte. Helmut Schmidt ging indessen noch einen Schritt weiter. Er ließ seinen Pressesprecher Bölling sagen, daß sich die Bundesregierung die Äußerungen Bukowskijs nicht zu eigen mache Dabei waren die Äußerungen nicht einmal auf deutschem Boden gefallen. Niemand hatte die Regierung nach ihrer Meinung gefragt. Die Zeitungen, die über Bukowskij berichteten, lagen noch in den Kiosken. So prompt scharrte der Kratzfuß. Am 27.12.1980 war es schon so weit gekommen, daß ein Demonstrant, der aus Protest gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans, eine Breschnew-Puppe verbrannte, von der Frankfurter Polizei wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes festgenommen wurde. "Ein Gespräch mit Breschnew ist ein Wert an sich", fand Kanzler Schmidt damals. Kanzler Kohl fand es später auch.

Kurt Schumacher hat einmal in einer Aufwallung Konrad Adenauer einen "Kanzler der Alliierten" genannt. Die Bezeichnung war ungerecht, aber nicht unverständlich. Der sozialdemokratische Oppositionsführer wußte zuwenig von

der Geheimpolitik, die der christdemokratische Kanzler - auch gegen seine eigene Partei - betrieb. Hätte die CDU in der Opposition einen Führer wie Schumacher gehabt, würde er mit mehr Berechtigung den sozialdemokratischen Kanzler einen "Kanzler des Kreml" nennen können. Er würde natürlich auch wenig von einer möglichen Geheimpolitik wissen, aber er würde auch weniger eine solche vermuten können, vor allem keine, die den Worten widerspräche. Was geschah, lag auf ihrer Linie.

Die Huldigung Breschnews und die Abschmetterung Bukowskijs erhellten wie Schlaglichter eine Position, die vor lauter Nebel manchem schon als deutsch erschienen war. Freilich häuften sich Vorfälle, die, schon als Einzelheiten erschreckend genug, in ihrer Zusammenschau einen beinahe ausweglosen Horizont bildeten.

Willy Brandt bekannte 1976 in Spanien eine deutsche Schuld an der Entwicklung des Landes, weil einst deutsche Truppen auf Francos Seite gekämpft hatten. Das war schlimm genug; denn diese Schuld bestand, genau besehen, darin, daß damals deutsche Truppen in Spanien eine kommunistische Diktatur verhindert hatten. Noch schlimmer wurde es, als Helmut Schmidt Anfang 1977 in Madrid, als wollte er die ominöse Schuld wieder wettmachen, erklärte, die Teilnahme von Kommunisten am europäischen Demokratisierungsprozeß sei zwangsläufig. Der KP-Chef Carillo war pikanterweise wenige Tage zuvor von der rechtsstehenden Zeitung "Alcázar" beschuldigt worden, im Bürgerkrieg für Massenmorde verantwortlich gewesen zu sein. So sahen es aber auch alte Spanienkämpfer in den Reihen der SPD. Selbst ein engagierter Linkssozialist im Kabinett wie Hans Matthöfer hatte Carillo als "Genossenmörder" bezeichnet und von ihm gesagt: "Ich traue ihm nicht so weit, wie ich schmeißen kann." Helmut Schmidt sagte unerschüttert: ohne Kommunisten keine Demokratie in Spanien.

Die deutsche Sozialdemokratie ritt Avantgarde im Galopp. Die Truppe hatte oft Mühe, Schritt zu halten. Ein solcher Vorfall spielte sich in der Internationale ab, die schon unter dem Verzögerer Kreisky ihren Mitgliedern

Bündnisse mit Kommunisten nicht mehr verwehrte. Als Brandt sich anschickte, die Präsidentschaft zu übernehmen, drängte die Passivität bereits dazu, in Aktivität umzuschlagen; gegebenenfalls gegen die eigenen Genossen. Die Exilparteien aus dem Baltikum, der Tschechoslowakei, aus Polen, Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien hatten sich schon lange mit dem Status selbstständiger, aber konsultativer Mitgliedschaft abfinden müssen. Nun sollte ihnen unter Druck der osteuropäischen Diktaturen und bundesrepublikanischer Vermittlung auch dieser Status genommen werden. Diese acht Parteien sollten fortan auf Kongressen pauschal durch nicht mehr als zwei Delegierte einer "Union osteuropäischer Sozialisten" mit lediglich assoziierter Mitgliedschaft vertreten sein. Der Antrag scheiterte schließlich vor dem Hintergrund von Repressalien in Polen; doch er scheiterte nur an einer Stimme.

Ein anderes avantgardistisches Manöver spielte sich in Bonn ab. Die Bundesregierung war schon lange vor der Moskauer Schelte an den Sendern "Deutschlandfunk" und "Deutsche Welle" Schritt um Schritt zurückgewichen. Die Osteuropa-Abteilung der "Deutschen Welle" galt als die letzte Bastion, von der aus eine deutsche Radiostation den osteuropäischen Völkern die Informationen zustrahlen konnte, die ihnen ihre Machthaber vorenthielten. Die Abteilung war schon reduziert auf Sendungen in russischer Sprache. Die Sendungen waren von der Vorsicht Blässe angekränkelt. Trotzdem wurde die volle Demontage verlangt und - sollte gewährt werden. Das Übergreifen der Repressalien von Polen auf die DDR und die CSSR, auf Ungarn und Rumänien und schließlich auch auf Jugoslawien vermochte nicht, die Regierung daran zu hindern, über ihre Mittelsmänner in dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt die Auflösung der umstrittenen Abteilung zu verlangen. Daß der Beschluß den Rundfunkrat nicht passierte, war eine hausgemachte Überraschung, die es ohne die Intransigenz Heinz Galinskis vom Zentralrat der Juden sicher nicht gegeben hätte.

In dieser Affäre fielen auch die Namen Bahr und Wischnewski. Der Promotor des "Wandels durch Annäherung" empfahl dem Leiter der Osteuropa-Abteilung, Botho Kirsch, unverhüllt, "den Hut zu nehmen." Die SPD hatte sich mit diesen Manövern die Interpretation zu eigen gemacht, mit der die kommunistischen Diktaturen im Ostblock den Informationsaustausch blockieren, den die Entspannung bringen sollte. Es fiel dem aufmerksamen Zeitgenossen vor dieser offensichtlichen Kollaboration schwer, noch hinzuhören, wenn Willy Brandt sich über die Verfolgung der Bürgerrechtler in der CSSR besorgt zeigte. Besorgt zeigte sich auch der italienische KP-Chef Berlinguer. Und auch Carillo schien besorgt, der seinen euro-kommunistischen Schafspelz mit dem Hermelinbesatz der Versicherung trug, wenn das Volk es nun einmal so wolle, würden die spanischen Kommunisten auch einer Monarchie dienen.

Unterwerfungen zeichneten sich auch in anderen Bereichen ab, von denen die Rücksicht auf kommunistische Interessen bei der Abfassung deutscher Schulbücher ein besonders trübes Kapitel war, weil hier die niedersächsische CDU den Vorreiter spielte. Bonn begann, sich sogar der kommunistischen Definition politischer Widerstandskämpfer annähernd zu unterwerfen. Es wurde möglich, daß ein bundesrepublikanisches Gericht feststellen konnte, die Auslieferung eines kroatischen Irredentisten, der in der Bundesrepublik ein (übrigens erfolgloses) Attentat auf einen jugoslawischen Würdenträger verübte, sei eine völlig legale Angelegenheit.

Sollte das Schule machen, würde auch noch das letzte Band des deutschen Nationalverbandes, Bonns Festhalten an einer gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit, zum Frohlocken unserer Feinde zerreißen. War nicht bereits ein Ferment im Kreislauf der Meinungsbildung unterwegs, um das Volk dafür reif zu machen? Bonns Mann in Ost-Berlin, Günter Gaus, hatte jedenfalls angedeutet, für einen Fortschritt in menschlichen Erleichterungen stünde die deutsche Staatsbürgerschaft zur Disposition, die jeder DDR-Bürger theoretisch besitzt und praktisch erwirbt, wenn er

sich in der Bundesrepublik polizeilich anmeldet. Wehner dementierte grimmig - zur Beruhigung, muß man befürchten; denn Wehner kennt die alte praktische Dialektik der Kommunisten genau, die aus der These des Schocks, der Antithese der Beruhigung und der Synthese der Ausführung besteht. Sie ist die Einübung in das schlimme Ende, bei dem man froh ist, daß es nicht ganz so schlimm aussieht, wie es anfangs erschien, und erst später merkt, daß es sich schlimm genug abwickelt.

Wie weit die Einlassungen mit der DDR damals gingen, offenbarte ein Artikel im "Vorwärts", über den der "Spiegel" verlautete, Brandt habe ihn redigiert. Mitte November 1976 vertrat hier der frühere "Spiegel"-Korrespondent in Ost-Berlin, Jörg Mettke, die Thesen, man sollte die politische Belastbarkeit der DDR stärker berücksichtigen, davon absehen, größere Menschenkontingente (!) herauszukaufen, und aufhören, bei wirtschaftlichem Entgegenkommen an Gegenleistungen zu denken. Bonn sollte jedes Engagement unterstützen, das drüben zu einer Stabilisierung führe. Es war nicht ganz klar, was die "Vorwärts"-Thesen sollten. So sah die Wirklichkeit der innerdeutschen Beziehungen doch schon aus. Die Exemplare lagen indessen noch in den Kiosken, als der politische Bänkelsänger Biermann aus der DDR ausgebürgert wurde. Es folgten eine Reihe von Maßnahmen, die den "erreichten Stand der Normalisierung" empfindlich zurückstuften. In der DDR tobte sich eine kulturpolitische Repression aus, wie man sie dort lange nicht mehr erlebte. Die bundesdeutsche Niederlassung in Ost-Berlin wurde von Polizei umstellt, um DDR-Besucher zu kontrollieren. Der ARD-Korrespondent erhielt kurzerhand seine Ausweisung. Neue Manöver richteten sich gegen den Berlin-Status, von dem die Ostpolitiker gerne behaupten, sie hätten ihn für alle Zeiten abgesichert.

Mettkes Artikel sollte diesen Dingen vorbeugen. Die DDR wollte mit den Maßnahmen, die sie plante, ihre Vorteile aus den innerdeutschen Beziehungen nicht verlieren. Die BRD berücksichtigte diese Belastbarkeit. Die Regierung Schmidt hätte eine hübsche Reihe von Gegenmaßnahmen treffen können. Sie unterließ tatsächlich jede Reaktion. Die Beziehungen liefen weiter, als sei nichts passiert. Die Regierung verhielt sich, als gingen ihr die Stabilität der DDR und das Selbstbewußtsein der SED über alles.

Wäre es möglich gewesen, den Kanzler zu einer Antwort zu zwingen, würde er mit Mettke gesagt haben: das sei leider unvermeidlich, weil man dem System drüben die Möglichkeit geben müsse, sich in alle Ruhe zu differenzieren. Bis dahin müsse man alle Kröten schlucken. Er würde sich dabei, wie der Journalist, realpolitisch schlau vorgekommen sein und überhaupt nicht gemerkt haben, daß er mit eben diesen Sätzen Annäherung durch Unterwerfung predigte. So weit die Stichproben aus dem siebten Jahr der Entspannungspolitik. Sie sind, beliebig auswechselbar, für den Sog charakteristisch geblieben, in den die Bonner Republik geriet. Es häuften sich seither Stimmen, die im deutschen Bundeskanzler ein Sprachrohr Breschnews in Europa sehen wollten.

Es gibt keine Alternative zur Entspannung - diese erbärmliche Formel ist zu einem Stereotyp geworden, das die sozialliberale Regierung auch auf den sowjetrussischen Einmarsch in Afghanistan anwandte. Mit der Formel "Realistische Entspannung statt illusionärer" schwenkte 1980 auch der Oppositionskandidat Strauß halbherzig auf diese Linie ein. Als im August 1980 in Polen eine neue revolutionäre Krise ausbrach, hatten die Annäherer in Bonn kein eiligeres Geschäft, als die Hoffnung auf eine schnelle Stabilisierung der Verhältnisse zu äußern. Im Januar 1981 zeterten die Moskauer "Prawda" und die Münchner "Süddeutsche Zeitung" gemeinsam über die Japaner, die am "Tag der Nordgebiete" die Rückgabe der geraubten Kurilen forderten.

Es ist verlockend, von hier einen Blick auf die Anfänge zurückzuwerfen. Ein halbes Jahr, bevor Egon Bahr in Tutzing den "Wandel durch Annäherung" verkündete, entwarf sein Meister vor der Harvard-Universität die ersten Züge der Ostpolitik. Brandt sagte im Oktober 1962: "Es geht um

eine Politik der Transformation. Wirkliche, politische und ideologische Mauern müssen ohne Konflikte nach und nach abgetragen werden. Es geht um eine Politik der friedlichen Veränderung des Konfliktes, um eine Politik der Durchdringung, eine Politik des friedlichen Risikos: des Risikos deshalb, weil bei dem Wunsch, den Konflikt zu transformieren, wir selbst für die Einwirkung der anderen Seite auch offen sein müssen."

Verifiziert man das Risiko, dem sich die SPD nach diesen Thesen ausgesetzt hat, so läßt sich für die Ära Brandt sagen: die deutschen Sozialdemokraten haben sich unter den Einwirkungen der anderen Seite von sozialen Demokraten zu demokratischen Sozialisten zurückgemausert. Für die nachfolgende Ära ist bezeichnend, daß Helmut Schmidt (wie geschehen auf dem "Kleinen Parteitag" Ende Januar 1977 in Bad Godesberg) von sich und seinen Parteigenossen "Wir Roten" sagen konnte. War es so verkehrt gewesen, als Adenauer vor 20 Jahren eine "freiwillige Unterwerfung" vor dem Kreml fürchtete[10]?

Es war ein diplomatisches Understatement, als der sowjetische UNO-Botschafter Oleg Trojanowskij zur Begrüßung seines Bonner Kollegen im Sicherheitsrat sagte: "Die Bundesrepublik ist einer unserer größten Partner in der sachlichen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit dem Westen." Die Bundesrepublik Deutschland wurde in ihrer abgründigen Harmlosigkeit, unter sozialdemokratischer Führung und christdemokratischen Duldung, zum Umschlagplatz für die sowjetische Transformation Westeuropas, um ein Lieblingswort Stalins zu gebrauchen. Sagte Brandt nicht auch Transformation?

[10] Konrad Adenauer, Erinnerungen, aaO. III, S. 301

Europäische Antipolitik

Es fehlte der Bonner Republik ein deutsches Nationalgefühl, um dem Sog in der Ostpolitik ungeschwächt standzuhalten. Ihr europäisches Bewußtsein vermochte das nicht zu leisten, denn ihm lag kein Europa zugrunde, das als konkrete Ordnungsmacht Widerstandskraft hätte spenden können. Opfer können das Selbstgefühl nur heben, wenn ihre Darbringung etwas begründet, befestigt oder weiterführt. Die fortwährenden Opfer, die Bonn brachte, haben die europäischen Institutionen immer gerade nur am Leben erhalten. Sie sind fast Tribute gewesen.

Es gibt immer weniger Leute, die vor den Trümmern der Europa-Politik rundum etwas anderes sehen als einen Haufen Scherben, welche kein Kitt der Welt mehr zusammenfügt. Es gibt unter den Ernüchterten auch Politiker; ihre Zahl ist sogar im Wachsen, wenn auch nicht in der Bundesrepublik Deutschland. Was in Paris und London die Spatzen von den Dächern pfiffen, suchte man in Bonn vor sich selbst zu verbergen. Bonner Politiker gaben gerade noch zu, man sei weiter denn je vom Ziel entfernt; das Ziel auf dem eingeschlagenen Weg aber nicht zu erreichen, wäre für sie, Undenkbares zu denken. In ihren Panzerschränken liegt für den Fall schließlichen Scheiterns kein Plan bereit. Wer das freiweg behauptet, braucht kein Dementi zu fürchten. Dafür greift im Volk um sich, was an anderen Orten auch Politiker sagen: Die Europäische Gemeinschaft bleibt eine Fiktion, die Hoffnungen, die man in das europäische Parlament setzte, trogen.

Bei einem politischen Desaster sucht man heutzutage nach Schuldigen. Die Zahl der Sündenböcke ist schon jetzt, vor dem effektiven Eintritt des europäischen Debakels, hoch. Sie übertrifft die Totengräberlegion der Weimarer Republik bei weitem. Es wäre zu leicht, frisch aktuell wider das perfide Albion zu wettern. Was heute die neun nicht schaffen, schafften gestern auch die sechs nicht (und wer-

den morgen auch die zwölf nicht schaffen). Keine Regierung der Länder in der Europäischen Gemeinschaft ist unschuldig. Ihre parlamentarischen Oppositionen sind nicht minder belastet. Die Hüter der öffentlichen Meinung und die wissenschaftlichen Trabanten des Zeitgeschehens können ebenfalls nicht freigesprochen werden. Hauptschuldige sind alle Verbände, Mitschuldige alle Kirchen.

Sind so viele schuldig, ist die einzelne Verantwortung natürlich eine Farce. Es hat lange genug gedauert, bis die zeitgeschichtliche Forschung das bei der Analyse des Untergangs der Weimarer Republik einsah. Heute werden, freilich nach ihrem Tode, Ernst Forsthoff und Werner Weber kaum noch angefeindet, die bereits in den fünfziger Jahren nachgewiesen haben, daß die Weimarer Republik an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gegangen ist und zugrunde gehen mußte, weil ihre Verfassung den drängenden Problemen des Zeitgeschehens nicht gewachsen war[1]. Wenn in ähnlicher Weise die Europäische Gemeinschaft an ihren inneren Widersprüchen zugrunde geht, kann man selbstverständlich nicht ihre Verfassung befragen, denn sie hat keine, wohl aber den eingeschlagenen Weg, auf dem sie ihr Ziel, die politische Einigung, nicht erreichen kann.

Auf den europäischen Irrweg haben zwei Irrlehren geführt, die Einigung verhießen, aber die politische Ohnmacht Europas nach dem Zweiten Weltkrieg nur verlängert haben. Was sie inspirierten und realisierten, war, so schön es sich damals las, falsch von Anbeginn.

Das erste dieser Einigungskonzepte war die Idee, Europa würde mit dem Vollzug seiner wirtschaftlichen Union politisch verschmelzen. Wenn die wirtschaftlichen Fundamente erst einmal stünden, würden sich die Regierungen einstimmig und freiwillig wie zu einem Rütlischwur zusammenfinden. So hatte man sich das vorgestellt. An die-

[1] Ernst Forsthoff, Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit. 4. Aufl. Stuttgart 1972; Wilhelm Weber, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem. 5. erw. Aufl. Berlin 1970 (Kap. Weimarer Verfassung und Bonner Grundgesetz)

sem Konzept stimmte die Prognose so wenig wie die Prämisse. Eine wirtschaftliche Union verwandelt sich nicht von selbst in eine politische Einheit; ohne Anwendung politischer Mittel ist nicht einmal eine wirtschaftliche Union möglich, die einen solchen Namen verdiente. Man braucht kein Anhänger berüchtigter Denker zu sein, um zu bemerken, daß eine imperiale Größe ohne Hegemonie und Gewalt weder gebildet noch bewahrt werden kann. Dazu reicht ein simpler, allerdings unvoreingenommener Blick in die Geschichte aus. Es bedurfte eines eisernen preußischen Kanzlers und dreier Kriege, um den Deutschen Zollverein in ein Zweites Reich zu überführen. Das soll nicht heißen, daß um Europa ein neuer Krieg hätte geführt werden müssen. Das soll aber heißen: Ohne politische Führung und ohne politischen Druck geht es nicht. Daran können auch Klagen, Geschrei und Räsonnements über Napoleon oder Hitler nichts ändern.

Das Konzept von der evolutionären Verwandlung der Wirtschaftsunion in eine politische Union ist schon seit 1954 nicht mehr glaubwürdig gewesen, als Frankreichs Nein das Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft wie ein Kartenhaus zum Einsturz brachte. Von den europäischen Politikern wußte damals wahrscheinlich nur Adenauer, was diese Zäsur bedeutete. Man kann im 2. Band seiner "Erinnerungen" nachlesen, wie ihn diese "schrecklichen Tage" bewegten; allein, die Konsequenzen sind auch ihm erst einige Jahre danach aufgegangen. Frankreich ist dabei weniger "schuldig" zu sprechen als die anderen europäischen Länder, die fortfuhren, als sei nichts Wesentliches geschehen. Als Adenauer später mit de Gaulle durch die Einrichtung deutsch-französischer Sonderbeziehungen eine Bewegung in Gang setzen wollte, die an die Stelle des gescheiterten Konzeptes hätte treten können, brachten die deutschen Regierungs- und Oppositionsparteien diesen Akt um seine Initialzündung. Adenauers Nachfolger tilgten rasch jeden Ansatz zu Besonderheiten aus. Der deutsch-französische Vertrag erstarrte zum leeren Ritual.

Frankreich hatte 1954 indessen nur etwas getan, was die

anderen Länder der "Gemeinschaft" bis zum heutigen Tage oftmals selbst verübten: es hatte seine eigenen Interessen bewahrt gegen eine imponderable Konstruktion. Die Interessen italienischer Weingüter oder niederländischer Hühnerfarmen waren nur nicht so spektakulär. Die europäischen Länder hätten Frankreich für sein Nein zur EVG dankbar sein müssen, weil es die Lebenslüge der Europäischen Gemeinschaft aufdeckte. Aber alle diese Länder, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, hatten daran nicht das geringste Interesse.

Die Aufdeckung der europäischen Lebenslüge hätte bedeutet, daß die betreffenden Länder gezwungen gewesen wären, die Mittel zu akzeptieren, die nötig sind, wenn einzelne Länder sich zu einem imperienhaften Gebilde vereinigen wollen. Man kann an der Entstehung der europäischen Staaten aus dem Zusammenschluß verschiedener feudaler Fürstentümer ablesen, daß eine neue größere politische Einheit aus der Vereinigung alter kleinerer politischer Einheiten nur entstehen kann, wenn ihre Begründer in der Lage sind, die partikularen Interessen, die den Interessen des neuen Ganzen zuwiderlaufen, auszuschalten; und wenn ihre Nachfolger Widerstände, die diese Spannungen erneuern, brechen können , bis die Interessen des neuen Ganzen mit den Interessen der meisten seiner Teile identisch geworden sind. Niemand gibt gewachsene Souveränität und wohlerworbene Rechte freiwillig auf. Ein Zwang ist unerläßlich. Opfer lassen sich dabei nicht vermeiden; sie können allenfalls gemildert werden - am besten durch eine starke verantwortliche Macht, die den Prozeß in fester Hand hält. Das wäre aber ein Bekenntnis zu Hegemonie und Gewalt, in welcher Form und Intensität auch immer.

Statt dieses klaren politischen Procedere mit unbestreitbarer Transparenz wurde ein Gespenst zum Beherrscher der Geister: die sogenannte Supranationalität, ein weder-noch zwischen Nation und Imperium, das niemandem sonderlich weh tat, aber auch nichts Erhebliches leistete. Die Etikette einer unerträglichen politischen Bigotterie sorgte dafür, daß die Sachverhalte verschleiert blieben. Wenn Kritiker auf-

traten, wurden sie boykottiert, durch Nichterörterung mundtot gemacht[12].

Betrachtet man den Stand der Europa-Politik, so ist es ihr nach zwei Jahrzehnten emsigen Treibens nicht einmal gelungen, eine wirtschaftliche Union zu bilden. Die Europäische Gemeinschaft ist ein Laden, in dem die gemeinschaftlichen Einrichtungen dazu dienen, daß jeder sich nach Geschick und Gerangel selbst bedient - wobei die Schwachen die Starken unablässig zur Kasse bitten. Es gibt keine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gibt keine europäische Währung und infolgedessen auch kein europäisches Finanzwesen. Man schleppt sich von Kuhhandel zu Kuhhandel. Statt der erhofften sukzessiven Homogenität klaffen die Länder der "Gemeinschaft" in ihrer sozialen Struktur und ihren politischen Verhältnissen immer weiter auseinander.

Es liegt bereits im Bereich des Möglichen, daß relativ stabile Länder die Gemeinschaft verlassen, um nicht in das wirtschaftliche Chaos hinabgezogen zu werden, das in den hoffnungslos desolaten Ländern herrscht.

Das zweite trügerische Konzept zur politischen Einigung Europas ist eigentlich nur die Kehrseite des ersten. Sie ist der Grund, daß 1954 das Scheitern der EVG keine Panik auslöste. Es handelt sich im die Idee, daß die USA den europäischen Ländern helfen würden, sich politisch zu vereinigen.

Man erwartete mindestens, die USA würden Europa für die Dauer dieses Prozesses militärisch abschirmen. Das Konzept der amerikanischen Hilfe wurde vom Marshallplan inspiriert und von den wiederholten Ermunterungen befestigt, die Länder sollten sich zu Vereinigten Staaten von Europa zusammenschließen. Auch hier waren die Prämisse und die Prognose falsch.

Niemand fragte sich: Können die Vereinigten Staaten von Nordamerika wirklich an einem unabhängigen, politisch

[12] Wer erinnert sich heute noch an die fabelhaften Diatriben: Francis Rosenstiel, Supranationalität - Eine Politik des Unpolitischen. Köln 1962, und Walter Fredericia, Europa - Traum oder Drohung? Köln 1963?

und wirtschaftlich starken Europa interessiert sein? Dabei hätte ein simpler und unvoreingenommener Blick in die Geschichte gelehrt, daß die USA außenpolitisch immer sehr sensibel reagiert haben, wenn in Asien oder Europa gefährliche Konkurrenten den Kriegsschauplatz des Weltmarktes betraten. So haben die USA seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einen unablässigen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland geführt, dessen Unterbrechungen nach Katastrophen durch Hilfsaktionen den Zweck hatten, an der deutschen Wirtschaft durch Mitbestimmung zu partizipieren.

Adenauer bemerkte diese gegensätzlichen Interessen 1959 in seiner letzten Begegnung mit John Foster Dulles[13]. Es drang davon zu dieser Zeit wenig in die Öffentlichkeit. Das Konzept der amerikanischen Hilfe hätte jedoch mindestens seit den Vorbereitungen zu dem unseligen Atomsperrvertrag seine ganze Glaubwürdigkeit verlieren müssen. Es war von da an klar, daß die USA ein unabhängiges politisch und wirtschaftlich starkes Europa nicht wollten. Sie konnten, übrigens mit Recht, fürchten, auf nicht wenigen Gebieten von einem solchen Europa alsbald überflügelt zu werden. Da der amerikanische Egoismus auf keine Schranken der Selbstbehauptung stieß, die ihn zur Läuterung gezwungen hätten, war er bis auf das Kalkül heruntergekommen, es sei gar nicht so schlecht, vielleicht sogar besser, mit einem von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen, wirtschaftlich schwächer werdenden Europa Handel zu treiben. Kissingers berüchtigte Prophezeiung am Ende seiner Entspannungskarriere als US-Außenminister, Europa werde in zehn Jahren marxistisch sein, dürfte von solchen Spekulationen nicht ganz frei gewesen sein.

Gehen die europäischen Länder den eingeschlagenen Weg weiter, werden sie verdientenendes zugrunde gehen. Sie würden es der Antipolitik verdanken, die sie über ein Vierteljahrhundert mehr oder weniger bedenkenlos betrieben haben. Könnte eine Wende zur Politik einen Wechsel in dieser fast aussichtslosen Lage herbeiführen? Gewiß, aber

[13] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 3, S. 471 ff.

es ist fraglich, ob die Wende eintreten kann. Der Personalbestand der Politiker ist überall miserabel.

Es wäre zum Beispiel eine Rückkehr zur Politik, wenn die Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Gemeinschaft austreten würde. Es ist allgemein bekannt, daß sie wirtschaftlich (noch) so stark ist, daß sie ohne europäische Institutionen existieren könnte. Dieser Eklat hätte den Vorteil, daß sich bei der nötigen Neugruppierung in Europa die politischen und wirtschaftlichen Kräfte nach ihrem eigenen Gewicht durchsetzen würden, woran sie bisher von dem Prokrustesbett einer verfehlten europäischen Konstruktion gehindert worden sind. Die europäischen Länder würden damit auf den Boden der Wirklichkeit zurückfinden.

Dieses Problem, das vielen als aberwitzig vorkommen wird, ist keineswegs auf Europa beschränkt. Die USA würden zum Beispiel der Weltpolitik einen großen Dienst erweisen, wenn sie es über sich brächten, die UNO durch ihren Austritt zu liquidieren. Auch die UNO gehört zu den künstlichen Konstruktionen, die es den politischen und wirtschaftlichen Kräften verwehrt, sich nach ihrem eigenen Gewicht durchzusetzen. Sie dienen heutzutage dazu, den stärksten und zukunftsträchtigsten Kräften die Selbstbestimmung zu verwehren und sie dem Willen unterentwikkelter Elemente zu unterwerfen, deren absehbare Dominanz der mühsam erreichten Kultur und Zivilisation den Todesstoß versetzen würde.

Es gibt wahrscheinlich in den USA keinen Politiker, der das so sieht. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es gewiß keinen.

Zwänge zur Autarkie

Rund um die Bundesrepublik Deutschland stieg die Flut. Es sah einmal so aus, als würde sie Italien zuerst überschwemmen. Dann konnte man wetten, ob sie nicht noch eher in Frankreich die Dämme bricht. Es fiel auf, wie trügerisch die Ruhe hierzulande war.

Der europäische Westen verdankte die Möglichkeit seines geschichtlichen Todes hauptsächlich der Entspannungspolitik, mit der so viele Illusionen verbunden gewesen sind. Eine war, daß sie den Frieden sicherer mache. Eine andere, daß sie sich mit den europäischen Interessen decke. Die schlimmste war, daß es zu ihr "keine Alternative" gäbe. Wären die westeuropäischen Regierungschefs auch Staatsmänner, dann hätten sie rechtzeitig gesehen, daß in allen diesen Annahmen das Gegenteil stimmte. Es ist leicht zu sehen, daß in der Zeit des Kalten Krieges die europäischen Interessen besser vertreten werden konnten. Auch ist im Kalten Krieg Europas der Friede nie ernsthaft gefährdet gewesen. Es wäre aber eine neue Illusion, zu glauben, die Alternative zur Entspannung, die es natürlich gibt, sei der Weg in den Kalten Krieg zurück. Wer diesen an sich naheliegenden Gedanken durchdenkt, muß schon nach den ersten Überlegungen zugeben, daß es unmöglich ist, die Amerikaner in ihrer gegenwärtigen Verfassung zu einer Umkehr zu bewegen. Er wäre damit gleichwohl am Kern der Sache angelangt.

Man versteht weder den Kalten Krieg noch die Entspannung, wenn man an der Tatsache vorbeidenkt, daß beide Verkehrsformen genuine außenpolitische Strategien der Vereinigten Staaten von Nordamerika darstellen. Beide entsprangen primären politischen Interessen Washingtons. Ihre Auswirkungen auf die europäische Szenerie waren dabei Nebenprodukte. Es gab nach 1945 unter den europäischen Regierungschefs noch Staatsmänner; doch nur wenige wagten, sich diesem Sachverhalt zu stellen.

Die "Strategie des kalten Krieges", wie sie theoretisch

von James Burnham in seinem Buch von 1950 entwickelt worden ist, war auf den Leib einer Großmacht zugeschnitten, die nach einem siegreichen Krieg, in der Hand das Monopol der Atombombe, die "eine Welt" - wie Franklin Delano Roosevelt die zerklüftete politische Landschaft unseres Planeten erschien - nach ihrem Bild zu formen trachtete. Sie half mit dieser imperialen Geste dem westlichen Rest Europas, der 1945 am Boden lag, wieder auf die Beine. Die Länder Westeuropas haben in dieser Phase versäumt oder es nicht für nötig gehalten, die mögliche Autarkie wiederherzustellen.

Die Entspannungspolitik Washingtons ist nicht aus heiterem Himmel gefallen. Sie wuchs allmählich aus der Strategie des Kalten Krieges heraus, dessen Höhepunkt überschritten war, als die UdSSR das Atombombenmonopol der USA durchbrach. Adenauer und de Gaulle witterten die tendenziellen Gefahren, die entstehen mußten, wenn sich Washington und Moskau auf Kosten Westeuropas wieder annähern. General de Gaulle baute mit seinen größeren politischen Möglichkeiten Frankreich zu einer Atommacht aus und bot Bonn ein Bündnis an, dessen Intensität von Adenauers Nachfolgern verwirkt worden ist. De Gaulles Fehler war, daß er die Geduld zu schnell verlor und mit der Sowjetunion einen eigenen Ausgleich suchte. Er sah nicht, daß Entspannungsübungen zwischen Washington und Moskau etwas anderes sind als die zwischen einer westeuropäischen Hauptstadt und Moskau. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion liegen auf verschiedenen Kontinenten, durch Weltmeere getrennt. In den USA gab es keine kommunistische Partei, die in der Lage wäre, nach der Macht zu greifen. Die USA konnten sich gegenüber der UdSSR beliebig verhalten, feindlich oder freundlich, ohne unmittelbar schlimme Folgen für sich befürchten zu müssen.

Das war ganz anders in Europa, in das sich die Sowjetunion weit hineingeschoben hat. In Europas wichtigsten Ländern gab es starke kommunistische Parteien, die seit Jahren offen auf eine Regierungsübernahme drängten. Hier bedeu-

tete eine Verständigung mit dem äußeren Feind eine Rehabilitierung des inneren Feindes, die einer Einladung zum Sturm auf die Bastille gleichkam. So zeichnete sich, nachdem Westeuropa am Rande des Kalten Krieges wieder zu sich kam, als Nebenprodukt der Entspannung die Möglichkeit ab, daß es seinen Geist aufgab.

Henry Kissinger, der die Rede aufbrachte, daß es zur Entspannung "keine Alternative" gäbe, sah dies als wahrscheinlich an, als er erklärte, in zehn Jahren sei ganz Westeuropa marxistisch. Die westeuropäischen Regierungschefs sahen sich allerdings auch durch diese zynische Bemerkung noch nicht in ihren Kreisen gestört, geschweige denn veranlaßt, ihre Interessen stärker zu betonen.

Diese erstaunliche Lethargie mochte sich aus vielen Komponenten zusammensetzen: aus Feigheit, Unfähigkeit, Blindheit, Engstirnigkeit. Sie wäre nicht so hartnäckig, wenn sie nicht einer profunderen Gefühlslage entspräche. Die Lethargie ist der Ausdruck einer uneingestandenen Kapitulation. Europa hat sich mit dem Untergang des Abendlandes abgefunden, den es, dekadent genug, als Konsumerlebnis über sich ergehen läßt. Es wäre nicht das erst Mal in der Geschichte, daß eine einst vorherrschende Macht als Anhängsel einer anderen aufsteigenden Macht in aller Ruhe verdämmert. Doch im Schatten der USA läßt es sich schlecht schlafen. Sie sind politisch nicht die Führungsmacht des Westens, die sie militärisch darstellen. Sie sind von innen heraus unfähig, ein Imperium zu bilden.

Nie im eigentlichen Sinne Staat gewesen, ist das Verhältnis von Schutz und Gehorsam ihnen fremd. Ihre Verbündeten können sich auf sie nicht verlassen. Das erfuhren schon im Zweiten Weltkrieg Frankreich und England um den Preis ihrer Weltmachtstellung. Danach bekamen es Südvietnam um den Preis einer kommunistischen Wiedervereinigung und Persien um den Preis einer fanatischen Moslemherrschaft zu spüren. Halb im Stich gelassen wurden Taiwan und Südkorea, und auch Israel begann zu erkennen, daß es falsch gewesen ist, seine gefährdete Existenz allein amerikanischer Obhut anzuvertrauen.

Man hat in Europa nicht nur die eigene Lage nicht sehen wollen. Man hat sich auch über den Charakter der USA getäuscht, die weder Führungsmacht noch Schutzmacht sind. Am gründlichsten täuschte sich wohl in den ersten Nachkriegsjahren der englische Philosoph Bertrand Russel, als er Washington aufforderte, aus dem Atombombenmonopol politisches Kapital bis zur Zündung zu schlagen - was ihn später, nicht ohne Logik, zu dem Kurzschluß "Lieber rot als tot" verführte. Es täuschte sich noch kurz vor seinem Tode auch Friedrich Sieburg, als er (ausgerechnet Klaus Harpprecht!) fragte: "Sagen Sie einmal, sind die Amerikaner wahnsinnig geworden!"

Der Wechsel vom Kalten Krieg zur Entspannung entsprach nicht nur amerikanischen Interessen. Er bestätigte vor allem unversehrte Traditionsbestände. Er ist die Variante eines Vorgangs, der sich in der amerikanischen Geschichte oft wiederholt hat. Was damals Kalter Krieg war, entsprach der Neigung zum Interventionismus. Was dann Entspannung wurde, entsprach der Neigung zum Isolationismus. Die Vereinigten Staaten haben in ihrer Geschichte immer wieder interveniert - und sich immer wieder isoliert. Ihre Stärke gab ihnen das gute Gewissen zur Intervention. Ihr Gründungsmythos weckte das schlechte Gewissen, das sie in die Isolation zurücktrieb. Intervention und Isolation wechselten so elementar wie Flut und Ebbe. Doch die Phasen selbst waren weniger elementar. Die vertrackte Dialektik von Intervention und Isolation hat es mit sich gebracht, daß die USA das eine und das andere immer nur halb ausführen können.

Dieses Grundgesetz der amerikanischen Außenpolitik hat sich bisher gegen jede persönliche Profilierung durchgesetzt. Es war schließlich kein anderer als der so berüchtigte John Foster Dulles, der die ersten Schritte in Richtung Entspannung unternahm. Richard Nixon, der die Entspannung vollstreckte, war früher einer der kältesten Krieger. Man kann, nur wenn man dieses Gesetz verkennt, nach der Lektüre seiner Memoiren George F. Kennan für eines der größten Chamäleons der Weltgeschichte halten. Das ist von

uns aus gesehen schauerlich; es ist aber echt amerikanisch, und für Amerikaner ist es auch gar nicht schauerlich.

Die Alternative zu diesem Wechselbad ist die europäische Autarkie. Sie muß natürlich gegen die USA durchgesetzt werden, sie ist aber nicht gegen die USA gerichtet. Sie wäre, da die Entspannung nur eine halbe Entspannung bleiben wird, auch während der Wiederannäherung zwischen Washington und Moskau möglich.

Mit den eigenen Voraussetzungen sieht es allerdings arg aus. An der Spitze der westeuropäischen Länder standen ja seit Jahren nur noch Regierungschefs. Aber heute können diese Chefs nicht einmal mehr regieren. Es wäre wohl niemand von diesen zur Zeit regierenden Häuptern fähig, die europäische Autarkie wiederherzustellen. Daß die wachsende Macht der radikalisierten Gewerkschaften sogar wirtschaftspolitische Maßnahmen abschwächt und blockiert, die aus dem inflationären Tal hinausführen würden, stimmt wahrlich nicht optimistischer. Die Bundesrepublik Deutschland, der bei einer Politik der Autarkie eine bedeutende Rolle zukäme, sah sich bei ihren Nachbarn einer wachsenden Diffamierung ausgesetzt: in Frankreich, dem auch eine wichtige Rolle zukäme, nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei führenden Gaullisten. Eine zunehmende Neigung, mit den Kommunisten zu kollaborieren, deutete auf eine Unterwerfungsbereitschaft hin, mit der Westeuropa zum Anhängsel einer Macht würde, in deren Schatten nicht einmal mehr Konsumerlebnisse stattfänden.

Die Angst vor dem Kommunismus reichte nicht mehr aus, um die europäische Autarkie wiederherzustellen. Sie wäre reine Rhetorik geblieben - wenn es zu ihr nicht noch andere Zwänge gäbe.

Es verflogen Gott sei Dank die weltwirtschaftlichen Illusionen von den Wohlstand garantierenden und Frieden stiftenden Interdependenzen. Der Freihandel hat sehr schnell zu höchst unerquicklichen neuen Abhängigkeiten geführt, bei denen die Gefahr besteht, daß die Indust-rieländer unter die Kuratel der Entwicklungsländer geraten. Dieser Hintergrund gibt für den Autarkiegedanken eine günstige Aura ab. Vor allem in dem Gebilde Bundesrepublik, das bis heute nur wirtschaftliche Motive als politische Argumente kennt.

Ein anderes Stimulans ist der Zwang zur Autarkie, der von den USA selbst ausgeht. Hier hat die Isolationspolitik der Entspannung gerade die Bundesrepublik, den bisher gelehrigsten und folgsamsten Schüler, elementar herausgefordert. Der natürliche Egoismus der Vereinigten Staaten von Nordamerika, den das Feigenblatt der Menschenrechtsdebatte mehr als dürftig zudeckt, hat auf dem Gebiet der Energiepolitik im Falle des Atomvertrages zwischen Bonn und Rio de Janeiro, auf der Ebene der Rüstungswirtschaft im Falle des NATO-Panzers und im Bereich der Investitionen zum Glück unerfüllbare Forderungen gestellt, denen sich auch ein christdemokratischer Kanzler nicht beugen könnte, der von dem Wahn berauscht wäre, es würde sich alles wieder zum besten wenden, wenn man nur den Charakter der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf den Stand der fünfzige Jahre zurückbrächte.

Zur Autarkie zwingt auch die niedergehende europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Es war ein gutes Zeichen, wenn die Firma Mannesmann aus der Mitbestimmung der Montanindustrie auszuscheiden trachtete, um sich gegen die japanische Konkurrenz zu behaupten. Die hysterischen Reaktionen des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer und des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Wehner, die nach einem Gesetzesriegel schreien, können auf die Dauer nichts dawider. Die Ausscherungsbegehren werden bald Legion sein.

Man sage nicht, es sei für eine europäische Autarkie keine Zeit mehr vorhanden: Die Wolkenfront kommunistischer Aggressivität über Westeuropa bedeutet nicht, daß sie sich unvermeidlich auch niederschlägt. Und die Sowjetrussen sind einem entschlossenen Widerstand immer mit Vorsicht begegnet. Das wird ohne jeden Zweifel der Fall sein, wenn der Niedergang der NATO endlich zu einer militärischen Autarkie zwingt.

Wer die europäische Autarkie denkt und durchsetzen will, muß allerdings gänzlich von vorn anfangen. Die herrschenden Ideen und Institutionen reichen dazu nicht aus. Die dringendsten Fragen sind die Frage nach dem Wie und die Frage nach dem Wer[14].

Die nationalbolschewistische Sackgasse

Es hatte den Deutschen auf ihrer Odyssee gerade noch gefehlt, wenn sie sich von Sirenengesängen betören ließen, die seit einiger Zeit Romantiker mit dem Leitmotiv anstimmten: "Wir müssen mit den Russen sprechen". Hier wurde mit einem Gedanken gespielt, der die Bonner Republik vom Regen in die Traufe bringen wird, wenn er die Politiker ergreift. Er lautete schlicht: da uns Washington ja doch nicht hilft, sollten wir auf Moskau setzen. Man war in diesen Zirkeln anscheinend so marode, daß man Deutschland nur noch für eine Hure hielt, deren Sicherheitspolitik darauf beschränkt ist, den Beschützer zu wechseln.

Das frivole Junktim zwischen einer Distanzierung von den USA und einer Annäherung an die UdSSR ist eine Denkfigur, die auf der deutschen Rechten nach 1945 illusionslos bis illusionsgeladen immer wieder ins Spiel gebracht worden war. In den politischen Phantasien von Ernst Niekisch und Ernst von Salomon ist sie permanent umgegangen. Selbst Hans Zehrer huldigte ihr zeitweise, als er in der Mitte der fünfziger Jahre dachte, wenn uns die Wiedervereinigung von den Westmächten verwehrt werde, würden wir sie uns von den Sowjetrussen holen können. Johannes F. Barnick hat in drei Büchern, "Die deutschen Trümpfe" (1958), "Deutsch-russische Nachbarschaft" (1959) und "Deutschlands Schuld am Frieden" (1965) ein Feuerwerk

[14] Es wäre eine Studie wert, zu untersuchen, was der Autarkie-Gedanke, wie er gegen Ende der Weimarer Republik in Hans Zehrers "Tat"-Kreis, vor allem von Ferdinand Fried (vgl. dessen Schrift "Autarkie", Jena 1932), gepflegt worden ist, für die heutige Problematik noch hergibt.

von Argumenten, Einfällen und Reminiszenzen abgebrannt, um einem Modus vivendi mit Moskau die Gasse zu bahnen. Arnold Gehlen erschien die UdSSR vor der politischen Paralyse des Westens als die "letzte Ordnungsmacht in Europa", die sich gerade 1968 in Prag höchst bewährt habe; er akzeptierte freilich für Deutschland, das er auf Westphals Linie für immer von der großen Politik ausgeschlossen sah, eine "übermächtig-fremdbestimmte Zukunft". Weniger klar war, warum militante Geister, die von einer deutschen Zukunft noch manches erwarteten, nicht müde wurden, den Antikommunismus wie Thomas Mann als die Grundtorheit unserer Epoche zu bekämpfen. Ein Niekisch-Boom unter den Jüngeren war im Begriff, ein Gespenst aus der Weimarer Republik, den Nationalbolschewismus, wieder zum Leben zu erwecken - dessen Doktrinär Erich Müller-Gangloff nach 1945 als Leiter der Evangelischen Akademie in Berlin-Wannsee zu den Vorreitern des Ost-West-Dialoges gehörte[15].

In der Weimarer Republik war allerdings noch nicht von einem Modus vivendi die Rede. Die sowjetophilen Gedanken und Projekte, die damals auf der deutschen Rechten geschmiedet wurden, strebten ein handfestes Bündnis an. Man konnte von zwei gleichberechtigten Mächten ausgehen. Die Szene der Engagierten und Sympathisanten war auch entsprechend repräsentativer. Es waren nicht alle Nationalbolschewisten, wenn man die Definition zugrunde legt, die Armin Mohler, der Historiker der "konservativen Revolution", für den Nationalbolschewismus gefunden hat: "eine Verbindung von radikal sozialistischen und radikal nationalistischen Zielsetzungen, die auf dem Weg eines Bündnisses der beiden `proletarischen´ Nationen Deutschland und Rußland gegen den `kapitalistischen´ Westen erreicht werden sollen."[16] Ernst Niekisch, Otto Strasser, Karl O. Paetel waren sicher welche. Partiell oder episodisch

[15] Erich Müller (-Gangloff) hatte 1933 mit seiner Schrift "Nationalbolschewismus" schon das Dritte Reich zu einer Ostoption zu ermuntern gesucht.

[16] Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. 2. erw. Aufl. Darmstadt 1972. S. 47

bewegten sich Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Hugo Fischer, Valeriu Marcu, Ernst Jünger, Hans Zehrers "Tatkreis" oder der deutsche Botschafter im Kreml, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, in dieser Strömung. Gewiß keine Nationalbolschewisten waren der Reichswehrminister Generaloberst Hans v. Seeckt oder der Staatssekretär im AA Ago Freiherr v. Maltzan. Ein außenpolitisches und ein innenpolitisches Grundmotiv haben diese Szenerie vom Anfang bis zum Ende der Weimarer Republik bewegt.

Das außenpolitische Grundmotiv war der Kampf gegen Versailles. Deutschland und Rußland waren, obwohl Kriegsgegner, aus dem Ersten Weltkrieg als Hauptgeschädigte hervorgegangen. Der Friedensvertrag wurde von Berlin wie von Moskau als ein Diktat der alten Mächte empfunden, das zu bestreiten das "Recht der jungen Völker" (Moeller van den Bruck) sei. Die gemeinsamen Interessen des Deutschen Reiches und der Sowjetunion fanden im April 1922 ihren verbindlichen Niederschlag im Vertrag von Rapallo, der es der Sowjetunion ermöglichte, den handelspolitischen Boykott, den der Westen verhängt hatte, zu durchbrechen, während das Deutsche Reich mit sowjetrussischer Hilfe streng geheim militärische Auflagen des Versailler Vertrages umgehen konnte. Der legendäre "Dialog" zwischen Moeller van den Bruck und Karl Radek über Leo Schlageter, den "Wanderer ins Nichts", umgab die Beziehungen mit einer gewissen mythischen Aura, in der Deutschland und Rußland als Schicksalsgemeinschaft erschienen.

Das innenpolitische Grundmotiv ist mit dem Stichwort der "antikapitalistischen Sehnsucht" umschrieben, das der revolutionäre Nationalsozialist Gregor Strasser geprägt hat. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise schien das "Ende des Kapitalismus" (Ferdinand Fried in der "Tat") zu besiegeln. Der "Arbeiter" wurde mit Ernst Jünger nun auch im Gefolge des heroischen Nihilismus als die neue weltgeschichtliche Gestalt denkbar. Der antibürgerliche Aplomb, wie er rechten Bewegungen eigen ist, befreundete sich mit sozialistischen Vorstellungen von Verstaatlichungen und Planökonomie. Man schwelgte von "totaler Mobilmachung" der

Wirtschaft durch einen "preußischen Sozialismus" (Spengler).

Ernst Jünger hat die innen- und außenpolitischen Aspekte der kryptischen Achse auf die griffige Formel gebracht: "Je zynischer, spartanischer, preußischer oder bolschewistischer das Leben geführt wird, desto besser wird es sein." Allein, dieser Satz war absolut einseitig gemünzt. Ihm gegenüber prangte im bolschewistischen Rußland die Parole "Ergib dich, Europa!", wie ein Theaterstück hieß, mit dem die Meyerhold-Truppe paradierte. Hans von Seeckt, der immer nur ein taktisches, kalkuliertes und kontrolliertes "Bündnis" befürwortet hatte, sagte 1931, aus Einsicht und Erfahrung skeptisch: "Seit Bismarcks Zeit haben sich die Voraussetzungen der deutsch-russischen Beziehungen, die politischen wie die territorialen, so gründlich geändert, daß es schwer fällt, aus jener Zeit Richtlinien für die Gegenwart und Zukunft abzuleiten..."[17]

Die Sowjetophilie von rechts war schon in der Weimarer Republik eine deutsche Sackgasse. Paul Scheffer, dessen Berichte aus der Sowjetunion für das "Berliner Tageblatt" damals alles übertrafen, was an (auch wissenschaftlichen) Analysen des Bolschewismus geleistet wurde, hat minutiös beobachten können, wie die Sowjetunion die Vertragslast von Rapallo immer mehr auf die Schultern des Deutschen Reiches verlagerte. Es stellte sich bald heraus, daß der Kreml die Weimarer Republik nur als "Krücke" benutzte, um mit ihr, so Scheffer, "in das Konzert der echten Großmächte einzutreten". Hinzu kam der Grundwiderspruch in der sowjetischen Außenpolitik. Brockdorff-Rantzau merkte schnell, wie nach seinem Tode Scheffer schrieb, "in welch paradoxem Gegensatz das im Sowjetstaat gehegte weltrevolutionäre Ziel zu dem Wunsch eben desselben Staates steht, in normalen oder freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten zu leben".

[17] Hans von Seeckt, Rede zur Bismarckfeier der Deutschen Volkspartei im März 1931, zit. nach Seeckt - Aus seinem Leben 1918 - 1936. Hrsg. v. F. v. Rabenau, Leipzig 1940, S. 658 ff.

Dieser Gegensatz hat die UdSSR schon früh völkerrechtsunfähig gemacht, weil er jeden Vertrag, den sie abschloß, relativierte. Die "Schicksalsgemeinschaft" sah für den Kreml so aus, daß er Deutschland als das nächste Land ansah, in dem die Fahne der Weltrevolution aufgepflanzt werden sollte. Wie immer sich der Kreml offiziell gerierte - die Linie blieb: dem eigenen Land, "die Beziehungen zu Deutschland vom Standpunkt reiner Nützlichkeit darzustellen, jede gefühlsmäßige Bindung zu vermeiden, inzwischen den revolutionären Willen, den zugehörigen Haß auf Deutschland zu dirigieren und die Gegenleistungen für die deutschen Beziehungen auf dem Mindeststand zu halten"[18].

So war die Lage jedoch schon damals. sie war nur vielen nicht durchschaubar. Nach 1945 lag das alles auf der Hand. Außerdem existierte keine der Prämissen mehr, die den Illusionen zugrunde lagen, die damals wenigstens noch einen realen Anstrich hatten. Das Spiel mit der Sowjetunion, das in Deutschland manche von rechts her entwarfen, wäre schon vor dem Beginn der Partie verloren gewesen. Es mit "va banque" zu bezeichnen, wäre noch zu geschmeichelt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte die UdSSR nicht wie Deutschland zu den Verlierern, sondern zu den Siegern. Sie spielte diese Rolle gnadenloser als alle seine Alliierten.

Eine kurze Zeit lang, um 1943, hatte es so ausgesehen, als würden die Kriegsziele des Kremls von den anglo-amerikanischen Leitbildern abweichen, die einen Verständigungsfrieden ausschlossen, der allen Seiten Millionen von Menschenopfern erspart hätte. In russischen Kriegsgefangenenlagern entstand das "Nationalkomitee Freies Deutschland" (NKFD), dem erlaubt wurde, für ein deutsch-russisches Bündnis zu werben. In seinen Aufrufen ging das NKFD nicht nur auf jene "Schicksalsgemeinschaft" zur Zeit der

[18] Paul Scheffer, Sieben Jahre Sowjetunion, Berlin 1930, S. 405, 429, 438; ders. Die Lehre von Rapallo, in: "Merkur", April 1953. Die Neuauflage der "Sieben Jahre...", die Margret Boveri unter dem Titel "Augenzeuge im Staate Lenins", München 1972, herausgab, enthielt, im Banne der sozialliberalen Ostpolitik, nicht alle kritischen Artikel Scheffers über die deutsch-russischen Beziehungen.

Weimarer Republik zurück, es bezog sich auch auf Bismarck, York von Wartenburg und Friedrich den Großen. Das alles sollte indessen nur der Zersetzung der deutschen Fronttruppen dienen. Als sich im Osten die deutsche Niederlage abzeichnete, ließ der Kreml diese Mohren gehen (einen hängte er nach Kriegsende sogar öffentlich auf). Während die NKFD-Welle noch rollte, kurbelte der Kreml bereits die antideutsche Propagandamaschine an.

Auf der deutschen Frontseite sind die Hauptverschwörer des 20. Juli, Claus Graf Schenk von Stauffenberg und Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, die in Fühlungnahme mit Moskau standen, an diesen Illusionen zugrundegegangen. Als Schulenburg erfuhr, daß Stalin über den Tenno bei Hitler wegen eines Waffenstillstandes ventilieren ließ, löste Stauffenberg das Attentat aus, um die Verständigung Deutschlands mit Rußland, wie die Opposition sie sich dachte zu retten. Stauffenberg wollte Hitler töten, damit er ihm nicht sein ureigenes Geschäft verdürbe[19]. Hitler hatte dagegen an einen ernsthaften Versuch Stalins zu dieser Zeit nicht mehr geglaubt. Er warf nach dem mißglückten Attentat in der Wolfsschanze dem NKFD und dem Stauffenberg-Kreis vor, nicht begriffen zu haben, daß sie mit Bolschewisten paktierten, als sie sich mit dem Russen einließen: "Sie begriffen einfach nicht, weil sie in ihrem Denken, in ihren Vorstellungen im 19. Jahrhundert wurzelten. Sie hätten aus allem nichts gelernt."[20]

Das war der Fall auch noch in der Stunde der Kapitulation. Nach Hitlers Tod wollte der Generalstabschef des Heeres Hans Krebs dem Armeegeneral Wassilij Tschuikow in Abstimmung mit Goebbels und Bormann das abenteuerliche Angebot eines Bündnisses gegen die Westmächte unterbreiten. Er betonte dabei, er habe vor diesen dekaden-

[19] Die bundesdeutschen Hagiographen haben versucht, die russophile Aura des 20. Juli zu verschleiern. Nach der Darstellung der Vorgänge in: Fritz Hesse, Das Vorspiel zum Kriege - England - Berichte und Erlebnisse eines Tatzeugen 1935 - 1945. Leoni 1979, S. 184 ff., dürfte daran jedoch kein Zweifel mehr erlaubt sein.

[20] Hermann Giesler, Ein anderer Hitler - Erlebnisse Gespräche Reflexionen. Leoni 1977, S. 454 f.

ten Demokratien, die der Nationalsozialismus genau so ablehne wie der Kommunismus, keinerlei Achtung, und er bedauerte den Ausbruch des deutsch-russischen Krieges, der auf ein Mißverständnis zurückgehe. Tschuikow brach diese Auslassungen mit den barschen Sätzen ab: "Ich brauche nichts anderes als ein Ja oder Nein. Kapitulieren Sie, ja oder nein?" Generaloberst Krebs kehrte gedemütigt zurück und erschoß sich, als die russischen Truppen in den Führerbunker eindrangen.[21]

Als die deutschen Kommunisten gegen Kriegsende sich zur deutschen Frage in Geschichte, Gegenwart und Zukunft äußerten, übertrumpften sie jedenfalls alles, was sich an Hemmungslosigkeit auf dem liberaldemokratischen Flügel des Exils in gewiß nicht zimperlicher Weise den alliierten Kriegszielen dienstbar machte (sie zum Teil sogar inspirierte). Ebenso wurde, was nach Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen an Selbstverwerfung, z. B. von Friedrich Meinecke in der "deutschen Katastrophe" aufgeboten wurde, in der sowjetisch besetzten Zone überboten - von keinem anderen hemmungsloser als dem Nationalbolschewisten Niekisch mit seiner "deutschen Daseinsverfehlung". Er sollte mit dieser Vergangenheitsbewältigung so stupid und giftig fortfahren, daß es unbegreiflich scheint, wie junge Rechte in Deutschland von Niekisch noch fasziniert sein konnten. Der Kreml bolschewisierte seine Zone rücksichtslos zur DDR und fuhr in seiner antideutschen Kampagne fort, um den westlichen Teil Deutschlands einzuschüchtern, zu erpressen und nach Gelegenheit und Möglichkeit zu späterem Gebrauch von seinen Bündnispartnern zu isolieren.

Die Sowjetrussen haben schon zur Zeit der Weimarer Republik, was Paul Scheffer verstörte, den Deutschen gegenüber "eine leicht patronisierende Haltung" gezeigt. Sie spielten damals noch nicht im Konzert der Großmächte. Wie unzugänglich und intransigent sie erst als Sieger auftraten, mußten Hans Zehrer und Axel Springer spüren, als sie

[21] Raymond Cartier, Der zweite Weltkrieg, Sonderausgabe, München o. J., 2. Bd., S. 1016

1958 in Moskau bei Chruschtschow Chancen einer neuen Ostorientierung ventilieren wollten. Außenpolitisch konnte es auf gleichberechtigter Basis gemeinsame Interessen nicht mehr geben.

Innenpolitisch gab es für einen sowjetophilen Neuansatz auch nichts Konstruktives. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel nicht die kapitalistische Wirtschaft, sondern die sozialistische Wirtschaft von einer Krise in die andere. Daß die letztere die erstere je überholen wird, glaubten nicht einmal die Kommunisten mehr. Die Krisen im Westen waren nur von politischer Natur, während die Krisen im Osten politischen und wirtschaftlichen Charakter hatten. An der Planökonomie sowjetischer Prägung gab es nichts Attraktives mehr. Der antibürgerliche Aplomb der Rechten dürfte sich von dem Juste-milieu, das im Ostblock zur Herrschaft gelangt ist, abgestoßen fühlen. Preußen gab es nicht mehr; und bolschewistisch war auch kein Synonym mehr für spartanisch - von der alten Jüngerschen Formel eines besseren Lebens war nur der Zynismus übriggeblieben.

So gewiß es nach 1945 auf der deutschen Rechten ohne jene Traditionsbestände aus der Weimarer Zeit keine sowjetophilen Neigungen gegeben hätte, so verwunderlich ist, daß sie sich in der gänzlich veränderten Situation überhaupt regten. Ging man ihren Gedanken und Projekten auf den Grund, ließ sich kaum etwas anderes finden als Nostalgien, Kannengießerei, krasse Ahnungslosigkeit, wirre Spekulationen - wenn nicht gar eine gewisse, auf Persilscheine erpichte Prophylaxe; man konnte sich auch nicht immer der Vermutung erwehren, ob hier einer nicht dem Kavaliersdelikt unter den Spionage- und Diversionsaffären: der Einflußagentur oblag...

Arnold Gehlen hat es wahrscheinlich nicht verdient, daß Wolfgang Harich in seinem Nachruf rühmend anmerkte, er habe nicht eine einzige kritische Zeile über die UdSSR und die DDR hinterlassen. Und doch ist unter den einschlägigen Positionen allein seine Haltung verständlich. Nur wer, wie Gehlen es war, überzeugt ist, daß die Deutschen nach zwei verlorenen Weltkriegen zu den geschichtlich widerlegten

Mächten gehören, konnte von rechts, ohne Mißverständnissen aufzulaufen, angesichts einer in Schwund begriffenen USA die UdSSR als letzte Ordnungsmacht in Europa - samt ihrer Behandlung nationaler Belange à la Prag - anerkennen. Die unausgesprochene Konsequenz war freilich die Bereitschaft, sich zu unterwerfen.

Allerdings sah es gar nicht so aus, als sei Deutschland widerlegt. Was in der deutschen Bundesrepublik bei der Bewältigung der zivilisatorischen, rechtlichen, sozialen und ökonomischen Probleme, die von der modernen Industriegesellschaft aufgeworfen werden, geleistet worden ist, findet seinesgleichen nicht auf unserem Planeten. Im Verhältnis hierzu sind eher die jeweiligen Modelle der Siegermächte USA, England, Frankreich und UdSSR widerlegt. die UdSSR wurde als imperiales Ordnungsgebilde immer umstrittener und angefochtener.

Wer von der Sowjetunion etwas für die Sicherung der politisch schwachen Bundesrepublik erwartete, saugte den wenigen mageren Ansätzen zu einer deutschen Selbstbehauptung das letzte Mark aus den Knochen.

Die "Russen" wollen gewiß auch mit den deutschen Rechten sprechen. sie wollen dies aber nur, damit diese wie die deutschen Linken den erwarteten Kotau machen und feierlich auf Königsberg und Breslau, auf Potsdam und Dresden für alle Zeiten verzichten. Die deutschen Rechten können sich erst dann mit Recht deutsch nennen, wenn in ihren Gehirnen die letzte Faser des nationalbolschewistischen Zunders verschwelt ist.

* *
*

Die Triebkräfte für alle diese Mesalliancen mit ihren verkorksten Engagements und unerfüllbaren Optionen lagen nicht in den jeweiligen außenpolitischen Vorstellungen der Weltinnenpolitik, der Europapolitik oder der Ostpolitik. Die offenkundigen Mängel und die schweren Nachteile

dieser Entwürfe hätten sonst längst zu neuen Orientierungen geführt. Das Scheitern der universalistischen Tendenzen ist augenfälliger denn je. Wenn Bonn daraus keine Schlüsse ziehen wollte, so lag das allein daran, daß es keinen eigenen politischen Willen mehr hat. In diesem Sinne ist Kiesingers Rede über Deutschland als eine kritische Größe am 17. Juni 1967 ein Offenbarungseid gewesen. Sie war das zerknirschte Gegenteil der selbstbewußten Rede vom "natürlichen Übergewicht" Deutschlands in Europa, die einst Moltke in seiner Denkschrift "Die westliche Grenzfrage" führte. Dabei wäre es notwendig, wieder unbefangen davon zu sprechen. Was sich in ontopolitischer Differenz zum Bonner Weltbild in ruhiger Kraft wiederhergestellt hat, ist eben dieses Übergewicht, das nach seinem Rahmen verlangt.

Von der geistigen Knechtschaft der Deutschen und ihrer möglichen Aufhebung

Der totale Sieg der Alliierten über die Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs ist in "beiden deutschen Staaten" schnell zu einem Sieg umgemünzt worden, den die besseren Deutschen über die schlechteren Deutschen mit Hilfe der Alliierten errangen. Die Mitläufer verwandelten sich in Mitsieger. Man wollte wie Gott bei den stärkeren Bataillonen gewesen sein.

Als Hans-Joachim Arndt um die Jahreswende 1978/79 mit seiner treffenden und verwundenden Politologie-Kritik "Die Besiegten von 1945" eine konkrete Lageanalyse einklagte, waren die Betroffenen nicht allein peinlich angesprochen, sie waren zu allererst verdutzt. "Das ist ja skurril!", schrie Wilhelm Hennis, Politologe zu Freiburg, bei der Diskussion eines Vortrags, den Arndt, von seinem Buch ausgehend, am 8. Oktober 1979 auf dem Symposion der Siemensstiftung in München zum Thema der "deutschen Neurose" hielt. Dies war noch die nobelste Kritik aus Kollegenkreisen. Die Zunft sah sich durch dieses Standardwerk, das eine Zäsur in die Geistesgeschichte der Nachkriegszeit schlug, zu unwilligen Zustimmungen gezwungen, in denen die Rezensenten ihre ohnmächtige Bestätigung mit Schaudern vor den Konsequenzen für die Zeitgeschichte und Warnungen vor den Folgen für die politische Bildung verbanden. Die konkrete Lageformel hatte ihnen unter dem Hintern die Wolken weggezogen.

In der DDR brauchte niemand an die konkrete Lage zu erinnern, in der sich die Deutschen seit 1945 befanden. Die "Gruppe Sowjetischer Streitkräfte in Deutschland" galt als Besatzungsmacht, de facto und de jure. Das war jedem Mann auf der Straße offenbar. Bei uns hat man den Status der Besatzung leichthin vergessen. Die "alliierten Stationierungstruppen in der Bundesrepublik" haben Besatzungshoheit de jure nur noch im gesamtdeutschen Vorbehalt. Sie gelten als verbündete, befreundete Streitkräfte. Daß ihre Präsenz de facto nicht nur eine Garantie gegen die militärische Macht des Sowjetblocks war, sondern ebenso ein Gegengewicht zur Bundeswehr darstellte, machten sich nur wenige klar[1]. In Seinsvergessenheit schmeckt auch die Knechtschaft süß. Die westliche Besetzung Deutschlands ist weniger spürbar, doch nicht weniger wirksam als die östliche. Auf das jeweilige Ganze der Bevölkerung bezogen, war sie sogar wirksamer. Besucher Deutschlands berichten durchweg übereinstimmend, daß sie ein deutsches Nationalgefühl eher in der DDR als im Westen fanden. Es läßt sich gleichwohl behaupten: die Deutschen sehen sich seit 1945 nicht mehr mit eigenen Augen, sie sehen sich aus der Interessenlage ihrer Gegner. Das ist nicht einzigartig in der Geschichte.

Ein Volk kann nicht nur physisch verknechtet werden. Unter eine fremde Übermacht zu geraten, ist noch keine Schmach. Dies ist der Fall erst, um es mit einer Wendung aus Spinozas unvollendetem "Tractatus Politicus" (2. Kapitel, § 11) zu sagen: wenn die Urteilskraft unter fremdes Recht gerät. Verfällt ein Volk auch in eine geistige Knechtschaft, wird es wie die alten Griechen zu einer Ansammlung von Ziegenhirten. Es kann diesem Schicksal nur entgehen, wenn es im Kampf um sein Selbst diese Fesseln löst. Wir stehen heute vor dieser Frage: bleiben die Deutschen unvermeidlich Heloten oder können sie ihre Identität wiederfinden? Wer dazu neigt, den Ernst dieser Frage zu bezweifeln, gehe auf einen Marktplatz und spreche über diese Dinge - er käme sich so verloren vor wie Demosthenes, als er die Athener vor dem Aufmarsch der Truppen Philipps von Mazedonien aufrütteln wollte.

[1] Zu den offiziellen Formulierungen des deutschen Status vgl. bezüglich BRD: Handbuch der deutschen Außenpolitik. Hrsg. v. Hans-Peter Schwarz. München 1975; bezüglich DDR: DDR-Handbuch. Hrsg. v. Peter Christian Ludz. 2. erw. Aufl. Köln 1979; allgemein: H. Rumpf, Land ohne Souveränität - Kritische Betrachtungen zur Deutschlandpolitik von Adenauer bis Brandt. 2. erw. 2erw.. erw. Aufl. Karlsruhe 1973.

Die Aktualität Fichtes

Sehen wir uns heute mit offenen Augen und geschärften Blicken um, so entdecken wir uns in einer Lage, wie sie Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation von 1807/08 warnend vorausgemalt hatte. Über uns ist gekommen, was damals noch abgewendet werden konnte. "Unsere Verfassung wird man uns machen", hieß es in der 11. Rede, "unsere Bündnisse, und die Anwendung unserer Streitkräfte wird man uns anzeigen, ein Gesetzbuch wird man uns leihen, selbst Gericht und Urteilsspruch, und die Ausübung derselben, wird man uns zuweilen abnehmen; mit diesen Sorgen werden wir auf die nächste Zukunft verschont bleiben. Bloß an die Erziehung hat man nicht gedacht; suchen wir ein Geschäft, so laßt uns dieses ergreifen."

Was unser Grundgesetz angeht, so ist es uns unter Auflagen mit Genehmigungszwang gegeben worden. Es unterscheidet sich wesentlich von den Vorstellungen, die im Deutschland des Dritten Reiches für die Zeit nach Hitler erwogen worden sind. Die Verfassung ist von deutscher Seite her, wie das Ernst Forsthoff 1955 gesagt hat, im "Zustand totaler Verantwortungslosigkeit" entstanden[2]. Die Anwendung der bundesrepublikanischen Streitkräfte ist genauestens vorgeschrieben; sie dürfen nicht einmal bei inneren Unruhen eingesetzt werden. Das Justizwesen ging bald in deutsche Hände über, unterliegt aber bei Prozessen von ausländischem Interesse einer Beeinflussung, die von

[2] Ernst Forsthoff, Das politische Problem der Autorität. Vortrag am 8.1.1955 in der Evangelischen Akademie Herrenalb, in: Horizonte, Bd. 1. Winfried Martini griff diese Formulierung auf in: Freiheit auf Abruf, Köln 1960, S. 155. Forsthoff selbst hat sie beim Neuabdruck des Vortrags in: Rechtsstaat im Wandel, Stuttgart 1964, stillschweigend fallengelassen. Er sollte sich in seinem letzten Werk zum Sachverhalt mit dem vagen Satz begnügen: "Das Grundgesetz ist nicht das Ergebnis einer politischen Entscheidung, sondern das Produkt einer Lage." (Der Staat der Industriegesellschaft, München 1971, S. 61)

Fernsteuerung schwer zu unterscheiden ist. Das kollektive Schuldgefühl darf nicht sterben. Die Sieger des Zweiten Weltkrieges schienen Fichte genau gelesen zu haben. Sie dachten auch an die Erziehung und gaben ihr mit der Re-education einen Drall, der eine Wende von diesem Geschäft noch heute nicht erwarten läßt. Die Deutschen haben diese Umerziehung so gründlich übernommen, daß ihr antinationaler Aplomb alles bedroht, was an reduziertem Eigenwuchs geblieben ist. Das Wort national ist zu einem Schimpfwort geworden. Die Kultusministerien der Bundesländer haben bei allen Abweichungen in Einzelheiten dieses identitätszerstörende Erziehungswesen beschirmt, obgleich seine ruinösen Folgen für das Gemeinwesen, dem sie sich verpflichtet fühlen, von Jahr zu Jahr sichtbarer hervortraten.

Fichte setzte, wie es in der 1. Rede hieß, noch Zuhörer voraus, "die da geneigt sind, mit eigenen Augen die Dinge dieser Art zu sehen, keineswegs aber solche, die es bequem finden, ein fremdes und ausländisches Sehwerkzeug, das entweder absichtlich auf Täuschung berechnet ist, oder das auch natürlich, durch seinen anderen Standpunkt, und durch das geringere Maß an Schärfe, niemals auf ein deutsches Auge paßt, bei Betrachtung dieser Gegenstände sich unterschieben zu lassen. Ferner setze ich voraus, daß diese Zuhörer ... mit eigenen Augen den Mut haben, redlich hinzusehen ... und daß sie jene häufig sich zeigende Neigung über die eigenen Angelegenheiten sich zu täuschen ... entweder schon besiegt haben, oder doch fähig sind, sie zu besiegen. Jene Neigung ist ein feiges Entfliehen ... Dagegen ist es mannhafte Kühnheit, das Übel fest ins Auge zu fassen, es zu nötigen, standzuhalten, es ruhig, kalt und frei zu durchdringen, und es aufzulösen in seine Bestandteile. Auch wird man nur durch diese klare Einsicht des Übels Meister..."

Die deutschen Politiker scheinen sich heute in diesem Übel wohlzufühlen. Denkt man an die verschiedenen Manöver Adenauers zurück, den engen Spielraum nach 1945 zu erweitern, so eiferten alle Regierungen nach ihm, auch die seiner Partei, der CDU, danach, den Spielraum

wieder enger und noch enger zu ziehen. Es gab keine einzige große politische Frage, über die in Bonn nicht primär unter dem Gesichtspunkt des Auslandes entschieden wird. Das deutsche Interesse wird diesem Gesichtspunkt angepaßt, wenn nicht untergeordnet. Das begann, als Erhard unter amerikanischem Druck vor einem Handelsvertrag mit China zurückschreckte und führte zu einer zweiten deutschen Kapitulation in den Ostverträgen. Die deutschen Historiker gingen nach einigem Zögern und Widerstreben auf der ganzen Linie dazu über, die deutsche Geschichte nach fremden Maßstäben umzuschreiben, zum Beispiel am Maßstab von Revolutionen, die Deutschland nicht nötig hatte, um die Probleme der aufsteigenden Industriegesellschaft zu lösen. Tanzt einer einmal aus der Reihe, pfeift die öffentliche Meinung ihn zurück. So geschehen, als Bundeskanzler Kiesinger die Bundeswehr aufrief, eine Schule der Nation zu werden. So geschehen, als der Erlanger Historiker Hellmut Diwald versuchte, die "Geschichte der Deutschen" einmal gegen den Strich der auferlegten Dogmen zu schreiben. Man läßt Ausnahmen nur gelten um den Preis des Ausschlusses aus der Diskussion, der gleichbedeutend ist mit dem Preis öffentlicher Wirkungslosigkeit.

In der Inhaltsanzeige der 13., nicht gehaltenen Rede hat Fichte auf die Erniedrigung hingewiesen, die mit der Schmeichelei vor dem Ausland verbunden ist. "Ein Teil von uns", klagte er, "hat schon früher sich sattsam verächtlich, lächerlich und ekelhaft gemacht, indem sie den vaterländischen Gewalthabern bei jeder Gelegenheit groben Weihrauch darbrachten, und weder Vernunft, noch Anstand, gute Sitte und Geschmack, verschonten, wo sie glaubten, eine Schmeichelrede anbringen zu können. Diese Sitte ist binnen der Zeit abgekommen, und diese Lobeserhebungen haben sich zum Teil in Scheltworte verwandelt. Wir geben indessen unsern Weihrauchwolken, gleichsam damit wir nicht aus der Übung kämen, eine andere Richtung, nach der Seite hin, wo jetzt die Gewalt ist." Der Weihrauch geht heutzutage rund um die Windrose. Statt nach der jeweils konkreten Lage Freund und Feind zu unterscheiden, wollte Bonn seit

Bundeskanzler Erhard everybody´s darling sein[3]. Beweihräucherte Bonn zunächst die Amerikaner, Engländer, Franzosen, die Israelis, so komplettierte nach der christliberalen Koalition die sozialliberale das Weihrauchabonnement um das sozialistische Lager, die Dritte Welt, die Araber. Die Ausnahme war der jeweilige Weltfeind, den die Kommunisten der Weltmeinung aufzuschwatzen verstanden.

Die Fußtritte, die Bonn mit dieser haltlosen Politik einheimste, verstärkten die Bezeugungen von Bravheit, Wohlverhalten und Demut noch. Fichte hat in derselben Passage hervorgehoben, wie die Preisgabe der eigenen Position den Druck von außen verstärkt. "Wenn wir nicht müde werden", warnte er, "ihnen vorzuerzählen, wie verworren und abgeschmackt alle Dinge bei uns gewesen seien, und in welch hohem Grade wir elend regiert worden, müssen sie nicht glauben, daß, wie auch irgend sie sich gegen uns betragen möchten, sie doch noch immer viel zu gut für uns seien, und niemals zu schlecht werden könnten? Müssen sie nicht glauben, daß wir, bei unserer großen Ungeschicktheit und Unbeholfenheit, mit dem demütigen Danke jedwedes Ding aufzunehmen haben, das sie aus dem reichen Schatze ihrer Regierungs-, Verwaltungs- und Gesetzgebungskunst uns schon dargereicht haben, oder noch für die Zukunft uns zudenken. Bedarf es von unserer Seite dieser Unterstützung ihrer ohnedies nicht unvorteilhaften Meinung von sich selbst, und der geringfügigen von uns?" Es gibt heute wohl keinen Bereich, bis hin zum Schulbuch, in dem die Bundesrepublik Deutschland durch Willfährigkeit nicht zu verstärkter Einmischung des Auslandes provoziert hätte. Niemand, auch Moskau nicht, würde Bonn noch wegen bewiesener und unbewiesener Ereignisse aus der Zeit des Dritten Reiches unter Druck setzen, wenn ein Bundeskanzler es gewagt hätte, uns für nicht mehr erpreßbar zu erklären. Als man vorsichtig sondierte, wie wohl das Ausland auf eine Verjährung reagieren würde, brauchte

[3] Formulierung bei Hans-Georg von Studnitz, Perspektiven deutscher Außenpolitik, in: Deutsche Annalen 1975. Leoni 1975.

man sich nicht zu wundern, Antworten im Stil von Ultimaten zu erhalten, die in den Anfragen sogar oft schon vorformuliert waren. Wir sind heute so tief gesunken, daß wir Hände zurückschlagen, die sich uns von jenseits der Grenzen entgegenstrecken, z. B. von Historikern, die das Dritte Reich differenzierter zu betrachten beginnen, als es bei uns üblich geworden ist. Sie könnten ein Kuriositätenkabinett mit Affektstauungen füllen, die ihnen entgegengeschlagen sind. Wenn jetzt in Amerika, England und Frankreich die klassische deutsche Soziologie entdeckt und übersetzt wird, halten das unsere Soziologen tunlichst geheim, weil sie, statt mit diesem Pfund zu wuchern, sich den Methoden von Talcott Parsons und Claude Lévi-Strauss unterworfen hatten, die in ihren Ländern der Scharlatanerie bezichtigt werden[4].

Fichte hatte damals wahrlich ein anderes deutsches Geschlecht im Blick. Eine einzige Denunziation hätte genügt, um ihn im besetzten Berlin des Winters 1807/08 vor ein französisches Peleton zu bringen. Nach 1945 würde ihm schon die 1. Rede mehr als ein Dutzend Anzeigen eingebracht haben; er galt wegen seiner Reden an die deutsche Nation noch lange als eine Figur aus dem Gruselkabinett der deutschen Geistesgeschichte[5]. Fichte hat sich damals, um

[4] Stefan Andreski, Die Hexenmeister der Sozialwissenschaften. 2. Aufl. München 1977; dazu: Hans-Dietrich Sander, Ist die Sozialwissenschaft mit ihrem Latein am Ende?, in: "Die Welt", 25.2.1978

[5] Zum 19. Mai 1962, dem 200. Geburtstag Fichtes schrieb Hermann Zeltner: "Es scheint, daß Fichte für unser heutiges Allgemeinbewußtsein ein Gegenstand der Verlegenheit ist; man übersieht, man verleugnet ihn, ja man schämt sich seiner" (Die Liebe zum Vaterlande, in: Burschenschaftliche Blätter, 7/1962). Neben den "Reden" war der "geschloßene Handelsstaat", 1800, ein Gegenstand der Verlegenheit, weil er als Meilenstein auf dem Wege in die totalitäre Diktatur galt. Eine subtile Verdrängung habe ich von Joachim Ritter vernommen, der mir einmal sagte: "Ich halte Fichte für einen zutiefst provinziellen Geist." Ehrenrettungen Fichtes, in: Gottfried Dietze, Youth, University and Democracy (1970), oder Helmut Rumpf, Die Frage nach der deutschen Nation (1971, neu in: Vom Niemandsland zum deutschen Kernstaat, 1979), blieben wirkungslos. Reinhard Lauth vermied in seiner Einleitung zur Neuausgabe der "Reden" (Hamburg 1978) strikt politische Bezüge.

es mit einem geflügelten Wort von Mao Tse-tung zu sagen, unter den Deutschen wie ein Fisch im Wasser bewegt[6].

Der beschämende Unterschied zu heute tritt vor allem bei der berechtigten Hoffnung hervor, die Fichte in die deutschen Schriftsteller setzen konnte, die Deutschen als "Nation zu versammeln", nachdem "das letzte äußere Band", die Reichsverfassung zerrissen war. Er entschuldigte sich in der 12. Rede beinahe, weil er nur als eine gedankliche Möglichkeit, wie Philosophen sie erwägen, die Situation entwarf, die entstünde, wenn die Schriftsteller dieses Amtes nicht mehr walten wollten. "Sollte es sich", hypothetisierte Fichte, "etwa zeigen, daß schon jetzt Diener besonderer Staaten vor Angst, Furcht und Schrecken so eingenommen wären, daß sie solchen, eine Nation eben noch als daseiend voraussetzenden, und an dieselbe sich wendenden Stimmen, zuerst das Lautwerden, oder durch Verbote die Verbreitung versagten: so wäre dies ein Beweis, daß wir schon jetzt keine deutsche Schriftstellerei mehr hätten, und wir wüßten, wie wir mit den Aussichten auf eine künftige Literatur daran wären. Was könnte es doch sein, was sie fürchten? ... Schmähungen und Herabwürdigungen des Vaterländischen, abgeschmackte Lobpreisungen des Ausländischen, können sie ja doch nicht verhindern: seien sie doch nicht so streng gegen ein dazwischen tönendes vaterländisches Wort."

Heute müssen wir feststellen, daß die deutschen Schriftsteller, mit wenigen wirkungslosen Ausnahmen, nach dem Zweiten Weltkrieg sich diesem Amt, die Nation zu versammeln, nicht bloß verweigerten; sie legten sich selbst auf die Lauer, um jedes dazwischen fahrende vaterländische Wort abzuwürgen oder zu verhöhnen. Sie hätten, von den persönlichen Schicksalen der Deutschen aus, die Korrekturen zu

[6] Vgl. zu dieser Parallele: Carl Schmitt, Theorie des Partisanen - Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen. Berlin 1963; ders., Clausewitz als politischer Denker, in: Der Staat, 1967, Heft 4; ders. u. Joachim Schickel, Gespräch über den Partisanen, in: Guerilleros, Partisanen - Theorie und Praxis, hrsg. v. Joachim Schickel, München 1970.

dem Bild liefern können, das die Politiker, Historiker und Soziologen verzerrten. Doch sie nährten sich, wie die Fliegen in Sartres Atridendrama, von den Schwären des Volkes und stachen immerfort in seinen Körper, damit er zu schwären nicht aufhöre. Ein Beispiel für viele: "Unter einem ganzen Mann stelle ich mir so etwas wie einen Mörder vor", sinnierte Heinrich Böll in seinem "Offenen Brief an eine deutsche Frau" auf dem Weg zum Nobelpreis. Bezeichnenderweise machten Böll und Günter Grass Schule - nicht Gerd Gaiser oder Hans Lipinsky-Gottersdorf, die sie künstlerisch weit überragten.

Fichte konnte damals noch hoffen, sollte es, wie er spekulativ sagte, "solche unter uns Deutschen geben, so würden diese ungebeten, ohne Dank, und ... zurückgewiesen, ihren Hals dem Joche der geistigen Knechtschaft darbieten". Heute verrichten "solche unter uns Deutschen" ihr schlimmes Werk unter dem Beifall einer deutschen Öffentlichkeit. Jeder neue Jahrgang wird ermuntert, sich diesem Joch darzubieten. Und sie tun es alle, kaum widerstrebend. Sie fühlen sich dabei freilich nicht wohl. Ihre Literatur ist die muffige Literatur eines verdrängten schlechten Gewissens. Jeder kennt den landläufigen Typus des magenkranken Intellektuellen, dem das Unbehagen auf der Zunge sitzt.

Fichte hat auch in dieser Hinsicht experimentell vorausgesehen. Was er in der letzten Rede sagte, klingt wie eine genaue Adresse an hiesige und heutige Zustände: "Eure Klagen", heißt es im "Beschluß des Ganzen", "über die allgemeine Seichtigkeit, Gedankenlosigkeit und Verflossenheit, über den Klugdünkel, und das unversiegbare Geschwätz, über die Verachtung des Ernstes und der Gründlichkeit in allen Ständen mögen wahr sein, wie sie es denn sind. Aber welcher Stand ist es denn, der diese Stände insgesamt erzogen hat, der ihnen alles Wissenschaftliche in ein Spiel verwandelt, und von der frühesten Jugend an zu jenem Klugdünkel und jenem Geschwätz sie angeführt hat? Wer ist es denn, der auch die der Schule entwachsenen Geschlechter noch immerfort erzieht? Der in die Augen fallendste Grund der Dumpfheit des Zeitalters ist der, daß es

sich dumpf gelesen hat, an den Schriften, die ihr geschrieben habt."

Das falsche Bewußtsein der zeitgenössischen deutschen Literatur tritt in dieser Weise wohl am krassesten hervor, wenn sie überall die von ihr selbst geförderte Selbstsucht beklagt, die unvermeidlich ins Kraut schießt, wenn ihr die überpersonalen Bezüge genommen sind. Die Literaille frönte ihr, als sie die ersten Schritte zu einer neuen deutschen politischen Einheit mit der auf Günter Eich zurückgehenden Parole "Sand in´s Getriebe" quittierte. Alles, was dann geschah, hat ihr bis jetzt nicht einen einzigen Gewissensbiß beigebracht.

Fichte ist gleich in der 1. Rede auf diesen Punkt gekommen. Die Selbstsucht ist bis zu ihrem höchsten Grade entwickelt, lehrte er, "wenn, nachdem sie erst mit unbedeutender Ausnahme die Gesamtheit der Regierten ergriffen, von diesen aus sich auch der Regierenden bemächtigt, und deren alleiniger Lebenstrieb wird. Es entsteht einer solchen Regierung zuvörderst nach außen die Vernachlässigung aller Bande, durch welche ihre eigne Sicherheit an die Sicherheit anderer Staaten geknüpft ist, das Aufgeben des Ganzen, dessen Glied sie ist, lediglich darum, damit sie nicht aus ihrer trägen Ruhe aufgestöbert werden, und die traurige Täuschung der Selbstsucht, daß sie Frieden habe, solange nur die eigenen Grenzen nicht angegriffen sind; sodann nach innen jene weichliche Führung der Zügel des Staates, die mit ausländischen Worten sich Humanität, Liberalität und Popularität nennt, die aber richtiger in deutscher Sprache Schlaffheit und ein Betragen ohne Würde zu nennen ist."

Die relative politische Idylle, in der wir noch leben, täuscht über ihre Fatalität hinweg. Aller verbürgten Erfahrung zufolge kann eine solche Lage weder nach außen noch nach innen lange aufrechterhalten werden. Es geht mit schlaffen Zügeln nur eine Weile. Es geht nicht ohne eine gewisse Würde. Die Verbrecher begehren bereits gegen die Gefängnispsychologen auf, von denen sie sich verhohnepiepelt vorkommen. Auch unter Verbrechern geht es ohne

Würde nicht. Sie wollen als Verbrecher ernst genommen werden. Und das Gebiet der Kriminologie ist nur ein Randphänomen - auch in einem der Auflösung entgegentreibenden Gemeinwesen.

Fichte hat in der letzten Rede das Fazit aus dieser damals nur drohenden Entwicklung gezogen und seine Landsleute aufgerufen: "Lasset vor euch vorübergehen die verschiedenen Zustände, zwischen denen ihr eine Wahl zu treffen habt. Gehet ihr ferner so hin in eurer Dumpfheit und Achtlosigkeit, so erwarten euch zunächst alle Übel der Knechtschaft, Entbehrungen, Demütigungen, der Hohn und Übermut des Überwinders; ihr werdet herumgestoßen werden in allen Winkeln, weil ihr allenthalben nicht recht, und im Wege seid, so lange, bis ihr durch Aufopferung eurer Nationalität und Sprache, euch irgendein untergeordnetes Plätzchen erkauft, und bis auf diese Weise allmählich eurer Volk auslöscht. Wenn ihr euch dagegen ermannt zum Aufmerken, so findet ihr zuvörderst eine erträgliche und ehrenvolle Fortdauer, und sehet noch, unter euch, und um euch herum, ein Geschlecht aufblühen, das euch und den Deutschen das rühmlichste Andenken verspricht."

Die Deutschen haben damals die zweite Möglichkeit gewählt. Wie kommt es, daß wir heute der ersten so nahe stehen? Geben wir uns keinen Illusionen hin. Wir leben in einer Abhängigkeit, von der Fichte in seiner 1. Rede gesagt hat, daß keine Nation, ist sie in einen solchen Zustand herabgesunken, "durch die gewöhnlichen und bisher gebrauchten Mittel sich aus demselben" wieder erheben kann.

Fichtes Weg vom revolutionären Ausbruch der Frühzeit zur nationalen Einkehr der Spätzeit konnte von seiner Umwelt als repräsentativ empfunden werden. Der Ekel vor den napoleonischen Kollaborateuren war im Volk weit verbreitet. Fichte hatte das in seinen "Reden" nur offen artikuliert. Viele Deutsche dachten wie er und viele Deutsche äußerten sich auch so - von Kleist bis Eichendorff, von Arndt bis zu den Gebrüdern Grimm, von Görres bis Schleiermacher, von Savigny bis zu den Humboldts, und handelten entsprechend wie Stein, Hardenberg oder Eichhorn als

Politiker und Clausewitz, Scharnhorst oder Gneisenau als Militärs. Jeder von ihnen und andere zuhauf hätten wie Ernst Moritz Arndt sagen können: "Als Deutschland nichts mehr war, umfaßte mein Herz seine Einheit und Einigkeit."[7]

Wer gegenwärtig so empfindet, kann leicht wähnen, gegen sein ganzes Zeitalter antreten zu müssen.

Ein hundertjähriger Krieg

Kann man es der Jugend wirklich verübeln, wenn sie, Jahrgang um Jahrgang radikaler, mit dem deutschen Volk in Existenz und Geschichte brach? Dabei hätten Adorno, Popper, Marcuse und Bloch mit Engelszungen sprechen können - niemand würde auf sie gehört haben, wenn auch nur ein Gelehrter von Rang nach 1945 sich auf dem Katheder der deutschen Existenz gestellt hätte, wie Fichte es nach 1806 getan. Schon die Vorstellung, ein Deutscher könnte nach Hitler wie Fichte auftreten, galt als ein schwerer Frevel[8]. Dieses Tabu war indessen ein fabelhafter Vorwand, der nicht nur einen unerwünschten geistesgeschichtlichen Komplex verdrängen, sondern vor allem vom Kern der deutschen Frage ablenken sollte.

Die Befürchtungen Fichtes, an denen ich die Realitäten nach dem Zweiten Weltkrieg summarisch maß, drohten,

[7] Ernst Moritz Arndt, Erinnerungen aus dem äußeren Leben. Ausgabe 1892, S. 94. Empfindsamen Gemütern sei die wackere Rezension empfohlen, die der junge Friedrich Engels schrieb, als diese Memoiren 1840 erschienen, in: MEW, Ergänzungsband 2. Teil, S. 118 ff. Es heißt da u. a.: "Diese gedrungene, markige Sprache ist in unserer Literatur lange nicht gehört worden und verdiente, auf manchen von der jungen Generation einen dauernden Eindruck zu machen. Lieber straff als schlaff!"

[8] Als ich in der "Welt" vom 28. Juli 1979 Helmut Schelsky vorwarf, an der Resonanz Blochs selbst schuld zu sein, weil auch er nach 1945 nicht wagte, Fichte nachzueifern, konterte Jacob Taubes brieflich: "Fichte nach Hitler?" Daß Taubes, der mich recht gut kennt und sich an meiner Kritik Schelskys delektierte, glaubte, mich mit dieser prosekutorischen Frage anhalten zu können, mag zeigen, wie sicher man sich der Deutschen war.

sich schon einmal zu erfüllen. Das war am Ende des Ersten Weltkriegs. Was heute die wenigen national empfindenden Deutschen an den gegenwärtigen Politikern, Gelehrten und Künstlern so abstößt, hatte es nach 1918 auch schon gegeben, wenn auch in geringerem Ausmaß. Und damals war es nicht möglich, mit vergleichbaren Tabus Widersetzige einzuschüchtern. Der deutsche Geist ist nach 1918 auch ohne einen Hitler dem Zusammenbruch nahe gewesen, hat sich aber nach einer Demütigungswelle noch einmal aufgebäumt. Die Demütigungswelle nach 1945 scheint jeden Behauptungswillen getilgt zu haben. Die Selbstpreisgabe nach 1945 wäre nicht so radikal ausgefallen, wenn sich nach 1918 nicht schon ähnliches abgespielt hätte.

Das Problem Hitler lenkt von diesen Dingen so gut ab, weil es verschleiert, daß die Alliierten im Zweiten Weltkrieg nicht nur das Deutschland des Dritten Reiches bekämpft haben. Das war der tiefere Grund für die verhängnisvolle Formel von der bedingungslosen Kapitulation. Kein Deutscher galt als verhandlungsfähig, auch nicht Männer aus dem Widerstand, deren Dezimierung nach dem 20. Juli 1944 von den Gegnern Deutschlands mit Genugtuung registriert wurde, weil man sie gleichfalls als vernichtenswerte Feinde betrachtete.

Wenn Churchill 1944 an Stalin von einem dreißigjährigen Krieg gegen die deutschen Herausforderungen geschrieben hatte[9], so war das eine euphemistische Verschleierung. Der Zweite Weltkrieg war, welche Ursachen immer ihn auslösten, wie der Erste Weltkrieg, Teil eines hundertjährigen Krieges der westlichen Welt gegen Deutschland. Der Westen gestand in hellen Momenten auch ein, worum es ihm dabei hinter allen Bewußtseinsvernebelungen ging. So schrieb die Kaiserin Eugenie nach einem Besuch Moltkes in Paris: "Es ist eine imponierende Rasse, diese Deutschen; Louis sagt: die Rasse der Zukunft." Meistens verdunkelt sich das Bewußtsein jedoch in Sottisen wie

[9] zit. nach Georg Franz-Willing, Der Zweite Weltkrieg - Ursachen und Anlaß. Leoni 1979, S. 10.

jener phantastischen Umschreibungen Bismarcks als "eines der verbrecherischsten Genies aller Zeiten", eines "Urhebers ungeheurer Menschenschlächtereien" und "unseligen Organisators des europäischen Schreckens."[10]

Der Grund dieses hundertjährigen Krieges war der schnelle Aufstieg Deutschlands nach der Reichseinigung von 1871 zu einer Industriemacht ersten Ranges. Deutschland hatte lange als wirtschaftlich rückständig gelten können. Friedrich List und Lorenz von Stein wurden im Ausland kaum zur Kenntnis genommen. Die Lehren von Adam Smith und Jeremiah Bentham über die Wohlfahrt aus einer Harmonie egoistischer Interessen beanspruchten, den wirtschaftlichen Geist der Neuzeit adäquat auszudrücken. Erst nach der Einigung Deutschlands stellte sich heraus, was eine dem nationalen Ganzen verpflichtete Wirtschaft, eine Wirtschaft als Volkswirtschaft leisten kann. Deutschland hatte die westlichen Länder, die ihm lange voraus waren, um 1900 überholt: in der Produktionskapazität wie in der Sozialpolitik[11].

Diese Entwicklung wurde in England zuerst wahrgenommen. Benjamin Disraeli nannte bereits die deutsche Einigung in einer Unterhausrede "ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution". Er fürchtete, daß England die Auswirkungen am meisten zu spüren bekäme[12]. Als sie sich abzuzeichnen begannen, entschloß sich Großbritannien, diesen Prozeß mit allen Mitteln einzudämmen. Das modernste dieser Mittel war die Propaganda. Mit diesem Instrument begann man, das deutsche System plan-

[10] Kaiserin Eugenie zit. nach: Moltke - Leben und Werk in Selbstzeugnissen. Hrsg. v. Max Horst - Leipzig o. J., S. XXX; über Bismarck vgl. Hermann Hofmann, Fürst Bismarck 1890 - 1898, 3. Bd., Stuttgart 1914, S. 142.

[11] Vgl. Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. Berlin 1912; Ferdinand Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege. 3. Aufl. Berlin 1919; Paul Mombert, Soziale und wirtschaftspolitische Anschauungen in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Leipzig 1919; Gustav Schmoller, Zwanzig Jahre Deutscher Politik - Aufsätze und Vorträge (1897 - 1917). München 1920.

[12] Gordon A. Craig, Transatlantische Perspektiven, in: Europa und die Einheit Deutschlands, hrsg. v. Walther Hofer, Köln 1970, S. 287.

mäßig als eine Despotie zu verunglimpfen. Das Pamphlet "The Man Versus the State" von Herbert Spencer, 1884, war eines der ersten einschlägigen Unternehmen. Spencer konstruierte, wie das Carl Schmitt einmal zusammengefaßt hat, eine "Philosophie vom Fortschritt der Menschheit als einer Entwicklung, die vom Feudalismus weg zum Handel und Wirtschaft, vom Politischen zum Ökonomischen, vom Soldaten zum Industriellen, vom Krieg zum Frieden geht. Dadurch wird der Soldat im preußisch-deutschen Sinne zu etwas eo-ipso `Feudal-Reaktionärem´, zu einer `mittelalterlichen´ Figur, die dem Fortschritt und dem Frieden entgegensteht."[13] Das britische Engagement in der Bekämpfung Deutschlands fand ein anschauliches Konterfei in der Fügung, daß am Vorabend des Ersten und Zweiten Weltkrieges mit Sir Edward Grey und Lord Halifax zwei Außenminister zum Kriege drängten, die als Onkel und Neffe einer Familie angehörten. Das revanchistische Frankreich lenkte nur zu gern in die Kampagne ein...

Die USA verweigerten sich zunächst, stimmten aber von den 90er Jahren an mit ein, weil der Aufstieg der deutschen Wirtschaft auch ihre Interessen zu tangieren begann. Wie hoch Wogen der Kampagne in Amerika dann im Ersten Weltkrieg schlugen, geht aus einer Erzählung von William Saroyan hervor, die schildert, wie unter Kindern auf der Straße Progromgelüste aufsteigen und sich gegen einen deutschen Jungen entladen. Da heißt es an einer Stelle: "Der Weltschuft, das war der Kaiser. Überall war er, dieser Haß. Ich hatte einen Vetter, einen kleinen Jungen, drei Jahre alt ... Er hieß Sinn, und kaum konnte er sprechen, da sagte er, Ich will dem Kaiser den Kopf abhacken." Und an anderer Stelle: "Wir redeten uns in eine primitive Wildheit hinein. Sobald wir allein waren, fühlten wir, wie häßlich unser Gerede war. Es tat uns leid, das alles gewollt zu haben. Wir wußten, daß wir etwas ganz Gemeines in uns groß werden ließen."[14]

[13] Carl Schmitt, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar - Genf - Versailles, 1923 - 1939. Hamburg 1940, S. 238.

[14] William Saroyan, Der Krieg. In: Das Eine und das Andere, Berlin 1938. In

In solch gewittriger Atmosphäre hat sich auf einem Besuch in London 1895 der junge Paul Valéry anwerben lassen. Er zog, nach einer Anregung von William Henley, einem patriotischen Dichter und Zeitschriftenherausgeber, aus einer alarmierenden Enquête unter dem Titel "Made in Germany" philosophische Konsequenzen. Das Ergebnis war die Abhandlung "Une conquête méthodique", in der er die Symbiose von Preußentum und Wirtschaft zum Teil bewunderte, zum Teil verunglimpfte[15]. Er sah hier eine Symbiose, die noch Spencer für unmöglich gehalten hatte, und die auch mehr hergibt als die Symbiose von Preußentum und Sozialismus, die Spengler 1919 ins Spiel bringen sollte.

Die Abhandlung wurde im Ersten Weltkrieg als Propagandaschrift neu aufgelegt, als Valéry in diesem Bereich zu Wahnideen fortgeschritten war. 1919 erklärte dieser Dichter und Denker, der einer der klügsten und sensibelsten Franzosen gewesen ist: "Die großen Vorzüge der Deutschen haben mehr Unglück verschuldet als je der Müßiggang Laster erzeugt hat. Wir haben gesehen, mit eigenen Augen gesehen, wie die gewissenhafteste Arbeit, die gründlichste Bildung, die ernsthafteste Zucht und Bemühung grauenvollen Zwecken dienen mußten"[16].

Seine Augen hatten indessen nicht mehr gesehen als Greuelmeldungen in der Presse, von denen sich alsbald herausstellte, daß sie aus der Luft gegriffen waren. Jene abgehackten belgischen Kinderhände waren Erfindungen der psychologischen Kriegsführung, die zu den Ausgebur-

der Geschichte "Krieg", die er nach 1945 schrieb (vgl. Der waghalsige junge Mann auf dem fliegenden Trapez, Frankfurt 1948), ist der deutsche Knabe nicht das Opfer, sondern der Täter, schon im ersten Satz als martialischer Preuße charakterisiert.

[15] Die erste Publikation erfolgte unter dem Titel "La conquête allemande, essai sur l'expansion germanique", in W. Henleys Zeitschrift "The New Review", London, Januar 1897. Der deutschen Ausgabe, übersetzt v. Max Rychner, Zürich 1946, lag die französische von 1925 zugrunde, die den Titel "Une conquête méthodique" führte. Ein neuerer französischer Abdruck in der Pleiade-Ausgabe der Werke Valérys, Paris 1957-60, Bd. 1, unter den "Essais quasi Politiques".

[16] Paul Valéry, Die Krise des Geistes - Drei Essays. Wiesbaden 1956, S. 6.

ten der Druckerschwärze in den Händen von Unverantwortlichen gehörte, vor denen Karl Kraus vom "Untergang der Welt durch schwarze Magie", 1922, gesprochen hat. Wie bekannt, war das böseste Produkt dieser Propaganda der Versailler Vertrag, der undenkbar gewesen wäre, wenn man die internationale Atmosphäre nicht schon über dreißig Jahre lang vergiftet hätte. Die Vergiftung reichte so lange über Versailles hinaus, daß sich die Westmächte im Zweiten Weltkrieg ohne jede Verbrämung eine Kriegsführung leisten konnten, die sie bei den Deutschen als Kriegsverbrechen anprangerten. Schon 1932 sagte der britische Premierminister Baldwin unbeanstandet über künftige Luftkriege: "Man muß schneller sein als der Feind und mehr Frauen und Kinder töten, wenn man die eigenen davor bewahren soll."[17]

Der Troeltsch - Affekt

Die deutschen Gelehrten haben sich im Ersten Weltkrieg gegen die Kampagne bravourös zur Wehr gesetzt. Sie haben das Recht der Deutschen auf eine eigene Lösung ihrer Probleme mit politischen, nationalökonomischen und geistesgeschichtlichen Argumenten in angemessener Würde verteidigt. Es ist gar nicht so leicht, in ihren zahlreichen Kriegsreden und Kriegsschriften, die sich auf der Höhe einer säkularen Auseinandersetzung bewegten, Klänge zu finden, die mit den schrillen Tönen der Kampagne wetteiferten. Wer heute liest, was damals Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff, Adolf v. Harnack, Erich Marcks, Hans Delbrück, Otto Hintze, Otto Hoetzsch, Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch, Max Scheler, Leopold v. Wiese, Georg v. Below, Otto v. Gierke, Gustav Schmoller, Luju Brentano oder Werner Sombart dachten, könnte meinen, der deutsche Geist hätte sich hier für ein Jahrhundert voller Anfechtungen allerbestens ausgerüstet. Zu den schärfsten anti-englischen Sätzen gehörte schon die Bemerkung Sombarts: "Die Grundlage alles Engländertums ist ja wohl die unermeßliche geistige Beschränktheit dieses Volks, ist seine Unfähigkeit, sich auch nur um Handbreite über die greifbare und alltägliche `Wirklichkeit´ zu erheben". Aber was war das schon gegen die Kampagne, in der es üblich war, deutsche Soldaten als Mordbrenner, Hunnen und Vandalen zu bezeichnen oder zu behaupten: deutsche Frauen trügen Ketten um den Hals, gebildet aus den "ausgestochenen Augen französischer Verwundeter."[18] Und doch kippten nicht wenige dieser gelehrten Streiter um, als der Krieg verloren ging. Sie versagten in der Niederlage, die für viele eine Zeit der Verwerfung und nicht eine Zeit der Bewährung wurde. Schon damals wurde Fichte, soeben noch beschworen, kleinmütig preisgegeben.

Troeltsch, der noch 1916 eine erleuchtete Rede gegen den "Ansturm der westlichen Demokratie" gehalten hatte, vollzog in seinen Spektator-Briefen von 1918 - 1922 einen so paradigmatischen Kotau vor der Demokratie als der "natürlichen Konsequenz" der modernen Entwicklungen, daß man von einem Troeltsch-Affekt sprechen kann. "Das Ende ist da ...", schrieb er am 16. November 1918. "Im Augenblick kann die Klarheit, die wir gewinnen müssen, nur darin bestehen, daß wir uns klar werden über dasjenige, was unter allen Umständen und bei allen kommenden Zukunftsmöglichkeiten erledigt und zu Ende ist. Das aber ist der Militarismus, der Aufbau des Staates und der Gesellschaft auf der bisherigen preußischen Militärverfassung und dem ihr entsprechenden Geiste." Und am 14. Januar 1919: "Heute ist die Weltdemokratie da, es gibt keine Auflehnung mehr gegen sie"

[17] zit. nach: Sir Samuel Hoare, Neun bewegte Jahre. Düsseldorf 1955, 2. Aufl., S. 112.

[18] Werner Sombart, Händler und Helden. München 1915, S. 9. Zur Kampagne: vgl. Friedrich Meinecke, Die deutsche Erhebung von 1914. Stuttgart 1914, S. 63 f. Aus der Fülle der Literatur aus dem Kreis der Ideen von 1914 seien hier noch angeführt: Deutsche Reden in schwerer Zeit. 3 Bde. Berlin 1914/15; Die deutsche Freiheit - Fünf Vorträge (Harnack, Meinecke, Sering, Troeltsch, Hintze), Gotha 1914; Friedrich Meinecke, Probleme des Weltkriegs. München 1917; Ernst Troeltsch, Deutsche Zukunft. Berlin 1918; Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses, Leipzig 1917.

Scheler verfiel sogar den schrillen Tönen der alliierten Kampagne. Hatte dieser Lebensphilosoph noch 1917 das, "was das Ausland unseren `Militarismus´ nennt", glühend verteidigt als die "natürliche Lebensform des spontanen Ethos und Grundwillens unseres Volkes", so forderte er 1919: "Völlig verschwinden muß jeder Uniformierungsversuch des deutschen Geistes durch das kulturjüngste und ärmste deutsche Land Preußen, durch die Typen, die seine Staatsgebietsbevölkerung ausgeprägt hat, sei es als preußischer Offizier, Beamte-, Oberlehrertyp, sei als Adolf Hoffmann-Typ. Deutschland ist satt der Hysterien dieser kolonialen Bildungstypen..."[19]

Meinecke beeilte sich, die neue, kaum schon übersichtliche Lage festzuschreiben. "Alles kommt jetzt darauf an", äußerte er in einer "nationalen Selbstkritik" am 27.10.1918, "daß wir die neue demokratische Ordnung unseres Vaterlandes anerkennen und stützen, nicht nur mit Vorbehalt und auf Zeit, sondern mit der Einsicht, daß sie das notwendige unwiderrufliche Ergebnis unserer gesamten Entwicklung und Lage ist..."[20]

Wilamowitz hat im November 1918 geweint. "Seine Augen füllten sich mit Tränen", berichtete ein anglistischer Kollege. "Große Tropfen fielen auf den Fakultätstisch, nicht zwei oder drei, sondern eine Flut." So sehr die persönliche Erschütterung zu respektieren ist, Fichte hätte auch das ein Betragen ohne Würde genannt. Schließlich muß man auch im Privatleben Niederlagen ertragen und überwinden können. Die revolutionären Scharmützel riefen sogar blanke Angst hervor. "Der Historiker", fuhr der memorierende Anglist fort, "wird einmal fragen, wie sich die berühmten Männer der Berliner Universität zum Umsturz verhielten? Jeder verhüllte sein Haupt vor den brutalen Tatsachen. Man darf nicht vergessen, daß es Männer der Feder waren, nicht der Tat. Unser bloßes Dasein genügte, die Maschinengewehre der Umstürzler auf uns zu lenken; die zerschossenen Fenster und Büsten im Akademiegebäude waren dafür ein beredtes Zeugnis."[21]

Unter den Künstlern ist es ähnlich zugegangen. Thomas Manns Abwendung von den "Betrachtungen eines Unpolitischen" war kein charakterschwacher Einzelfall. Selbst Brecht hatte bis zur Niederlage patriotische Gedichte geschrieben - ehe er die Fronttruppen mit seiner "Ballade vom toten Soldaten" in den Dreck zog. Auch Arnold Zweig, der Verfasser des berühmten Antikriegsromans "Der Streit um den Sergeanten Grischa", war im Krieg noch kein Pazifist gewesen[22]. Sogar Kurt Tucholsky, der in der Weimarer Republik die deutsche Auflehnung gegen Versailles so grimmig verhöhnte, konnte noch 1916 in dem Gedicht "Memento" die Verse schreiben: "Wir halten durch - es scheint mir gar nicht feige:/ Soldat und doch ein Bürger sein!"

Im deutschen Geist fand eine nationale Selbstpreisgabe auf einer breiten Front statt, bei deren Erforschung, zu der erst Ansätze existieren, noch manche Überraschung zu Tage treten würde[23]. Statt sich der deutschen Existenz, der Niederlage und ihrer Überwindung zu stellen, stahlen sie sich beiseite und nahmen Zuflucht bei Menschheits-und Völkerbundsphantasien, indes die ehemaligen Gegner, denen

[19] Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses, aaO, S. 115; ders., Politik und Kultur auf dem Boden der neuen Ordnung, in: Der Geist der neuen Volksgemeinschaft, hrsg. v. d. Zentrale f. Heimatdienst, Berlin 1919, S. 39 f.

[20] Friedrich Meinecke, Politische Schriften und Reden, hrsg. v. Georg Kotowski. Darmstadt, 1958, S. 255. Dagegen Erich Marcks in seiner "Pfingstpredigt", 1922: "Der Historiker darf mahnen: vor allem keinen Fatalismus und keinen Verzicht! Und auch kein Übermaß ausrechnender Melancholie! Die Dinge kommen doch immer anders...". (Geschichte und Gegenwart. Berlin 1925, S. 167).

[21] Alois Brandl, Zwischen Inn und Themse - Lebensbeobachtungen eines Anglisten. Berlin 1936, S. 331 f.

[22] Die patriotischen Gedichte des jungen Brecht sind lange unpubliziert geblieben. Über sie berichtete erstmals Frederic Ewen, Bertolt Brecht - Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Hamburg 1970, S. 44. Zu Arnold Zweigs Sinneswandel vgl. Eva Kaufmann, Arnold Zweigs Weg zum Roman - Vorgeschichte und Analyse des Grischaromans. Berlin (Ost) 1967.

[23] Noch immer einzigartig: zwei bei Hans-Joachim Schoeps angefertigte Dissertationen: Kurt Töpner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte - Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer. Erlangen 1966. Buchausgabe Göttingen 1970 (dem ich den Hinweis auf Brandls Memoiren verdanke) und Robert Hepp, Politische Theologie und theologische Politik. Studien zur Säkularisierung des Protestantismus im Weltkrieg und in der Weimarer Republik, Erlangen 1967, skandalöserweise noch ungedruckt.

sie ihre Hände freundschaftlich entgegenstreckten, das deutsche Volk mit dem Versailler Vertrag kaltblütig ausplünderten. Es mag bei einigen eine persönliche Gewissensprüfung gewesen sein, der massenhafte Umfall läßt sich jedoch nur als einen kollektiven Gesinnungsumschwung interpretieren - mit Verantwortungslosigkeit und Verwahrlosung im Schlepptau. Ernst Jünger hat einmal gesagt, daß die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland nur geringe Resonanz gefunden hätte, wenn die Weimarer Parteien die deutschen Interessen mehr gewahrt hätten. Mußte in dieser Lage ein Mann wie Hitler nicht allein durch seine Maxime "Schwierigkeiten sind nicht dazu da, daß man vor ihnen kapituliert, sondern daß man sie überwindet" unwiderstehlich werden?

Wer sich widersetzte, geriet schon damals in eine nahezu wirkungslose Isolierung; der Weimarer Geist schloß ihn selbst als nicht zugehörig aus. So hatten die bedeutendsten Staatsrechtler dieser Zeit, Carl Schmitt und Rudolf Smend, keinen Einfluß auf den Gang dieses Gemeinwesens in die politische Selbstzersetzung. Erich Marcks, der letzte große ungebrochene deutsche Historiker, der die Kontemplationskraft Rankes und den Aktionsdrang Treitschkes verband[24], schrieb seit 1920 sein imposantes Alterswerk "Der Aufstieg des Reiches - Deutsche Geschichte von 1807 - 1871/78", das 1936 zwei Jahre vor seinem Tod erschien, "in fester Auffassung und belebender Vergegenwärtigung" gegen eine niedergehende Zeit, die glaubte, über ihn hinweggehen zu können. Als Randerscheinungen galten auch die Widersassen, die sich in der schönen Literatur dem Verfall entgegenstemmten, wie Ernst Jünger oder Hans Grimm.

Wenn Martin Heidegger dem Weimarer Geist, weil er sein nationales Amt sträflich vernachlässigte, 1933 im Rückblick Seinsvergessenheit vorwarf, so verliert diese Klage durch nichts, was danach geschehen ist, an Berechtigung. Die Selbstpreisgabe nach 1945 hat sie sogar aktualisiert, wenngleich diese Radikalisierung der Reprise von 1918 davon nichts wissen will. Die deutsche Frage ist heute eine archäologische Aufgabe[25].

Die Niederlage von 1918 war als ein Gottesurteil empfunden worden. Die Niederlage von 1945 galt - Hitler hin, Hitler her - als eine gerechte Strafe für den Frevel, gegen dieses Gottesurteil rebelliert zu haben. Männer wie Friedrich Meinecke verrichteten den Kotau zum zweitenmal. Die Jeremiade von 1919 "Nach der Revolution - Betrachtungen über unsere Lage" war schon endgültig genug. Die Jeremiade von 1946 "Die deutsche Katastrophe - Betrachtungen und Erinnerungen" wurde noch endgültiger. Es fielen auch Männer um, die sich nach dem Ersten Weltkrieg gegen den Gesinnungsumschwung gestellt hatten.

Otto Westphal, der 1930 mit seiner Kritik der "Feinde Bismarcks" gegen seinen Lehrer Meinecke aufgestanden war, hinterließ eine "Weltgeschichte der Neuzeit" (1953), in der er nicht nur den bekämpften Lehrer übertrumpfte, sondern selbst zu einem Feinde Bismarcks wurde. Rudolf Smend stellte sich ohne Alibizwang im Geiste der Vergangenheitsbewältigung, schon Max Weber für frevelhaft

[24] Otto Westphal, Feinde Bismarcks - Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848 - 1918. München 1930, S. 207.

[25] Heinrich Frh. Jordis von Lohausen hat in seinem Werk "Mut zur Macht - Denken in Kontinenten. Berg am See 1979, S. 203 dieses Problem auf eine bisher ungewohnte Weise verschärft: "In den Augen der Zerstörer von 1945 waren die von 1918 Stümper gewesen. Der Unterschied ist der einer psychologischen Kriegführung, einer sehr mangelhaften nach 1918 und einer erheblich vervollkommneten nach 1945. 1919 hielt man den Krieg mit den unter Dach und Fach gebrachten Vertragswerken von Versailles, St. Germain usw. für im großen und ganzen vollendet. 1945 war man sich klar, daß er mit der dem Feind abgerungenen Kapitulation eigentlich erst begann, denn kein Sieg ist jemals vollständig bei bloßer Vernichtung der Streitkräfte des Feindes oder der bloßen Abrüstung seiner Wirtschaft. Er wird vollständig erst durch die Vernichtung seiner Gedankenwelt, durch die Verstümmelung seines Geschichtsbildes und die Zerstörung seiner Wertlandschaft. Einen Feind wirklich besiegen, heißt seine Erinnerung auslöschen. Erst der Feind ohne Gedächtnis ist ein für allemal unschädlich, denn aller Wille zur Selbstbehauptung, alle Fähigkeit der Besinnung stammt aus der Erinnerung. Es gibt eine Strategie des Vergessens. Über das zu Vergessende wird nicht mehr geredet, nicht mehr geschrieben, bis es eines Tages ins Unterbewußtsein hinab sinkt und bei der heranwachsenden Jugend auch unterschwellig nicht mehr vorhanden ist. Ohne Vorbehalt glaubt sie, was die Sieger verkünden. Sie selber glauben es mittlerweile."

erklärend, auf den Boden des neuen Gemeinwesens[26]. Carl Schmitt versuchte, in schwieriger Lage, das notwendige Gespräch mit der Emigration auf gleichberechtigter Ebene zu beginnen, indem er ein Statement von Karl Mannheim aufgriff, das frei war von den Illusionen der anbrechenden liberalen Restauration[27]. Aber ein solches Gespräch kam nie zustande. Statt dessen unterwarf sich der deutsche Geist den Ideen der Emigration, die man auch bei wohlwollender Prüfung kaum anders als ein übersteigertes Echo der alliierten Kampagnen seit 1884 nennen kann.

Die Parole von der deutschen Geschichte als "Protest gegen den politischen Humanismus Westeuropas" aus Helmut Plessners Darstellung "Die verspätete Nation", 1935, wurde zur Richtlinie, der niemand ernsthaft widersprach. Mit "Bismarcks Erben 1890 - 1945. Deutschlands Weg von Wilhelm II. bis Hitler" von Martin Göhring begann eine frenetische Umschreibung der deutschen Geschichte. Fritz Fischers Radauhistoriographie "Griff nach der Weltmacht", 1961, in der die schon bald nach 1918 widerlegte These von der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg pikant aufbereitet wurde, hätte freilich durch Reaktion eine Wende herbeiführen können, wenn sie nicht eingebettet gewesen wäre in zahllose subtilere Untersuchungen ähnlicher Inspiration.

Es halfen Unternehmungen gar nicht, die sich zum Ziel gesetzt haben mochten, die Richtlinie zu unterlaufen, indem sie nachwiesen, wieviel politischer Humanismus Westeuropas in Deutschland schon immer heimisch gewesen war. Das taten in ihren Habilitationsschriften Hermann Lübbe und Reinhart Koselleck - zu einem Ende allerdings, mit dem auch sie das Wesentliche, die spezifisch deutsche Entwicklung, verwarfen. Es nützte nichts, wenn Koselleck mit

[26] Rudolf Smend, Staat und Politik - Ein Vortrag, gehalten als Einführung einer historisch-politischen Vortragsreihe der Universität Göttingen im Wintersemester 1945/46, in: Staatsrechtliche Abhandlungen. 2. erw. Aufl. Berlin 1968. Zu seiner früheren Haltung: die berühmte Studie "Verfassung und Verfassungsrecht", 1928, ebenda.

[27] Carl Schmitt, Ex Captivitate Salus - Erfahrungen der Zeit 1945/47, Köln 1950, S. 13 ff.

seinem voluminösen wie gehaltvollen Werk "Preußen zwischen Reform und Revolution", 1967, den Eindruck erweckte: so schlimm waren die Preußen nicht; sein Unverständnis für den preußischen Widerstand gegen die Entwicklung zum Verfassungsstaat unterwarf die preußische Geschichte fremden Maßstäben mit einem nur noch stärkeren Anschein von Berechtigung. Wenn Meinecke in seiner "nationalen Selbstkritik" von 1918 bekannte: "Ich bin von demokratischem Optimismus nach wie vor ganz frei, sehe die volle Demokratie nur als ein pis-aller jetzt für uns an und bemühe mich lediglich, sie so unschädlich wie möglich für uns zu gestalten ... ", so bräuchte ich nur die Wörter "demokratisch" und "Demokratie" mit "sozialistisch" und "Sozialismus" auszuwechseln, um die Position wiederzugeben, die Koselleck in einer nächtlichen Debatte vertrat, die er mit mir in seinem letzten Heidelberger Jahr führte. Hermann Lübbe ist sogar spektakulär in die Falle gestürzt, die sich beim Unterlaufen jener Richtlinie öffnet. Gerade weil er sich Mühe gab, zu zeigen, wie aufgeklärt im Grunde die Deutschen schon im 19. Jahrhundert gewesen[28], mußten in seiner Darstellung der "Politischen Philosophie in Deutschland", 1963, die "Ideen von 1914" noch obskurer erscheinen. Er handelte sie freilich auch radauhistorisch ab, indem er das kriegerische Rankenwerk als lächerlich, erschrekkend, treuherzig zerpflückte, ohne sonderlich den sachlichen Kern zu berühren und auf die alliierte Kampagne einzugehen, auf die sie reagierten. So erfährt der Leser bei Lübbe von Sombart das Lob der "dicken Berta", aber nicht, warum der bedeutende Nationalökonom mit diesem berühmten Geschütz das deutsche Industriesystem für verteidigungswert hielt[29].

[28] So enthielt Hermann Lübbes Auswahl "Die Hegelsche Rechte", 1962, nur rechtsliberale Texte.

[29] Dem entsprach, S. 231, die Fußnote: "Zur tatsächlichen Kriegszielpolitik cf. neuerdings: Fritz Fischer: Griff zur Weltmacht, Düsseldorf 1961." Über das "tatsächliche" war gewiß Francesco Saverio Nitti, Mitglied des italienischen Kriegskabinetts, besser im Bilde, als er 1921 erklärte, er könne nicht sagen, "daß Deutschland und seine Verbündeten die einzigen Verantwortlichen für den Krieg sind ... Diese Behauptung, die wir alle während des Krieges aufstellten, war eine Kriegswaffe, aber kein Mensch kann sie nach dem Krie-

Es nützten auch gar nichts die zynischen Raisonnements, mit denen Arnold Gehlen seinen eigenen Schmerz betäubte. Sie haben seinen Schriften nach 1945 den Ruf einer pièce de résistance eingetragen. Tatsächlich hatten diese Werke an der Totalität der Selbstpreisgabe nach dem Zweiten Weltkrieg ihren gerüttelten Anteil. So witzig seine Zeitkritik war - sie entnervte noch mehr als die aggressiven Illusionen über die kritisierten Erscheinungen, weil sie sie als völlig unvermeidlich hinstellte. Wer heute Gehlen anders sehen will, weiß genau, daß er sich jeder Anfrage nach einem neuen politischen Ansatz höflich, aber dezidiert, entzogen hat. Gehlen, wie Schelsky, in seinen Anfängen ein Fichteaner, hat noch in seinem letzten Werk "Moral und Hypermoral" (1969) die deutsche Geschichte für beendet erklärt und die Zukunft der Deutschen Fremdbestimmungen unterstellt. Das Finis Germaniae war für ihn Axiom. Es war sinnlos, es wieder in Frage zu stellen.

Die Aktualität Valérys

Die deutsche Bundesrepublik erweckt genau diesen Anschein: den Anschein eines restlosen Ausstiegs aus der deutschen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die ständige Rede vom Reifeprozeß, dem allmählichen Erwachsenwerden der deutschen Demokratie besagt nichts anderes. Die Deutschen bilden sich etwas darauf ein, ihre politischen Leitbilder nach langem Widerstreben am politischen Humanismus Westeuropas musterhaft orientiert zu haben.

Die drei relevanten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP sind in keinem Ansatz über ihre Institutionalisierung als die Lizenzparteien von 1945 hinausgewachsen. Wo sie an nationale Saiten gerührt haben, geschah es nur zum Gefallen nationaler Wähler, die von Legislaturperiode zu Legislaturperiode weniger wurden. Die Gewerkschaften, die Bundeswehr und die Kirchen sind Verbände, in denen nationales Denken so gut wie erloschen ist[30]. Das Bildungswesen ist komplett entnationalisiert. Carl Schmitts Satz über die Weimarer Republik: "Es gibt keine wissenschaftliche Freiheit in einem von Fremden beherrschten Volk"[31] hat in der Bonner Republik seine gänzliche Erfüllung gefunden. Die Jugend ist so erzogen worden, daß sie von sich aus nationale Emotionen bekämpft, wo sie noch aufbegehren sollte. In der sogenannten Tendenzwende, die nun auch schon wieder zerredet und verstrichen ist, war kein einziger nationaler Ton hörbar. Wenn etwas an dieser Annahme der Fremdbestimmung noch faszinieren kann, so ist es die Totalität ihrer Realisierung, die Disziplin des Durchhaltens - was auf die Fortdauer alter deutscher Tugenden schließen läßt.

Hat eine List der Geschichte die deutschen Tugenden formal am Leben erhalten, damit sie eines Tages mit neuen Inhalten aufgefüllt werden können? Die List der Geschichte hat jedenfalls das deutsche Industriesystem, den Zankapfel jenes hundertjährigen Krieges, mit einer Evidenz bestätigt, die eine Umfunktionierung dieser Tugenden als gar nicht so utopisch erscheinen läßt.

Die philosophischen Konsequenzen, die Paul Valéry 1896 in seiner Abhandlung von der "Eroberung einer Methode" aus dem "Made in Germany" gezogen hatte, lauteten in ihrer zentralen Stelle: "Man erfährt, daß die militärischen Siege, durch die sich diese Nation gegründet hat, wenig sind, verglichen mit den wirtschaftlichen Siegen, die sie bereits erringt; schon sind ihr manche Märkte in der Welt enger zugehörig als die Gebiete, die sie ihrem Heer verdankt. Sodann gewahrt man, daß die eine wie die andere

ge als ernsthaftes Argument anführen." (Zit. nach Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, New York 1940, S. 82).

[30] Im deutschen Katholizismus nach 1945 sucht man auf der Ebene kirchlicher Würdenträger eine Publikation wie Michael Kardinal Faulhaber, Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen, und auf der Ebene des Laientums ein Werk wie Konrad Weiss, Der christliche Epimetheus, Berlin 1933, vergebens. Gibt es seit 1945 überhaupt noch einen deutschen Katholizismus?

[31] Carl Schmitt, Positionen und Begriffe, aaO, S. 198.

Eroberung von demselben System bewirkt wurde; die donnernde und die leise überlagern sich. Man begreift, daß Deutschland sich auf Industrie und Handel verlegt hat wie vorher aufs Militär: besonnen und entschlossen. Man spürt, daß es kein Mittel ausließ. Will man sich diese neue und phantasielose[32] Größe erklären, so stelle man sich vor: beständigen Fleiß; genaueste Untersuchung der Quellen des Reichtums und unermüdliche Herstellung der Mittel, ihn hervorzubringen; peinliche Topographie der begünstigten Plätze und günstiger Verbindungswege; und vor allem vollständigen Gehorsam, eine Unterordnung sämtlicher Momente unter irgendeinen einfachen, ausschließlichen, gewaltigen Gedanken - der strategisch ist durch seine Form, wirtschaftlich durch sein Ziel, wissenschaftlich durch die tiefe Anlage und durch seinen Geltungsbereich. So wirkt die Gesamtheit der deutschen Unternehmungen auf uns ein. Wendet man sich dann zum Sichtbaren und Greifbaren, zu Akten, diplomatischen Berichten, amtlichen Statistiken, so kann man nach der Majestät der großen Linien bequem die Vollendung im Einzelnen bewundern, kann es genießen, zu wissen, auf welche Weise - als man alles, was zu kennen möglich war, kannte, alles Vorauszusehende vorausssah, als die Wohlstand erzeugende Technik bestimmt war - eine sanfte oder rohe, allgemeine, unablässige Einwirkung aller Punkte Deutschlands auf alle Punkte der Welt ausgriff, um das Höchstmaß von Reichtümern von allen Punkten der Welt nach allen Punkten Deutschlands zurückkommen zu lassen. Diese Einwirkung ist nicht wie bei uns eine Summe individueller, immer unabhängiger, oft entgegengesetzter Unternehmungen, die blindlings geschützt werden vom Staat, der seinen Einfluß unter sie verzettelt und nicht die eine unterstützen kann, ohne eine andere zu schwächen - sie ist eine mächtige Gewalt, die wie die Gewässer bald mit Sturz und Stoß, bald mit unwiderstehlichem Einsickern

[32] Paul Valéry hatte damals angenommen, die Kehrseite des deutschen Systems sei eine Nivellierung des Geistes auf ein Mittelmaß. Er hat in der Ausgabe von 1925 in einer Fußnote diese Ansicht revidiert. Vgl. die deutsche Ausgabe, aaO, S 29.

vorgeht. Eine natürliche Disziplin eint das individuelle deutsche Wirken dem des ganzen Landes und ordnet die Sonderinteressen derart, daß sie sich zusammenfügen und gegenseitig verstärken, anstatt sich gegenseitig zu vermindern und zu behindern. Das geht bis zur Abschaffung jeder Konkurrenz unter Deutschen, sobald der Fremde - der Feind - zugegen ist. Dann kommt es zu aufrichtiger Eintracht, zu gegenseitigen nützlichen Opfern, zu einem Wettkampf an Tatkraft und Geschicklichkeit um den gemeinsamen Sieg, was außer dem Sieg eine auffallende Verbundenheit unter den wetteifernden Industrien und den verschiedenen `Waffengattungen´ der wirtschaftlichen Armee von Vaterland zur Folge hat. Wir kämpfen gegen diese Armee wie wilde Banden gegen eine organisierte Truppe."[33]

Paul Valéry hatte mit dieser bemerkenswerten Passage am Ende des vorigen Jahrhunderts elementare Kräfte und Fähigkeiten beschrieben, die bis heute überdauerten. Die Deutschen haben mit diesen Elementen nach 1945 das Wirtschaftswunder aus dem zerbombten Boden gestampft, jenes Wirtschaftswunder, das sich die drei Parteien als Musterknaben jenes politischen Humanismus auf ihr defizitäres Legitimationskonto schreiben. Valéry wußte es im voraus besser: Deutschland verdankt alles, schrieb er an einer anderen Stelle der Abhandlung von der "Eroberung einer Methode", "einer Sache, die Engländern und Franzosen das Widerwärtigste auf der Welt ist: (der) Disziplin".

So haben die Deutschen nach 1945 nicht nur das Wirtschaftswunder geschaffen, sondern schließlich nach zwei verlorenen Weltkriegen den hundertjährigen Krieg der

[33] Es wäre ein reizvolles Unterfangen, die Beziehungen zwischen dieser Abhandlung und dem Leonardo-Essai (1894), dem "Monsieur Teste" (1895) und dem späteren "Faust" zu untersuchen, wo Valéry philosophische Konsequenzen aus dem Geist der Neuzeit zog. Es ginge dabei um die Frage, ob dieser Geist nicht vom deutschen Staat, der im Dritten Reich untergegangen ist, am adäquatesten umgesetzt wurde. Karl Löwith, der einzige Philosoph, der Valéry bisher ernst genommen hat, war für diese Frage blockiert. Er brachte die Abhandlung von 1896 mit der Kritik von 1919 so einseitig und unkritisch auf einen Nenner, daß er die Grenzen des wissenschaftlich Zulässigen affektuos überschritt (Paul Valéry - Grundzüge seines philosophischen Denkens. Göttingen 1971, S. 104).

europäischen Wirtschaftsordnungen gewonnen. Die britischen Konservativen wissen nicht, was sie tun, wenn sie ihre Landsleute aufrufen, von der freien Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zu lernen. Sie bilden sich ein, bestärkt durch deutsche Ideologen wie Hayek und Schelsky, die Wirtschaft in Deutschland verdankte ihren Wiederaufstieg dem Umstand, daß sie endlich von Adam Smith gelernt hätte, richtig zu wirtschaften. Die britischen Konservativen sind in Wirklichkeit im Begriff, von einem System zu lernen, das Großbritannien über ein Jahrhundert lang mit allen Mitteln am Ende ohne Erfolg bekämpft hat.

Der absurde Friedensvertrag

Sieht man die deutsche Frage so, so mag es einem nur noch als eine Angelegenheit von kurzer Zeit dünken, daß die Deutschen ihr falsches Bewußtsein wie einen lästigen Traum abschütteln. In dem gegebenen politischen Rahmen wird das aber bestimmt nicht der Fall sein. Die Deutschen sind ein legales Volk, und hier zeigt sich, daß auch die Legalität ihre Schattenseiten hat. Die mangelnde politische Aktivität der Deutschen, die vielen ausländischen Betrachtern rätselhaft vorkam, hatte nur zum Teil mit der Neurose eines übertrieben schlechten Gewissens zu tun. Die politische Enthaltsamkeit rührt daher, daß die Deutschen jeden gegebenen politischen Rahmen streng wahren. Und dieses disziplinäre Wahren bedeutet: die Deutschen warten auf den Friedensvertrag. Sie warteten darauf über 40 Jahre und merkten nicht, daß dieses Warten nur noch absurdes Theater war, ein Warten auf Godot.

Die Alliierten des Zweiten Weltkrieges dachten nicht daran, wieder einen Friedensvertrag zu schließen, gegen den die Deutschen sich wieder auflehnen würden. Es sollte nach ihren Vorstellungen alles durch vollendete Tatsachen geregelt werden. Sie gaben es nur nicht offen zu, um die Deutschen in eingebildeter und schwächender Abhängigkeit zu halten. Es ist deshalb auch nicht zu erwarten, daß die Friedensvertragsfiktion von den Alliierten offiziell begraben wird. Das politische Theater kann nur von den Deutschen abgebrochen werden, und der Schluß der Vorstellung wird ihnen, wenn sie sich nach offenherziger Erkenntnis ihrer Lage dazu aufraffen, ihre geistige Selbstständigkeit über Nacht zurückgeben.

Das wird geschehen, wenn die Deutschen Folgerungen aus dem Sachverhalt ziehen, daß sie den Krieg, aber die Alliierten den Frieden verloren haben. Die Bundesrepublik Deutschland hätte sich schon lange mit den westlichen Alliierten über den klärenden und konstituierenden Verzicht auf den Friedensvertrag verständigen können. Sie war innerhalb der militärischen und wirtschaftlichen Bündnisse stark genug, um unter Druck durchzusetzen, daß die Überreste der Besatzungsstatute und die Regelungen, die mit dem Vorbehalt des Friedensvertrages zusammenhängen, ersatzlos gestrichen werden.

Die deutsche Frage samt Wiedervereinigung ist primär eine deutsche Angelegenheit, und sie wird erst als eine deutsche Angelegenheit die gefesselte politische Phantasie der Deutschen entbinden. Es wären dann eine Reihe schwieriger Aufgaben zu bewältigen, aber es sind dies auch stimulierende Anforderungen, wie sie eine entpolitisierte, saturierte Industriegesellschaft nicht mehr stellt. Es wären dann auch die unter welchem Namen auch immer verbliebenen Besatzungstruppen abzuziehen und durch verstärkte deutsche Kräfte mit voller atomarer Bewaffnung zu ersetzen.

Winfried Martini hat einmal von der "Gnade des Souveränitätsdefektes" gesprochen[34]. Dieser Defekt hat sich segensreich ausgewirkt, was die kurzfristigen Sicherungen anging. In langfristiger Perspektive hatte der Defekt verhängnisvolle Folgen. Wenn Bonn lageblind und standschwach wurde, so lag es daran, daß es nicht die ganze Verantwortung hatte über Politik und Sicherheit in Deutschland. Die Deutschen werden erst im nackten Bewußtsein

[34] Winfried Martini, Freiheit auf Abruf, aaO, S. 404 ff.

ihrer Bedrohung die Kräfte regenerieren, die nicht nur sie, sondern auch die Europäer dringend brauchen. Sie vermögen dies freilich nicht als deutsche Europäer, sondern nur als Deutsche, die ihre nationale Identität wiedergefunden haben. Dazu gehört allerdings, daß die Vorwürfe gegen die Deutschen auf das Maß nachweisbaren Geschehens reduziert und in den Kontext der Kriegsentartungen eingerückt werden, die auf allen Seiten statthatten. Es versteht sich dabei von selbst, daß die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse einer gründlichen Revision zu unterziehen sind. In dem gegebenen politischen Rahmen ist bei dem eingewurzelten Legalitätsbedürfnis der Deutschen auch dieses Aufgabenbündel nicht lösbar.

Dieser Rahmen muß zu einer Klärung der Lage, zu einer Reinigung der Affekte, zu einer neuen Positionsnahme, die so zwingend ist, weil alle Impulse des Status-quo aufgebraucht sind, von deutscher Seite her zerbrochen werden. Fesselnde Verträge sind nach der Lehre zu behandeln, die Lenin aus der preußischen Geschichte zog, als er zum Frieden von Brest-Litowsk sagte: "Manche denken kindisch: Hat man den Vertrag unterschrieben, so hat man sich dem Satan verkauft, ist in die Hölle gegangen. Das ist einfach lächerlich, da die Kriegsgeschichte uns ganz klar zeigt, daß der Abschluß eines Vertrages bei einer Niederlage ein Mittel der Kräftesammlung ist ... "[35] Solche Fesseln sind im gegebenen Moment abzuwerfen.

Bleibt indessen die deutsche Politik wie bisher bewegungslos, wird den Deutschen keine List der Geschichte mehr helfen. Die Starre geht irgendwann in Fäulnis über, mit der die Tugenden verwesen, die uns noch einmal aufgerichtet haben und uns heute noch zum Handeln aufrufen. Es ist allerdings auch dann noch nicht alles verloren. Verwesungen können Humus bilden.

[35] zit. nach Valeriu Marcu, Lenin, Leipzig 1927, S. 294

Post orationem

Paul Valéry hat 1896 in seiner Abhandlung von der "Eroberung einer Methode" bemerkt: "Zuerst ist Preußen methodisch geschaffen worden. Dann hat es das heutige Deutschland geschaffen." Das legt die Frage nahe: kann Deutschland, dessen preußisches Stammland zerschlagen wurde, überhaupt das Subjekt einer umfassenden politischen und geistigen Revision werden? Hätte das, was Valéry so befürchtete und bewunderte, seinen Ursprung in Preußen gehabt, müßte man die Frage verneinen. Preußen ist jedoch eine deutsche Schöpfung gewesen. Was Valéry faszinierte, hat schon Machiavelli erregt - zu einer Zeit, als Preußen in dieser Weise noch nicht existierte; er las es vorzüglich von den Reichsstädten ab. Der Wiederaufstieg der Wirtschaft in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ist kein preußisch-deutsches Nachspiel, kein Abgesang gewesen. Er schöpfte aus demselben Urquell wie die methodische Bildung Preußens nach dem Dreißigjährigen Krieg.

Deutschland kann beliebig von jedem seiner Teile erneuert werden. Diese Aussicht hätte 1945 die westlichen Alliierten entsetzt. Heute ist die Weltdemokratie in einem Zustand, in dem die deutsche Perspektive Zuversicht bieten kann, wenn man sie nur richtig präsentiert.

Propädeutische Überlegungen zum Vierten Reich

Die Gestalt der Bonner Republik ist gern in das Bild gefaßt worden: wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg. Es war platt genug, um schnell mundgerecht zu werden. Die Platitüde hat jedoch Tiefgang. Das ganze Establishment, das sonst "Demagogie" schreit, wenn sich jemand erdreistet, Verfassung und Verfassungswirklichkeit auseinanderzurechnen, führt sie ahnungslos zustimmend im Munde. Das beliebte Bild sanktioniert die Spannung im westdeutschen Verfassungssystem, die Werner Weber schon 1951 aufgefallen sind, ohne daß er sich den länger, breiter und tiefer werdenden Rissen stellen wollte.

Alle Schwierigkeiten, die Bonn mit sich selbst und anderen hatte, rührten von diesem Mißverhältnis her. Es ist ein apologetischer Irrtum zu glauben, damit leben und überleben zu können. Wirtschaftliches Wachstum läßt sich nicht halten, geschweige mehren, wenn nicht politisches Wachstum es abschirmt. Ein geschichtliches Potential, das nicht zur politischen Macht wird, ist dem inneren Zerfall und der äußeren Zerstörung preisgegeben. Politische Aufgabenstellungen, die unterhalb des tatsächlichen Kräftestandes rangieren, laden die Umwelt eines Tages ein, von Bedienungswünschen zu Liquidierungswünschen überzugehen.

Das Mißverhältnis war allerdings unvermeidlich. Nach 1945 wäre das Finis Germaniae eingetreten, wenn sich die Deutschen nicht in einer weltpolitischen Ruhepause der Erholung hingegeben und ausländischen Argwohn zerstreut hätten. Das Mißverhältnis birgt auch Hoffnungen. Wenn es nicht bald Spannungen und Risse gegeben hätte, wäre in Deutschland nichts entstanden, was heute nach angemessenen politischen Aufgaben verlangt.

Identität ist eine Frage auf Leben und Tod. Sie stellt sich den Menschen in dreifacher Form: Die persönliche Identität trifft ihn als den einzelnen, das Individuum, das es sonst so nicht gibt; die politische Identität umgreift seine Zugehörigkeit zu einem Volk, in dem er andere als seinesgleichen findet - im Unterschied zu den anderen ihresgleichen fremder Völker; die kreatürliche Identität nimmt ihn als Lebewesen Mensch an, als Geschöpf biblisch, als Geworfenen modern wie bei Heidegger und Sartre.

Diese dreifache Identität ist nicht teilbar. Es kann eine Identität nicht zerbrechen, ohne die anderen Identitäten zu gefährden, in Frage zu stellen oder aufzuheben. Wer sein Leben fristet wie ein Tier, kann nicht zu einer Persönlichkeit aufsteigen. Erreicht das bloße Vegetieren massenhaften Zuschnitt, sinkt ein Volk auf eine Bevölkerung herab, verkommt zur Herde und Horde. Es genügt für den Persönlichkeitsaufstieg aber auch die volle kreatürliche Identität nicht. Die üblichen Persönlichkeitsstörungen bei Assimilationen geben eindeutige Zeugnisse ab. Ein reifes Volk aus entfalteten Persönlichkeiten geht zugrunde, wenn es seine metaphysisches Bezüge verliert. Das Kraftfeld, in dem ein Ich sich auflädt, liegt zwischen universalen und konkreten Polen. Verfällt es, bleibt das Ich eine amorphe Größe, ein Massenteilchen in einer atomisierten Gesellschaft.

Die Höhe einer geschichtlichen Kultur bemißt sich an dem Realisationsgrad des Identitätsgefüges. Die trinitarische Form ist die Voraussetzung für die Reproduzierbarkeit eines Gemeinwesens durch sich selbst. Schwindet sie, so kann dieses eine Weile mit Kunstgriffen und Zwangsmitteln aufrechterhalten, aber nicht gerettet werden. Die Krankheit schleicht oder galoppiert dann zu Tode, wenn sie nicht, oft genug von einem Doktor Eisenbart, an der dreifachen Wurzel kuriert wird.

Es schien eine Weile, als hätte nichts von dem Identitätsgefüge noch Geltung. Die Bundesrepublik Deutschland wähnte, emanzipiert und aufgeklärt, weit darüber hinaus zu sein. Soziale "Sachzwänge" und "Interdependenzen der Industriegesellschaft" ließen den ehrwürdigen Begriff der Identität scheinbar zur bloßen Leerformel verblassen.

Der Sturm auf die Leerformeln wurde denn auch von Ideologen, Verteidigern, nicht von Kritikern, Veränderern des Systems eröffnet; von Ernst Topitsch etwa, ehe sich in Partisanenart Jürgen Habermas einreihte. Nicht erst Herbert Marcuse, schon Helmut Schelsky hatte gegen die Identitätszumutungen vom Leder gezogen. Allein die trockene Sprache verbarg, daß die rationalistische Sozialphilosophie genauso vermessen, wie es manche Träume des Dritten Reiches gewesen sind. Wenn man einem Apologeten wie Hermann Lübbe glauben will, funktioniert die Integration der Sachzwänge noch immer.

Die beiden repräsentativen Strömungen der Bonner Republik waren nicht nur unfähig, sie waren auch unwillens, sich mit der grundlegenden und sinnstiftenden Frage der Identität zu befassen. Lieferte der kritische Rationalismus à la Popper das gute Gewissen zum Handeln im Bodenlosen, so vermittelte die kritische Theorie der Frankfurter Schule komplementär das schlechte Gewissen, das vor den verruchten Affirmationen halt machte[1].

Seit 1968 indessen zeichnete sich der Illusionismus dieser Vorstellungen immer deutlicher ab. Die Wirtschaftsgesellschaft mochte mit ihrem Tanz um das Bruttosozialprodukt eine Zuflucht für die verschiedenen Existenzen gewesen sein, die das Dritte Reich hinterließ. Ihr spezifischer Appeal sprach aber die folgende Generation weniger und weniger an. Hatten erstere zumindest noch eine beschädigte oder gescheiterte Identität, so wuchsen letztere politisch völlig identitätslos heran. Das mußte Folgen haben.

Eine Wirtschaftsgesellschaft hat ihren Mitgliedern nicht mehr zu bieten als die private Perspektive beruflicher

[1] Vgl. den "Poitivismusstreit in der deutschen Soziologie", Neuwied 1969, der gar nicht anders ausgehen konnte als das Hornberger Schießen.

Aussichten. Und das reicht nicht aus. Was eine bloße Mehrung der Individualität beabsichtigt, bewirkt auf Dauer ihre Minderung: es steigert nur die animalischen Bedürfnisse, die ihre Grenze an dem Wohl der fünfhundert Säue aus Auerbachs Keller haben; es ist zudem an Prosperität gebunden - verfällt das Bruttosozialprodukt, kann schon die Behagensintensität einer einzigen Sau zu einem schwer erfüllbaren Wunschtraum werden.

Eudämonie ist ein schlechter sozialer Kitt. Die epikuräische Lebensregel hält nicht, wenn es abwärts geht. Gibt es keinen anderen Haltepunkt, verwandelt sie sich in eine Quelle von Überdruß und Sinnlosigkeit. Aus dem Wohlbehagen wird Unbehagen. Die private Perspektive wird am Ende durch ihr Monopol zerstört.

Die linke Studentenrevolte war die erste Quittung für den Identitätsdefekt. Was mit dieser Bewegung an die Oberfläche gespült wurde, enthüllte den vielgerühmten Generationenvertrag als frommes Gerede. Die permanente Prosekution, unter welche die jüngeren Jahrgänge die älteren stellten, offenbarte Verständnislosigkeit und Verständnisunwilligkeit, mit der diese von jenen zunächst angegriffen und dann ausgebootet wurden. Die Folge war, daß der Linksruck eine Organisation und Institution nach der anderen, einschließlich der Kirchen, ergriff. Das erhoffte Heil blieb freilich aus. Der Linksruck brachte bloß ein Identitätssurrogat zustande, eine "Identität", die außer ihrem Schein nichts an und in sich hatte. Die pittoresken Kollektive, die nun entstanden - sie konnten das Kraftfeld, in dem Individualität sich auflädt, mitnichten wiederherstellen.

Die zweite Quittung für den Identitätsdefekt war die Zuflucht zu Alkohol und Rauschgiften, deren Faszination bis in untere Schulklassen schwiemelte. Ihre Posten waren das Versagen der Integrationen und der Revolten, Frustrationen ohne Erfüllung und Katzenjammer ohne Ernüchterung die Summe. Sie verwandelte ganze Jugendgruppen in morbide Haufen, deren Lebenserwartung vor der Reifezeit endete.

Eine dritte Quittung war die Attraktivität religiöser und

terroristischer Sekten. Die Disziplin, die sie verlangten, wurde nirgends sonst in der Gesellschaft gefordert. Welcher fanatische Adept irgendeines Gurus wäre nicht lieber ein tadelloser Priester in einer Kirche alten Stils geworden? Baader, Raspe, Klar hätte es vielleicht gereizt, in einer besseren Armee als der Bundeswehr tüchtige Offiziere zu werden.

Ein Gemeinwesen, das mit der natürlichen Opferbereitschaft junger Menschen nichts mehr anfangen kann, gleicht mit seinen Rissen im Gebälk, die man übertüncht, und mit seinem Grollen in den Gründen seiner Existenz, das man überhört, dem Zustand eines Vulkans vor dem Ausbruch.

Diese trüben Wechsel auf die Zukunft sind nicht vom Himmel gefallen. Es war die unvermeidliche Konsequenz einer kollektiven Identitätsverweigerung. Indem ein ganzes Gemeinwesen sich von seiner politischen Identität dispensierte, gab es seine Jugend der geistigen und körperlichen Verwahrlosung preis. Es wäre nicht geschehen, wenn sich die Bundesrepublik nicht um die Selbstbestimmung der Deutschen gedrückt hätte. Wagt jemand, sich auf Sonntagsreden zu berufen?

Was sich dem aufmerksamen Auge darbietet, ist in den Äußerungen und den Antrieben nicht neu, nicht einzigartig und auch nicht auf unsere Zeit beschränkt. Die politischen Betrachtungen, die der französische Historiker Jules Michelet vor 1848 schrieb, lesen sich heute wie druckfrische Analysen. Michelet sah, daß sich zu den "moralischen und physischen Leiden", von denen die Gesellschaft geschlagen war, ein eigenes Leiden hinzugesellt hatte. Es rief eine grenzenlose Angst aller hervor, "obwohl sich die gewöhnlichen Übel, von denen die Menschheit seit Jahrhunderten heimgesucht wurde, verringert" hatten. Das "Zeitalter extremer individueller Empfindlichkeiten" war "genau das Zeitalter, in dem man alles mit kollektiven Mitteln tut, die am wenigsten dazu angetan sind, die individuelle Empfindlichkeit zu schonen". Dieses eigene Übel war ihm der Grund für das gegenseitige Mißtrauen und Verkennen, für die Nichtachtung zwischen Menschen, Klassen und Gruppen,

die keine Teillösung beseitigen würde. Michelet forderte eine Remedur der individuellen und gesellschaftlichen Übel von der Nation her: indem das Vaterland uns über uns selbst erhebt, über Neid und Intrigen, wird es zur Quelle aller großen und schönen Tugenden, belebt es den Geist der Aufopferung und Hingabe und macht die Ungleichheit von Eigentum, Schicksal, Rang oder Erziehung bedeutungslos.

Jakov Talmon hat das in den sechziger Jahren vom Standpunkt eines Zeitgeistes, der sich von allem Nationalen als etwas Barbarischem emanzipiert glaubte, weidlich verhöhnt. Und doch war schon damals zu sehen, daß die Verwerfung der Nationen nur einen alten Mangel restaurierte, wie ihn schon Mazzini vor der italienischen Einigung beklagt hatte: "Ohne Land habt ihr keinen Namen, keine Stimme, keine Taufe der Brüderschaft unter den Völkern. Ihr seid die Bastarde der Menschheit, Soldaten ohne Fahne. Als Kinder Israels unter den Nationen werdet ihr weder Vertrauen noch Schutz genießen. Ihr werdet keine Sicherheit haben. Redet euch nicht ein, ihr könntet euch von ungerechten sozialen Bedingungen befreien, bevor ihr ein eigenes Land gewinnt. Laßt euch nicht verführen von der Idee, eure materiellen Bedingungen zu verbessern, ohne erst die nationale Frage zu lösen."[2]

Der Zeitgeist hat nach 1945 in den deutschen Ländern jede Stimme, die diese Dinge zur Sprache bringen wollte, bis zur Unwirksamkeit und Aushungerung isoliert. Der Fluch dieses bösen Treibens hat ihn unbelehrbar und unduldsam gemacht. Erst als kürzlich auf der Linken, nach den enttäuschten Revolten und Märschen durch die Institutionen, Einsichten dieser Art von Hans-Jürgen Syberberg bis zu Rudi Dutschke, laut wurden, gab eine gouvernantenhafte Öffentlichkeit zu, daß hier ein, wenn auch heikles, "Thema" vorläge.

Am klarsten hat das bisher im linken Spektrum Thomas Schmid gesehen, als er schrieb: "Eine Tugend, die uns Deutschen" heute "fehlt, möchte ich lernen: die Fähigkeit,

[2] Jakov Talmon, Die Geschichte der totalitären Demokratie, Bd. 2, Politischer Messianismus, Köln 1963, S. 254 ff.

zusammenzuleben, sich nicht vernichten zu wollen, eine Lebensweise, die wirklich Konträres nebeneinander dulden kann. Was ich aber nicht mehr will: die Tradition der Selbstbezichtigung... Ich werde die deutschen Schrecken gewiß nicht vergessen - aber ich will auch mein Deutschsein nicht länger vergessen, überspielen. Wo das deutsche Grauen liegt, da liegt auch ganz nah dabei die deutsche Faszination, Und ich möchte mich beiden nähern. Gefährlich ist das gewiß - wer das aber faschistoid nennt, der beeindruckt mich nicht mehr."[3]

Parallel zu solchen Ausbrüchen ist der geschmähte Begriff der Identität in seiner politischen Spezifizierung als nationale Identität aus den Niederungen saturierten Bastardentums wieder aufgestiegen. Fähig nicht bloß zu einer Tendenz-, sondern zu einer Zeitenwende, blies er mancherorts, selbst in der DDR, unter Asche die Glut an, von der es einst frohlockend debil geheißen hatte, sie sei Gott sei Dank endgültig erloschen.

Ähnliche Zustände des Identitätsverlustes hatte es nach dem Dreißigjährigen Krieg gegeben, als Deutschland zum ersten Mal in Europa zurücksank. "Es blieb", nach einer Formulierung von Erich Marcks, "in seinen Kreisen, sinkend, vergehend, verdumpfend, eingeschlossen, getreten, ausgebeutet und beraubt. Weshalb? Weil ihm der starke Staat fehlte..."[4] Das änderte sich mit dem Aufstieg Preußens und der Gründung des Zweiten Reiches.

Das heute wiedererwachende Bedürfnis nach deutscher Identität braucht ähnliche Stimulanzien, um nach Taten drängen zu können. Solche Anregungen konnten weder der Bonner Geist noch der Pankower Geist bieten, gegen den sich das Identitätsgefühl, noch blind tappend artikulierte. Es will über diese Erscheinungen hinaus. Den übersteigernden Impuls kann nach dem Untergang des Dritten Reiches nur eine Zielvorstellung vom Vierten Reich vermitteln. Ein viertes deutsches Reich ins Werk zu setzen, ist schwe

[3] In: Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland. Berlin 1978.

[4] Erick Marcks, Männer und Zeiten, aaO, Bd. 2, S. 370 f.

genug, um die Kräfte zu reizen, die sich in den engen, stickigen Räumen der Provisorien die Köpfe zu stoßen.

Die Ressourcenfrage

Adenauer hatte noch genau gesehen, daß die nationale Frage das einzige Argument von politischer Kraft und geschichtlicher Tiefe war, das von westdeutschem Boden gegen den Kommunismus in den mitteldeutschen Ländern, respektive Bezirken, vorgetragen werden konnte. Er hat schon vor Gründung der BRD und der DDR am 23. März in Bern in würdiger Resistenz gesagt: "Ein Volk, das kein Nationalgefühl mehr besitzt, gibt sich selbst auf. Man kann auch vom deutschen Volk nicht verlangen, daß es geistigen Widerstand gegen die Infiltration vom Osten her aufbringt, wenn es nicht national empfinden darf."[5] Der Begriff der Nation, der selbst die krassesten Gegensätze überwölbt, aber seine begründete und erhaltende Hoheit verliert, wenn Parteigeist ihn ergreift, hat in Deutschland, die spezielle, aktuell brisante Qualität, von Fürst Bismarck bis zu Karl Marx zu reichen[6].

Der erste Bonner Kanzler hat auch noch sehr klar gesehen, daß man ein großes Volk wie die Deutschen nicht künstlich klein halten kann, ohne Verstörungen anzurichten und Zündstoff anzuhäufeln. "Man kann nicht von einem Volk", argumentierte er 1954, "verlangen, es solle höchste Leistungen zeigen, wenn es nur als ein Volk zweiter Klasse angesehen würde."[7] Wie immer man auch seinen Aktionsradius einschätzt, Adenauer hat nach dieser Maxime gehandelt, um jedenfalls eine Verschweizerung der Bonner Republik zu verhindern.

[5] Konrad Adenauer, Erinnerungen, aaO, Bd. 1, S. 188

[6] Erich Marcks hat noch 1936, mitten im Dritten Reich, Marx und Engels verständnisvolle Seiten gewidmet, in: Der Aufstieg des Reiches aaO, Bd. 1, S. 405 f. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Hans-Joachim Arndts Vortrag zur deutschen Neurose, aaO.

[7] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 2, S. 326

Seine Nachfolger haben, bis auf den heutigen Tag, alles aufgeboten, um gerade das zu erreichen. Es nistete sich noch unter Adenauer die ergötzliche Vorstellung ein, Deutschland habe sich nach zwei verlorenen Weltkriegen auf den Umfang der Bundesrepublik endlich gesundgeschrumpft. Der Politologe Waldemar Besson entfesselte einen wahren Kult der goldenen Mittelwege, der mittleren Maße. Die bundesrepublikanische Gesellschaft stabilisierte sich zu einem Philistertum, das auf den Polstern des Juste-milieus Genügen fand und in der Ära des Kanzlers Brandt und des Präsidenten Scheel durch einen Hauch Dreigroschenoper einen pikanten Anstrich erfuhr[8]. Allein, ein politischer Nenner wollte sich unter diesen pittoresken Posten nicht bilden.

Es ist das unbegriffene Verdienst der Studentenrevolte, auf diesen Konstituierungsdefekt aufmerksam gemacht zu haben. So absurd der Marsch ins linke Niemandsland war, er demonstrierte, daß dieser Jugend auch die sozialdemokratische Variante des Geistes, der in Bonn aufgestiegen war, nicht paßte. Ihre Vertreter kannten und wußten schließlich nichts anderes, weil die Universitäten sich von jeder Erörterung der nationalen Frage dispensiert hatten. Das Dilemma der Revolte lag darin, daß die Studenten wohl merkten, daß sie getreten, ausgebeutet und beraubt wurden, daß aber die Wege, auf denen sie sich dagegen wehrten, sie nicht aus jenem eingeschlossenen, verdumpfenden Kreis herausführten. Sie blieben auf ihnen, wie das Establishment, das sie verachteten, ergebene Diener der Besatzungsmächte.

Das Ausland betrachtete die Exzesse dieser Revolte mit Gelassenheit und Genugtuung. Solange sich die akademische Jugend nach links bewegte, wo in Deutschland das Herz immer heimatlos gewesen war, brauchte es nicht zu befürchten, daß die Deutschen den Status eines Volkes zweiter Klasse abschüttelten, der dem Stand, den sie wieder

[8] Willy Brandt stürzte über einen DDR-Spion, der willfährige Weiber zuführte, Walter Scheel beanspruchte, nach seiner Amtszeit als Bundespräsident, auf demselben Niveau wie bisher weiterzuleben

erreicht hatten, bis zum Bersten widersprach. Es dürfte aber inzwischen unter den ausländischen Beobachtern einige Auguren geben, die nicht nur voraussehen, daß sich die Idylle nicht bis in alle Ewigkeiten halten läßt, sondern es in ihrem eigenen Interesse sogar hoffen.

Der Appendixstatus der "beiden deutschen Staaten" war längst fragwürdig geworden. Allein der verblüffende Umstand, wie schnell sie die dominierenden Siegermächte in West und Ost überflügelten, sprach gegen die Endgültigkeit dieser Bildungen. Der Aufstieg der BRD und der DDR ließ auch die Brückenfunktion, die, moribunden Sehern zufolge, ein wiedervereinigtes Deutschland allenfalls einmal wahrnehmen könnte, als unangemessen erscheinen. Die unvergleichlichen Bedingungen des doppelten Wiederaufstiegs zeigten, daß hier noch Kräfte wirkten, die zu einer neuen politischen Einheit aus eigener Substanz fähig sind: Kräfte eines großen Volkes, das alles andere als verbraucht ist. Die Frage nach den Ressourcen, aus denen ein Viertes Reich hervorgehen kann, ist keine Frage des Volkes, sondern eine Frage der Eliten.

Was die Potenzen angeht, so waren sie unter den Deutschen in der DDR zweifellos stärker als unter den Deutschen in der BRD. Das lag nicht nur daran, daß unter dem Druck der sowjetrussischen Dominanz der gesamtdeutsche Impetus in der Bevölkerung nie schwächer geworden ist. Die DDR lag auf jenem nordöstlichen Boden, dessen Genius nicht zufällig das Zweite Reich geschaffen hatte. Er verkörperte die Überlegenheit des Nordens über den Süden, die sich in der europäischen Geschichte auch in England, Frankreich, Spanien, Italien und Rußland immer wieder geltend gemacht hat. Es schien einige Zeit, als wäre er in dem Staub erstickt, in den Brandenburg vor allen seinen Feinden geworfen wurde. Er hat sich jedoch bald wieder in der zähen Energie verdeckt geregt, mit der die Deutschen der DDR aus der von Anfang an und von Grund auf verfehlten sozialistischen Wirtschaftsform herausholten, was nur herauszuholen ging. Zuletzt betrat er durch die Hintertür der Restaurierung preußischer Bauten die öffentliche

Szene unverdeckt[9]. Er konnte in diesem System aber politisch nicht zum Zuge kommen.

Die BRD hätte den nötigen Spielraum gehabt, trotz des Knicks in ihrem Aufstieg seit dem Atomsperrvertrag. In ihr sind jedoch manche separatistischen Überlieferungen aufgegangen. Im Nordwesten war der Geist der Hanse schon zu lange verblichen, um als Genius loci so ohne weiteres wieder ein nationales Amt zu übernehmen. Im Süden gab es schon lange keinen übergreifenden und ausdauernden gestalterischen Schwung in nationalem Maßstab mehr. Dem Nord-Süd-Gefälle, das gleichwohl vorhanden war, fehlte es deshalb an politischen Konturen. Es sind immerhin Kraftfelder in Reserve, die lange brach gelegen haben. Sie warten vielleicht nur darauf, im richtigen Augenblick aktiviert zu werden. Ein entfesselter Ehrgeiz, bei einem neuen Bau des Reiches nicht schlechter dazustehen als vormals die Preußen, könnte Berge versetzen.

Die Bonner Republik verfügt nun schlechtweg über eine politische und geistige Elite, die den Vorteil der Beweglichkeit wieder aufhebt. Hinge alles nur an ihr, wäre die Frage, ob Deutschland wiederhergestellt werden kann, mit einem glatten Nein zu beantworten. Das Bonner Establishment praktizierte und rechtfertigte, im Vergleich mit der herrschenden Klasse in der DDR nahezu freiwillig, gegenüber den ehemaligen Siegern eine Erfüllungspolitik, vor der in Weimarer Zeiten selbst der unselige Erzberger zurückgeschreckt wäre. Von Kanzler Schmidt, der von sich sagte, er sei nach 1945 zuerst anglophil, alsdann amerikanophil und nun francophil geworden[10], war eher anzunehmen, daß er auch noch russophil wurde, als daß er sich zu seinem deutschen Sein bekannte. Und unter Franz-Joseph Strauß wäre jeder Versuch einer deutschen Revisionspolitik an dem

[9] Zur nationalen Dialektik in der DDR an Beispiel der Literatur vgl. Hans-Dietrich Sander, Geschichte der Schönen Literatur in der DDR, Freiburg 1972; ders., Die Wiederentdeckung der deutschen Geste, in: Criticón 58 (1980).

[10] Helmut Schmidt in einem ARD-Interview von Hans Heigert am 10.4.1980

"Pacta sunt servanda" zunichte geworden, das er jeder seiner geräuschvollen Vertragskritiken nachschickte.

Konforme Medien haben dafür gesorgt, daß diese Erfüllungspolitik unbehindert vonstatten gehen konnte. Indem sie wesentliche und kontinuierliche Kritik unterbanden, suggerierten sie dem arglosen deutschen Bürger die Meinung, es könnte neben dem "Ja" der Regierung und dem "Ja, aber nicht so" der Opposition gar keine andere Position geben. So hielt sie die Ressourcen in Schach, die im Niedergang der Interdependenzen auf eine Politik drängen konnten, für die der normale Grundsatz nicht mehr anmaßend war, daß bei einem Konflikt der Interessen - so wie es die amtlich unterdrückte erste Strophe unserer Nationalhymne sagt - die eigenen über alle anderen gehen. Jener Einfluß reicht jedoch nur so weit, wie die Mehrzahl der persönlichen Bedürfnisse keinen Schaden nimmt. Er endet, wenn sie nur noch mit diesem Grundsatz geschützt werden kann. Es sieht so aus, als würde das bald in vielen Belangen der Fall sein. Dann träte das nationale Argument, daß die BRD in der Auseinandersetzung mit der DDR verschmähte, durch die Hintertür eines Stabilisierungsprogramms auf die öffentliche Szene.

Was die Deutschen nach 1945 unter der geistespolitischen Fuchtel der Juste-milieus beharrlich verdrängten, haben auf der Siegerseite weitblickende Beobachter schon sehr früh als unvermeidlich erkannt. Im Januar 1951 sprach John McCloy davon, daß allein Deutschland eine politische Aufgabe in Europa haben könne, weil es über mehr Kraft und Energie verfüge als andere europäische Länder. Im Dezember 1951 sah Churchill bereits: "Deutschland ist stärker als Frankreich." Das verschlug damals selbst Adenauer die Sprache, so bemüht er gewesen war, von den Deutschen den Makel eines Volkes zweiter Klasse abzuwenden[11]. Der amerikanische Hochkommissar und der britische Premier sollten recht behalten, obwohl nach Adenauer jeder Kanzler am Schein der zweiten Klasse

[11] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 410 und 507

festgehalten hat, als sei er eine Fahrkarte in die Ewigkeit. Die Realitäten nach dem Zweiten Weltkrieg sprechen eine andere Sprache als die Politiker, die sich so gern an den Realitäten orientierten, die der Zweite Weltkrieg geschaffen hatte. Die Deutschen konnten nicht anders; sie blieben, was sie immer waren: ein Kernvolk, wie Fichte sie in seinen "Reden" genannt hat.

Der Bonner Geist hat eine Flut von Krokodilstränen geweint, um jede Idee zu einer Wiederherstellung Deutschlands in weltgeschichtlicher Machtform zu ersäufen. Den Deutschen fehle eben, lehrten die Apologeten zweiter Klasse, das beharrliche nationale Ethos, mit dem die Polen ihre Teilung immer wieder überwinden konnten, und sie übersahen, daß dieselben Deutschen in aller Stille mit einer Ausdauer, die der polnischen Wirtschaft selbst zu Höhepunkten der polnischen Nationalgeschichte ermangelte, ein Kraftfeld bestellten, das schon in parapolitischem Zustand in aller Welt Bewunderung und Furcht hervorrief. Wir haben keinen Grund, die Polen zu beneiden. Wir haben Erfahrungen in Untergängen und in Aufgängen. Die Umwelt Deutschlands ist nicht so stabil wie nach dem Dreißigjährigen Krieg, um den Weg in ein neues Reich für Jahrhunderte zu versperren.

Die Restitutionsfrage

Eine Wiederherstellung Deutschlands nach dem Untergang des Dritten Reiches wäre nur unter zwei Voraussetzungen undenkbar gewesen. Die erste war, daß mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg die Kräfte des deutschen Volkes, die nötig sind, um sich als ein Subjekt der Weltgeschichte zu behaupten, restlos und ersatzlos erschöpft sind. Die zweite bestand im fatalistischen Kontinuum der Zwei-Mächte-Weltherrschaft Amerikas und Rußlands, wie sie Tocqueville 1835 in der Schlußbemerkung zum 1. Teil seines Werkes "Über die Demokratie in Amerika" vorausgesagt hat und wie sie am Ende des Zweiten Weltkrieges auf

den Konferenzen in Teheran, Jalta, Potsdam besiegelt und mit der Gründung der UNO institutionalisiert wurde. Die erste Voraussetzung ist von dem doppelten Wiederaufstieg in der BRD und in der DDR schnell widerlegt worden. Die zweite Voraussetzung hat im Grunde nie bestanden.

Für die Weltherrschaft Amerikas und Rußlands ist die USA weder präpariert noch verfaßt gewesen. In Washington ist nie der Schritt über den Rubikon gegangen worden, der die römische Republik in das Imperium Romanum verwandelte. Allein das unvermeidliche Pendel zwischen Intervention und Isolation mußte die Stärke der amerikanischen Position in absehbarer Zeit erschüttern. Die ersten Zeichen eines isolationistischen Rückschlags kündigten sich schon 1951 an. Sie bildeten bezeichnenderweise den Hintergrund von McCloys Bemerkungen zu Adenauer über die potentielle Rolle, die allein Deutschland in Europa ausüben könnte.

Diese Lage begünstigte Machtverschiebungen. Es war möglich, daß aus Westeuropa eine neue Weltmacht aufsteigen könnte, fähig, der UdSSR aus eigener Kraft Paroli zu bieten. Es war aber auch möglich, daß die Sowjetunion die Hegemonie über Westeuropa gewönne. Denn über die Amerikaner sagte selbst John Foster Dulles: "Wir treiben in Europa keine deutsche Politik, wir treiben in Europa keine französische Politik, wir treiben in Europa amerikanische Politik."[12]

Die nüchterne Einsicht in diese Dinge hatte Adenauer bewogen, von der damals noch schwachen Bundesrepublik aus sich für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stark zu machen und, nachdem diese gescheitert war, sich de Gaulle anzunähern, der die NATO neu organisieren wollte. Seine Nachfolger hielten in illusionärer Verkennung der Wirklichkeit neue Verteidigungsformen nicht für dringend. Sie bahnten damit folgerichtig einer Entwicklung den Weg, die eines Tages zu einer Finnlandisierung ganz Europas mit anschließender Bolschewisierung geführt hätte.

[12] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 245.

Diese Tendenzen haben indessen einen Spielraum eröffnet, in dem eine Restituierung Deutschlands nicht nur für die Deutschen möglich, sondern auch für ihre Nachbarn nötig wird. Sie ermunterten die Deutschen sogar, Schritte zu unternehmen, die in diese Richtung führen, wenn bei ihnen auch noch nicht volle Klarheit darüber herrschen dürfte, zu welchem Ende diese Schritte führen müssen. Der Spielraum sollte auch die zeitliche Länge haben, die eine so tiefgreifende Umkehr der Dinge braucht.

Es hätten die Regierungen in Bonn diesen Spielraum längst wahrgenommen und ausgeschöpft, wenn das deutsche Selbstbewußtsein nicht von 1969 an systematisch zerrüttet worden wäre. So groß alle außenpolitischen Hindernisse sind, die auf dem Wege zu einer Wiederherstellung Deutschlands überwunden werden müssen - das ärgste Obstakel ist der unermeßliche Schaden, den die Emigranten Brandt und Wehner angerichtet haben, als sie mit dem sozialliberalen "Machtwechsel" die politische Führung an sich rissen. Die Folgen bestätigten nicht bloß alle Bedenken, die Adenauer hatte, Emigranten eine verantwortliche Position einzuräumen, weil sie sich nicht in die zu Hause gebliebenen Deutschen einfühlen könnten. Die Folgen bestätigten selbst Jacob Burkhardts bitteres Fazit aus seiner jahrelangen Reflexion weltgeschichtlicher Krisen, nicht einmal die Rückkehr von Emigranten für wünschenswert zu halten[13].

Zu den bedeutenden Leistungen des ersten Bundeskanzlers hatte es gehört, nach dem alles umstürzenden Zusammenbruch den inneren Frieden wiederhergestellt und eine fortdauernde Diskriminierung der Deutschen abgewendet

[13] Jacob Burkhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Ausgabe Pfullingen 1949, S. 232. Die Passage lautet im Ganzen: "Wünschbar wäre, daß Emigranten nie oder wenigstens nicht mit Ersatzansprüchen zurückkehrten, das Erlittene als ihr Teil Erdenschicksal auf sich nähmen und ein Gesetz der Verjährung anerkennten, das nicht bloß nach Jahren, sondern nach der Größe des Risses seine Entscheide gäbe. Denn die neue Generation, von der man verlangt, daß sie ihrerseits in sich gehen sollte, tut es eben nicht,

zu haben[14]. Er leistete dies vor allem dadurch, daß er den Mut hatte, die ungeteilten Greuel des Weltbürgerkrieges zur Sprache zu bringen.

Adenauer hatte in seiner berühmten Berner Rede vom 23. März 1949 mit Würde ausgeführt: "Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben. Von den 7,3 Millionen, die am Leben geblieben sind, sind der größte Teil Frauen, Kinder und alte Leute. Ein großer Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen ist nach Sowjetrußland in Zwangsarbeit verschleppt worden. Die Austreibung dieser 13 bis 14 Millionen aus ihrer Heimat, die ihre Vorfahren zum Teil schon seit Hunderten von Jahren bewohnt haben, hat unendliches Elend mit sich gebracht. Es sind Untaten verübt worden, die sich den von den Nationalsozialisten verübten Untaten würdig an die Seite stellen. Die Austreibung beruht auf dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Ich bin überzeugt, daß die Weltgeschichte über dieses Dokument ein sehr hartes Urteil dereinst fällen wird"[15]. Adenauer brachte das nicht nur auf neutralem Boden zur Sprache. Er brachte es auch in der Höhle des Löwen vor, 1955 in Moskau[16].

sondern sinnt auf neuen Umsturz, als auf Beseitigung einer erlittenen Schmach. Und so erhebt sich der Geist der Neuerung doch wieder, und je öfter und unerbittlicher eine Institution über ihn gesiegt hat, desto unvermeidlicher wird ihr endlicher Sturz durch die sekundären und tertiären Neubildungen der Krisis. Les institutions périssent par leurs victoires (Renan)." Es dürfte nach dem Tode Joachim Ritters wohl erlaubt sein, anzumerken, daß mich dieser Philosoph auf diese Stelle unter ausdrücklichem Bezug auf remigrierte Kollegen nach 1945 aufmerksam gemacht hat.

[14] Dieser pazifizierenden Linie widerspricht nicht, daß Adenauer von ihr gelegentlich aus persönlichen Gründen abrückte.

[15] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 186

[16] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 2, Kap. XIII 13, "Reise nach Moskau".

Eben anders als der Remigrant Wilhelm Hoegner, der als sozialdemokratischer Ministerpräsident von Bayern unter dem Nürnberger Galgen stand und die Freigesprochenen Schacht, v. Papen und Fritzsche gleich wieder verhaften ließ, bat Adenauer in seinem ersten Kanzlerjahr die Hohen Kommissare, die Kriegsverbrecherprozesse zu beenden und alle noch nicht vollstreckten Todesurteile in Freiheitsstrafen umzuwandeln. Der erste Bundeskanzler hat auch die Formen der Re-education nicht immer für die besten gehalten und die Praktiken der Lizenzpresse mit den Gleichschaltungsmethoden des nationalsozialistischen Propagandaministers Goebbels verglichen[17]. Er hatte allerdings zu leichtfertig geglaubt, dergleichen würde mit den Fortschritten in der deutschen Souveränität von selbst aufhören. Aber diese Hoffnung ist nicht ganz abwegig gewesen.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik herrschte der berechtigte Eindruck vor, die letzten Reste des Besatzungsspuks würden alsbald in alle Winde verweht. Die neuen Werke von Ernst Jünger und Gottfried Benn waren die repräsentativen Ereignisse der Schönen Literatur. Der Erfolg des "Fragebogens" von Ernst von Salomon bewies, daß deutsche Standfestigkeit beim Publikum gefragt war. Insider-Berichte aus dem Dritten Reich, wie die Darstellungen von Peter Kleist oder die Aufzeichnungen verschiedener Generäle, galten bei allem Widerspruch als Quellen ersten Ranges; niemand kam auf den Gedanken, sie als Rechtfertigungsliteratur nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Als 1959 in der Ära Kennedy die zweite Entnazifizierungswelle[18] als Gegensteuerung zum deutschen Wiederaufstieg aus West und Ost auf Bonn zurrollte, prallte ihre Hauptwucht politisch ab. Adenauer hat wider alle tobenden Meuten an Hans Globke als Staatssekretär im Bundeskanzleramt festgehalten. Daß indessen Theodor Oberländer als Vertriebenenminister gestürzt werden konnte, nachdem er

[17] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1 - Kriegsverbrecherprozesse: S. 390, Reeducation: S. 79, Lizenzpresse: S. 189, in der Berner Rede.

[18] Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, Stuttgart 1965.

vor Gericht freigesprochen und vom Bundestag mit SPD-Stimmen rehabilitiert worden war, zeigte, daß man die Universitäten und Medien im Windschatten der Souveränitätsfortschritte doch nicht ungestraft Re-education en suite hatte spielen lassen. Es gibt noch heute keine Aufschlüsse darüber, ob Adenauer später sein Nachgeben im Fall Oberländer als einen Präzedenzfall bereut hat. Er ließ sich jedenfalls nicht wieder einschüchtern. Er erzwang noch als Altbundeskanzler ein Jahr vor seinem Tode auf einer Reise in Israel mit dem Satz "Herr Eschkol, wenn Sie das sagen, reise ich ab" die Änderung einer wenig deutsch-freundlichen Tischrede. Als der israelische Premierminister trotzdem sagte: "Wir können nicht vergessen, wir wollen nicht vergessen", konterte Adenauer unverblümt: "Wenn guter Wille nicht anerkannt wird, kann daraus nichts Gutes entstehen."[19] Vor Adenauers Einsprüchen hatte am Ende das Weiße Haus zu zittern begonnen.

Dieses mühselig wiedererworbene politische Eigenkapital hat dann Willy Brandt 1969 noch in der Wahlnacht mit dem nichtswürdigen Satz verspielt: "Erst mit dieser meiner Wahl hat Adolf Hitler den Krieg verloren". Hatten die Rückschläge zwischen der Ära Adenauer und der Ära Brandt nur den zufälligen Grund, daß Erhard und Kiesinger schwache Kanzler waren, schraubte Brandt die deutschen Positionen in Status und Ansprüchen bewußt zurück. Er bediente sich zu diesem Behufe einer dritten Entnazifizierungswelle, die er stracks nach seiner Machtübernahme mit der Klage auslöste, das Dritte Reich sei bisher nur ungenügend bewältigt worden.

So riß er die alten Wunden wieder auf, säte Zwietracht, schürte die Reibungen zwischen den Generationen bis zum Aufruhr. So verwarf er die Politik seiner Vorgänger im Kern als neofaschistisch und rechtfertigte im Grunde alle Verleumdungen, die Neid, Rachsucht und schlechtes Gewissen im Ausland hervortrieben. So brach der kompensationssüchtige Remigrant den inneren Frieden und brachte die

[19] Die Welt, 7.5.1966

Bundesrepublik wieder unter verstärkte Kuratel der Siegermächte.

Die Christdemokraten aber saßen verdattert und vergattert auf den Oppositionsbänken. "Wir brauchen Sie nicht", schrie der Remigrant Wehner die peinlichen Kooperationsangebote nieder, die sie der Solidarität der Demokraten schuldig zu sein glaubten. Daß sie damals auf die verhängnisvolle Wende nicht national reagierten, den neuen Kanzler nicht einen Volksverhetzer nannten und den anhebenden Ausverkauf deutscher Interessen nicht mit äußerster Obstruktion zu verhindern suchten, hat der CDU/CSU das politische Rückgrat gebrochen. In ihrer Sorge, nur ja nicht in Neofaschismusverdacht zu geraten, blieb ihr nichts anderes übrig, als das fortschreitende Zerstörungswerk mit Barzels sattsamem "Ja, aber so nicht" zu sanktionieren.

Auf diese Weise haben die Regierung und die Opposition die Entnationalisierung der Bonner Republik gemeinsam verschuldet, den Abweg in Geschichtslosigkeit und Wehrunwilligkeit gemeinsam betreten, mit Unterzeichnung und Ratifizierung der Ostverträge die zweite deutsche Kapitulation gemeinsam vollzogen und die Viermächtekuratel über Deutschland gemeinsam wiederhergestellt - und nicht zuletzt zugunsten einer Restaurierung der obsoleten Zwei-Mächte-Weltherrschaft die Chance gemeinsamen preisgegeben, die sich aus der, vor seinem Tod noch von Adenauer befürworteten, Ablehnung des Atomsperrvertrages für eine Erweiterung und Verstärkung des politischen Spielraums in Westeuropa bot.

Die Krönung und Salbung der antinationalen Politik des Remigranten Brandt ist der spektakuläre Kniefall vor dem Mal des Warschauer Ghettos im Dezember 1970 gewesen. Er hat mit diesem genau berechneten Akt die Verzichtpolitik sakralisiert und jeden Wunsch nach einer Revision verteufelt. Er hatte dabei allerdings nicht einkalkuliert, daß ein Kniefall ein zweideutiger Akt ist. Ein rascher Wechsel in der Beleuchtung - und schon wird aus dem Symbol der Demut ein Symbol der Würdelosigkeit. Die Metamorphose tritt ein, wenn man sich die Verbrechen an den Deutschen

ins Gedächtnis ruft, die Adenauer schon 1949 als vergleichbar mit den Verbrechen zur Sprache brachte, die von Deutschen verübt worden waren.

Willy Brandt hatte schon zuvor, am 19.3.1970, einen Akt spektakulärer Symbolhaftigkeit begangen. Doch dieser Akt war nicht berechnet und nicht zweideutig. Als Brandt zu Verhandlungen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Stoph in Erfurt eintraf, passierte etwas Unvorhergesehenes. Auf dem Bahnhofsplatz, den der Gast und der Gastgeber in Richtung des Hotels überquerten, in dem die Verhandlungen stattfinden sollten, durchbrach eine Volksmenge die politische Absperrung: Deutsche aus der DDR wollten unter Fernsehaugen mit dem Kanzler aus Bonn sprechen. Es war ein Augenblick des nationalen Arguments gegen das kommunistische Regime, wie ihn Adenauer vergeblich herbeigesehnt hatte. Es war ein Augenblick, aus dem ein General de Gaulle ein plebiszitäres fait accompli improvisiert haben würde. Es war ein Augenblick, den jeder ordentliche Politiker deutschen Zuschnitts benutzt hätte, um wenigstens den unzugänglichen Verhandlungspartner atmosphärisch unter Druck zu setzen. Allein, Willy Brandt hatte es sehr eilig, mit Stoph im Hotel zu verschwinden. Er blickte sich dabei nicht einmal um - so als wollte er verbergen, daß bei ihm just unter der Politschminke eines Messias die Gesichtszüge eines Judas hervortraten. Die SPD erreichte damit das Niveau der Erfüllungspolitik, das die SED von den Deutschen in der DDR isolierte.

Die Entnationalisierung der Bonner Republik durch die SPD hatte jedoch noch mehr Hintergrund als die Emigrantenpsychose ihres Führers. Die Partei setzte seine Politik nach dem pittoresken Ende seiner Kanzlerschaft, das die Verstrickungen verursachten, in die Brandt als Kanzler und Lebemann durch einen DDR-Spion als persönlichem Referenten geraten, ungerührt und verstärkt fort. Helmut Schmidt sah zu, wie 1979 im Gefolge einer Horror-Schnulze eine vierte Entnazifizierungswelle auf Bonn zurollte.[20] Wäre

[20] Armin Mohler, Vergangenheitsbewältigung, 2. erw. Auflage, Krefeld 1980.

der "Fragebogen" Ernst von Salomons erst 1978 erschienen, hätte man ihn so verketzert wie die "Geschichte der Deutschen" von Diwald. Bundeskanzler Schmidt machte sich endlich auch die Ansichten Levi Eschkols zu eigen, die Adenauer energisch zurückgewiesen hatte. Am 85. Geburtstag von Nahum Goldmann erklärte er in Amsterdam, flankiert vom FDP-Führer Genscher und CDU-Führer Kohl, die Bundesregierung werde dafür sorgen, daß die deutschen Verbrechen an den Juden nie in Vergessenheit gerieten[21]. Schmidt nannte dabei jene Ziffer, deren Höhe als legendär gelten kann, während die Zahlen, die Adenauer 1949 in Bern über die Verbrechen an Deutschen mitteilte, von der Forschung in grosso modo bestätigt wurden - deren letzte, dickleibig belegte Ergebnisse dieselbe Bundesregierung unter Verschluß hielt; dieselbe schämte sich auch nicht, irritierte Deutsche, darunter Jugendliche, gerichtlich zu verfolgen, weil sie nun gar nichts mehr glauben wollen.

Der Machtwechsel von 1969 als endgültiger Sieg über Hitler war bei Brandt nicht aus dem Moment geboren. Solange die SPD in alter Weise auf die soziale Frage setzte, konnte sie keine Wahl gewinnen, weil die soziale Frage in Deutschland schon lange mit einem Erfolg behandelt wurde, der sozialdemokratischer Rezepte nicht bedurfte. Die Parteiführung war lange ratlos. Dann schlug in die Baracke wie ein Blitz die Studentenrevolte ein, die in Windeseile die Universitäten überrumpelte. Sie bot ein Lehrstück der Gesellschaftsreform, wie das später einmal Hans Matthöfer im Fernsehen verraten hat. Der erste Akt war eine Generalattacke auf die politische Vergangenheit erklecklicher Ordinarien gewesen. So ist die Vergangenheitsbewältigung zum Vehikel sozialdemokratischer Machtergreifung und Machtbehauptung geworden.

Hier war aber ein fabelhafter Ansatz für den nichtsozialdemokratischen Politiker gegeben, sich aus der Rolle des Mediums zu befreien, in die ihn von 1969 an ein fauler politischer Zauber versetzte. Wenn offenkundig wird, daß

[21] Die Welt und Süddeutsche Zeitung, 9.7.1980.

die Entnationalisierung der Bonner Republik nicht das Opfer war, das die Deutschen für die Menschheit und Europa zu bringen hatten, sondern schäbigem Parteiinteresse diente, könnte die Stunde der Renationalisierung schlagen. Ein so aufmerksamer Beobachter der bundesdeutschen Szenerie wie der französische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Miksche hatte schon 1972 geschrieben: "Möge die Ausrüstung der Bundeswehr noch so modern sein, ohne eine `Re-education´ zu einem gesunden nationalen Bewußtsein fällt es schwer, an die Sicherheit der Bundesrepublik und Westeuropas zu glauben."[22]

Es ist dabei zuallererst das factum brutum der Ära Brandt und Schmidt zu beseitigen, das in dem Paradox besteht, den politischen Geist der rein von sich aus stärker und stärker gewordenen Bundesrepublik Deutschland weit vor ihre Gründung in die tiefste Besatzungszeit zurückgescheucht zu haben. Die Sozialdemokratie hat mit der Vergangenheitsbewältigung einen solchen parteilichen Mißbrauch getrieben, daß zur Gesundung des nationalen Bewußtseins die schon oft und von verschiedenen Seiten geforderte Generalamnestie nicht mehr ausreichen dürfte. Es wird Zeit, sich zu überlegen, was mit den KZ-Gedenkstätten geschehen soll, deren kathartische Funktionen längst von Usancen moralischer Einschüchterungen zum Zwecke materieller Vorteile überspielt werden.

"Wenn guter Wille nicht anerkannt wird", hatte Adenauer in Israel gesagt, "dann kann daraus nichts Gutes entstehen." Das war höflich gesagt und hart gemeint. Deutlicher gesagt, hieße das: "Wenn guter Wille nicht anerkannt wird, dann muß Böses daraus, wenn nicht Schlimmeres entstehen." Das wird der Fall sein, wenn die Deutschen noch weiterhin Bußrituale wegen deutscher Verbrechen befolgen müssen und die Verbrechen an Deutschen vergessen sollen, mit denen sich ihre Verüber öffentlich brüsteten. Es würde aber auch der Fall sein, wenn es gar keine Verbrechen an Deutschen gegeben hätte. Denn man kann von einem Volk nicht

[22] Ferdinand Otto Miksche, Rüstungswettlauf. Stuttgart 1972, S. 173.

auf unabsehbare Zeit Bußbekundungen für Untaten verlangen, an denen die Generationen, die sie fortgesetzt äußern sollen, völlig unschuldig sind. Es handelte sich dabei außerdem um Untaten, die selbst in der politischen Bewegung, in der sie geschehen sind, umstritten waren. Überdies kann keinem Volk zugemutet werden, unausgesetzt vor die Schandmale seiner Geschichte gezerrt zu werden. Es ist deshalb vielleicht ein Akt politischer Klugheit, diese Gedenkstätten spurlos zu schleifen, bevor sich eines Tages der Volkszorn an ihnen vergreift. An ihre Stelle, wenn auch an anderen Orten, sollten Denkmäler für die irregulären Opfer errichtet werden, die der Zweite Weltkrieg quer durch die Fronten gefordert hatte. Sie wären seinem Charakter als Weltbürgerkrieg angemessener und auch der Völkerversöhnung dienlicher - wie die Grabmäler des unbekannten Soldaten.

Allein mit Hilfe öffentlicher Notstände, wie sich Schelsky das für den Finanzbereich vorgestellt hat[23], geht es nicht wieder aufwärts. Denn die öffentlichen Notstände, die kommen werden, dürften nicht mit approbierten Mitteln und Ideen zu beheben sein. Das trifft auf die lächerlichen Notstandsgesetze zu, auf die klägliche Integrationskraft der Indurstriegesellschaft, die jämmerliche Solidarität der Demokraten oder auf den schwafelnden Krisenstab, der den Eindruck macht, als gäbe es im Ernstfall immer noch genug Zeit für eine menügesättigte Debatte - und nicht zuletzt auf den biederen Verfassungspatriotismus, der nach Schildbürgerart diese ganze institutionalisierte Ohnmacht verewigen möchte. Die Notstände können erst behoben werden, wenn das nationale Bewußtsein so gesund ist, daß sich die Verantwortlichen zu diesem Zweck auf die deutsche Verfassungsgeschichte zurückbesinnen, ohne Angst, in den "rechten Sumpf" zu geraten, wie Brandt sagen würde.

Wir leben faktisch nicht mehr in der Zeit der Hochkommissare, als McCloys Empfehlung, die autoritären Nachwirkungen Bismarcks aufzuspüren und zu bekämpfen,

[23] Helmut Schelsky, Die Arbeit tun die anderen. 2. erw. Aufl. Köln 1975. S. 389

Befehl war. Heute könnte uns niemand hindern, eine Orientierung in dieser Richtung zu suchen, um die galoppierende Auflösung des Gemeinwesens abzubremsen. Welchen Erfolg die SPD mit ihrem faulen Zauber hatte, jenen Befehlsstand fiktiv wiederherzustellen, zeigte sich im dreißigsten Jahr des Grundgesetzes, als Bundespräsident Carstens, der als ein nationalkonservativer Mann galt, bei seinem Amtsantritt in einer Rückschau auf deutsche Verfassungen das Verfassungswerk der Bismarckschen Reichseinigung ausließ - obgleich doch seine maßgeblichen Kommentatoren Paul Laband, Georg Meier und Georg Jellinek deutsche Juden gewesen waren[24]. Die ersten Schritte zu einer Restituierung Deutschlands auf innenpolitischer Ebene sind nicht allein innenpolitisch geboten, sie sind außenpolitisch ohne weiteres praktikabel. Mikisches Besorgnisse über die mangelnde deutsche Widerstandskraft galten schließlich auch der Zukunft Frankreichs.

Die Restituierung Deutschlands als Subjekt der Weltpolitik bedeutet, von fundamentalen Entscheidungen und Vorstellungen der Nachkriegszeit Abschied zu nehmen - vom Gewaltverzicht, von der Demokratisierung, vom Pluralismus, von der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit,

[24] John McCloy hat, in: Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 280, als Hoher Kommissar über die Umerziehung gesagt: "Ich will mich dabei nicht auf den Einfluß ehemaliger Nazis beschränken, sondern es wäre vielleicht auch gut, wenn man weiter in die Geschichte zurückgreifen und sich mit dem Einfluß der Bismarckschen Einstellung befassen würde." Der Bundespräsident Carstens erfüllte mit seiner Unterdrückung der Bismarckschen Verfassung noch am 1.7.1979 Besatzungsaufträge. Gleiches gilt für bundesdeutsche Historiker von Martin Göhring, Bismarcks Erben 1890 - 1945 - Deutschlands Weg von Wilhelm II. bis Adolf Hitler, Wiesbaden 1958, bis zu Andreas Hillgruber, Die gescheiterte Großmacht - Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871 - 1945. Düsseldorf 1980. Zur Aura, in der solche Untertänigkeit erwächst, vgl. Armin Mohler, Vergangenheitsbewältigung, 2. Aufl. aaO, S. 115, wo ein Bericht über ein Internierungslager zitiert ist, in dem der alliierte Offizier das Verhör mit dem Wutausbruch abbrach: "Raus! Mich interessiert nicht Ihr Drecks-Nationalsozialismus. Uns interessiert das Deutsche Reich unter Bismarck und Wilhelm II. Hitler war nur der Mann, der es fortsetzte, und das dulden wir nicht." Es gehört zum Selbstverständnis der Erfüllungsgeschichtler, die großen deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts als Diener von Herrschaftsinteressen, frei nach dem "Untertan" von Heinrich Mann, madig zu machen, der doch in seinem Lebensrückblick "Ein Zeitalter wird besichtigt" ein versöhnliches Lob Friedrichs des Großen und Bismarcks angestimmt hat.

von europäischen Garantien und anderen schönen Redensarten mehr. Es geht um die Wiederherstellung der deutschen Identität nach innen und außen.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Kontinuität noch nicht so abgebrochen, daß man mit der Begründung des neuen Gemeinwesens die Staatspitze entmachtete. Die Weimarer Republik konnte sich, im Gegensatz zu der herrschenden Lehre, die der Anti-Bismarck-Affekt der Alliierten und der Emigranten hervortrieb, nur durch die starke Position des Reichspräsidenten bis 1933 halten. Hätte es schon damals die Weisheit der Väter des Grundgesetzes gegeben, wären die Nationalsozialisten noch früher an die Macht gelangt. Diesem Irrtum hat auch Adenauer folgenschweren Tribut gezollt, als er ohne Arg die Augenblicksstimmung teilte, die Stellung des Bundespräsidenten zugunsten der Stellung des Bundeskanzlers zu schwächen[25]. Daß damit eine Entwicklung anhob, die dem Bundespräsidenten nur noch eine parasitäre Existenz einräumt, so wie im Fortschreiten des Konstitutionalismus das Königtum parasitär geworden ist, hat freilich auch die Staatsrechtswissenschaft noch nicht begriffen.

Die Reduzierung des Bundespräsidenten auf ein reines Symbol hat die Bundesrepublik sehr schnell zu einem Spielball der Parteieninteressen werden lassen. Das Präsidentenamt war als Instanz zu schwach, als Gegengewicht zu den Parteiregierungen das Ganze zur Geltung zu bringen. Es kann dieses Gegengewicht deshalb auch nicht repräsentieren. Hierin liegt der tiefste Grund für den stattgehabten Zerfall des Nationalbewußtseins in Parteiideologien. Mit ihm erlosch notwendigerweise auch der gesamtdeutsche Impuls. Einheit eines Volkes als Nation und Parteien-Pluralismus schließen sich gegenseitig aus. Der Pluralismus kann aber die Nation nicht ersetzen, weil seine Konsistenz von Integrationen abhängt, die ernsthafte Belastungen nicht aushalten. Die schwache Stellung des Bundespräsi-

[25] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 153; dazu seine späteren Überlegungen, als er selbst mit dem Gedanken spielte, Bundespräsident zu werden: Bd. 3, Kap. 15.

denten höhlte schießlich auch die starke Stellung des Kanzlers aus, der, nicht mehr am Portepee zu fassen, nur noch Regierungsgeschäfte kennt. Adenauer wußte das Kanzleramt noch maximal wahrzunehmen. Schmidt hat sich bereits gerühmt, die Richtlinienkompetenz des Kanzlers nie in Anspruch genommen zu haben. Wer im Staat nur noch einen Betrieb sieht, kann das auch nicht. Das aber bedeutet einen Verfall der Exekutive in fortwuchernden Gesetzgebungsdschungel, der nicht gelichtet werden kann, weil die Benutzung der Machete untersagt ist. In dieser Lage kann tatsächlich nur ein Rückgriff auf den "guten, alten Obrigkeitsstaat" helfen, wie ohnmächtige Kritiker und Veränderer die deutsche Art, Politik zu machen, verhöhnen.

Die Bonner Republik wurde durch ihre immanente Fehlentwicklung unfähig und unwillig, die deutsche Frage zu lösen. Aller Verfassungspatriotismus hat sie nicht daran gehindert, die Intentionen des Grundgesetzes über die deutsche Einheit und über die deutschen Gebiete des Ostens[26] zu juristischem Formelkram, wie Brandt einmal spottete, verblassen zu lassen. Gegenteilige Beteuerungen wurden seltener und unaufrichtiger. Kein Land kann ungestraft aus der Politik in die Jurisprudenz flüchten. Es war de facto sicher so, wie Alois Bude in einem Leserbrief an die "Welt" vom 30. Mai 1980 schrieb: "Offensichtlich hat Bonn die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße bereits endgültig abgeschrieben - trotz der immer wieder hochgespielten `Friedensvertragsvorbehalte´ in den Ost- und Westverträgen." Das galt offensichtlich auch für das Gebiet der DDR. In diesen Beziehungen hinterläßt das Fazit von Wilhelm Grewe, dem schärfsten und mutigsten Kritiker dieser Vertragspolitik auf Bonner Ebene, einen niederschmetternden Eindruck[27]. Es sähe nicht gut aus, wenn die auflösenden Tendenzen des Gemeinwesens nicht eine nationale Dialektik ankurbeln könnten, die sich über Verrat und Verzweiflung und Seinsvergessenheit hinwegsetzen würde. Bonn ist gottseidank Weimar!

[26] Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 1, S. 152.

[27] Wilhelm Grewe, Rückblenden 1951 - 1976, Frankfurt a. M. 1979, S. 689.

Die Bundesrepublik kann sich durch Renationalisierung nicht stabilisieren, ohne zur Keimzelle eines Vierten Reiches zu werden. Bündelt sie die nationalen Kräfte, die auf der Straße liegen, um den Abwärtstrend zu wenden, wird sie von ihnen über sie hinausgehoben, um die geteilten und abgetrennten Gebiete wieder zu versammeln. Sie kann Deutschland in sich nur wiederherstellen, wenn sie es als Ganzes aus sich heraus restituiert: in den Etappen zwar des jeweils Erreichbaren, doch mit dem stets gegenwärtigen Endziel, es innerhalb der geschichtlichen Grenzen, von der Memel bis an die Etsch, neu zu erschaffen.

Die Grenzen von 1937, die in der Öffentlichkeit über die Wiedervereinigung mit der DDR hinaus allenfalls noch, zaghaft, zur Sprache gebracht wurden, würden das alliierte Hauptziel in den beiden Weltkriegen nicht revidieren, das darin bestand, Mitteleuropa zu zerschlagen. Man sprach in der Bonner Republik wohl von drei deutschen Literaturen, aber merkwürdigerweise nicht von drei deutschen Staaten, als hätte man Angst, mit dieser Wendung die österreichischen Provinzen dem Wiedervereinigungsdenken zuzuspielen. Dabei ist Österreich ein politisches Gebilde, das auf einer Lebenslüge errichtet worden ist: auf der Lüge vom Ergebnis einer eigenen, von der deutschen unabhängigen, ihr sogar entgegengesetzten Geschichte. Alle rückwärtsgewandte Romantik, in der die Habsburger einer europäischen Universalmonarchie nachhingen, hatte nie den Zusammenhang mit dem Reich geleugnet, dessen Träger diese Dynastie lange gewesen ist. Es hätte sonst im 19. Jahrhundert keinen Streit zwischen groß- und kleindeutschen Lösungen geben können, von denen die letztere, auch bei Bismarck, nie etwas anderes als eine Etappe sein sollte[28]. Als der Vielvölkerstaat 1918 auseinanderbrach, verhinderte nur das alliierte Anschlußverbot die sofortige Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Der Anschluß, von dem sich heute die Wiener und die Bonner Machthaber samt ihrer Medienklientel rituell distanzieren, ist nicht allein Hitlers Ziel gewesen. Er gehörte zu den erklärten außenpolitischen Zielen der Weimarer und der ersten Wiener Republik[29]. Ihn wollten vor allem die österreichischen Sozialdemokraten, voran ihr Führer Karl Renner, ihr Kronjurist Hans Kelsen, der 1927 eigens eine Abhandlung über "Die staatsrechliche Durchführung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich" mit dem hymnischen Ausblick schrieb: "Es ist freilich nur Zukunftsmusik, die wir gemacht haben. Aber ich weiß mich eins mit allen Deutschen, an die sich diese Ausführungen richten, in der Hoffnung, daß der Grundakkord dieser Musik, der heute nur als ein leiser Klang aus unbekannten Fernen zu uns herübertönt, daß dieser Zusammenklang der Stimmmen aller deutschen Stämme einst gewaltig durch die Welt brausen wird, zur Ehre und zum Ruhm einer Völkergemeinschaft, die auch dem deutschen Volke sein Recht, weil seinen Staat gewährt."[30] Sogar als Hitler den Anschluß auf seine Weise durchführte, erklärte Renner: "Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, und wir haben Genugtuung errungen für die Demütigung des Jahres 1918/1919. Ich müßte meine ganze Vergangenheit verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat nicht begrüßen würde. Die ehemaligen Sozialdemokraten werden mit einem Ja stimmen." Daß diese selben Männer sich nach 1945 nicht scheuten, den alliierten Befehl einer neuen Separation zu erfüllen, Renner als erster Bundespräsident, Kelsen mit der modifizierten Neuauflage der Verfassung von 1920, stattete die Lebenslüge der zweiten Wiener Republik mit einer Bombe aus, deren Explosion jederzeit von einem wirtschaftlichen Niedergang ausgelöst werden kann. Was die "österreichische Nation" wert ist, zeigt das

[28] Vgl. Erich Marcks, Der Aufstieg des Reiches, Stuttgart 1936, vom preußischen Standpunkt, vom österreichischen Standpunkt Heinrich von Srbik, Deutsche Einheit, München 1935 - 1942.

[29] Otto Meissner, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Hamburg 1950, S. 443 ff.; Wolf Kalz, Bedingungslose Kapitulation - die Fortsetzung des Krieges mit moralischen Mitteln. Deutschland Geschichte und Gegenwart, 2/1975.

[30] Hans Kelsen, Die staatsrechtliche Durchführung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich. Zeitschrift für öffentliches Recht, Bd. VI, Heft 3, S. 24.

Identitätsgefühl der Südtiroler, die sich als Deutsche, nicht als Österreicher verstehen[31].

Die Zerschlagung Mitteleuropas hatte für die Alliierten den sinnvollen Zweck, eine Lage zu schaffen, die beiden Weltkriegen Rechnung tragen sollte. Allein, die Rechnung ging nicht auf. Das Finis Germaniae fand nicht statt, und auch der Weltfriede kam nicht. Die westlichen Alliierten fühlten sich lange von ihrem östlichen Alliierten bedroht. Dieses sinnlose Ergebnis berechtigt nun eine deutsche Revisionspolitik, ihrerseits eine Lage anzustreben, die aus beiden Weltkriegen, und zwar angemessener, Konsequenzen zieht. Das hieße, Deutschland eben nicht als Brücke, sondern als Bollwerk zwischen Ost und West wiederherzustellen. Ein Deutschland innerhalb seiner geschichtlichen Grenzen wäre nicht nur das Ziel, das allein die Kräfte dieses großen Volkes befriedigte, es böte für die westeuropäischen Völker auch den einzigen dauerhaften Schutz vor den östlichen Zugriffen und Unterwerfungsabsichten, nachdem Amerika dies nicht mehr kann und will und die europäische Gemeinschaft, die es will, nicht zu einer politisch handlungsfähigen Einheit verschmelzen kann.

Die Freund-Feind-Frage

Die UdSSR war für eine Wiederherstellung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlichen Grenzen der stärkste Feind. Sie ist der Vollstrecker des gewaltigsten Landraubes, der je an Deutschland begangen worden ist. Der Raub deutschen Bodens ist nicht zu rechtfertigen mit der imperialistischen

[31] Otto Meissner, aaO, S. 454 f.; zur Identität der Südtiroler: Hellmut Diwald, Das Lindenblatt ist unverläßlich - Bemerkungen zur deutschen Identität, Criticón 60/61, S. 197; grundlegend: Norbert Burger, Südtirol - wohin?, Leoni, 2. erw. Auflage 1969. Es ist ein Kapitel für sich, daß die "österreichische Nation" im Exil von Ernst Fischer in Moskau und Otto von Habsburg in New York zusammengebastelt wurde - ein Kapitel mit der Pointe, daß weder die Kommunisten noch die Monarchisten je Aussicht hatten, die Regierungsgeschäfte in Wien zu übernehmen.

Politik, die das Dritte Reich während des Zweiten Weltkrieges in Osteuropa geführt hat: sie hat zu einem unausweichlichen Gegenschlag herausgefordert und, als der kam, den Krieg verloren. Der Kreml lebt in der berechtigten Furcht, daß ihm nun ein solcher Gegenschlag bevorsteht.

Es gehörte zu den großen Torheiten deutscher Nachkriegspolitik, zu meinen, der Schlüssel der Wiedervereinigung läge in Moskau. Die Neutralisten haben das gedacht, die auf Stalins Offerte von 1952 eingehen wollten. Die sozialliberale Koalition hat das zur Begründung ihrer Ostpolitik ausgegeben, aber im Grunde nie geglaubt. Die Nationalbolschewisten hielten daran fest, weil sie sich einbilden, sie seien die einzigen, die mit dem Kreml reden könnten. Aber auch Adenauer ist von diesem Irrtum nicht ganz freigeblieben, wenn er glaubte, die Sowjetrussen würden unter entsprechendem Druck die geraubten Gebiete schon wieder herausrücken.

Es war ein Irrglaube, anzunehmen, es ließe sich mit einem Verzicht auf Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien das Gebiet der DDR einhandeln. Es war eine Illusion, sich einzureden, man könne nur noch auf eine Wiedervereinigung mit der DDR hoffen, weil alles andere doch unwiederbringlich verloren sei. Potsdam und Dresden fallen erst, wenn auch Königsberg und Breslau zum Fall reif werden. Eine Wiederherstellung Deutschlands ist gegen die UdSSR durchzusetzen.

Wäre die Sowjetunion so stabil, wie Otto Westphal 1950 und Anold Gehlen noch 1970 wähnten, hätte es allerdings keinen Zweck, auf eine Zukunft Deutschlands auch nur einen Gedanken zu verschwenden. Sie würde in ihrem weltrevolutionärem Drange keinen Anlaß sehen, auf eine Position zu verzichten, schon gar nicht auf ein deutsches Sprungbrett nach Westeuropa. Die Verhältnisse sind nicht so. Auch der sowjetrussische Pfeiler der Zwei-Mächte-Weltherrschaft ist morsch, aber deswegen nicht nachgiebiger. Würde eine starke Sowjetunion aus offensiven Gründen kein Terrain preisgeben, so kann sich das eine schwache Sowjetunion aus defensiven Gründen nicht leisten.

Die Sowjetunion ist ein militärischer Koloß auf den tönernen Füßen einer politischen Ökonomie, die in der Praxis versagt, was sie theoretisch verheißt. So taumelte sie seit Anbeginn zwischen Reformen, um nicht wirtschaftlich, und Restriktionen, um nicht politisch zugrundezugehen, von einer Krise in die andere. Was sich in ihren eigenen Ländern ereignete, wiederholte sich bei allen ihren Satelliten. Der Kommunismus hat in keinem Lande lebendige Wurzeln schlagen können.

Wenn die Kommunisten im Kreml, aus welchen Gründen immer, die DDR aufgeben sollten, setzten sie deshalb einen Liquidationsprozeß in Gang, den sie nicht mehr eindämmen könnten. Ein Ausscheren Ost-Berlins muß auf Warschau, Prag, Budapest, Bukarest und auch auf Sofia so stimulierend wirken, daß der ganze Satellitengürtel ins Wanken gerät. Und sollten sich die Kommunisten im Kreml entschließen, auch diese Länder aufzugeben, um die Front zu begradigen, so ermuntern sie die Emanzipationstendenzen in den Randrepubliken: von den baltischen Ländern rund herum bis tief nach Asien hinein. Am Ende müssen sie um ihre Herrschaft im eigenen Lande bangen. Das sowjetrussische Regime steht und fällt mit seiner Dependance in der DDR.

Die Sowjetunion ist auch noch aus einem anderen Grunde revisionsunfähig. Sie hat sich 1944/45 vom Taumel des Sieges hinreißen lassen, überall, wo sie es konnte, Grenzen zu ihrem Vorteil zu verschieben. Sie verschaffte Polen die deutschen Gebiete hinter Oder und Neiße zu dem Preis der Abtretung Ostpolens mit der Folge, daß heute anderthalb Millionen Polen in der Sowjetunion ohne Autonomiestatus leben müssen. Sie erzwang sich von Rumänien Bessarabien und von der Slowakei die Karpato-Ukraine. Durch die willkürliche rumänisch-ungarische Grenze gibt es zwischen Bukarest und Budapest Territorialstreitigkeiten über Siebenbürgen wie in der mazedonischen Frage zwischen Bulgarien und Jugoslawien. In Ostasien fechten Japan und China sowjetrussische Grenzziehungen an. Nur eine Konzession, und das ganze Gebäude der sowjetrussischen Eroberungen im Zweiten Weltkrieg bricht zusammen. Der Ostblock ist ein Kessel, in dem es aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen brodelt. Eine Wiederherstellung Deutschlands in seinen geschichtlichen Grenzen kann daher starke potentielle Stützen finden. Schon Tschou En-lai, der Außenminister der Ära Mao Tse-tung, hatte bewußt nie von Kaliningrad, sondern immer nur von Königsberg gesprochen. Man muß diese Wiederherstellung allerdings wollen. Helmut Schmidts Rede von dem Hin- und Hergeschiebe der Grenzen, das nun einmal ein Ende haben müsse, war vor diesem Hintergrund national und international gleich erbärmlich. Aber auch Strauß schien nicht besser abschneiden zu wollen. Wie konnte man sich von einem Mann eine Revisionspolitik versprechen, der selbst die militärische Besetzung des Rheinlandes durch Hitler im Jahre 1936 als einen Bruch des Versailler Vertrages verwarf? Wollte auch Strauß Erzberger übertrumpfen?

Eine deutsche Revisionspolitik kann sich heute gegenüber der Sowjetunion mit einem guten Gewissen rüsten. Die UdSSR steht als ein aus vielen Gründen verfehltes Imperium und als letzte Kolonialmacht zu weltgeschichtlicher Disposition. Sie wäre wohl längst auseinandergeflogen, wenn der Westen ihr, in der Absicht, sie ansprechbarer zu machen, nicht immer wieder unter die Arme gegriffen hätte. Sie wäre ohne die Vermittlung westlicher Technologie auch militärisch nicht so stark, wie sie ist; woran auch Bonn führend beteiligt war, ohne das Pervertierte solcher Politik zu empfinden. Die Entwicklungshilfe für ein Regime, dessen Stabilität von der Dauer der deutschen Teilung abhing, war nur eine der zahlreichen politischen Perversionen, die Bonn für Nachweise Hoher Schule hält. Eine andere ist das kriecherische Schuldgefühl gegenüber der Sowjetunion, auf deren Ausrottungskonto nicht nur mehr Sowjetbürger, sondern sogar mehr Sowjetkommunisten stehen, als in der Folge der deutschen Besatzung umkamen[32]. Oder die bigotte Verhaltensregel nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, man dürfe jetzt den Kreml nur ja nicht isolieren! Das ging bis hinab zu der kaum noch charakterisierba-

ren Koinzidenz, daß man nationalrevolutionäre Bewegungen im hinterletzten Busch finanziert, aber im eigenen Lande schon einen nationalrevolutionären Hauch mit Repressalien bis zur Verfolgung belegt.

Dieser schiere Marasmus ist die Quittung für den smarten Dispens von der Freund-Feind-Frage, den sich Bonn im Banne der Ostverträge leistete. Man hatte sie nur zu gern fahrengelassen. Das Freund-Feind-Verhältnis, wie es Carl Schmitt 1927 dem "Begriff des Politischen" zugrundelegte, galt als ein barbarisches Überbleibsel, das von einer Universalpolitik überholt sei, die alles weltinnenpolitisch kläre und löse. Man hatte deshalb den "Kalten Krieg" als ungebührlichen Rückfall nur widerwillig mitgemacht und die "Entspannung" als endgültigen Schritt zur globalen Pazifizierung gesehen, hinter den nun unter gar keinen Umständen wieder zurückgegangen werden dürfe. Diese Stimmung beherrschte die bundesdeutsche Politik und Politologie schon so frühzeitig, daß beim Rücktritt und beim Tode Adenauers ein erleichtertes Aufatmen durch die verschiedenen Etagen des Establishments ging, während dem Volk in einer dumpfen Schrecksekunde der Atem gefror. Man hat damit jedoch nur erreicht, daß in greifbare Nähe gerückt war, was Carl Schmitt vorausgesagt hatte: "Dadurch, daß ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk."[33] Die Bonner Republik hatte es auf diesem Wege weit gebracht. Die Pointe, daß eine Regierung, die keinen Feind mehr will, am Ende das eigene Volk, das mangels Schwäche nicht verschwinden will, zum Feind hat, ist allerdings ein retardierendes Moment mit kräftigen Umkehrqualitäten.

Die Bestimmung der Sowjetunion als Feind hätte neben

[32] Vgl. hierzu Adenauers konsequentes Auftreten in Moskau mit der nachgiebigeren Haltung seines Reisebegleiters Carlo Schmid in: Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. 2, Kap. 13.

[33] Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Ausgabe Berlin 1963, S. 54.

dem politischen Zweck auch einen sittlichen erfüllt. Eine kampfbereite Differenz kann die schon fast eingeebnete Identität der Deutschen wieder hervortreiben und befestigen, ohne die keines ihrer Provisorien überlebensfähig ist. Wer hier Zeter und Mordio schreien möchte, erinnere sich. Die Idee der Paideia, die Humanisten aller Farben so unaufhörlich bewundern, setzte nichts anderes voraus. Kein Element der Polis hätte sich ausbilden können ohne die beständige, geistig-militante Abgrenzung der Griechen von den Barbaren, wie das von Herodot bis Euripides nachzulesen ist. Die Freund-Feind-Frage ist für jedes politische Gemeinwesen konstitutiv gewesen. Sie ist im Wesen ihres Grundes nichts anderes als die Übertragung des Satzes über die Bestimmung aus der Negation von der Erkenntnistheorie in die Geschichte.

Die Feinderklärung wäre noch keine Kriegserklärung, schließt aber einen Krieg nicht aus. Deutschland kann unter Umständen ohne Krieg wiederhergestellt werden, aber ganz bestimmt nicht ohne ausdauernde Kriegsbereitschaft und Kriegsfähigkeit. Die arme Bundeswehr, die keine Feindbilder haben darf, hatte solche Qualitäten nie.

Eine Feinderklärung der Sowjetunion durch die Bundesrepublik Deutschland wäre übrigens alles andere als ein Akt einseitiger Willkür gewesen. Sie wurde Bonn von Moskau eigentlich jeden Tag mehr oder weniger drastisch nahegelegt. Sie wäre die Anerkennung des tatsächlichen Verhältnisses, mit dem Unterschied freilich, daß sich David gegenüber Goliath endlich auf seine Schleuder besinnt. Die Aura der Bibel ist aus dem Kreml noch nicht so lange verbannt, um die Annahme zu rechtfertigen, daß man dort nicht mehr wisse, was das bedeutet.

Die Bundesrepublik Deutschland hätte schließlich nur durch eine saubere Feindbestimmung zuverlässige Freunde erwerben können. Es gab in Mittelwest-, Südwest- und Nordwesteuropa genügend mobilisierbare Abwehrkräfte gegen die sowjetische Expansion. Sowenig die sozialliberale und nationalbolschewistische Tabuisierung des Antikommunismus, frei nach Thomas Mann, zur Grundtorheit

der Epoche die erfahrungstief eingewurzelten Abneigungen in der Bundesrepublik berühren konnte, so wenig ging in anderen Ländern bei allen eurokommunistischen Maskenfesten die letzte Scheu verloren, auch da nicht, wo Kommunisten in der Verwaltung saßen. Die Lage in Ländern mit starken kommunistischen Reservearmeen ist gegen alle pessimistischen Prognosen ebenfalls nicht umgekippt: in Frankreich nicht, wo geschickte politische Schaustellung die Leere nach de Gaulles Abgang verdeckt, auch nicht in dem steuerlosen Italien, selbst beim revolutionären Umbruch in Portugal nicht. Die Bundesrepublik Deutschland hatte mit dem koordinierbaren westeuropäischen Potential den Rücken frei für einen härteren Kurs gegenüber der Sowjetunion. Es wird sich nichts gegen sie zusammenbrauen, wenn sie die Entspannungspolitik aufgibt, weil sie deutsche Interessen schädigt. Das Geschrei der Entspannungsgewinnler auf Staatskosten wird zu ertragen sein.

Einen solchen Kurswechsel empfahlen die Oppositionellen im Ostblock überdies seit langem. Die Bestimmung der Sowjetunion als Feind hätte der Bundesrepublik Deutschland auch Freunde quer durch diesen Teil Europas eingebracht, wenn sie auch ein Potential bildeten, das noch nicht koordinierbar war. Es gab kein Volk, das die hegemoniale Diktatur des Kreml nicht lieber heute als morgen vom Hals hätte. Hier hätten die Deutschen wirklich etwas wiedergutmachen können. Hitlers fanatische Ostpolitik hat nicht nur die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg verschuldet, sie hat einen Prozeß eingeleitet, in dem die Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer Selbstständigkeit und Identität verloren, und auch die große Chance zerstört, die mit dem Einmarsch der deutschen Truppen für die Sowjetvölker (einschließlich der Russen) bestand, den Kommunismus abzuschütteln. Das potentielle Geschrei der osteuropäischen Machthaber über eine Aufkündigung der schmutzigen Komplicenschaft, in die Bonn mit der Entspannung hineinrutschte, hätte diese Sachverhalte nur bestätigt.

Die Wiederherstellung Deutschlands in seinen geschichtlichen Grenzen verdankt diesem Hintergrund die klarsten

Aussichten. Sie ist der archimedische Punkt, von dem aus der Status quo aus den Angeln gehoben werden kann, der nach dem Krieg so vielen Völkern die Knechtschaft bescherte.

Die Militärfrage

Der aktuelle Ansatz für eine deutsche Orientierung der Bonner Republik ist der Zwang der Zeitläufe, die Verteidigung Europas auf eigene Füße zu stellen. Was Adenauer und de Gaulle einst sprießen sahen, ist jetzt aufgegangen. Der amerikanische Schirm hat seine universale Spannkraft verloren. Die Einbuße folgte nicht aus Zufällen, sondern aus der Natur der Dinge und der Logik der Ereignisse. Daran wird auch ein stärkerer Präsident im Weißen Haus nichts ändern. Die USA wollen und können Europa nicht mehr in der bisherigen Weise schützen. Das hat zwei gravierende Gründe.

Der amerikanische Schutz Europas konnte von vornherein nur eine befristete Lösung sein. Aus der Natur der Sache mußte der Schutz Europas durch sich selbst eines Tages nicht allein von Europäern gefordert, wenn sie das Unwürdige dieser Lage und seine verheerenden Folgen für die eigene Stabilität begreifen, sondern auch von Amerikanern zur Diskussion gestellt werden, wenn sie es nicht mehr länger für zumutbar halten, daß sich die Europäer auf Kosten amerikanischer Verteidigungsanstrengungen dick und dämlich fressen. Eine Frist war dieser Lösung von vornherein auch durch die natürliche Differenz der amerikanischen und europäischen Interessen gesetzt, die nur Narren für identisch halten mochten. Das imponderable Verhältnis zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml konnte die Frist jederzeit verringern oder gar aussetzen. Schon eine schwere Verwicklung Washingtons auf einem entfernten Teil des Erdballs konnte zu einer gefährlichen Entblößung Europas führen. Wenn es dazu nicht während

des Vietnam-Krieges kam, so nur deshalb, weil die USA diesen Krieg nicht mit vollem Einsatz geführt haben.

Hier liegt der zweite gravierende Grund für einen dringenden Selbstschutz Europas. Die Amerikaner haben sich in keiner einzigen militärischen Verwicklung, in die sie nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten, voll eingesetzt. Sie haben es nicht einmal zur Zeit ihres Atombombenmonopols getan. In Korea führten sie den Krieg nicht bis zu dem greifbaren Endsieg, der dem gespaltenen Lande eine nichtkommunistische Wiedervereinigung verschafft und ihre Position auf dem asiatischen Kontinent nach dem Abdriften Chinas ins kommunistische Fahrwasser wieder befestigt haben würde. Das Bravourstück der Berliner Luftbrücke hat darüber hinweggetäuscht, daß die Versorgung der Stadt auf dem Luftwege eine minimale Maßnahme gegen die Blockade darstellte, die zwar die Westsektoren rettete, doch nichts am Status ihrer Erpreßbarkeit änderte, wohingegen eine maximalere Maßnahme, zum Beispiel Berlin durch einen breiten, tief in die damalige sowjetische Besatzungszone zu schlagenden Keil den westlichen Besatzungszonen unmittelbar anzugliedern, einen beständigen Konfliktherd beseitigt und der deutschen Frage einen anderen Drall gegeben hätte. Der Bau der Berliner Mauer rief schon zwangsläufig keine Gegenmaßnahmen mehr hervor. Der Krieg in Vietnam endete mit einem Rückzug der Amerikaner, nach dem ganz Vietnam und Kambodscha den Kommunisten in die Hände fielen. Washington ließ zu, daß Moskau in Mozambique, Angola und Äthiopen seinen Fuß auf den afrikanischen Kontinent setzte und erlebte schließlich, wie der Kreml wider alle Warnungen des Weißen Hauses Afghanistan besetzte. In allen diesen Fällen ist die amerikanische Supermacht vor der sowjetrussischen Supermacht zurückgewichen. Mit der Teheraner Geiselaffäre aber wich sie vor einem Entwicklungsland zurück, von dessen Wehrstand bekannt war, daß er nicht einmal den Truppen des irakischen Nachbarn gewachsen wäre.

Die USA ist aus dieser Folge von Kompromissen, Duldungen, Niederlagen und Demütigungen als ein militärischer Koloß mit tönernen Füßen hervorgegangen. Sie befindet sich heute in der tiefsten Krise ihrer Geschichte, ohne sich ihrer Tiefe auch nur annähernd bewußt zu werden[34]. Es fehlt seit Jahren nicht an Kassandrarufen. Nixon hat noch während seiner Präsidentschaft die amerikanische Situation mit dem niedergehenden römischen Kaiserreich verglichen, aber Kissinger eine Außenpolitik treiben lassen, deren Antrieb, die Angst vor der Apokalypse des Atomkriegs, das Selbstbewußtsein Amerikas als Supermacht noch mehr zerrüttete. Die vernichtenden Analysen der politischen Dekadenz in Amerika hatten im Jahr der 200. Wiederkehr der Unabhängigkeitserklärung so wenig den Wunsch nach einer gründlichen Verfassungsrevision hervorgerufen, wie die sowjetrussischen Provokationen den befreienden Willen weckten, den heißen Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml einfach durchzuschneiden.

Washington hätte sich mit einem Akt dieser Art aus dem Desaster wie mit einem Preßschlag befreien können. Das wäre bei einem entschlossenen Präsidenten auch denkbar. Aber es könnte dabei nicht bleiben. Weitere Trennungen und Aufhebungen würden folgen müssen: die Auflösung der UNO, verschiedener Gemeinschaften und Pakte, die Schließung erklecklicher Institutionen und ständiger Kommissionen internationalen Zuschnitts und nicht zuletzt die Umkehr des Glaubens, mit Abrüstungen den Frieden zu erhalten, in die klassische Devise: si vis pacem para bellum. Am Ende stünde die ganze, auf den falschen Prämissen einer Universalpolitik beruhende Nachkriegsordnung zur Disposition. So wünschenswert und unvermeidlich dies ist, die USA wären dazu erst nach einer gründlichen Selbsterkenntnis bereit, zu der sie noch Jahrzehnte benötigen

[34] Der mutige New Yorker Politologe George Schwab hatte nachsichtig gelächelt, als ich ihm bei einer Unterhaltung in München zur Zeit der Präsidentschaft Fords erklärte, die USA seien auf dem besten Wege, zu einer weltpolitischen Provinz abzusteigen. Als ich diese Bezeichnung in einer Glosse zur Teheraner Geiselaffäre, Criticón 56 (1979), öffentlich benutzte, war sie wohl evidenter. Jedenfalls äußerten bald darauf ein Apologet der USA wie Raymond Aron und ein Repräsentant der USA wie Henry Ford über die Zukunft Amerikas tiefen Pessimismus.

dürften. Sie können sich, beschirmt von der Gnade der Geographie, diese Zeit auch leisten. Ihre Verbündeten, die keine Weltmeere entrücken, sind gezwungen, schneller umzudenken.

Man kann dem Weißen Haus von Europa aus vieles vorwerfen, aber nicht, daß es die Verbündeten nicht auf die Konsequenzen hingewiesen hätte, die dieser Umbruch diktiert. Washington hatte schon 1969 den Rahmen für eine solche Metamorphose aufgezogen, und nichts Wesentliches hat sich in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa ereignet. Dieser Rahmen ist die Doktrin, die Nixon bei einem Besuch auf Guam verkündete. Ihr Kernsatz lautet: "Wir werden zu unseren vertraglichen Verpflichtungen stehen, aber wir werden unsere Verwicklung in anderer Länder Angelegenheiten und unsere Präsenz in Übersee reduzieren." Es ist deshalb notwendig, die Verantwortungen zu teilen, "oder wir werden ohne absehbares Ende unsere Ressourcen im eitlen und fruchtlosen Bemühen erschöpfen, unsere Freunde zu dominieren und unsere Feinde auf alle Zeiten zu isolieren."[35] Da Amerika selbst in der Zeit, als es noch mit den Interessen der westlichen Welt übereinstimmte, nie uneigennützig gehandelt und oft Anlaß zu Mißtrauen geliefert hatte, hätte für jeden europäischen Politiker klar sein müssen, daß mit der Guam-Doktrin der amerikanische Nutzen für die USA nicht mehr nur die ultima, sondern auch schon die prima ratio sein würde. Allein, man wollte es nicht hören, vermutlich, weil man das Angebot einer Teilung der Verantwortungen scheute. Es paßte jedenfalls nicht in das Konzept der Denationalisierung der Bundesrepublik, das der Bonner Kanzler Brandt just in diesem Augenblick feste holzend [36] in die Tat umsetzte. Die USA bestanden damals allerdings auch nicht auf einem Vollzug der Verantwortungsteilung. Die Denationalisierung der Bonner Republik erleichterte dem Weißen Haus das angestrebte Arrangement mit dem Kreml, das ein

[35] Neue Züricher Zeitung, 24.1.1970.

[36] Willy Brandt hatte einmal erklärt, bei einem massiven Widerstand gegen seine Regierungspolitik würde geholzt werden.

deutscher Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag und gegen die Ostverträge verhindert hätte.

Washington hat 1980 unter der Bedrängnis der iranisch-afghanischen Doppelkrise das Angebot, die Verantwortungen zu teilen, wiederholt. Politiker alle Bonner Parteien sahen sich auf Reisen in die USA mit Forderungen nach verstärkten deutschen militärischen Anstrengungen konfrontiert. Der Bundeskanzler Schmidt wurde von einigen Senatoren sogar "massiv" gefragt, ob durch erhöhte Verteidigungsleistungen der Bundeswehr die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik nicht ersetzt werden könnten[37]. Desgleichen ermunterte die NATO Bonn, amerikanischen Truppenreduzierungen rechtzeitig vorzubeugen.[38] Französische Strategen gingen sogar so weit, bei der zwingenden Neuorganisierung der europäischen Verteidigung offen von einer deutschen Teilnahme an einer unabhängigen schlagkräftigen Atommacht in Europa zu sprechen[39]. Parallel häuften sich selbst in Japan, das nach den Rauchpilzen von Hiroshima und Nagasaki lange stigmatisiert und traumatisiert war, bei den mittleren und jüngeren Generationen die Forderungen nach einer atomaren Bewaffnung der Selbstverteidigungsstreitkräfte[40].

Die Lage und die Atmosphäre für eine Aufhebung des Atomwaffensperrvertrags war gegeben. Die Bundesrepublik war dabei in der glücklichen Situation, diesen Knick im deutschen Wiederaufstieg alternativ reparieren zu können: mit amerikanischer Hilfe, wenn sich die Franzosen, mit französischer, wenn sich die Amerikaner verweigern sollten. Und was machten die Politiker? Das Bonner Establishment versagte total. Unter dem Beifall der feigen, fetten Fritzen der Wohlstandsgesellschaft zweifelte der Kanzler Schmidt daran, daß die europäischen Verbündeten eine größere Bundeswehr gerne sähen, warnte der Verteidi-

[37] Süddeutsche Zeitung, 8./9.3.1980.

[38] Die Welt, 20.2.1980.

[39] Die Welt, 29.1.1980.

[40] Neue Züricher Zeitung, 18.4.1980.

gungsminister Apel Washington vor einem Truppenabzug aus Europa, erklärte der Außenminister Genscher eine Kritik am amerikanischen Führungswillen nicht für opportun und hielt ein Oppositionsführer Strauß eine militärische Emanzipation Europas für lebensgefährlich. Um einem Umdenken der Deutschen wieder einmal den Riegel vorzuschieben, holte der Holzer zu einer neuen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus[41].

Wäre die Umbruchsfrist kurz bemessen, gäbe es keine Chance, den satten Defätismus zu zerschlagen. Die französischen Strategen rechnen für eine Reorganisation der europäischen Verteidigung mit einer Zeit von 15 Jahren. Diese Spanne sollte ausreichen, daß sich die Lage herumspricht und vor dem Ende aller Sicherheit der Furor teutonicus die Entspannungsschwaden zerteilt, die den Abgrund verhüllen, der den deutschen Michel verschlingen will. Die Chance für ein Umdenken ist da. Sonst hätten die Apologeten des Abstiegs, George Kennan und Willy Brandt, die das Umdenken scheuen wie der Teufel das Weihwasser, von dieser Chance nicht die präzise Vorstellung, die sie verraten, wenn sie eine "Militarisierung des Denkens" befürchten[42]. Gerade das ist die Parole.

Die Deutschen sind ein altes Soldatenvolk. Was Machiavelli 1508 an den Deutschen so bestechend fand, war die Verbindung von Gewerbefleiß, Ordnungssinn und militärischem Geist[43]. Wer heute meint, von diesen drei Elementen gäbe es das dritte nicht mehr, täuscht sich. Die Reeducation hat die deutsche Mentalität zutiefst denaturieren, aber nicht

[41] Die Welt, 20.2.1980.

[42] Achim von Borries brachte diese Wendung gegen meine Rezension des Buches "Mut zur Macht" von Heinrich Jordis von Lohausen in der "Welt" vom 29.1.1980 vor, auf die er mit einer Seite am 20.3.1980 im "Vorwärts" reagierte.

[43] Machiavellis Berichte über Deutschland finden sich in Band 2 der Gesammelten Schriften, München 1925. Vgl. auch: Der Fürst, 10. Kap.; Discorsi, 1.Buch, 55. Kap. Eine Zusammenfassung zu aktuellen Zwecken veranstaltete der politische Theoretiker des Jungen Deutschland, Theodor Mundt, in seinem vergessenen Werk "Niccolo Machiavelli und das System der modernen Politik", Kap. 20 "Machiavellis Träume und Urteile über die Organisation Deutschlands".

so auslöschen können, daß sich kein Wehrwille mehr regt. Wenn er zuweilen auch nur zuckt, so sind diese Zuckungen doch nicht selten ungebärdig und wild[44].

Die unbegriffene Linksdrift der bundesrepublikanischen Jugend war, wie immer die Motive lauten, eine militante Absage an die Idole und Fetische, mit denen sich die denaturierte deutsche Mentalität nach 1945 einrichtete. Der Bonner Geist säte Gewaltverzicht und erntete Durst nach Gewalt, erst probierweise gegen Sachen, dann bedenkenlos gegen Menschen. Der geheiligte Kompromiß als einziges Mittel der Politk zeugte den Willen zum Konflikt. Das Paradies der Integration erweckte klassenkämpferische Reisläuferei. Die Lebensqualität des Überflusses erregte Abscheu und der Abscheu Askese, Flagellantentum, Suizide. Das erste Gebot der Bonner Republik "parlamentarische Demokratie, was sonst?" beschwor die direkte Demokratie und die direkte Demokratie schlug um sich mit direkten Aktionen. Die eingewurzelten deutschen Neigungen nach Disziplin und Opfermut tobten sich in verbotenen Spielen aus, in Geheimbündelei und Terror. Die militante Linksdrift brachte es bald zu Höchstleistungen in Demonstrationstechniken und Untergrundtaktiken. Die entsprechende internationale Szene ging regelrecht in deutsche Schule. Bände von Makulatur füllen bereits die Regale, schnell geschrieben, um diesen Erscheinungen auf den Grund zu gehen. Sie sind jedoch nichts weiter als die Kehrseite der Medaille eines Musterschülers der Demokratie, die sich Bonn mit einem frommen Augenaufschlag selbst verliehen hat. Der Geist eines Volkes läßt sich nicht ungestraft in eine fremde Form zwängen.

Ähnliche Aversionen häuften sich seit einigen Jahren in der Bundeswehr. Sie sind die Voraussetzungen jener "politischen Skandale", über die sich die Medien jeweils so entrüsten, daß sie ihr Geschäft der genauen Berichterstat-

[44] Ich sehe deshalb in einer Leserzuschrift an Criticón, die meine Gedanken über die "geistige Knechtschaft der Deutschen" zu barbarisch fand, eine Bestätigung, auf dem richtigen Wege zu sein.

tung gar nicht mehr wahrnehmen können. Es erscholl dann der Ruf, die politische Erziehung zu verstärken und zu vertiefen, die doch im Grunde solche Idiosynkrasien hervorruft. Wie soll ein normales Klima in die Kasernen einziehen, wenn die Bundeswehr immer noch, wie es bei ihrer Gründung der erste Bonner Präsident Heuss formulierte, als ein "notwendiges Übel" gilt? Wie soll das Dienen ohne unterdrückte Wut vonstatten gehen, wenn ein Bundespräsident wie Heinemann zu den Rekruten sagen konnte: ihr seid hier, um nicht eingesetzt zu werden? Wie sollen die Vorgesetzten noch unbefangen Befehle geben können, wenn derselbe Präsident die Bundeswehr eine Institution nannte, die sich selbst in Frage stellen müßte? Wie soll eine Verteidigungsbereitschaft in einer Armee entstehen, der Feindbilder untersagt sind? Es wäre geradezu unnatürlich, wenn es in einer Bundeswehr keine sporadischen Skandale gäbe, bei der, wie es F. O. Miksche ironisch angemerkt hat, die Wehrkraftzersetzung von der Spitze des Bundes her betrieben wurde[45]. Andererseits ist die militärische Struktur durchweg noch so intakt, daß sich Fälle häufen, wo Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die nach ihrem Dienst ein Studium aufnehmen oder einem Zivilberuf nachgehen möchten, zur Bundeswehr zurückstreben, weil der Zerfall des Gemeinwesens einen Grad erreicht hat, der bei ihnen Widerwillen hervorruft. Die Medien hüten sich wohlweislich, über solche Fälle auch nur in Form von knappen Notizen zu berichten, sie müßten sich der peinlichen Tatsache stellen, daß es in der Bundesrepublik wie im Dritten Reich eine Emigration aus der Gesellschaft in die Armee gibt. Sie vermeiden es aus verständlichen Gründen. Ein vernichtenderes Zeugnis für die lebenskräftige junge Demokratie in Deutschland, wie sich Bonn gerne sieht, ist schwerlich vorstellbar.

Das alles sind jedoch stichhaltige Beweise, um das dritte Element der Verbindung von Gewerbefleiß, Ordnungssinn und militärischem Geist, die Machiavelli an den Deutschen

[45] Ferdinand Miksche, Rüstungswettlauf, aaO, S. 173.

bewundert hat, nicht für erloschen zu halten. Es ist noch stark genug für den Auftrag, den deutschen Volksgeist im Ganzen wiederherzustellen. Es braucht nur unter einen nationalen Imperativ gestellt zu werden, der seinen linken und rechten Exaltationen im luftleeren Raum Halt und Ziel gibt.

Die Diskussion, die 1980 über Franz Uhle-Wettlers These geführt wurde, die deutschen Streitkräfte seien auf Kosten der Infantrie überspezialisiert[46], zeigte, daß die Bundeswehr selbst aus dem Stadium herauswollte, in dem sie nicht nur nicht eingesetzt werden soll, sondern auch nicht eingesetzt werden kann[47]. Der Wille zur Wehrhoheit ist da: vom Fußvolk bis zur Atombewaffnung. Fiele der Bundeswehr diese Wehrhoheit nach einer politischen Entscheidung zu, könnte sie in wenigen Jahren die amerikanischen Streitkräfte in Europa ersetzen, und zwar wegen existentiellen Engagements mit erhöhter Schlagkraft.

Man sage nicht, unser Gebiet sei hierfür zu klein und zu gefährdet. Die Deutschen können dies alles auch von reduziertem Terrain aus leisten, wenn sie nur wieder "Mut zur Macht" fassen, wie der österreichische General Heinrich Jordis von Lohausen in seinem geopolitischen Hauptwerk zur richtigen Stunde dargelegt hat. Selbst ganz Europa ist, in Kontinenten gedacht, nie mehr gewesen als der westliche Fortsatz einer ungeheuren Landmassse, die eurasisch zu nennen ihren Proportionen wenig entspricht. Diese Lage hat oft zu Angriffen aus dem Osten herausgefordert, und Europa hat sich immer im Bewußtsein dieser Lage behaupten können, allerdings mit dem Bollwerk einer stabilen Mitte. Es bedeutete fast schon den Untergang des Abendlandes, als dieses Bewußtsein ausgerechnet in dem Moment einschlief, als das sowjetrussische Imperium so tief in Europa vordrang, wie das bisher noch keiner östlichen Großmacht

46) Franz Uhle-Wettler, Gefechtsstand Mitteleuropa - Gefahr der Übertechnisierung von Streitkräften, München 1980.

47) Die systematische Vernachlässigung des Zivilschutzes über Jahrzehnte ist wohl auch ein Zeichen dafür, Deutschland in einer Lage zu belassen, in der es keine Kriege führen kann.

gelungen war. Die USA hatten dieses gefährliche Paradox mitgeschaffen, indem sie Mitteleuropa in zwei Weltkriegen zerschlugen und den Rest unter ihre Fittiche nahmen. Der zweideutige Schutz, der immer einerseits eindämmen, andererseits entspannen wollte, hat das europäische Raumbewußtsein jedoch wieder aufgerüttelt. Die Bedeutung einer stabilen Mitte wird wieder gesehen. Die Bundesrepublik kann auf dem höchsten militärischen Standard gehalten werden; die Übertragung des militärischen Schwergewichtes auf Bonn ist ein technisches Problem, das sich so abwickeln läßt, daß die Abschreckungskraft auch nicht eine Sekunde zu erlahmen braucht. Die Lage der Bundesrepublik vor dem Ostblock gleicht proportional der Lage Israels gegenüber dem arabischen Lager. Sie ist so gefährdet wie haltbar; auch Israel kann nur durch sich selbst zugrundegehen. Wie die USA zeigen, kann ein Land durch die Gnade der Geographie wohl geschützt werden. Die sichere Lage begünstigt aber eher eine Schwächung als eine Stärkung der Kräfte. Das Gegenbeispiel bot Preußen, an dem Jordis hervorhob, daß es in ungünstiger Lage jahrhundertelang das stabilste europäische Land blieb, weil es seine offenen Grenzen mit militärischer und ziviler Zucht ausglich[48]. Die Bundesrepublik muß in diesem Sinne preußisch werden; da Preußen nur ein Exponat des deutschen Volksgeistes war, kann sie es auch.

Man meine nicht, der Kreml würde dies nicht dulden. Er würde es sicher sagen und sicher nichts dagegen tun[49]. Er weiß genau, daß er sich einen unberechenbaren Krieg nicht leisten kann. Die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg,

[48] Heinrich Jordis von Lohausen, Mut zur Macht - Denken in Kontinenten, Berg am See 1979, S. 213 ff. Zum Zweiten Weltkrieg in Rußland vgl. Reinhard Gehlen, Der Dienst, mainz 1971, und Adolf v. Thadden, Die Erbschaft der Giganten - Adolf Hitler und Joseph Stalin, Leoni 1976.

[49] In welcher Weise sich die bundesdeutschen Medien sowjetische Drohungen zu eigen machen, zeigte Dieter Schröder in seinem Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung vom 18.7.1980: "Weder würden die Schwarzen und die übrigen Minderheiten Amerikas stillhalten, die in Reagans Vorstellung kaum existieren, noch würde die Sowjetunion ruhig zusehen, wenn Reagan Amerikas Vormachtstellung als 'Weltmacht Nr. 1' zurückzuerobern versucht."

in dem die Sowjetrussen erlebten, wie ihre eigenen Völker von ihnen abfielen, sind noch zu nahe, um nicht einem dritten Weltkrieg den konkreten Alptraum vorauszumalen, in dem sie sich nicht nur wiederum ihrer eigenen, sondern viel mehr noch der Völker des ganzen Satellitengürtels nicht sicher wären. Jordis von Lohausen hat recht: Moskaus strategische Lage krankt daran, daß Stalin 1945 den Machtbereich zu weit oder nicht weit genug in den Westen vorgeschoben hatte[50]. Der Kreml war darauf verwiesen, in Westeuropa, mittels Verträgen eine Lage herbeizuführen, in der eine weitere Expansion, für die er immerhin seine Reservearmeen in Italien und Frankreich besoldete, nicht mehr zu einem dritten Weltkrieg führen würde.

Wer die Spirale von Abrüstungsverhandlungen und Rüstungswettlauf zwischen der USA und der UdSSR genau verfolgt, bemerkt schon nach wenigen Schleifen, daß der Kreml mit dem Spiel der Rüstungsbegrenzungen nicht die USA, die schon aus geographischen Gründen keinen Krieg gegen die UdSSR führen können, schachmatt setzen will, sondern die Bundesrepublik Deutschland. Wähnte Moskau sich dieser Sache schon so sicher, daß es glaubte, bei den Fühlungsnahmen für SALT III mit dem Pferdefuß auftrupfen zu können? Seine Forderung, die Truppen der Verbündeten sollten sich proportional zu Truppenreduzierungen der Supermächte verringern, war jedoch falsch terminiert[51]. Der Vorschlag kam zu früh und zu spät. Bonner Politiker, die zuzeiten auch hierbei noch ihre Hand reichten, würden sich unter deutschen und europäischen Gesichtspunkten hors la loi begeben. Der Kreml hat mit diesem unbedachten Vorstoß nur die bodenlose Angst aufgedeckt, die er immer noch vor dem militärischen Geist des deutschen Volkes empfindet.

Von hier zurück und vorwärts gesehen, ist die deutsche Wiederbewaffnung Adenauers größte politische Tat gewe-

[50] Heinrich Jordis von Lohausen, aaO, S. 300 ff.

[51] Die Welt, 22.7.1980.

sen[52]. Der Kreml war sich ohne Wenn und Aber klar, daß nicht nur seine Politik in Europa gescheitert ist, wenn von deutschem Boden deutsche Mittelstreckenraketen mit Atom- und Neutronenköpfen auf den Ostblock gerichtet sind. Es geht dann um ihn selbst. Er kann dann nicht mehr hoffen, daß er seine schwankende Macht, wie bisher, mit westlicher Hilfe konsolidieren kann. Er tritt dann, gepeitscht von den Furien seiner antagonistischen Widersprüche, aus der Phase des schleichenden in die Phase des rapiden Verfalls ein, an dessen Ende die geknechteten Völker ihm die Geißel entreißen und die Stunde für eine Wiederherstellung Deutschlands in den geschichtlichen Grenzen schlägt.

Die Konstitutionsfrage

Erich Marcks, der letzte große deutsche Historiker in der ununterbrochenen Folge seit Ranke, hat 1916 bei einem Neubau des deutschen Gemeinwesens nach dem Kriege gewarnt: "Es wäre ein übler Beginn solcher Neugründung, wenn wir uns einbildeten, sie auf einen Bruch unserer Entwicklung anstatt auf deren erweiternde Fortführung zu gründen."[53] Die Warnung war vergeblich. Die Einbildung hat sich nach dem Ersten Weltkrieg bis zum bitteren Ende ausgetobt. Das wiederholte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, um den Wahn verdoppelt, der Bruch mit der deutschen Geschichte sei nach 1918 nicht radikal genug vollzogen worden. Das Ende steht noch aus, aber die Neige, die ihm zustrebt, schmeckt unverkennbar bitter.

Der Alltag in der Bonner Republik zeigt heute notwendigerweise dieselben Entartungserscheinungen, wie sie im Niedergang der Weimarer Republik hervortraten. Wir be-

[52] Adenauer unterstützte damit keineswegs nur beflissen die USA. Der Korea-Krieg setzte nur um, was von verantwortungsbewußten Deutschen schon vorher geplant und vorbereitet worden war. Vgl. Reinhard Gehlen, Der Dienst, aaO.

[53] Erich Marcks, Männer und Zeiten, aaO, Bd. 2, S. 376.

finden uns mitten im erneuten Scheitern einer importierten politischen Form. Es hat nur wenig genützt, daß man die Fehler der Weimarer Republik vermeiden wollte. Es wäre besser gewesen, man hätte aus den Fehlern des Dritten Reiches gelernt - aber das wäre ja - horribile dictu - eine erweiterte Fortführung gewesen. Sebastian Haffner, das enfant terrible auf der gleichbeleuchteten Medienszene, hat zum Entsetzen der Zunft, ohne freilich das Scheitern wahrhaben zu wollen, mit Recht festgestellt, daß die Deutschen auch nach 1945 keine Demokraten geworden sind, daß für sie, wie er es pejorativ faßte, der Obrigkeitsstaat die "angemessene, zukömmliche und im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt."[54]

Die Konstituierung des Vierten Reiches hat bei seinem inneren Bau nichts weiter zu berücksichtigen, als daraus die positiven Konsequenzen zu ziehen. Es sind ihm die autochthonen Bildungen, nicht die Interludien und Appendixe, zugrundezulegen. Das Erste, Zweite und Dritte Reich bilden mit ihren Stärken und Schwächen, ihren Vorzügen und Nachteilen, ihren Lösungen und Fehlern, ihren zeitbedingten und überdauernden Komponenten, mit ihren guten und bösen Seiten einen unerschöpflichen Fundus für eine politische Form zur Bewältigung der Gegenwart aus dem deutschen Volksgeist.

Das ist keine deutsche Überhebung und kein deutscher Aufstand. Es ist eine deutsche Wahrnehmung eines europäischen Gewohnheitsrechtes. Savigny hat mit seiner Beschwörung des Volksgeistes nicht anders gedacht als Montesquieu, dessen Meditationen über den esprit des nations zu den unbekannten Stellen seines "Esprit des lois" zählen, und wie Montesquieu dachten in diesem Punkt schon Pascal, Bodin, Machiavelli oder Dante. Europa wäre nicht zu seiner geschichtlichen Höhe aufgestiegen, die immer noch das Vorbild der ganzen Welt ist, wenn seine Völker nicht ihren Geist in der angemessenen Machtform ausgebildet hätten.

[54] Sebastian Haffner, Überlegungen eines Wechselwählers, München 1980.

Der innere Bau des Vierten Reiches wird in dem Moment einsetzen, da die Bundesrepublik Deutschland sich eine Gestalt gibt, die sie zu dem langen Marsch auf dieses große Ziel befähigt. Sie muß die Hülle nach und nach abstreifen, unter der einst der Wiederaufstieg vonstatten ging, aber nun, infolge ihrer institutionellen Verdichtung und Verfestigung, stockt und zu ersticken droht. Das heißt in allgemeiner, propädeutisch fixierter Richtlinie: in den Prozeß der Internationalisierungen ein autarkes Bremssystem einzubauen, das eine eigene Politik ermöglicht, die allein die Interessen der Deutschen wahren kann; die Sozialisierungstendenzen aufzuhalten, weil sie entgegen ihren Verheißungen das Volkswohl untergraben; die Ideologie des Pluralismus, dessen Gruppenprivilegien nicht zu den verkündeten Integrationen, sondern zu bürgerkriegsähnlichen Friktionen geführt haben, in Patriotismus zu überführen; den Föderalismus zurückzuschrauben, weil seine zentrifugalen Tendenzen in dem künstlichen Gebilde der Bundesrepublik Deutschland die Ausbildung eines Nationalbewußtseins behindern; die Demokratisierung zu beseitigen, die nur Freiräume für Verwahrlosung geschaffen hat; und die Emanzipation in Permanenz zu beenden, indem man ihr, nachdem sie sich von jeglichem Sinn emanzipiert hat, hilft, sich am Ende von sich selbst zu emanzipieren. Die politische Form, die diese pseudopolitische Hülle ersetzt, kann sich, nach den gegebenen Verhältnissen, nur an der Gestalt einer Präsidial-Republik orientieren, die Macht und Autorität genug besitzt, das auseinanderfallende Gemeinwesen wieder zusammenzufassen. Die Nationalisierung der Bundesrepublik ist das Lehrstück, das sie für die Zusammenführung der geteilten und abgetrennten deutschen Gebiete zu einer neuen deutschen Einheit präpariert. Die Zwietracht im Großen kann nicht überwinden, was schon an der Zwietracht im Kleinen scheitert.

Der äußere Bau des Vierten Reiches ist eine Frage der außenpolitischen Gelegenheiten. Er benötigt schnelles Zupacken wie zähe Geduld. Die Verbindung kapitalistischer und sozialistischer Infrastrukturen ist dabei die geringste

Schwierigkeit, und zwar nicht nur, weil die Konsistenz der letzteren gemeinhin überschätzt werden. Diese entgegengesetzten Systeme werden in kürzester Zeit verschmelzen, und auch nicht nur, weil der Sozialismus, wenn man ihn nicht daran hindert, die Neigung hat, friedlich in den Kapitalismus hineinzuwachsen. Die Systeme werden unter dem nationalen Imperativ die traditionelle politische Ökonomie wiederbeleben, die in Deutschland die Wirtschaft immer zum Wohl des Ganzen verpflichtet hat; dabei wird dem in der DDR lange unterdrückt gewesenen Preußentum eine entscheidende Rolle zukommen.

Die Bildung eines Vierten Reiches bedeutet den Todesstoß für die Vereinigten Staaten von Europa. Aber es ist ein Todesstoß allenfalls für einen lebenden Leichnam. Er befreit Europa von einer bedrückenden Chimäre: selbst ein europäischer Bundesstaat wäre nur über fortgesetzte Nivellierungen zu erreichen gewesen. Der Widerstand der einzelnen Länder gegen die Brüsseler Behörden ist nicht allein ein Zeichen für den Widersinn der Konzepte und Beschlüsse, er beweist vor allem, wie stark der Wille der europäischen Völker noch ist, in ihrer nationalen Identität zu überleben. Die Wiederherstellung Deutschlands in seinen geschichtlichen Grenzen ist deshalb ein Anstoß zur Wiederbegründung Europas.

Europa ist gleichwohl nur noch als ein Großraum überlebensfähig, der ohne Hegemonie nicht begründet und nicht gehalten werden kann. Es gibt aber verschiedene Hegemonien: die hegemoniale Zwingherrschaft und die hegemoniale Schirmherrschaft. Die erstere wäre keine erweiternde Fortführung, sondern ein Bruch der europäischen Geschichte, an dem Napoleon und Hitler zugrundegegangen sind. Europa ist wegen seiner verschiedenen nationalen Identitäten als Großraum nur in Form eines Staatenbundes organisierbar, in dem die hegemoniale Schirmherrschaft der stärksten europäischen Nation wie von selbst zufällt.

Diese hegemoniale Schirmherrschaft, der die Wahrung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik zur Abwehr raumfremder Interventionen obläge, würde in einem

europäischen Staatenbund fraglos Deutschland zufallen. Deutschland verfügt über die Stärke und eine gewisse Erfahrung aus der hegemonialen Schirmherrschaft, die es zur Blütezeit des Ersten Reiches einmal in Europa ausübte. Europa war lange zerrissen durch den deutsch-französischen Gegensatz, der heute nicht mehr vorhanden ist. Er ist von einer wachsenden Germanophilie der Franzosen aufgehoben worden, die schon einige Metamorphosen überstanden hat[55]. Sie hat das vielen Betrachtern unverständliche Phänomen hervorgerufen, daß die Besetzung durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg im französischen Volk weniger Ressentiments hinterließ, als die amerikanische Berfreiung. Hier hat auch die rätselhafte Bemerkung de Gaulles auf seiner Reise durch die Bundesrepublik, über die seinerzeit die Deutschen zutiefst erschraken, ihren Urgrund, der Hinweis nämlich, daß auch Hitler auf seine Weise für eine Selbstständigkeit Europas in der Weltpolitik gewirkt hätte.

Das ist eine Gnade der Geschichte, die wir nur kathartisch zur Kenntnis nehmen können. Es ist ein Vademecum auf dem schwierigen und aussichtsreichen Weg Deutschlands zu seinem Vierten Reich.

[55] Es gibt dafür bisher keine befriedigende Untersuchung. Die Germanophilie der Franzosen ist sicher keine Folge der anbiedernden Versöhnungsstrategie, wie sie Heinrich Mann in der Weimarer Republik betrieb. Das Ende der alten Erbfeindschaft - auch Hitler wollte den Krieg mit Frankreich nicht - hat sich eher in den vielen Begegnungen deutscher und französischer Frontsoldaten angebahnt. Es ist vielleicht das wunderbare Ergebnis des vergossenen Blutes auf den Termopylen von Verdun, wo 362 000 französische und 336 831 deutsche Soldaten fielen. Versailles wäre dann das sinistre Resultat des Versagens politischer und intellektueller Eliten vor den tiefgreifenden Wandlungen ihrer Völker.

Nachwort zur Person

Diese Vignette könnte auch "Geständnisse eines deutschen Dissidenten" heißen. Nichts an aktiven Posten berechtigte mich, die Ideengänge und Werkstücke unter einen so weitreichenden und tiefgehenden Imperativ zu stellen. Ich bin nur sicher, was die zeitlichen Koordinaten betrifft: das runde Jahrzehnt, in dem neue Grundsteine gelegt werden können. Ob die Gelegenheit dazu genutzt wird oder nicht, liegt allein an den Deutschen, und mit ihnen steht es nicht zum Besten. Die nationalen Dissidenten aus dem sowjetrussischen Untergrund, Alexander Solschenizyn oder Wadim Borisow[1], haben mehr Grund, optimistisch zu sein.

Die Bundesdeutschen machen auf mich im Jahre 1980 den gleichen Eindruck, den ich von ihnen bekam, als ich im Dezember 1957 aus Ost-Berlin nach Hamburg übersiedelte. Die Mentalität, die ich damals entgeistert bemerkte, läßt sich auf den Nenner bringen: Wir sind zu allem bereit, wenn man uns nur in Ruhe läßt. Was das politisch bedeutet, erfuhr ich auf meiner ersten Reise nach Bonn von einem Rhein-Ruhr-Industrie- oder Handelsmann, der mir mit liebenswürdiger Unverschämtheit sagte: "So, so! Sie kommen von da? Glauben Sie mir, wir sind hier alle froh, daß wir dieses Preußen los sind. Sollen es die Russen haben. Es hat nichts anderes verdient." Als mir Jahre später Edgar Salin in Basel erklärte, die herrschende Haltung in der Bundesrepublik sei der Opportunismus, konnte ich nur beipflichtig mit dem Kopf nicken. Mir sind Leute schnell lieber gewesen, die offen sagten, daß Deutschland ihnen egal wäre, als die Sonntagspatrioten. Wenn die nationale Frage in der Bonner Republik nichts gilt, so hat das weniger jenes ausschließliche Interesse an der materiellen Tagesform bewirkt als die

[1] Alexander Solschenizyn u. a., Stimmen aus dem Untergrund. Neuwied 1974, vor allem Wadim Borisows Beitrag "Die nationale Wiedergeburt".

latente Unglaubwürdigkeit der professionellen Deutschlandpolitik[2].

Es ist kein Wunder, wenn ich in diesem Milieu so etwas wie ein Dissident geworden bin. Ich mußte als ein Reichsdeutscher, der in der Stunde Null gerade nur angeritzt wurde, irgendwann auf die erbitterte Gegenwehr der von den Besatzungsmächten eingesetzten Regime, ihrer "freiwilligen Sklaven", wie Treitschke sagen würde[3], und ihrer regulären Sklaven stoßen, wie sie die angepaßten und bekehrten Nationalsozialisten darstellten. Das ist in der DDR schnell, in der BRD erst allmählich der Fall geworden.

Meine ersten veröffentlichten Sätze in der Bundesrepublik klingen programmatischer, als sie gedacht waren: "Es war nach 1945 Mode, die Ursachen des Terrors, der in zwölf Jahren Frieden und Krieg verübt wurde, in der `unabänderlichen´ Geisteshaltung des deutschen Volkes zu suchen. Man begnügte sich nicht einmal, die Fehlentwicklung bis auf Friedrich den Großen zu verfolgen, auch die alten deutschen Märchen wurden als ideologische Vorbereitung des Faschismus denunziert. Sogar selbständig Denkende erlagen zeitweise diesem Sog ..."[4] Ich bin zwar heute stolz auf ein solches Debut, aber ich habe mir damals wohl nicht viel dabei gedacht. Allein die Geste, den Sachverhalt verbal in die Vergangenheit abzuschieben, verriet eine gewisse Naivität - wenn auch Selbstschutz in ihr gesteckt haben mochte: ich weiß nicht, wie ich es durchgestanden hätte, wenn ich geahnt haben würde, daß dies mehr als zwei Jahrzehnte später immer noch so aussähe. Ich schrieb noch lange nur feuilletonistische Artikel, meinen Interessen entsprechend: über Schöne Literatur von Borges und Pound, Céline und Cendrars, über philosophische Aspekte bei Hegel, Heidegger, Wittgenstein und Valéry, und setzte mich als Exkommunist mit Bloch und Lukács auseinander. Daß ich rasch nicht mehr links war, wurde mir mehr gesagt als ich es selbst merkte. Ich fiel aus allen Wolken, als ich 1963 während eines Arbeitsaufenthaltes in der Schweiz von Hans Dieter Müller, der bei einer unvermittelten Begegnung bis an die Wand zurückwich, den gestammelten Satz hörte: "Sie sind der berüchtigte Sander!"[5]

Aktuelle politische Interessen erwachten bei mir erst Mitte der sechziger Jahre, als der Linksrutsch einsetzte, der mir schier absurd vorkam. Die mühelos errungenen Siege der Studentenrevolte ließen mich das Provisorische der Bundesrepublik in seiner Fragilität überscharf erkennen. Ich suchte nach festeren Fundamenten. Gleichzeitig spürte ich, auf der Suche nach Anknüpfungen für wissenschaftliche Arbeiten, wie sehr ich in der deutschen Geistesgeschichte verwurzelt war. So begann ich, bewußt nationale Positionen zu beziehen, die der starrer und starrer werdenden liberalen Restauration wie ihrer linken Unterwanderung schon im Ansatz widersprachen.

Es setzte eine Zeit ein, in der ich jeden Fortschritt in der Erkenntnis mit einer Schmälerung meines Spielraums und meiner Existenzbasis bezahlen mußte. War meine späte Dissertation "Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie" (Tübingen 1970) trotz erweiterter Neuauflage (1975) nur mir selbst nicht förderlich, so löste meine "Geschichte der Schönen Literatur in der DDR" (Freiburg 1972) eine lange und heftige Kampagne aus, in der der Verlag den Mut verlor, sie anzubieten. Ich hatte damals gehofft, mit den nationalen Implikationen eines DDR-Themas die Linken für die deutsche Frage zu interessieren. Das war richtig und ist immer noch auf der Tagesordnung. Es kam jedoch zu früh. Das Buch rief bei den Linken nichts als Wut und Empörung hervor. "Wir wollen unseren lieben Kaiser Wil-

[2] Sie ist heute konsequent bei der Preisgabe des politischen Willens vor der Lage angekommen, wie das Heft 252 (1980) der "Politischen Studien" anschaulich zeigt, dessen Titel "Deutschland - ein Verfassungsauftrag" besagt, daß Deutschland nur noch ein Verfassungsauftrag ist.

[3] Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, aaO, Bd. 1, S. 292.

[4] Hans-Dietrich Sander, Philosoph und Kämpfer in unserer Zeit, "Die Welt", 22.2.1958.

[5] Diese, mir heute grotesk erscheinende Furcht hat Hans Dieter Müller später wohl dazu getrieben, mich in seinem Buch "Der Springer-Konzern" (München 1967) mit den Attributen eines Robbespierre auszustatten, von denen nicht ein einziges stimmt.

helm wieder haben" sei die Devise meiner Darstellung, verlautete Heinrich Vormweg im Hessischen Rundfunk, und Martin Gregor-Dellin fand es in der "Zeit" aus der "masochistischen Trotzhaltung politischer Eckensteher" geschrieben. Pikanterweise waren es meine Feinde in der DDR, die solche Kritiken zurückwiesen und vor einer Unterschätzung des Buches warnten; sie zitierten die Sätze, die sie am meisten treffen mußten, in Zirkularen und Publikationen so eifrig, daß es den Anschein haben konnte, ihre Kritiken dienten nur zur Verbreitung dieser Sätze[6]. Rückwirkungen in die Bundesrepublik hatten solche Manöver natürlich nicht. Langjährige Mitarbeiten an verschiedenen Rundfunksendern erloschen von einem Tag auf den anderen. Wo ich Gelegenheit hatte, einen Fuß in eine Universität zu setzen, bildete sich alsbald ein Sperriegel abenteuerlicher Koalitionen - von der Bundesrepublik bis hin nach Kanada ...

Selbst der Verkehr mit guten Bekannten begann schwierig zu werden. Viele empfahlen sich auf französisch. Einige verhöhnten mich, einige verdonnerten mich. So fiel der russische Exilkommunist Herman Achminow von einer schallenden in eine kichernde und von einer kichernden in eine schallende Lache, als ich seine Ideen zur Europa-Politik mit der Frage konterte: wer sonst als die Deutschen kann eine europäische Ordnung garantieren? So verlor der Chefideologe der Schweizer Kommunisten, Konrad Farner, der als Maoist sterben sollte, die Façon, als ich bemerkte, eine Wiederherstellung Deutschlands sei nicht nur unvermeidlich, sondern auch unumgänglich, und brüllte: "Wenn ihr euch wieder mausig macht, werdet ihr zusammengeschlagen, vom Westen und vom Osten zusammengeschlagen! Darin sind sich alle einig." Bei ähnlichen Äußerungen von mir konnte auch der selige Alfred Kantorowicz, der als Augenzeuge eines Jahrzehnts die Glaubwürdigkeit meiner

[6] Heinrich Vormweg, im Hessischen Rundfunk am 15.2.1973; Martin Gregor-Dellin, in: "Die Zeit", 29.12.1972. Von den offiziellen Reaktionen in der DDR am leichtesten erreichbar: Hermann Kähler: Der kalte Krieg der Kritiker. Akademie-Verlag, Berlin 1974, nach Register.

DDR-Literaturgeschichte bestätigte[7], sich plötzlich in einen Mr. Hyde verwandeln und mit haßverzerrter Miene schreien: "Ich sterbe in der Gewißheit, daß eines Tages die Russen kommen. Die werden den ewigen Siegern für immer die Fresse zerschlagen", um übergangslos im chevalereskken Plauderton eines Dr. Jekyll fortzufahren. Andere distanzierten mich als einen neuen Arnold Winkelried, Michael Kohlhaas oder Don Quijote. Einer, mit dem ich fast befreundet gewesen, forderte "Criticón" auf, keine politischen Aufsätze von mir mehr zu drucken, um mir Blamagen zu ersparen.

Gelegentliche Abstecher in die Gesellschaft belehrten mich über meine Fortschritte in deutscher Dissidenz. Bei einer Tagung in einem oberbayerischen Klosterdorf, wo Stephan Thomas vor den Ostverhandlungen um Verständnis für eine neue Ostpolitik warb, wurde ich von einem CSU-Publikum mit empörten Zwischenrufen zum Schweigen gebracht, als ich mir die Frage erlaubte, ob die Sozialdemokraten nach Versailles ein zweites Mal einem Ausverkauf deutscher Interessen den Weg bahnen wollten. Bei einer Tagung in einer alten westfälischen Hansestadt schwärmten CDU-Honoratioren meine Bedenken gegen die Ostpolitik nach der Unterzeichnung der Verträge nostalgisch nieder, indem sie bramabarsierten: "Ach, so schlimm wird das nicht. Wir haben auch unsere Erfahrungen mit den Russen. In der Zeit der Hanse trieben wir einen vortrefflichen Handel mit den Zaren und den Bojaren ..."

Ich weiß nicht, ob es preußisches Pflichtgefühl war, mecklenburgische Dickschädelei oder ein bis aufs äußerste herausgeforderter Selbstbehauptungswille, was mich zur Standhaftigkeit gegenüber einem so total triumphierenden Zeitgeist bewog. Ich fühle mich frei von dem Laster des Neides, aber manchmal blickte ich mit brennendem Neid in das 19. Jahrhundert zurück, wo selbst im Jahrzehnt der Reaktion, wie Erich Marcks die fünfziger Jahre bezeichnete [8]. sich eine geistig - politische Opposition von hohem

[7] Alfred Kantorowicz, in "Deutschland-Archiv", 1/1974.

[8] Erich Marcks, Der Aufstieg des Reiches, aaO, 1. Bd., S. 386 ff.

Rang, von List über Droysen, Sybel, Treitschke, Mommsen bis Mohl, Gneist, Lorenz von Stein mit tiefer Nachwirkung regte. Ich hätte es wohl mit einem humoristischen Roman vesucht, wie Hans Zehrer nach Desillusionierungen im Dritten Reich "Percy auf Abwegen"[9] schrieb, wenn ich über die Wiederkehr einer geistig-politischen Opposition dieser Art verzweifelt gewesen wäre.

Ich verdanke es in jedem Fall Hans Zehrer, wenn ich die Hoffnung auf eine Erneuerung Deutschlands als Machtfaktor nie aufgab. Mich beeindruckten vor allem der lange politische Atem, den er als Chefredakteur der "Welt" gegenüber den wechselnden Konstellationen bewies, und seine festgegründete Subjektivität, an der alle Hetze abprallte, die ihn jahrelang verfolgte, auch das Toben eines irregeleiteten Feuilletonredakteurs, der bei einer der vielen Verschwörungen, die man gegen Zehrer angezettelt hatte, ausgerufen hatte: "Man sollte dieses braune Schwein mit Hunden aus dem Hause jagen!" Zehrer war von den Erfüllungshistorikern wegen seiner Zeitschrift "Die Tat" zu einem der Hauptschuldigen am Niedergang der Weimarer Republik gestempelt worden. Es galt als Bürgerpflicht, ihn nun an der Zerstörung der Bonner Republik zu hindern. Die Jagd begann mir Kurt Sontheimers Aufsatz "Der Tatkreis" und endete nicht, als nach Zehrers Tode ein akademischer Fant das Urteil fällte: er hätte nach 1945 nicht wieder publizieren dürfen.[10] Obwohl die meisten seiner Pläne nicht realisiert werden konnten - seine Lieblingsidee z. B., wieder eine politische Zeitschrift zu gründen, wurde an der Hetzkampagne zunichte - so hat er sich nie dazu hinreißen lassen, seine Enttäuschungen über die politische Lage zum Maßstab der Zeitgeschichte zu machen. Hans Zehrer hat im

[9] Unter dem Pseudonym Hans Thomas, Berlin 1938, nach 1945 als rororo-Band 28 vielfach wiederaufgelegt.

[10] Kurt Sontheimer, Der Tatkreis, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7 (1959), auch in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930 - 1933, Köln 1968; Ebbo Demant, Von Schleicher zu Springer - Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971; danach Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution - Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des "Tat"-Kreises, Frankfurt a. M. 1976.

Gegensatz zu Arnold Gehlen an einer Zukunft Deutschlands festgehalten. Er sah im letzten Jahre seines Lebens unter den Trümmern der universalistischen Konzepte "aus den verborgenen Tiefen der Völker" deutlich die Nation wieder aufsteigen[11]. Die Widmung dieses Bandes "Hans Zehrer in continuitationem" hat diesen doppelten Grund. (Zehrer hat mir im übrigen auch geholfen, im Westen Fuß zu fassen.)

Heinrich von Treitschke hat in seinem letzten Brief an Gustav Freytag geschrieben: "Natürlich gehöre ich nicht zu den Thoren, die an Preußen verzweifeln, aber Völker leben langsam, und solange ich lebe kommen schwerlich erträgliche Tage."[12] In dieser Stimmung lebte und arbeitete ich viele Jahre. Diese Stimmung scheint mir jedoch in ihrer elegischen Note heute nicht mehr berechtigt. Wenn es auch noch keine aktiven Posten einer Wende gibt - eine geistig-politische Opposition zeichnet sich ab, die weit über das bisherige kulturkritische Raisonnement hinausgeht, mit dem ich mich auch viel zu lange aufgehalten habe. Drei Bücher haben tiefe Breschen in den verfestigten Status quo geschlagen: Hans-Joachim Arndt "Die Besiegten von 1945" (1978), Hellmut Diwald "Die Geschichte der Deutschen" und Heinrich Jordis von Lohausen "Mut zur Macht" (1979), denen ich hoffe, mit dem "nationalen Imperativ" eine vierte Bresche zuzuschlagen. Andere sind im Entstehen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und "Die Welt" berücksichtigten diese Breschen in einer auffallenden, wenn auch zögernden Weise. Weniger auffallend, aber auch weniger zögernd fallen entsprechende Artikulationen in Privatgesprächen. Wenn man lange mit Gustav Freytag seufzen konnte, der am 31.12.1863 an Treitschke geschrieben hatte: "Unsere Freunde sind zum großen Theil nur Altliberale in der Joppe", so hat heute dieser Satz seine Aktualität verloren. Der Boden ist noch nicht bereitet doch bereitbar.

[11] Hans Zehrer, Die Nation taucht auf. In: "Die Welt", 17.6.1965.

[12] Gustav Freytag und Heinrich von Treitschke im Briefwechsel. Hrsg. v. Alfred Dove, Leipzig 1900, S. 204.

*

Es war mehr im Entstehen, als ich 1980 ahnen konnte. In den folgenden Jahren erweiterten die Bresche mit mehreren Titeln der Politikwissenschaftler Bernard Willms, der Völkerrechtler Wolfgang Seiffert und der Kärntner Publizist Andreas Mölzer. Die bedeutendste zahlreicher Anthologien war "Inferiorität als Staatsraison" mit Beiträgen von Arndt, Dieter Blumenwitz, Diwald, Günter Maschke, Seiffert, Willms. In der Philosophie vertiefte Gerd Bergfleth ("Zur Kritik der palavernden Aufklärung", 1984) und Robert Hepp in der Soziologie ("Die Endlösung der deutschen Frage", 1988) die Debatte. Meine "Auflösung aller Dinge" (1988) spitzte die Thematik an den geistesgeschichlichen Beziehungen zwischen dem Judentum und dem Deutschtum zu. In der Kriegsgeschichte vollzog Franz Uhle-Wettler ("Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte", 1984, und "Die Gesichter des Mars", 1989) wieder den Anschluß an das Niveau des alten preußischen Generalstabs. Hartmut Langes "Deutsche Empfindungen" (1983) und "Die Waldsteinsonate" (1984) zogen die dichterische Quintessenz des Jahrzehnts.

Die achtziger Jahre hätten das Jahrzehnt einer umgreifenden Renaissance deutschen Denkens werden können, wenn nicht die Hüter der öffentlichen Meinung alles getan hätten, um die kommunizierenden und multiplizierenden Effekte dieses Schrifttums zu unterbinden. Und doch waren alle manipulierenden Bemühungen vergeblich. Am Ende des Jahrzehnts sprach das deutsche Volk in der DDR sein Wort, vor dem die Mauern dahinfielen. Die Vereinigung der DDR mit der BRD geriet dadurch unversehens auf eine Tagesordnung, für die nach den ungenutzten zehn Jahren die Deutschen nicht vorbereitet sind.

Ein Jahrzehnt davor: Anerkennung ohne Präjudizierung Eine Denkschrift (1968)

"Die deutsche Einheit war aber keine bloß deutsche Frage. Seit dem Dreißigjährigen Krieg war keine einzige gemeindeutsche Angelegenheit mehr entschieden worden ohne die sehr fühlbare Einmischung des Auslands ... Die Einheit Deutschlands mußte also erkämpft werden nicht nur gegen die Fürsten und sonstigen inneren Feinde, sondern auch gegen das Ausland. Oder aber - mit Hülfe des Auslands. Und wie stand es damals im Ausland?"

So schrieb Friedrich Engels, ein Sozialist und Patriot, vor achtzig Jahren, als er Bismarcks Politik analysierte[1]. Diese Sätze treffen auch heute die Lage, nachdem die Einheit wieder verloren wurde. Die Formel "gegen das Ausland und mit dem Ausland" erfordert unter den gegenwärtigen Bedingungen sogar raffiniertere Manöver, als sie Bismarck vorführte. Das stimmt nicht heiter. Die innen- und außenpolitische Lage ist denkbar schlecht. Wie steht es heute mit dem Ausland?

Die Hilfe der Sieger

Es hat seit 1945 zwei Konzeptionen gegeben, Wiedervereinigungspolitik einzurahmen, zu beglaubigen und zu befestigen, kurz zu enkadrieren: Einigung mit Hilfe der

[1] F.Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, Marx/Engels, Werke, XXI, S. 411 und 412.

Siegermächte und Einigung mit Hilfe der europäischen Länder.

Die erste Konzeption hielt sich am Potsdamer Abkommen, das Deutschland noch nach der bedingungslosen Kapitulation als Einheit behandelte[2]. Die deutsche Spaltung erschien nicht als Ergebnis des Krieges, sondern als Folge eines Zerwürfnisses nach dem Krieg: Nicht Deutschland zerbrach, es zerbrach die einheitliche Verwaltung seines Territoriums durch die Besatzungsmächte. Es entstanden in ihren Zonen zwei deutsche Staaten mit verschiedener Legitimation. Während das Grundgesetz aus Verhandlungen und Kompromissen zwischen den westlichen Siegermächten und den Vertretern deutscher Länder und Parteien hervorging, injungierte die östliche Siegermacht der DDR ihre politische Ordnung durch ihre Vollstrekkungsbeamten ohne substantielle Korrektur. Die Gesetze, nach denen sie angetreten, bestimmten auch die Legitimität der beiden Regierungen. Während die Regierungen der Bundesrepublik aus freien Wahlen resultierten, konnte sich die DDR bis heute noch keinem freien Konsensus stellen.

Das begründete den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. Nichts war selbstverständlicher als daß da, wo frei gesprochen werden konnte, für das Ganze gesprochen werden mußte. Es entsprach auch dem Selbstverständnis der Westmächte. Ihr Zuspruch, daß eine Wiedervereinigung nach diesen Vorstellungen geschehen solle, lieferte vor dem Hintergrund der juristischen Fixierung Deutschlands als Einheit im Potsdamer Abkommen den Rahmen für das Rechtsinstitut des Alleinvertretungsanspruches, die Hallstein-Doktrin. Mit ihrem Willen, keine diplomatischen Beziehungen mit Ländern zu pflegen, die diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen, verhinderte die Bundesrepublik außerhalb des sozialistischen Imperiums eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR, mit der die deutsche Teilung besiegelt worden wäre.

[2] Vgl. zur Ausgangslage die Interviews von Prof. Hans Lades, in: Die Welt, 29. Juli und 5. Dezember 1966.

Die Durchsetzung dieser Politik über eine Zeit von zwanzig Jahren ist ein ungewöhnlicher diplomatischer Erfolg. Er institutionalisierte die Einschätzung der DDR durch die Bundesrepublik international. Es sind eben nicht nur Rücksichten auf den Bündnispartner oder wirtschaftliche Erpressungen, die eine Anerkennung der DDR blockierten. Es war das Argument des Souveränitätsdefektes, dessen sich so verschiedene Staaten bedienten wie Frankreich, Großbritannien, die Schweiz oder Indien, die im Fall Chinas keine Bedenken kannten, diplomatische Beziehungen zum sozialistischen Teil aufzunehmen.

Man hat diese Konzeption die Politik der Ignorierung der DDR genannt.

Die Schwächen der Hallstein-Doktrin

Die Hallstein-Doktrin hat trotz ihrer Erfolge zwei tendenzielle Schwächen, eine innere und eine äußere, die anraten, auf dieses Rechtsinstitut zu verzichten, sobald sie beginnen, sich in entgegengesetzter Richtung auszuwirken.

Die innere Schwäche hat Johannes Groß vor mehr als zwei Jahren, wie man ihm glauben kann: nicht ohne Genugtuung, aufgedeckt: "Durch die Hallstein-Doktrin wurde das Zonenregime von der deutschen Politik als Bürgerkriegspartei definiert. Die Bundesrepublik nahm als Inhaber deutschen Rechts und deutscher Legitimität völkerrechtlich in Anspruch, daß keine Deutschland freundlich gesinnte Nation mit dieser Bürgerkriegspartei paktieren dürfe. Dieses Verhalten entspricht alten diplomatischen Modellen. Es verleiht freilich dem Legitimisten nicht bloß ein Recht gegenüber Dritten, sondern erlegt ihm auch eine Pflicht auf: die Bürgerkriegspartei nämlich zu beseitigen, mit List und Tücke, mit Feuer und Gewalt oder auch mit den sanfteren Mitteln moralischer Eroberung. Der Fall, daß eine Regierung allen anderen untersagen möchte, zu einer Bürgerkriegspartei Beziehungen zu unterhalten, selbst aber nichts

tut und tun kann, die Bürgerkriegspartei zu beseitigen, ja im Interesse der ihr gewaltsam unterworfenen Staatsangehörigkeit selbst technische, ökonomische und andere Kontakte zu ihr pflegt, und all das über Jahre und Jahre: das ist eine historische Neuheit." [3] (Man kann Ähnliches auch bei Peter Bender[4] nachschlagen.)

Diese Kritik bedeutet, daß die Legitimität des Anspruchs vor der Ohnmacht, ihn durchzusetzen, eines langsamen, aber natürlichen Todes sterben muß. Das mag bedauerlich sein, ist aber nicht zu ändern. Im Feld des Politischen sind Recht und Macht nicht zu trennen.

Es gibt in der Politik, streng betrachtet, nur drei Aktivitätsstrukturen: man kann einen Status erhalten, man kann einen Status verändern, man kann einen Status verspielen.

Die Hallstein-Doktrin hat ihre hervorragende Rolle als Barriere gehabt. Sie hat eine katastrophale Entwicklung überzeugend aufgehalten. Sie ist jedoch kein Hebel. Sie kann einen Status nicht verändern. Sie ist deshalb in der Hilfe der Westmächte enkadriert worden. Sie erhält den Status in Hoffnung auf eine Veränderung, die sie selbst weder herbeiführen noch erzwingen kann. Ihre innere Schwäche hängt von ihrer äußeren direkt ab. Hört die Zusage der westlichen Sieger auf als politische Kraft zu wirken, schlägt die erhaltene Virtualität in verspielende Virtualität um. Das ist heute nur noch eine Frage der Zeit. schon seit 1959, seit der Genfer Gipfelkonferenz, sind die gesamtdeutschen Aktivitäten der USA symptomatisch zurückgegangen.

[3] J. Gross, Problematisches zur Bundesrepublik, in: Lauter Nachworte, Stuttgart 1965, S. 22.

[4] P. Bender, Offensive Entspannung, Köln 1964.

Die Hilfe Europas

Die ernüchternde Wirkung dieses Desinteresses hat die zweite Konzeption hervorgerufen, Wiedervereinigungspolitik zu enkadrieren: deutsche Einigung mit Hilfe Europas - wobei im Unterschied zur ersten Konzeption eine Wiedervereinigung in einem souveränen deutschen Staat abgeschrieben ist. Die deutsche Frage soll in einem vereinten Europa aufgehen, das sich nach Osten hin erweitert. Implizierte die Hilfe der drei westlichen Siegermächte einen Zusammenbruch der russischen Vorherrschaft in Osteuropa, setzte die Hilfe Europas eine fortschreitende, weniger spektakuläre Emanzipation der sozialistischen Staaten Osteuropas von der Sowjetunion voraus. Die DDR sollte in diesem Rahmen ihren sozialistischen Nachbarn als veränderungswürdig erscheinen.

Man hat diese zweite Konzeption die Politik der Isolierung der DDR genannt[5]. Auch sie hat ihre Schwächen, innere und äußere, die sich gegenseitig bedingen.

Die innere Schwäche hat vor sechs Jahren Francis Rosenstiel aufgedeckt, als er den Weg nach Europa durch Delegierung wirtschaftlicher, verwaltungsmäßiger und juristischer Funktionen als eine automatische Fata Morgana verspottete. Er schrieb: "Es erscheint uns völlig unrichtig, den Begriff der Integration als eine politische Lösung hinzustellen. Was ist überhaupt Integration? Sie ist vor allem die Herstellung einer Übereinstimmung zwischen einem gegebenen Rechtssystem und einer Tatsache, die man nicht einfach unterdrücken kann. Ursprünglich ist die Integration also im wesentlichen ein Eingeständnis der Ohnmacht, und zwar soweit sie eine nicht wegzuleugnende Tatsache durch ein Rechtssystem überdeckt, das offensichtlich von einem mit dieser Tatsache in Widerspruch stehenden Prinzip abgeleitet ist. Das Wünschenswerte ist die europäische Föderation, die Tatsache ist die Souveränität der Nationalstaaten. Die Inte-

[5] Vgl. zu ihrer Strategie: Zb. Brzezinski, Alternative zur Teilung, Köln 1966.

gration ist genau der Kunstgriff, der den Nachweis ermöglicht, daß die Souveränität der Nationalstaaten dem aufgestellten Prinzip nicht widersprechen. Wer von integrierten Souveränitäten spricht, gibt damit ihre Unzerstörbarkeit zu und erkennt gleichzeitig an, daß sie so nicht den Sieg der Föderation bekräftigten. In einem föderalen System werden die Souveränitäten nicht integriert und können auch nicht integriert werden. Sie machen vielmehr einer neuen Souveränität Platz." [6](Ähnliches ist auch bei Walter Fredericia zu finden[7].)

Diese Kritik erklärte, warum ein Europa, in dem die deutsche Frage aufgehoben werden sollte, bisher kein politisches Faktum werden konnte und auf dem beschriebenen Weg auch nach außen hin nicht politisch handlungsfähig werden kann. Der europäische Rahmen ist deshalb ebenfalls ungenügend.

Der Sowjetunion gelang es sehr schnell, ihr Vorlager wieder zu formieren. Der neuen deutschen Ostpolitik gelang der diplomatische Einbruch nur bei zwei abgelegenen Dissidenten, von denen eine Rückwirkung auf die DDR nicht zu erwarten ist. Die diplomatische Anwesenheit in der direkten, interessanteren Nachbarschaft der DDR ist jetzt nur noch gegen die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze sowie durch den Verzicht auf Beteiligung an atomarer Bewaffnung zu haben. Damit träte das Gegenteil der berechneten Effekte ein. Die Bundesrepublik würde die zweite Kapitulation Deutschlands nach 1945 unterzeichnen, die Rußland mit großem Geschick anstrebt. Sie würde eine Grenzziehung besiegeln, die auch sozialistischen Staaten als willkürlich erscheinen dürfte, zum Beispiel Rumänien, das bis heute Bessarabien nicht vergessen hat. Eine atomwaffenfreie Zone, von den Großmächten kontrolliert, wäre der nächste Schritt, der alles andere als ein innen- und außenpolitisch handlungsfähiges Europa ansteuert.

[6] F. Rosenstiel, Supranationalität (franz. Orig.), Paris 1962), Köln 1964, S. 114 f.

[7] W. Fredericia, Europa - Traum oder Drohung, Köln 1963.

Hatte die Wiedervereinigungspolitik mit Hilfe der Sieger einen hypothetischen Zug, so war die europäische Lösung von Anfang an futurologisch.

Die jaltesische Linie

Der Grundfehler beider Konzeptionen, deutsche Wiedervereinigung zu enkadrieren, besteht darin, daß die deutsche Teilung zu sehr als ein deutsches Schicksal betrachtet worden ist. Sie ist es auch. Aber 1944 wurde in Jalta nicht nur Deutschland in Zonen geteilt. In Jalta wurde auch Europa geteilt: in Einflußsphären. In Jalta wurde eine neue globale Linie gezogen.

Die jaltesische Linie ist von einer nicht geringeren Schwerkraft als die alten Rayas, die amity lines oder die Linie der westlichen Hemisphäre. Mit den Rayas einigten sich Spanien und Portugal, zwei Mächte unter gleicher geistiger Autorität, über den Erwerb andersgläubiger Länder in Übersee im 15. und 16. Jahrhundert. Mit den amity lines grenzten die katholischen und protestantischen Mächte, einer gemeinsamen Autorität entbunden, im 16. und 17. Jahrhundert die Neue Welt als einen Raum aus, in dem das Recht des Stärkeren regieren sollte. Die Rayas und die amity lines waren Ausdruck europäischer Weltherrschaft. Mit der Linie der westlichen Hemisphäre grenzten sich die Vereinigten Staaten von Amerika seit dem 19. Jahrhundert als fortschrittlich vom reaktionären Europa ab[8]. Sie bereitete ideologisch die globale Linie vor, die Rußland und Amerika gegen das alte Europa zogen: es sollte fortan nur noch als ein östlicher und westlicher Appendix existieren.

Die Verfassung der UNO sollte die Zweiteilung der Erde sanktionieren. Das Intermezzo des Kalten Krieges überspielte sie mitunter. Seit Bandung häufen sich die Aus-

[8] Vgl. zur Geschichte dieser Linien: C. Schmitt, Der Nomos der Erde, Köln 1950.

bruchsversuche[9]. Der Atomsperrvertrag soll diese Expeditionen einholen und die Linie institutionalisieren.

Vor diesem Hintergrund wird es zu einem Privatvergnügen, die USA des Verrats zu zeihen, sie habe von 1945 bis 1948 die osteuropäischen Staaten, die auf parlamentarische Demokratie hofften, im Stich gelassen. Die Amerikaner konnten auch nur zusehen, als die Russen 1956 den ungarischen Ausbruchsversuch beglichen, der schon 1955 unter ausdrücklicher Berufung auf Bandung angekündigt worden war[10]. Die jaltesische Linie erklärt die Hinnahme der Mauer in Berlin wie den mangelnden außenpolitischen Spielraum der neuen Regierung in Prag. Die Generation des Intermezzos in Amerika, die Acheson, Dulles, MacArhur, Clay und McCloy, sind überdies abgetreten. Es ist folgerichtig, daß seitdem nicht nur das gesamtdeutsche Interesse, sondern auch das gesamteuropäische Interesse der Amerikaner erlosch. Nach der Übergangsfigur Johnson droht Robert Kennedy ante portas.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Politik der deutschen Wiedervereinigung beinahe eine ausichtslose Sache. Sie hätte nur Chancen, wenn Washington und Moskau die Linie von Jalta revidierten. Sie werden von selbst das ganz gewiß nicht tun.

So steht es heute mit dem Ausland. Und wie steht es heute mit uns selbst?

[9] Zur Bedeutung der Konferenz von Bandung, 1955, vgl. R. Fischer, Von Lenin zu Mao - Kommunismus in der Bandung-Ära, Düsseldorf 1956; A. Mohler, Was die Deutschen fürchten (Kapitel "Die farbigen Kettenreaktionen"), Stuttgart 1965.

[10] Vgl. I. Nagy, Die friedliche Koexistenz der beiden Systeme, und Die fünf Grundsätze internationaler Beziehungen und die Frage unserer Außenpolitik, in: Politisches Testament, München 1959.

Wer will noch die Einheit?

Die Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik ist von ihren Kritikern immer wieder als reine Deklamation bezeichnet worden. Wir würden es uns zu leicht machen, die Indizien dieser Kritik nur in jenem politischen Spielraum zu suchen, der so minimal ist, daß viele an seiner Existenz zweifeln. Das Deklamatorische läßt sich auch nicht allein auf die wachsenden Schwierigkeiten zurückführen. Es wäre nämlich unwahrscheinlich, wenn der jaltesische Hintergrund auf die Intentionen erklecklicher Vertreter der beiden Konzepte nicht abgefärbt hätte. Das heißt: manche Äußerung, die deklamatorisch klang, war auch als Deklamation gemeint.

Klopft man etwelche Reden und Projekte nach ihren Untertönen ab, so ließe sich in der FDP vielleicht eine Linie ziehen von den polemischen Plänkeleien des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss gegen das Provisorische des Grundgesetzes bis zu den offenen Worten des Vorsitzenden Walter Scheel über die Unausweichlichkeit, die Existenz zweier deutscher Staaten hinzunehmen. In der SPD zeigte sich eine gewisse Zweideutigkeit auch schon in der ersten Stunde. Kurt Schumacher, der wirklich ein Patriot gewesen ist, war von tiefen Zweifeln zerfressen: er traute 1945/46 nicht einmal mehr der Widerstandskraft der Westberliner SPD (sein Hader mit Ernst Reuter hatte hier seine Wurzel). Ihn trennt allerdings eine Welt von den SPD-Rebellen der letzten Jahre und jener intellektuellen Lobby, die "rationale Politik" in den Parteivorstand hineinzutragen sucht. Die CDU/CSU wurde schon früh des Rheinbundes geziehen. Was Adenauer angeht, wohl zu Unrecht. Aber tut man Franz Joseph Strauß ein Unrecht an, wenn man ihm einen deutschen Nerv nicht zutraut? ...

Seit dem Aufsatz "Schröder und der deutsche Gaullismus" von Johannes Gross wissen wir, daß Gerhard Schröders außenpolitisches Arkanum der Abwurf gesamtdeut-

schen Ballastes ist, um die Bundesrepublik manövrierfähig zu machen. Die DDR erscheint hier als das deutsche Algerien. "Das Volk soll", kommentiert Gross, "von sanfter, verständiger Hand geleitet, um Gracians schöne Wendung zu gebrauchen, allmählich von seiner Täuschung zurückkommen." Der Kommentator knüpfte daran die sensationelle Bemerkung: "Eine solche Politik der Selbstbeschränkung der Bundesrepublik auf sich selbst und ihre Interessen würde ..., bei der Bevölkerung Westdeutschlands überwiegend auf Zustimmung stoßen, jedenfalls kein gefährliches politisches Trauma entstehen lassen." Er kritisierte deshalb den Porträtierten, weil er der Wahrheit sich nicht bediene und sich darauf verlasse, "daß die großen hamburgischen Wochenschriften jede ernsthafte Analyse, jede treffende kritische Äußerung an seiner Politik unterdrücken in der Meinung, ihm zu helfen."[11]

Das heißt, der Kaiser ist nackt, und es ist vonnöten, das offen auszusprechen. Wen kann es überraschen, daß auch Peter Bender dieser Ansicht ist?[12]

Die Weichen in der öffentlichen Meinung sind in der Tat heute so gestellt, daß niemand einen Aufschrei des Volkes artikulieren würde, wenn Bonn sich entschlösse, den Verzicht zu wollen und zu bekennen. Aber würde das Volk aufschreien? Für die sensationelle Bemerkung von Johannes Gross spricht, daß unter der Oberfläche des Offiziellen starke Gruppen und weite Kreise sichtbar sind, die kein vitales Interesse an einer gesamtdeutschen Politik haben.

[11] J. Gross, aaO, S. 91, 94 und 101.

[12] P. Bender, Plädoyer für die Anerkennung, Deutschland-Archiv Nr. 1, April 1968. Eine sanfte, verständige Hand zeigte er insofern, als er so explizit in seinem Buch "Offensive Entspannung" sich vor vier Jahren noch nicht äußerte.

Die Menge der Unpolitischen, deren Maxime ist, sich nach der Decke zu strecken, ist lange saturiert. Sie fielen wenige Jahre nach dem Zusammenbruch die Treppe hinauf. Sie sind nur von dem Trägheitsdrang erfüllt, das Erworbene zu bewahren.

Ein Teil der Politischen hat die Maxime der Unpolitischen als politisches Argument übernommen. Sie meinen, der Bundesrepublik bleibe gar nichts anderes übrig. Sie sind ebenfalls auf Erhaltung bedacht, auf den Schutz des deutschen Rumpfes, der das Glück hatte, einigermaßen ungerupft davonzukommen.

Ein anderer Teil der Politischen, der nach der Maxime handelte, die Decke, nach der man sich streckt, zu verlängern, hat inzwischen resigniert. Sie schließen sich nach dem Intermezzo des Kalten Krieges der letzten Gruppe an. In ihnen schlägt eine deutsche Untugend: der Mangel an politischer Geduld in Passivität um. Die Deutschen sind keine Russen.

Ein weiterer Teil der Politischen betrachtete schon 1945 mit unverhohlener Freude den Fall Preußens ins sozialistische Imperium als Rache der Geschichte. Sie sind vorwiegend süddeutscher Provenienz. Ihr Antrieb ist das antipreußische Ressentiment. Sie haben im dritten und vierten Glied noch nicht verwunden, daß gegen sie einst die Einheit durchgesetzt wurde. Sie münzen die Spaltung in einen Vorteil um.

Ihnen gesellen sich zwei Gruppen politischer Neurotiker zu. Den Bußpredigern erscheint die deutsche Teilung als Strafe der Geschichte. Vertreter deutscher Interessen, und seien es auch nur Sicherheitsinteressen, sind für sie Störenfriede und Frevler. Den Wohlstandskritikern aus ästhetischen Gründen, den Derwischen des Unbehagens hingegen erscheint die DDR insgeheim als das bessere Deutschland - wenigstens potentiell.

In diese Hörner stoßen alibibedürftige, erpreßbare frühere Nationalsozialisten und ihre Nachwuchsklientel, die an den Schalthebeln der öffentlichen Meinung sitzen. Es gibt kein großes Blatt, keinen Sender, in dem sie als zuverlässige Vollstrecker und freiwillige Verlängerer vormaliger Besatzungspolitik nicht walten. An ihnen dürfte es liegen, wenn die öffentliche Meinung heute für aktive Deutschlandpolitik ausfällt.

Eine andere Spielart nationaler Abstinenz zeigen die deutschen Europäer. Für sie ist die deutsche Frage passé. Sie sind politische Snobs. Sie heften die Geschichte mit mokantem Lächeln ab.

Diese Gruppen und Kreise dürften die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Gesinnungsethik, Futurologie, Opportunismus und zum Teil auch Verantwortungsethik sind ihre Motive. Die nationale Abstinenz wird von zwei Faktoren, die sich gegenseitig bedingen, bestätigt und bestärkt.

Der erste Faktor ist die sich seit zwanzig Jahren hinschleppende Ereignislosigkeit der deutschen Politik. Sie ist begründet in der konstanten Schwierigkeit der Lage und den variablen Schwächen der Politiker, die Deutschlandpolitik von Amts wegen betrieben. Unterschiedliche Begabung, Phantasielosigkeit, mangelndes Stehvermögen sollte man nicht überbewerten. Wenn ihre Parteien sich mehr versprochen hätten, wären die Politiker ausgewechselt worden. Erst seit der letzten Amtsnahme scheint das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen aus dem Feigenblatt-Status herauszuwachsen.

Der zweite Faktor ist die Effektenbörse der Politologie und der politischen Bildung, auf der wie in Sartres "Fliegen" permanente Zerknirschung ausgerufen wird. Ihr vor allem ist zu verdanken, daß seit dem Abgang von Schumacher und Adenauer eine unbefangene und überzeugende Vertretung deutscher Interessen durch ein gestörtes Geschichtsbewußtsein erschwert wird. Ihr ist es auch zuzuschreiben, wenn die innere Souveränität durch eine Verteufelung politischer Macht verfällt. Es ist ein trauriger Tatbestand, daß die Erynnien, schon natürlichem Abnutzungsprozeß anheimgefallen, aus der Wiederannäherung von Moskau und Washington frischen Honig saugten.

Wirkten sich die beiden Faktoren schon negativ auf die skizzierten Gruppen und Kreise aus, so richteten sie verheerende Folgen in der Jugend an, die im Unterschied zur Jugend anderer Länder ohne eine nationale Erlebnisbasis heranwächst und auf entsprechende Fragen auch keine bündige Antwort bekommt. So kehren in der Jugend die Motive und Argumente der nationalen Abstinenz in radikalisierter Form wieder. Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß ihr Begriffe wie Einigkeit und Recht und Freiheit nichts mehr sagen.

Man darf sich auch nicht wundern, wenn die radikalisierte Reprise auf die Welt der Erwachsenen einschüchternd zurückwirkt. Das erklärt die Unsicherheit und Hilflosigkeit vor den Schüler- und Studentenunruhen. Das erklärt auch, warum die Ablehnung des amerikanischen Engagements in Vietnam durch die Studenten, vor Jahresfrist noch allgemein verworfen, heute vom Gros der öffentlichen Meinung geteilt wird und sogar in den Parteien um sich greift. Das erklärt ebenfalls, warum Walter Scheel wenige Wochen, nachdem er die Forderung junger FDP-Rebellen nach Anerkennung der DDR ablehnte, selbst einer Hinnahme der deutschen Teilung den Weg zu bahnen sucht[13].

In der politischen Atmosphäre verrutschen die Positionen. Mit dem Ausland steht es schlecht. Mit uns steht es noch schlechter. Man darf füglich bezweifeln, ob die Bundesrepublik die deutsche Wiedervereinigung noch will.

[13] Interview der Rheinischen Post vom 23. Februar 1968.

Die Irrlehre der Wiedervereinigung

Die leidige Logik dieses Prozesses läßt auf eine untergründige Kontinuität schließen, die zu formulieren nur wenige den Mut hatten. Winfried Martini hat vor acht Jahren die Wiedervereinigung schlicht als eine Irrlehre bezeichnet[14]. Seine Antilehre besteht in ihrem Kern aus fünf Sätzen:

1. "So wie die Dinge 1945 und 1946 lagen, hätte es schlimmer kommen können. Es drohte die rote Einheit. Die einzige Alternative zu ihr war die Teilung: unter der Voraussetzung jener Drohung war sie das beste, das wir gewinnen konnte."

2. "... mit der lebhaften Beteuerung, die Bundesrepublik sei nur ein `Fragment´, wurde auch das fatale Wort von der Wiedervereinigung geboren."

3. "In der Tat liegt in der Theorie vom Provisorium eine beispiellose Selbstverachtung des Staates: indem er sich selber die Dauer abspricht und von vorneherein den Widerruf seiner Existenz in Aussicht stellt, nimmt er sich selbst nicht ernst, begreift sich höchstens als ein staatlicher Verein, verzichtet auf ein Staatsgefühl seiner Bürger, die es psychologisch natürlich einigermaßen schwer haben, ihn ihrerseits ernstzunehmen ... die `Provisoriumstheorie´ führt objektiv ins Vorfeld der Illoyalität."

4. "... an der Spitze stehen für Adenauer die Erhaltung und Sicherung dessen, was bereits ist, was wir haben, also die Bundesrepublik, während das, was wir nicht haben und möglicherweise nie erhalten werden, also ein freies Gesamtdeutschland, an zweiter Stelle steht."

5. "... die Sicherheit der Bundesrepublik ist keine Garantie für die `Wiedervereinigung in Freiheit´, sondern nur deren conditio sine qua non, und im übrigen - soweit es im Diesseits überhaupt `Garantien´ gibt - eine Garantie gegen die Wiedervereinigung in Unfreiheit."[15]

Den Formulierungsmut hatte auch Johannes Gross in seiner Analyse der Schröderschen Außenpolitik. Da sie nur drei Jahre alt ist, bezieht sie sich weniger auf eine Wiedervereinigung mit Hilfe der Hallstein-Doktrin, sondern mehr auf die europäische Losung und Lösung. Ihre Bestandsaufnahme ist in diesen drei Sätzen enthalten:

1. "Seit wenigstens 1962 ist die europäische Integration als politisches Mittel mausetot."

2. "... de Gaulles algerisches Exempel, sich durch Amputation Handlungsfreiheit zu verschaffen, wird ... hierzulande nur von wenigen nach Unabhängigkeit dürstenden Geistern als exemplarisch verstanden."

3. "Durch die Anerkennung des mitteleuropäischen Status quo würde die Bundesrepublik mit einem Schlage aktionsfähig ... es fragt sich dann, zu welchem Ende sie handeln will."[16]

Diese unsentimentalen Betrachtungen haben zwei krasse Vorzüge.

Sie zerstören erstens die große deutsche Illusion nach 1945, jenen Irrglauben, aus dem Feld des Politischen in die Gefilde von Garantien, juristischen Prozeduren und automatischen Prozessen entweichen zu können. Die Wiedervereinigungskonzepte mit Hilfe der Sieger und die europäische Integration sind solche Träume, aus denen es nur ein böses Erwachen geben kann.

Die unsentimentalen Betrachtungen wehren zweitens die Verführungen ab, in diesen Träumen auch noch zu tanzen. Die Abrüstungs- und Konföderationspläne, soweit sie nicht von kommunistischer Machtpolitik geleitet sind, erscheinen in diesem Sinne als Traumtänzereien, die mit Absturz enden.

[14] W. Martini, Freiheit auf Abruf, Köln 1960. Kapitel "Irrlehren der Wiedervereinigung."

[15] ebenda, S. 307, 310, 311, 314, 315 f. Alles Geschrei wider diesen Meister des "unsichtbaren Bonald-Clubs", um einen Ausdruck von Harry Pross zu benutzen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, wie verbreitet diese Thesen in allen Lagern sind.

[16] J. Gross, aaO. S. 95, 103, 106.

Zur Abrüstung schrieb Martini:

"Jedenfalls ist eine politische Spannung immer die Ursache eines Rüstungswettlaufs: daher war die Gründung der NATO die unmittelbare Folge der politischen Spannung während der ersten Nachkriegsjahre gewesen, die im Prager Staatsstreich und in der Berlin-Blockade ihre ersten Höhepunkte fand. Auch wenn ein Rüstungswettlauf bei längerer Dauer die allgemeine Nervosität und damit die Spannung erhöhen mag, so muß seiner Beendigung - nach dem Verhältnis von Ursache und Wirkung - die Entspannung doch vorausgehen. Nur ein an den eigenen Wünschen statt an der Wirklichkeit und an der Logik orientiertes Denken kann auf den krausen Einfall kommen, jenes Verhältnis umzukehren."[17]

Martini schrieb zur Konföderationsfrage:

"...entweder das SED-Regime kapituliert zugunsten der Einheit in Freiheit, oder es bleibt dort, wo es ist. Und da es verständlicherweise zu einer Kapitulation - selbst in Stufen - kaum bereit ist, so wären Verhandlungen mit ihm über eine `Wiedervereinigung´ nicht nur sinnlos, sondern vor allem auch lebensgefährlich... Hier eben liegt der Sinn des östlichen Vorschlages zu einer Konföderation. Soweit seine bundesrepublikanischen Befürworter sich darüber überhaupt klar sind, fühlen sie - ausgerechnet sie! - sich stark und gewitzt genug, solchen Gefahren zu trotzen: aus der gleichen überheblichen Ahnungslosigkeit heraus, die auch Papen und Hugenberg im Januar 1933 wähnen ließ, Hitler `einzurahmen´, ihn gerade durch ihre Koalierung unter Kontrolle bringen zu können ... Demokratien, liberal und konservativ orientierte Gruppen haben nun einmal keine Chance, eine solche Koalition zu überstehen: denn während sie sich an demokratische oder verfassungsmäßige Grundsätze und an Vereinbarungen ihrer ganzen Herkunft nach gebunden fühlen, hat der `Partner´ nur das Ziel, die totale Macht zu gewinnen. Schon weil der eine nach den Kategorien seines politischen Denkens den eigenen Rückzug von der Macht grundsätzlich von vorneherein ausschließt, ist jede `Volksfront´ nichts anderes als eine Koalition zwischen Schaf und Wolf."[18]

Die Betrachtung dieser Argumente ist mitnichten ein Ausflug in die Historie. Sie sind bis heute nicht widerlegt und auch nicht veraltet: weder durch eine entgegengesetzte internationale Situation, noch durch neue Pläne und Modelle. Ob es sich nun um die Studie des Centre d´Etudes de Politique Etrangère[19] handelt, die eine mitteleuropäische Zone militärischer Verdünnung vorschlägt, was ein Einvernehmen voraussetzt, das zur Zeit pures Wunschdenken ist, oder um den Charlottenburger Abrüstungsplan in drei Stufen zum Nürnberger Parteitag der SPD, ob es um das gemeinsame Dach geht, das W. W. Schütz in seinem Deutschland-Memorandum in romantischer Analogie zum Commonwealth vorschwebt, oder um die "politische Gemeinschaft", wie sie die Studie der evangelischen "Kammer für öffentliche Verantwortung" aus dem Geist eines "konstruktiven Miteinanders" anrät. Das alles bleibt - mit Ausnahme der französischen Studie, die einen eigenartigen Hintergrund hat - im Bereich der Gesinnungsethik, mit der bisher noch niemand erfolgreiche Politik gemacht hat.

Die Besinnung und Beschränkung der Bundesrepublik auf sich selbst wäre als Fazit aus der innen- und außenpolitischen Lage sogar die einzig mögliche Politik unter verantwortungsethischen Gesichtspunkten. Aber auch der Status quo ist eine Irrlehre.

[17] W. Martini, aaO, S. 98

[18] ebenda, S. 321 f.

[19] deutsch in: Europa Archiv Nr. 2/1968.

Die Irrlehre des Status quo

Es ist heute ein Gemeinplatz der Zeitgeschichte, die Administration Roosevelt zu beschuldigen, sie habe in Jalta nicht vorausgesehen, daß Stalin die osteuropäischen Länder bolschewisieren würde. Diese Interpretation, der man eine hervorragende Teilwahrheit nicht absprechen kann, sieht an der globalen Linie vorbei, die in Jalta gezogen wurde. Die jaltesische Linie hat, quer durch das Intermezzo des Kalten Krieges, unverwischt von Flut und Ebbe der Deklarationen, bis heute das politische Geschehen gravierend beeinflußt. Der grundsätzliche Irrtum Amerikas besteht vielmehr darin, daß es glaubte, die Sowjetunion würde die neue globale Linie, den Status quo, respektieren.

Als das Gegenteil sich nicht mehr weginterpretieren ließ, entwarf Washington die Strategie des Containement und des Roll-back. Es entsprach seiner Einschätzung der Linie von Jalta, daß es das Letzte nie betrieb. Die Koexistenz-Illusionen der Ära nach Stalin verflüchtigten sich durch die Kuba-Krise und den Krieg in Vietnam. Die USA versuchen deshalb heute, die globale Linie des Status quo mit dem Atomsperrvertrag zu enkadrieren. Die Zweideutigkeit des Vertrages liegt darin, daß er einerseits abgrenzt, andererseits annähert. Es entsteht eine juristische Fiktion, die neuen Illusionen weicht. Amerika scheint zur Zeit leichten Herzens in Kauf zu nehmen, daß der Sperrvertrag Westeuropa militärisch, wirtschaftlich und politisch schwächt; es erscheint ihm ohnehin nur als sein Appendix. Die Schwächung Westeuropas aber läßt die Gefahr entstehen, daß die globale Linie eines Tages westwärts rutscht.

Der Sperrvertrag vermag den Status quo so wenig zu institutionalisieren, wie das in den Nachkriegsjahren die UNO vermochte. Im Gegenteil: die Schwächung erleichtert es der europäischen Regionaltaktik Moskaus, auf der diplomatischen Ebene ein europäisches Sicherheitssystem ohne die USA, in dem es die Präponderanz hätte, anzustreben,

und auf der gesellschaftlichen Ebene die Atmosphäre für verschiedene Volksfronten vorzubereiten[20], den Polyzentrismus im Westen zu fördern, während der Polyzentrismus im Osten zurückgehen soll.

Es macht die Bedeutung des Generals de Gaulle aus, daß er als erster und vielleicht auch als bisher einziger europäischer Staatsmann die Gravität der jaltesischen Linie erkannt hat. Europa kann in der Tat sich als souveräne politische Einheit nur etablieren, wenn Jalta revidiert wird. Der Nachteil der Politik de Gaulles besteht darin, daß er die Linie aus der Entfernung betrachtet.

Es ist die Schuld der Bundesregierung, den divinatorischen Blick des Generals nicht aus ihrer Erfahrung mit der Konfrontation im eigenen Lande rationalisiert zu haben. Außerdem ist Frankreich durch seine Tradition vorprogrammiert: Es verfocht im Gegensatz zur universalen Reichsidee vorwiegend nationales Interesse - wie das im 18. Jahrhundert schon der Abbé Mably bemerkt hat. Auch hier hätte ein deutsches Gegengewicht einsetzen müssen. Die Bundesregierung vermochte beides nicht.

So erscheint es verständlich, wenn Frankreich sich nur noch selbst zu retten trachtet. Die Studie "Sicherheitsmodelle für Europa", die das Centre d'Etudes de Politique Etrangère anfertigte, ist unter der offensichtlichen Voraussetzung entstanden, daß mit einer deutschen Politik nicht mehr zu rechnen ist. Die vorgeschlagene mitteleuropäische Union ohne Schutz der USA wäre nur eine Pufferzone zwischen Frankreich und der Sowjetunion: zwischen einem schwachen und einem starken "Partner". Sie würde die Bundesrepublik nicht allein mit den kurrenten Risiken der Abrüstung und der Konföderation belasten, sondern sie auch einem legalen Einspruchsrecht der Sowjetunion öffnen, dem nicht abzusehen ist, ob sie jemals darauf wieder verzichtet[21].

[20] Vgl. H. Lades, Reform als Form der Revolution - Zur neuen Regionaltaktik und Argumentation der Kommunisten für Westeuropa, hektographiertes Referat, Studienkolleg für zeitgeschichtliche Fragen, Erlangen 1967, S. 4 ff.

[21] K. Th. Freiherr zu Guttenberg schrieb in seinem Buch "Wenn der Westen

Die Fehlrechnung für Frankreich ist dabei jedoch, daß eine mitteleuropäische Union Volksfrontneigungen in Frankreich und Italien unterstützen und bei gleichzeitigem Eindringen Rußlands ins Mittelmeer über Nacht sich in ein Glacis verwandeln würde. So könnte Frankreich, das kaum in der Lage sein dürfte, den gewünschten Status in Mitteleuropa zu garantieren, am Ende auch sich selbst nicht retten. Der General mag dies bereits ahnen. Er ließ deshalb vielleicht durchsickern, daß er gegebenenfalls mit dem Notrecht eine Volksfrontregierung verhindern werde[22].

Die Irrlehre des Status quo bedeutet für Deutschland, daß es der Bundesrepublik nicht vergönnt sein wird, sich auf sich selbst zu beschränken. Die deutsche Frage hört nicht auf, wenn die Bundesrepublik sie nicht mehr stellt. Die deutsche Herausforderung bleibt. Wenn die Bundesrepublik resigniert, wird die DDR mit der deutschen Karte stechen. Die DDR ist nicht Algerien. Algerien hat nie Anspruch auf Frankreich erhoben. Die DDR hat bei allen ihren Forderungen nach Anerkennung ihren gesamtdeutschen Anspruch nie fallen lassen.

Die DDR sanktionierte ihren Alleinvertetungsanspruch erst vor kurzem wieder in der Präambel ihrer neuen Verfassung. Da heißt es:

"Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen, in Ansehung der geschichtlichen Tatsache, daß der Imperialismus unter der Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat ..., was den Interessen der Nation widerspricht, hat sich das Volk der

will", Stuttgart 1964, den (nach der Rezension H. Zehrers in der "Welt der Literatur" vom 29. Oktober 1964 zitierten) Satz: "Wenn ein Deutscher die Wiedervereinigung seines Landes fordert, wird er als Vertreter nationaler Interessen gelten, wenn ein Franzose sich diese Forderung zu eigen macht, wird aus einem Problem der Deutschen ein solches Europas." Man sollte sich aus heuristischen Gründen einmal vorstellen, die Studie des Centre d'Etudes de Politique Etrangère sei eine Antwort auf diesen Satz.

[22] Vgl. Neue Züricher Zeitung vom 29. März 1968 (Fernausgabe).

Deutschen Demokratischen Republik ... diese sozialistische Verfassung gegeben."[23] Die Präambel findet ihre Entsprechung im neuen Programmentwurf der KPD[24] und im "Offenen Brief des ZK der SED an die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, an die Frauen und die Jugend in der westdeutschen Bundesrepublik"[25]. Diese Dokumente sprechen eine eindeutige Sprache.

Verzichtet die Bundesrepublik auf ihren Alleinvertretungsanspruch, schafft sie in ihrem Bereich ein nationales Vakuum, in das die DDR mit ausgerüstetem Eifer eindringen würde. Legt die Bundesrepublik ihre deutsche Legitimität ab, erschiene sie nur noch in ihrer empirischen Gestalt als eine Sezession der Provinzen, unfähig, ein Staat zu werden, weil es ihr an einer überpersönlichen Idee mangelt: weder nationaler Staat noch europäischer Bundesstaat, würde sie - entgegen konservativen und liberalen Hoffnungen - zum kranken Mann Europas.

Die Bundesrepublik hat schon jetzt Mühe, ihr "vereinigtes Wirtschaftsgebiet" als einen Staat erscheinen zu lassen, in dem sich Loyalität von oben und von unten begegnet. Nationale Abstinenz, ob aus Verantwortungsethik, Gesinnungsethik, Opportunismus oder Snobismus ist eine Inauguraladresse an die DDR, ihren preußischen Genius loci zu rehabilitieren. Der Bismarck, den die Bundesrepublik nicht hervorbringt, wird mit kommunistischer Toga drapiert sein.

Das wäre die Quittung für die Flucht aus der Politik, die in der Bundesrepublik unter dem Beifall einer Wissenschaft grassiert, die sich Politologie nennt[26]. Die Bundesrepublik kann ihrem deutschen Auftrag nur entgehen, indem sie sich selbst aufgibt.

[23] GBl. I Nr. 8/1968; abgedrucht auch in Deutschland-Archiv Nr. 2, Mai 1968.

[24] Neues Deutschland vom 13. Februar 1968.

[25] Neues Deutschland vom 29. Februar 1968.

[26] Vgl. die amüsante wie scharfe Kritik an dieser Disziplin in: K. Jaspers, Antwort zur Kritik meiner Schrift "Wohin treibt die Bundesrepublik?" (Abschnitt "Sontheimer"), München 1957.

Ein deutscher Rahmen

Die Enkadrierung mit Hilfe der Sieger und der europäischen Länder ist nicht mehr virtuell. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien und Rumänien, die ihrerseits diplomatische Beziehungen zur DDR unterhalten, läßt die Hallstein-Doktrin, wie geschmeidig man sie auch immer drehen und wenden mag, heute nur noch als Instrument wirtschaftlicher Erpressung erscheinen. Die Studie des Centre d'Etudes de Politique Etrangère interpretierte bereits den Briefwechsel zwischen der SPD und der SED als Hinnahme der Existenz zweier deutscher Staaten. Die Position der Bundesrepublik ist zweideutig geworden. Ginge die Entwicklung so weiter, wie sie jetzt steuerlos hinzutreiben beliebt, würde die Bundesrepublik der zweiten deutschen Kapitulation nicht entgehen: die Oder-Neisse-Grenze anzuerkennen, auf Atomrüstung zu verzichten, einen Rosenkranz von Gewaltverzichtserklärungen abzuhaspeln (durch die, was die Kommunisten immer behauptet haben, die bisherige Politik als gewalttätig erscheint!) und am Ende die DDR anzuerkennen - womit sie ihre deutsche Legitimität verspielt hätte.

Eine neue Enkadrierung ist nötig. Wie sich herausgestellt hat, kann eine Wiedervereinigung nur noch eine Sache der Deutschen selbst sein.

Die jaltesische Linie geht mitten durch Deutschland. Europa kann aus dem ostwestlichen Appendixstatus erst herauswachsen, wenn diese Linie in Deutschland überwunden ist. Ohne ein wiedervereinigtes Deutschland kann es kein Vereinigtes Europa geben, in dem kein Volk und keine völkische Minderheit mehr benachteiligt wäre. Die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland ist vielleicht sogar die einzige entscheidende Triebkraft für die europäischen Länder westlicher und östlicher Verflochtenheit, ihre einzelnen Souveränitäten oder Halbsouveränitäten in der einen Souveränität einer europäischen Föderation aufgehen zu lassen.

Die neue Enkadrierung muß daher eine deutsche Enkadrierung sein. Da ein Rahmen nötig ist, der die rutschenden Positionen aufhält, ohne die Entwicklung zu blockieren, wäre eine deutsche Enkadrierung die Anerkennung der DDR ohne Präjudizierungen.

Der deutsche Rahmen, in Negativ-Formeln ausgedrückt, würde heißen:

es ist für beide deutschen Staaten unzumutbar, auf ihren Alleinvertretungsanspruch zu verzichten;

es ist für beide deutsche Staaten unzumutbar, sich nicht für das vorbildliche Modell zu halten oder sich als ein solches zu entwickeln;

es ist für beide deutschen Staaten unzumutbar, den Status des anderen als endgültig zu betrachten;

es kann keinem der beiden deutschen Staaten zugemutet werden, auf militärische Sicherung und Pakte zu verzichten;

es kann keinem der beiden deutschen Staaten zugemutet werden, Verträge und Grenzziehungen, die der andere unterzeichnet hat, als bindend zu betrachten;

es kann keinem der beiden deutschen Staaten zugemutet werden, die Sieger gänzlich aus ihrer Verantwortung für die deutsche Teilung zu entlassen; schon aus diesem Grund ist der gegenwärtige Status von Berlin unabdingbar;

es kann aber auch keinem der beiden deutschen Staaten zugemutet werden, unter dem Druck eines Atomsperrvertrags in noch stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit von den Großmächten zu geraten und neue zusätzliche Kontrollen zu akzeptieren.

Es würde sich um eine Anerkennung handeln, die eine völkerrechtliche Fixierung ausschließt und keinem Teil ausländischen Status auferlegen kann. Diplomatische Beziehungen wären dabei nicht die angemessene Form des politischen Verkehrs; vielleicht kommissarische Vertretungen. Die Ebenen von Gesprächen würden aufhören, problematisch zu sein. Auch eine Anerkennungswelle der DDR würde keine Endgültigkeit unterstellen. Eine völkerrechtliche Anerkennung zweier Staaten durch dritte wird per se

hinfällig, sobald sich diese beiden Staaten verbinden. Das würde nicht einmal einen neuen Paragraphen des Völkerrechts erfordern.

Es würde sich aber nicht um eine Anerkennung handeln, de facto oder staatsrechtlich, die nach einem gemeinsamen Dach sucht, wofür es kein übergreifendes Gebälk gibt. Die Anerkennung der DDR ohne Präjudizierungen ist nichts als ein institutionalisierter Wettbewerb, der die Entwicklung der Zukunft, der Schwerkraft des eigenen Modells und dem Willen der Bevölkerung überläßt.

Dieser institutionalisierte Wettbewerb, der über das Schicksal Europas entscheidet, zwänge die SED stärker als bisher, ihren deutschen Charakter zu profilieren und ihn unter den Augen der Besatzungsmacht vom russischen Hintergrund zu lösen. Der deutsche Rahmen würde die Kreise, die für eine Profilierung in Frage kämen, vor dem Vorwurf der Illoyalität schützen.

Nach den Politiken der Ignorierung und Isolierung wäre die Anerkennung der DDR ohne Präjudizierungen auch der Rahmen für eine Politik der Präparierung, wie sie Prof. Hans Lades als erster ins Spiel gebracht hat[27]. Unter den jetzt vorhandenen Bedingungen ist eine Präparierung der DDR aus technischen Gründen überhaupt nicht möglich.

Im Gegenteil: zur Zeit präpariert die DDR die Bundesrepublik. Sie unterstützt die Kampagne für die Abrüstung, um sie international hilflos zu machen; sie unterstützt die Kampagne gegen die Notstandsgesetze, um sie innerlich hilflos zu machen; sie unterstützt die Kampagne für die Mitbestimmung, um nach dem Konzept des Trotzkisten Mandel durch überhöhte Forderungen zusätzliche Krisenfaktoren zu schaffen[28]. Die DDR versucht die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik auf gesellschaftliche Veränderungen nach dem Potsdamer Abkommen umzufunktionieren, wobei sie sich selbst als einen Staat nach dem Muster des Potsdamer Abkommens präsentiert. Sie versucht auf diese Weise, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik durch ihren eigenen Alleinvertretungsanspruch zu verdrängen. So hofft sie, die Bundesrepublik nach ihren Bedingungen konföderationsfähig zu machen.

Würfe die Bundesrepublik ihr beträchtliches Prestige, das sie in der Hallstein-Zeit erworben hat, das sie zur Zeit noch besitzt, in die Waagschale, könnte sie sich ähnliche Einflußmöglichkeiten in der DDR verschaffen und sie wegen des mangelnden Konsensus der Bevölkerung in die Defensive treiben. Es ist sicher, daß die DDR diese Kehrseite einer Anerkennung ohne Präjudizierungen sofort erkennt und eine solche Politik strikt ablehnt. Es genügt in diesem Falle eine einseitige Erklärung.

Die Revision Jaltas

Der Bundesrepublik dürfte es nicht schwer fallen, eine solche Politik den osteuropäischen Staaten plausibel zu machen. Der DDR dürfte es indessen schwer fallen, diese Länder zu einer Ablehnung einer solchen Politik zu überreden. Sie setzte sich in dieser Lage sogar einer Präparierung von zwei Seiten aus - nicht zuletzt, weil sie sich in Budapest neuerlich als Schildträger der schon von dem Sozialisten und Patrioten Karl Marx bekämpften russischen Vorherrschaft in Europa empfahl.

Die Bundesrepublik kann ein solches Konzept natürlich nicht verwirklichen, wenn sie weiterhin auf einer Flucht aus der Politik beharrt: auf Garantien, juristischen Prozeduren, automatischen Prozessen. Sie müßte im Gegenteil eine

[27] Vgl. H. Lades, Denkmodelle für eine Strategie und Taktik der Deutschlandpolitik, hektographiertes Referat (erweiterte Fassung), Studienkolleg für zeitgeschichtliche Fragen, Erlangen 1966, S. 64 ff. Vgl. auch die unter Anm. 2 genannten Interviews.

[28] Vgl. E. Mandel, Westeuropäische Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, in: Neokapitalismus, Rüstungswirschaft, Westeuropäische Arbeiterbewegung - Protokoll einer Tagung des Sozialistischen Bundes und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vom 6. und 7. November 1966, Frankfurt a. M. 1966, S. 93 ff. und 141.

solche Politik sogar zunächst alleine führen. Sie wäre auch Rückschlägen und Mißverständnissen ausgesetzt, die allein durch Konsultationen nicht behoben werden können.

Die Bundesrepublik müßte es kaltblütig ertragen, wenn Polen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verweigert, weil sie die Grenzfragen bis zu einer europäischen Regelung offen halten will. Die Grenzziehung nach 1945 differiert schließlich mit den nationalen Interessen aller osteuropäischen Länder. Polen selbst kann nicht offen sprechen; es mußte an die Sowjetunion Gebiete abtreten wie Rumänien und die Slowakei. Eine erhebliche Minderheit von 600 000 Ungarn muß in der Slowakei leben, und die ungarisch-rumänische Grenze ist so umstritten wie die mazedonische Frage zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland. In Ostasien bezweifelt nicht nur China, sondern auch Japan die Legitimität der russischen Grenzziehung. Die Bundesrepublik dürfte sich auch nicht beirren lassen von jenen deutschen Kreisen, die aus gesinnungsethischen Gründen auf einer Aussöhnung mit Polen bestehen. Verantwortungsethisch gibt es dafür momentan nicht den geringsten Anlaß. Polen hat sich bisher von allen sozialistischen Ländern gegenüber der Bundesrepublik am starrsten verhalten. Es hat zur Zeit das reaktionärste Regime unter den sozialistischen Ländern. Beides dürfte zusammenhängen und auch Polen präparierungswürdig erscheinen lassen: für seine Bevölkerung und für seine sozialistischen Nachbarn.

Westwärts gälte es zum Beispiel eine nervöse Haltung Frankreichs in Ruhe zu ertragen. Tauroggen- und Rapallo-Komplexe wären die wahrscheinlich erste Reaktion. Die zweite wäre vielleicht sogar der Wunsch, sich dagegen durch ein Bündnis mit Rußland abzusichern - die große Furcht Bismarcks und Adenauers. Die dritte Reaktion indessen könnte die Angst sein, was unter den Auspizien einer Volksfront nach de Gaulle, wenn niemand mehr wagt, mit dem Notrecht zu regieren, aus einem Bündnis Frankreich-Sowjetrußland würde[29].

[29] Der Absatz ist hervorgegangen aus einem Diskussionspart mit Prof. H.

Die Anerkennung der DDR ohne Präjudizierungen würde eine Politik der Revision Jaltas von unten einleiten. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß diese Politik wie jede Politik für etwas und gegen etwas gerichtet ist[30]. Das heißt hier: gegen die Mächte von Jalta. Von ihnen dürften die USA am wenigsten unnachgiebig sein, insbesondere wenn sie erkennen, daß der Status quo eine Irrlehre ist. Die UdSSR dürfte jedoch gar kein Interesse an einer Revision Jaltas haben. Zumindest nicht, solange sie sich mit ihrer westeuropäischen Regionaltaktik Chancen für die Verbreitung des Kommunismus ausrechnen kann.

Hier gilt es behutsam vorzugehen, doch auch mit Festigkeit, die sich sogleich in einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China zu institutionalisieren hätte[31]. Es kommt darauf an, Prozesse einzuleiten, vor denen die russische Hegemonie in Osteuropa als ein anachronistisches Überbleibsel der Stalin-Ära erscheint. Überdies wird die Sowjetunion als Weltmacht vor das Problem der Ubiquität gestellt, die in eigenartiger Dialektik auf sie zurückwirkt - was ihrer Herrschaftsstruktur keineswegs bekömmlich ist[32].

Lades auf einem Seminar der Collegia politica in Unterleinleiter, wo eine erste Fassung dieser Studie am 2. März 1968 probeweise vorgetragen wurde.

[30] Die Anhänger der Theorie vom Ende der klassischen Politik mögen untersuchen, in welch unideologischer Weise gerade die Sowjetunion schon seit 1918 nichts anderes als klassische Außenpolitik getrieben hat.

[31] Die "Iswestija" malte am 29. März die Gefahr eines Bündnisses zwischen Bonn und Peking an die Wand. Die Zeitung befürchtete die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der chinesischen Volksrepublik. In dieser Befürchtung drückt sich nicht nur der wache politische Instinkt der Russen aus, sondern auch ihr schlechtes Gewissen. Vgl. zur Polemik der "Iswestija" Kx: "Pekings Schweigen zu den Veränderungen in Osteuropa", Neue Züricher Zeitung vom 30. April 1968, Fernausgabe

[32] Es gebührte wohl dem Trotzkisten Isaac Deutscher das Verdienst, auf dieses Problem als erster hingewiesen zu haben, als er in der militärischen Besetzung anderer Länder den Anfang vom Ende des Stalinismus erblickte. Diese kühne Prognose erschien auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges auch dem Verfasser dieser Zeilen als Blasphemie. Vgl. I. Deutscher, Stalin (Kapitel "Die Dialektik des Sieges). Zürich 1951.

Die Politik gegen die Mächte von Jalta kann insofern mit diesen Mächten geführt werden, als sie nicht an der militärischen Präsenz Rußlands und Amerikas in Europa rüttelt. Das bestehende Gleichgewicht ist sogar die Voraussetzung; gewönne eine der beiden Großmächte die Hegemonie über ganz Europa, würde jede deutsche und europäische Politik aufhören. Sie dürfen erst am Ende eines langfristigen Prozesses aus ihrer kostspieligen Verantwortung entlassen werden.

Wie dieses Ende aussehen wird, sollte man im Interesse des institutionalisierten Wettbewerbs offen halten.

Ein Jahrzehnt danach: Rede auf der Wartburg (31. März 1990)

Zu den Vorgängen seit dem letzten Herbst, unter denen sich das System der DDR, das festgefügt schien, bis zur Unwiederherstellbarkeit aufgelöst hat, möchte ich ein Gedicht verlesen, das mein Parchimer Schulfreund Carl Guesmer unter dem Titel "Oktoberrevolution" geschrieben hat. Er verließ die DDR schon 1951. Ich ging erst 1957 weg und betrete ihren Boden heute wieder zum ersten Mal seit 33 Jahren. Die "Oktoberrevolution" lautet:

"Dahlien, späte Rosen, die führenden Köpfe,
die Großen des Sommers, sind nun gestürzt,
brüten August im Vasen-Verlies
hinter Gittern beschlagener Fenster.
Mißtrauisch bevölkern Kartoffeln das Land,
steigen auf Wendeltreppen an Deck der Felder,
Unterdrückte der Erde, Häftlinge des Sommers,
die fest an die Sonne glaubten
mit der Inbrunst ihrer Stauden,
verlacht von den Kieseln, den Atheisten.

Doch wie rasch ist die Sonne Erinnerung,
nicht zu beweisende Traumzeit,
wie rasch sich die Keller öffnen, die Kollektive,
wie rasch die Sonnenleugner, Asseln und Schimmelpilze,
wieder Herr werden über verschüttetes Volk,
das stumm zu Bergen sich fügt, nur manchmal Keime dichtet
und immer vegebliche Stärke im Leib fühlt."

Dieses Gedicht, das die elementaren Veränderungen und die zwielichtige Atmosphäre, die das neue Beginnen ein-

schließt, genau beschreibt, ist 1965 in dem Gedichtband "Zeitverwehungen" veröffentlicht worden. Ich zitierte es am Ende meiner "Geschichte der schönen Literatur in der DDR", die 1972 erschien, in der ein Kapitel von der Finalitätskrise des Kommunismus handelte.

Was im Leben des einzelnen Menschen als eine oft zu lang empfundene Phase erscheint, ist im Leben eines Volkes nur ein Augenblick, ein Moment zwischen zwei Atemzügen. Es gibt deshalb keinen Grund über das, was man noch nicht erlebt hat oder nicht mehr erleben wird, zu verzagen.

Das System der DDR ist, wir müssen die konstituierenden Jahre der sowjetischen Besatzungszone dazurechnen, nach 45 Jahren, in denen viele verzweifelt, verbittert, ernüchtert oder gleichgültig gestorben sind, gewissermaßen im Zeitlupentempo in sich zusammengesackt. Es wickelte sich ab wie ein naturwüchsiger Prozeß. So würde es jedenfalls Karl Marx sagen, von dem man meinen könnte, er würde erst jetzt aufgehört haben, im Grabe zu rotieren. Die Analogien in Guesmers "Oktoberrevolution" aus der Welt der Gärten, Äcker und Kartoffelkeller, von manchem damals für politische Frivolitäten oder Blasphemien gehalten, sind schon aus einer realen Weltschau aufgestiegen. Die Größen des Sommers sind nicht nur gestürzt, sie befinden sich auch in Vasenverliesen. Es ist irgendwie biedermeierlich, doch endgültig aus.

Das deutsche Volk in der DDR, in Ost und West lange genug als eine separate sozialistische deutsche Nation beklatscht, hatte nach 45 Jahren alle diese Dinge gründlich satt. Wer versucht, diese naturwüchsige Entwicklung artefaktisch umzukehren, irrt, wenn er meint, es führe hier ein Weg zurück. Hier gibt es für solche Unternehmungen nur ein bitteres, wenn nicht schreckliches Scheitern. Die Deutschen in der DDR haben, den Kartoffeln und der Inbrunst ihrer Stauden vergleichbar, zweimal die Regierungsmannschaft und Spitze der Staatspartei durch den Druck der Straße zum Rücktritt genötigt.

Was sich hier abspielte, war eine deutsche Revolution,

die, nach der alten, verworfenen DDR-Hymne von Johannes R. Becher, als ihr Ziel "Deutschland, einig Vaterland!" skandierte - womit zum ersten Mal seit dem verlorenen Zweiten Weltkrieg für breite Schichten unseres Volkes das Wort Vaterland wieder ein positiver Begriff geworden ist. Ich halte es für einen symbolischen Akt, wenn ich das heute hier auf der Wartburg bei einem Treffen deutscher Burschenschafter sagen kann, die dafür zeugen, daß Deutschland größer ist als BRD und DDR zusammen. Denn die traditionsgeladene Wartburg ist die Stätte, wo Martin Luther mit seiner Bibelübersetzung die deutsche Revolution des Protestantismus zu einer Angelegenheit alle Deutschen erhob.

Am 18. März haben die Deutschen in der DDR nicht die D-Mark gewählt, wie die Linken behaupten, die sich heimatlos fühlen und nun auch noch ziellos geworden sind. Die Deutschen in der DDR haben auch nicht Helmut Kohl gewählt. Sie wählten die "Allianz für Deutschland", weil die in ihr zusammengeschlossene Gruppierungen um die CDU sich am klarsten für das innere Votum ausgesprochen haben, mit dem das deutsche Volk in der DDR zur Wahlurne ging. Und dieses innere Votum hieß und heißt: die "Einheit jetzt!"

Die ökonomische Seite des Wahlergebnisses bedeutet nur, daß in der DDR die Mehrheit ihrer Bürger erkannt hat, daß die jahrzehntelange Mißwirtschaft, deren Ergebnisse noch katastrophaler sind, als Pessimisten sie einschätzten, nur durch die Vereinigung mit der BRD behoben werden kann. Niemand auf der Welt kann sich vorstellen, daß es anders ginge. Auch im Kreml, der seine eigenen Probleme hat, kann man es sich nicht mehr anders vorstellen.

A propos Kreml. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die deutsche Revolution in der DDR das Ergebnis einer Panne war, die bei einem Schadensbegrenzungsversuch passierte, der von Moskau aus in raffinierter Form gegen die erstarrte Honecker-Equipe eingefädelt wurde, die selbstzufrieden dem Abgrund zuraste. Ich meine die Aktion "Troika" des ehemaligen stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit

Markus Wolf. Wolf wollte mit seinem Buch "Die Troika", das im Frühjahr 1989 erschien und wie in einem Brennpunkt alle Probleme der kommunistischen Finalitätskrise versammelte, wenn sie auch nur für Kommunisten und Exkommunisten gänzlich entschlüsselbar waren, einen Umbau des Systems in der DDR einleiten, den Honecker abblockte. Es ist fraglich, ob ein Umbau nach den Richtlinien von Glasnost und Perestroika noch möglich war. Wenn es aber eine winzige Chance gegeben hatte, so machte Honecker sie zunichte, indem er das Buch aus dem Verkehr ziehen ließ. Denn die Vorlesungsabende, die der zweifellos schneidige Markus Wolf daraufhin quer durch die DDR veranstaltete, haben das Klima angeheizt, bis es unter günstigen Umständen einen Grad erreichen sollte, wo der Mißmut der drangsalierten Deutschen in der DDR unbeherrschbare Formen annahm. Schon im Sommer 1989 sprach der sowjetische Deutschlandexperte Valentin Falin von einer explosiven Lage in der DDR. War die Revolution der gigantische Flop einer Schadensbegrenzung, so war er doch wenigstens nicht ehrenrührig gewesen. Wenn wir die Dinge sehen, wie sie heute vor unseren Augen liegen, so läßt sich doch nur sagen: da war nichts mehr zu begrenzen, da war nichts mehr zu retten.

Das heißt alles aber noch nicht, daß die "Einheit jetzt!" jetzt auch kommt. Es gibt verschiedene, ganz und gar verantwortungslose machtpolitische Interessen, den naturwüchsigen Prozeß zu verschleppen, wenn nicht zu verhindern. Ich glaube persönlich an die Einheit von BRD und DDR, die mein österreichischer Freund Andreas Mölzer BRDDR genannt hat, erst dann, wenn sie hergestellt ist, keinen Tag und keine Stunde früher. Dennoch halte ich die deutsche Einheit nicht mehr für den Kern der deutschen Frage.

Die Einheit ist unvermeidlich, weil keine Macht der Erde die DDR als DDR restabilisieren kann. Die deutsche Frage besteht jetzt für eine lange Zeit in der deutschen Freiheit. Und hiermit betreten wir die Kellerszenerie der "Oktoberrevolution" des Dichters Carl Guesmer.

Die BRD hat tatsächlich das Potential, um die DDR zu sanieren. Aber sie ist auch nur eine scheinsouveräne Metamorphose eines Besatzungsgebietes. Es wäre ebenfalls naturwüchsig, wenn die BRD sich bei der Sanierung der DDR transformieren würde und mit dem Zuwachs an Raum und Wirtschaftskraft sich unter Anknüpfung an unterdrückte deutsche Überlieferungen, die einst als vorbildlich galten, politisch emanzipierte, also herausträte aus den Integrationen, die geschaffen wurden, um die Deutschen einzubinden.

Es wäre hoch an der Zeit, wenn wir uns nach fast einem halben Jahrhundert der Fremdbestimmungen durch die raumfremde Doppelhegemonie der Supermächte Amerika und Rußland wieder auf uns selbst besännen und aus uns selbst wieder handelten. Die Welt würde das auch verstehen und anerkennen; es ist nur eine Sache deutscher Selbstdarstellung. Und doch wird es dazu vorerst nicht kommen.

Es gibt kein Anzeichen dafür, daß sich auch nur ein Bonner Politiker den Wünschen der westlichen Besatzungsmächte nach fortgesetzter Kontrolle über erweiterte Integrationen widersetzen wird. Kohl sagte in Leipzig und in Brüssel: "Wir wollen kein Viertes Reich, wir wollen deutsche Europäer sein." Mit der Streichung des Artikels 146 nach stattgehabter Vereinigung soll mit einem Piratenstreich das Provisorium des Grundgesetzes zementiert werden, das keine deutsche Souveränität vorgesehen, das eine neue Staatsbildung verhindert, dagegen eine unkontrollierbare Parteienherrschaft und eine Kommerzialisierung aller Bereiche gefördert hat. Es soll dadurch der Transformierung zu einer eigenständigen deutschen Verfassung vorgebeugt werden, der, laut Artikel 146, das ganze deutsche Volk in freier Selbstbestimmung zuzustimmen hätte.

Es gibt nun einen, freilich kurzgeschlossenen und kurzfristigen Grund für die Sowjetunion, eine solche Entwicklung zu fördern. Die Supermächte, die ihre Hegemonie über Europa aus eigenen Kräften nicht mehr aufrechterhalten können, rechnen sich aus, ihren Einfluß über die europäi-

sche Gemeinschaft mittels korrupter Oberschichten zu verlängern. Diese unpolitische und machtlose Großorganisation wird jedoch ihre Sprengsätze in dem Maße zünden, wie ihre Bindungen angezogen werden.

Wir werden als verschüttetes Volk dem metaphorischen Kartoffelberg aus dem Gedicht von Carl Guesmer nicht entrinnen. Die Sonnenleugner, Asseln und Schimmelpilze werden uns noch schwer zu schaffen machen. Wir können aber vereint besser aus der Metapher in die deutsche Freiheit heraustreten. Wir müssen allerdings die Keime, die gedichtet werden, entsprechend pflegen, damit der deutsche Volkskörper eines Tages keine vergebliche, sondern schöpferische Stärke in sich fühlt. An diesem Tage wird das Deutsche Reich wiederhergestellt.

Nachweise mit Hinweisen

Der Anlaß des vorliegenden Bandes war die starke Nachfrage, auf die meine Rede "Von der geistigen Knechtschaft der Deutschen" nach ihrer ersten Veröffentlichung stieß, obwohl die Medien sie in bewährter Manier totzuschweigen suchten[1]. Wünsche nach einem Ausbau zu Buchformat, wie sie mich von Dietrich Pfaehler, Günter Maschke und Joachim Schultz-Naumann erreichten, verwarf ich nach einiger Überlegung; es hätte das Gefüge gesprengt, dessen dramaturgische Erkenntniseffekte auch beim Lesen nützlich sein mögen. Stattdessen kombinierte ich den Text mit ein paar älteren Stücken zum Thema und neuen Ausführungen, die den Ansatz der Rede weit hinter sich lassen.

"Kritik der liberalen Restauration": in Ereignissen leicht aktualisierter Abdruck einer Betrachtung, die unter dem Titel "In der Zwickmühle der Restauration - Gedanken zu Gestalt und Gefahren der Bonner Republik" in "Criticón" (Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing) 37 (1976) erschien, ergänzt um eine "Auskehr", die unter dem Titel "Widerlegt, überholt, eingeführt" mit der aktuellen Widmung "Carl Schmitt zum 90. Geburtstag" in Heft 8/1978 der "Zeitbühne" (Herausgeber William S. Schlamm) zum Sonderthema "60 Jahre demokratische Republik" veröffentlicht wurde. Der Criticón-Text war ursprünglich für die "Deutschen Studien" (Herausgeber Karl Heinz Gehrmann) gedacht gewesen, deren von Regierungssubventionen bestimmter Toleranzpegel eine Verpanschung gebot, der ich mich nach den Erfahrungen mit dem ersten Stück des nächsten Hauptabschnittes entzog. Kaiserreiche sind offenbar toleranter; wenn Treitschke sich gegen das Wasser wehrte, das in seinen Wein gegossen werden sollte, gaben

[1] Eine Ausnahme machte am 29.7.1980 Claus Vogelsang in der Zeitschriftenschau des Senders Freies Berlin (Redaktion Fred Bojguth), die der Zeitschrift "Criticón" gewidmet war.

die "Preußischen Jahrbücher" nach (vgl. Heinrich von Treitschke, Zehn Jahre deutscher Kämpfe - Schriften zur Tagespolitik, 2. fortgeführte Aufl., Berlin 1879, Widmungsartikel "An Wilhelm Wehrenpfennig"). Der für die "Deutschen Studien" geschriebene Text ist dann für die Freistatt, die er in "Criticón" fand, entsprechend verschärft worden. Ein Echo gab es nicht; doch die Bezeichnung "liberale Restauration" machte die Runde.

"Revue der Mesalliancen": eine Zusammenstellung von außenpolitischen Betrachtungen zum Hauptthema der Entspannungspolitik. "Entspannung: Bild und Begriff" ist unter dem Titel "Entspannung - Begriff und Geschichte" in den "Deutschen Studien" 45 (1974) erschienen. Der Text der "Deutschen Studien" war ein diplomatischer Auszug aus einem Konvolut, das ich nach einem Vortrag anfertigte, den ich kurz nach den entscheidenden Verträgen unter dem Titel "Verschärfung durch Entspannung" am 9. Februar 1973 vor dem sozialdemokratischen Bildungsverein "Neue Gesellschaft" in Hamburg gehalten hatte. Die wichtigsten Aspekte waren bereits in der Vortragsfassung enthalten. Die Entspannung trieb jedoch auf einer so hohen Welle von Euphorie, daß der provozierende Vortragstitel, der auf Litfaßsäulen und auf den Ankündigungstafeln in der Universität stand, nur ein Publikum von 6 Personen anzog, mit dem sich allerdings, unter ihm der hervorragende, inzwischen verstorbene DDR-Forscher Ernst Richert, eine ergiebige Diskussion entspann. Der Text der "Deutschen Studien", der noch auf dem Umbruchtisch einer Spezialbehandlung unterzogen wurde, befriedigte mich dann so wenig, daß ich die Sonderdrucke vernichtete. Er schien trotzdem noch so aufregend zu sein, daß Armin Mohler dem damaligen Leiter der Verlagsgruppe Propyläen/Ullstein, Wolf Jobst Siedler, empfahl, ein Buch zu diesem Thema zu bestellen. Allein, die Verhandlungen zerschlugen sich schon nach der ersten Fühlungnahme. Eine fundierte Kritik war auf etablierter Ebene nicht mehr möglich. Die anderen Stücke der Zusammenstellung sind alle ohne Schwierigkeiten in der "Zeitbühne" erschienen - unter dem Preis des Ausschlusses aus

der Diskussion: "Annäherung durch Unterwerfung" mit demselben Titel in Heft 3/1977, "Europäische Antipolitik" mit demselben Titel in 5/1977 und "Die nationalbolschewistische Sackgasse" mit dem Titel "Eine deutsche Sackgasse" in 11/1977. Immerhin sind davon die "Europäische Antipolitik" in Nr. 25 der "Initiative" (Herausgeber Gerd-Klaus Kaltenbrunner) und die "Sackgasse" in der "Versailles"-Anthologie des Verlags Matthes & Seitz, München 1978, nachgedruckt worden. Es gab allerdings auch in der "Zeitbühne" Anhänger des diplomatischen Journalismus, die, durchweg der CDU/CSU nahestehend, Schlamm zunehmend so unter Druck setzten, daß er sich kurz vor seinem Tod im Sommer 1978 außerstande sah, eine Polemik von mir gegen die "Lizenzpolitiker" zu drucken. Die Debatte schloß gleichwohl mit dem versöhnlichen Hinweis, daß er mir vielleicht in zwei Jahren zustimmen werde, jetzt könne er nicht. Ich bin sicher, daß ich heute diese Zustimmung finden könnte. Die "Zeitbühnen"-Texte brauchten nur wenig aktualisiert zu werden. Beim "Deutschen-Studien"-Text mußte ich überall auf das Konvolut zurückgreifen.

"Von der geistigen Knechtschaft der Deutschen und ihrer möglichen Aufhebung": erweiterte Fassung des in "Criticón" 57 (1980) veröffentlichten erweiterten Wortlauts der Rede, die ich unter demselben Titel am 6. Oktober 1978 von dem "Jagsthausener Kreis" in Bad Aussee (Salzkammergut) gehalten habe. Auch hier ist ein Erschienen auf etablierter Ebene nicht möglich gewesen. Ein Mitherausgeber der "Zeitschrift für Politik", der in Bad Aussee unter den Zuhörern saß, hat vergeblich versucht, die Redaktion dieses Münchner Politologenorgans zum Abdruck der Rede zu bewegen.

"Propädeutische Überlegungen zum Vierten Reich": für diesen Band geschriebene Abhandlung, deren erster Abschnitt "Die Identitätsfrage" die systematische Position wiedergibt, die ich bei einer Kritik des Identitäts-Symposions der Reimers-Stiftung aufbaute; auf die kritisierten Texte zurückzukommen, hielt ich nicht mehr für lohnend. Die Kritik ist unter dem Titel "Dionysos weint oder das

Glasperlenspiel auf dem Vulkan" in der "Welt" vom 10.5.1980 erschienen.

"Anerkennung ohne Präjudizierung" wurde im Winter 1967/68 zur Vorlage bei dem damaligen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner nach Absprache mit seinem persönlichen Sicherheitsberater Karl Tromsdorf verfaßt, um die Ostpolitik zu enkadrieren. Wehner fegte die Denkschrift vom Tisch, ohne sie zu Ende gelesen zu haben (vgl. oben S. 67, Fn. 1). Auch die Veröffentlichung im "Deutschland Archiv" 6/1968 blieb wirkungslos. Allein Caspar v. Schrenck-Notzing kam in seinen "Zukunftsmachern", Stuttgart 1968, S. 269 f., darauf zurück, indem er mein Konzept nach dem Scheitern der Legitimierungsformeln der Freiheit, des Fortschritts und des Friedens auf die "Legitimierungsformel des Volkes" brachte, die 20 Jahre später in der DDR tatsächlich materielle Gewalt werden sollte. Mit der Aufnahme dieser Denkschrift in die 2. Auflage komme ich einem Wunsch von Hans-Joachim Arndt nach, der in seiner Rezension des "nationalen Imperativs" in der "Welt" vom 29. November 1980 schrieb, es bleibe bedauerlich, daß ich sie zwar zitiert, aber nicht aufgenommen hätte.

Die *"Rede auf der Wartburg* (31. März 1990)" habe ich auf der Feier gehalten, die von den Wiener Olympen in Zusammenarbeit mit westdeutschen Burschenschaften und unter Teilnahme neugegründeter Burschenschaften in der DDR veranstaltet wurde. Während ich über die deutsche Freiheit als den neuen Inhalt der deutschen Frage sprach, fiel mein Blick vom Burghof auf die sinkende Sonne über dem Thüringer Wald. Die "Frankfurter Allgemeine", "Die Welt" und der "Spiegel", die Vertreter entsandt hatten, berichteten über die Veranstaltung nicht. Meine Wartburg-Rede ist zuerst von der Grazer Zeitschrift "Die Aula", 5/1990, veröffentlicht worden.